LUXEMBURG

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS

Socialism for Future



Der Sozialismus ist
das Minimum, das wir heutzutage
durchzusetzen haben.

Rosa Luxemburg

SOCIALISM FOR FUTURE

Das Interessanteste,
was Menschen
herstellen können,
ist die Menschheit.

Dietmar Dath



«

Sozialismus,
der fällt nicht
vom Himmel.

Proletenpassion

EDITORIAL

Zum zehnjährigen Jubiläum erscheint die *LuXemburg* im frischen Layout und widmet sich den ganz großen Themen: Sozialismus und Zukunft. Die Zeichen dafür stehen nicht gerade günstig, und doch ist klar, dass es ohne Systemwende keine Zukunft geben wird. Rasende ökologische Zerstörung, eskalierende militärische Konflikte und der Aufstieg rechter Kräfte stellen genau wie die private Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums die Zukunft selbst infrage. Dass die planetarischen Grenzen erreicht sind, verengt den zeitlichen Horizont für linke Alternativen. Immer mehr Menschen erkennen, dass eine Katastrophe droht, wenn sich Ökonomie und Gesellschaft nicht radikal verändern – Fridays for Future und die globalen Klimastreiks stehen dafür. Manchmal können wir uns das Ende der Welt besser vorstellen als das Ende des Kapitalismus (Mark Fisher).

LuX 3/2019 fragt, wie ein SOCIALISM FOR FUTURE aussehen kann. Was sind Antworten auf die Krisen der Gegenwart? Wie kann eine sozialistische Utopie die Sehnsüchte der Vielen bündeln? Wie sieht eine Politik aus, die Hoffnung macht und Veränderungen bewirkt? Ansätze gibt es bereits: Die Klimabewegung und die weltweiten feministischen Mobilisierungen zeigen, dass sich viele junge Menschen sich nach einer solidarischen und geschlechtergerechten Gesellschaft sehnen. In den USA und Großbritannien kann links-sozialdemokratische Politik wieder Massen mobilisieren und das Projekt eines linken Green New Deal wirbt dafür, radikale Klimapolitik mit sozialer Transformation zu verbinden. Das neoliberale Mantra »There is No Alternative« hat sich in sein Gegenteil verkehrt. Zu einer radikalen Veränderung gibt es keine Alternative mehr, oder in Anlehnung an Verónica Gago: Sozialismus heißt, für die Zukunft zu sorgen.

THERE IS AN ALTERNATIVE
Wie Sozialismus in den USA wieder sprechfähig wird
Von Sarah Leonard

REVOLUTION HEISST, FÜR DIE ZUKUNFT SORGEN
Warum Feminist*innen in Lateinamerika alles wollen
Von Verónica Gago

WAS TUN UND WO ANFANGEN?
Wie wir heute den Sozialismus von morgen vorbereiten
Von Mario Candeias

SOCIALISM FOR FUTURE
INHALT



LUXEMBURG ONLINE



WAS NOCH

LUXEMBURG ONLINE



IN JEDEM HEFT

IN EIGENER SACHE
EIN JAHRZEHNT LUXEMBURG





Die LuX hat Geburtstag! Vor zehn Jahren, im Sommer 2009, hielten wir – und sicher auch einige von euch – das erste Heft in der Hand; damals noch im eleganten Zweifarbdruck und fast 200 Seiten schwer. Der Titel »In der Krise« war eine Zeitdiagnose im doppelten Sinne: die Finanzkrise als Herausforderung, aber auch als Chance für die gesellschaftliche Linke. Als Einzige hatte sie die richtigen Antworten parat und war dennoch denkbar schlecht aufgestellt: vielfach zersplittert, zerstritten, neoliberal eingebunden und nur vereinzelt in praktische Auseinandersetzungen involviert. In dieser Situation Brücken zu schlagen und verbindende Debatten anzuregen zwischen den verschiedenen Teilen des »linken Mosaiks«, war das Anliegen der LuX von Beginn an. Eine spektrenübergreifende Zeitschrift für linke Strategieentwicklung, das gab es nicht. Die *LuXemburg* wollte es werden und ist es bis heute.

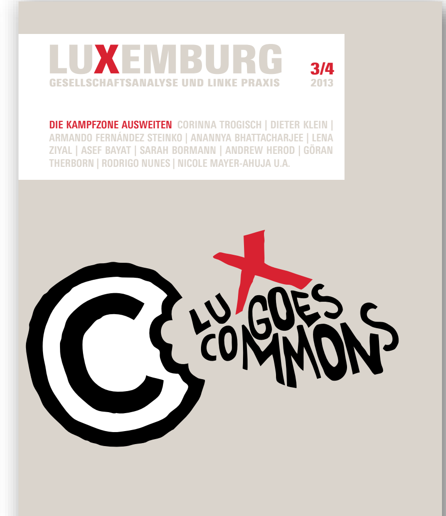
Ihr Anspruch zeigte sich auch in der Zusammensetzung der Redaktion. Dort kamen Wissenschaftler*innen aus dem Institut für Gesellschaftsanalyse (IfG) der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ihrem Umfeld mit Aktiven aus sozialen Bewegungen und der uns nahestehenden Partei sowie Haupt- und Ehrenamtliche zusammen. Die Gründungscrew bestand aus Micha Brie, Mario Candeias, Alex Demirović, Corinna Genschel, Catharina Schmalstieg, Rainer Rilling und der damals leitenden Redakteurin Christina Kaindl. Julia Schnegg



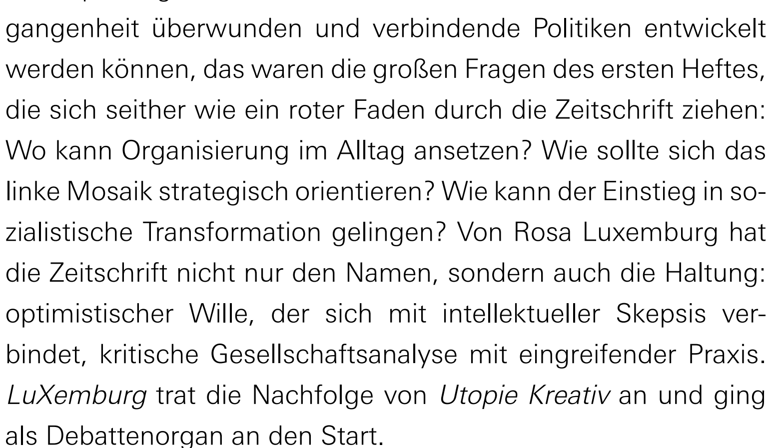


und die Agentur Matthies & Schnegg verhalfen der LuX nicht nur zu ihrer ersten, sondern auch zu ihrer neuen grafischen Gestaltung.

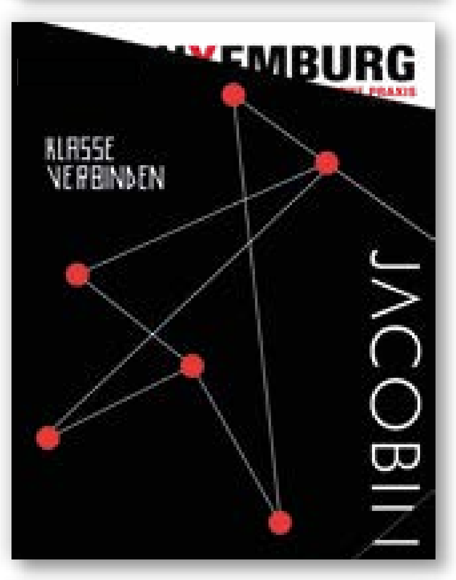




V WIE VERBINDEN



Die *LuXemburg* war von Anfang an eine »eingreifende« Zeitschrift mit politischer Absicht. Wo in der Krisensituation auch international Hebel für linke Politik anzusetzen wären, wie Spaltungslinien der Vergangenheit überwunden und verbindende Politiken entwickelt werden können, das waren die großen Fragen des ersten Heftes, die sich seither wie ein roter Faden durch die Zeitschrift ziehen: Wo kann Organisierung im Alltag ansetzen? Wie sollte sich das linke Mosaik strategisch orientieren? Wie kann der Einstieg in sozialistische Transformation gelingen? Von Rosa Luxemburg hat die Zeitschrift nicht nur den Namen, sondern auch die Haltung: optimistischer Wille, der sich mit intellektueller Skepsis verbindet, kritische Gesellschaftsanalyse mit eingreifender Praxis. *LuXemburg* trat die Nachfolge von *Utopie Kreativ* an und ging als Debattenorgan an den Start.



BEWEGTE DEKADE

Seither sind 35 Ausgaben mit über 5 000 Seiten von 600 Autor*innen, vier Sonderformate und Hunderte Online-Texte erschienen. An den Heften der letzten zehn Jahre lässt sich ablesen, was die Linke bewegt hat. Zentrales Thema waren von Beginn an die globalen Bewegungszyklen, von den Nachwehen der globalisierungskritischen Gipfelproteste über den Arabischen Frühling und die Platzbesetzungen von Kairo, Madrid, New York oder Athen bis zu den zersplitterten Protesten gegen die Austeritätspolitik in Europa. Von den Plätzen ging es in die Viertel, zur Organisierung wechselseitiger Solidarstrukturen: gegen Zwangsräumungen oder für solidarische Kliniken in Griechenland und dann zum »Neuen Munizipalismus« rebellischer Städte



»Ich benutze die Texte in meinem Unterricht, daher fände ich es gut, wenn die Zeitschrift auch Inhalte oder Darstellungsweisen wahrnehmen würde, die die Vermittlung erleichtern. Danke, gratuliere für die tolle Zeitschrift!«

von Barcelona bis New York. Die ökologische Krise war seit dem ersten Heft präsent und wurde in den Ausgaben zu »Energiekämpfen«, »Auto-Mobil-Krise« und »Grünem Sozialismus« vertieft. Später ging es um die Namenspatin in »Ich werde sein« und natürlich um Karl in »Marxte noch mal?!«. Einen Schwerpunkt bildeten feministische Krisenanalysen und Gegenentwürfe, von der 4-in-1-Perspektive über die Care Revolution bis zum internationalen Frauen*Streik und einem »Feminismus für die 99 Prozent«. Außerdem spielten die Re:Organisierung und Demokratisierung von Gewerkschaften eine zentrale Rolle, Kämpfe im Pflegebereich wurden ebenso begleitet wie Streiks bei Amazon und Co. Das griechische Parteienprojekt SYRIZA warf die Frage nach der Rolle neuer linker Parteien auf: Welche Funktion muss eine »verbindende Partei« heute einnehmen? Dieser Strang begleitete auch die Strategiediskussionen der LINKEN. In der rassistisch geschürten Debatte nach dem »Sommer der Migration« 2015 stritt die Linke über offene Grenzen. In der LuX wurden Konzepte einer »solidarischen Einwanderungsgesellschaft« und linken Migrationspolitik diskutiert.

»Es ist eine Freude, sie in der Hand zu halten und zu lesen. Der Grundansatz ist sehr gut, in der Durchführung habe ich aber manchmal den Eindruck, dass eine theoretische Blase bedient wird. Daher: mehr Offenheit, weniger (Selbst-)Sicherheit, mehr Kontroversen (…) mehr und vertiefte argumentative Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und seinen Positionen!«

Mit dem rasanten Aufstieg der Rechten wurde schließlich eine neue Klassenpolitik zum strategischen Fokus: Wie lassen sich die Spaltungen der in jeder Hinsicht heterogenen Arbeiterklasse überwinden und zugleich – im Geist der Abspaltung – ein verbindender Antagonismus gegenüber einem gemeinsamen Gegner schärfen?

LUX GOES COMMONS

Über die Jahre hat sich die LuX gewandelt. Auf Christina Kaindl folgte 2012 Barbara Fried als leitende Redakteurin, die gemeinsam mit Harry Adler und seit 2019 Hannah Schurian die Kernredaktion bildet. Auch die Gesamtredaktion hat sich gewandelt und noch enger mit dem IfG verzahnt. Die größte Veränderung war wohl, als die LuX »Commons« wurde. Inspiriert von der Debatte über Gemeingüter entschieden wir, die Zeitschrift nun kostenfrei unter der Creative-Commons-Lizenz BY-NC-S erscheinen zu lassen.

»Versucht doch noch stärker, eure guten Themen auch Leuten zu vermitteln, die nicht in euren Diskussionszusammenhängen stecken und alle Sprach-Codes und Bezüge kennen. Und lasst gern auch mal Leute zu Wort kommen, die nicht euer politisches Umfeld sind.«

Mit diesem Schritt Anfang 2014 stiegen die Abonnements sprunghaft an. Wurde die LuX anfangs in einer Stärke von 1500 Exemplaren gedruckt, verdoppelte sich die Zahl der Abos innerhalb von nur drei Monaten. Die Nachfrage reißt seitdem nicht ab – mittlerweile liegt die Auflage bei 9000 gedruckten Heften und 3300 E-Abos pro Ausgabe. Wir haben Leser*innen in 35 Ländern.

»Ich würde mir mehr Blicke auf erfolgreiche linke Wirtschaftspraxis wünschen. Über Genossenschaften, erfolgreiche Kollektive (…). Davon gern Theorie wie Praxis, also von Beschreibungen über Erfahrungsberichte hin zu Analysen. Im Grunde, wie Rosa Luxemburg geschrieben hat: nach vorn, auf das Neue und Konkrete gerichtet, ohne Schwerpunkt auf Binnendiskurse und identitätspolitische Gesten.«

WIE SIE EUCH GEFÄLLT

2019 wollten wir in einer Umfrage wissen: Wer liest eigentlich die LuX und wie? Was schätzen die Leser*innen, was fehlt? Über 700 Menschen – fast zehn Prozent unserer Abonnent*innen – haben sich beteiligt. Wir freuen uns über das positive, bestärkende und konstruktiv-kritische Feedback und bedanken uns bei allen, die mitgemacht haben.

Was uns besonders freut: 83 Prozent der Teilnehmenden finden die *LuXemburg* gut oder sehr gut. Immerhin 25 Prozent nutzen die Texte für politische Bildungsarbeit. 80 Prozent schätzen die Gestaltung. Und auch wenn sich viele eine Auffrischung des Layouts wünschen, will kaum jemand eine »magazinartigere« LuX. Wichtig sind den Leser*innen die Hintergrundanalysen, Texte zu linker und kritischer Theorie (56 Prozent) sowie konkrete Ansätze linker Praxis (66 Prozent). Eine Mehrzahl wünscht sich zudem mehr Kontroversen zu wichtigen linken Fragen (57 Prozent). Daraus haben wir Konsequenzen gezogen: Unser Layout wurde nicht radikal umgekrempelt, aber grunderneuert. Die Gestaltung soll zugänglicher sein und mehr Orientierung bieten. Es sind neue Formate dazugekommen: Die »Wehtu-Frage« nimmt sich wunde Punkte vor, Streitpunkte und Debatten, in denen die Linke feststeckt. Die »Nahaufnahme« bietet Raum für Alltagserfahrungen und ungewöhnliche Perspektiven. Dass die Hefte dünner und leichter werden – diesen Wunsch konnten wir zum Jubiläum noch nicht erfüllen. Zu groß war die Frage nach der sozialistischen Zukunft. Zumindest auf die Zukunft unserer Zeitschrift freuen wir uns sehr und hoffen, möglichst vielen von euch verbunden zu bleiben.

»Sozial, ökologisch, friedlich, feministisch – solidarisch, frei und gleich – so muss der Zukunftsfaden gezwirbelt werden und so muss er auch die Klassendebatten durchdringen.«

»Die LuX soll linke Analysen, Konflikte und Strategien so aufbereiten, dass sie mehr Menschen erreichen. Sie soll dazu beitragen, dass Debatten darüber, wie wir die Kräfteverhältnisse tatsächlich verschieben können, breiter geführt werden können.«



KONKRETE DYSTOPIE
WARUM WIR DIE ZUKUNFT DEM KAPITALVERHÄLTNIS ENTREISSEN MÜSSEN

ALEX DEMIROVIĆ

Dieses System fesselt uns an die Herrschaft der Vergangenheit und unterwirft unser lebendiges Arbeitsvermögen dem (un)toten Kapital – höchste Zeit, den Ausbruch zu wagen.

ALEX DEMIROVIĆ ist Philosoph und Sozialwissenschaftler und hierzulande einer der eingriffslustigsten linken Intellektuellen. Er lehrte unter anderem an den Universitäten in Frankfurt am Main und Berlin, ist Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Stiftung und Gründungsmitglied dieser Zeitschrift.

Wenn wir über Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus nachdenken und für eine Transformation von der einen in die andere Gesellschaftsform eintreten, dann, weil es konkrete Gründe dafür gibt. Einer von ihnen ist, all jene Verhältnisse zu vermeiden oder zu beseitigen, die so viele menschliche Opfer mit sich bringen oder erzeugen. Da gibt es die sexistischen Entwürdigungen und Gewalttätigkeiten in Familien, es gibt die Schikanen in den Betrieben und im Arbeitsalltag. Menschen sind dem Risiko des Arbeitsmarktes ausgesetzt; für viele reicht das geringe Einkommen eines Jobs nicht, um eine Familie zu versorgen. Es gibt die Millionen Menschen, die bei Verkehrsunfällen verletzt oder getötet werden, die krank werden aufgrund von Pestiziden in der Nahrung, von Chemikalien in der Kleidung, die frühzeitig sterben wegen Arbeits- oder Feinstaubbelastung. Wir denken auch an die vielen, die in Kriegen getötet, an all die, die Opfer von Völkermorden werden, oder an all die, die von Gangsterbanden, von staatlichen Polizeien oder Geheimdiensten drangsaliert, gefoltert, gefangen gehalten werden – auch im Namen einer besseren, gerechteren Welt, auch im Namen des Sozialismus. Der Abbau von Kohle, Gold oder seltenen Erden liefert Menschen und ganze Gesellschaften der Krankheit und dem Tod aus. Jeden Tag sterben Menschen, wenn sie migrieren oder flüchten, sie sind der Gewalt, der Sklaverei, der Zwangsarbeit ausgesetzt, sie verlieren Jahre ihres Lebens in Lagern oder Gefängnissen. Es sind verstörende Kontraste: hier die Partygänger*innen, dort die Obdachlosen, die auf der Straße neben uns liegen; hier die Kreuzfahrt- und Segelschiffe, dort die Flüchtlingsboote und Seenotrettungsinitiativen. Das Gefälle zwischen dem Reichtum, der Rechtssicherheit oder der Gesundheitsversorgung, den mit einer unüberschaubaren Vielzahl von Waren gefüllten Kaufhäusern, dem Wissen um jeden Thunfischschwarm oder jeden Quadratmeter Regenwald, der Normalität des täglichen Schulbesuchs einerseits und andererseits der Armut, der Nacktheit und Prekarität des Lebens, der Unfähigkeit, dem Wissen gemäß zu handeln und die Fehlentwicklungen zu beenden, ist grotesk.

Wir stecken in einem Widerspruch fest. Das, was die einen tötet, erlaubt den anderen, zu leben und gut zu leben: die Arbeitsverhältnisse in den vielen Fabriken der Welt, die CO_2-Emissionen der Autos oder der Containerschiffe, der Futterimport

aus den globalen Sojaanbaugebieten, die durch Massentierhaltung bedingten Nitrateinträge in den Böden, die Lastwagentransporte durch die Alpentäler, der Export von Waffen oder von Milch. Dass dieser Widerspruch etwas mit Kapitalismus zu tun hat, wird bestritten. Zwar wird, erstens, eingeräumt, dass es die beschriebenen Phänomene gibt, aber tief philosophisch vermutet, dass sie Ergebnis der menschlichen Verfassung als solche seien: Menschen seien nun einmal egoistisch und dächten zuerst an sich. Zweitens könnten jene Phänomene dem Kapitalismus nicht zugerechnet werden, weil es diesen als solchen gar nicht gebe, sondern nur soziale Marktwirtschaften mit einer Vielzahl von freien Akteuren. Der Markt sei, drittens, Moment eines sozialen Differenzierungsprozesses, der Erfolge in zahlreichen Dimensionen aufweise: technischer und wissenschaftlicher Fortschritt, Rechtssicherheit, Demokratie, wirtschaftliche Effizienz, Wachstum, Beseitigung der Armut, Verlängerung der Lebenserwartung, Gesundheitsvorsorge und Bildung. Diese Erfolge seien Ergebnis einer nicht gelenkten Modernisierung, die systemischen Anforderungen folgt und nicht den moralischen Entscheidungen der einzelnen Individuen zurechenbar ist. Viertens wird nahegelegt, dass es zwar immer noch viele Unzulänglichkeiten gebe, aber das Ideal der Perfektibilität sei zweifelhaft und es werde ja alles zwar langsam, aber doch stetig besser. Beruhigend wird die Erwartung genährt, dass die nächste Modernisierungsrunde die Probleme lösen werde. Die Selbstschutz- und Selbstkorrekturmechanismen wirkten.

Aber ein solches Argument ist kurzsichtig und lässt außer Betracht, dass es auf diese Weise seit Jahrhunderten hin- und hergeht: Mal geht es besser, dann geht es wieder schlechter. Wie oft wurde behauptet, dass es in kapitalistischen Gesellschaften keine Wirtschaftskrisen und keine Armut, hingegen nur noch Vollbeschäftigung geben würde? Formell gibt es keine Sklaverei und doch arbeiten viele Menschen unter Bedingungen der Zwangsarbeit und Schuldknechtschaft. Den Satz, dass die Lohnarbeit in die Verzweiflung und zum Tod führt, können die Arbeiter*innen in Bangladesch oder in Äthiopien genauso bestätigen wie ihre Kolleg*innen vor 200 Jahren vor der Kommission des britischen Parlaments. Die Fragen des Mindestlohns, des Arbeitstags, der körperlichen, geistigen und psychischen Erschöpfung der Individuen, der Zerstörung ihrer alltäglichen Lebensformen, der schlechten Wohnungsversorgung, der niedrigen Bildung, der Pressefreiheit, des Koalitionsrechts, der Verhinderung der demokratischen Selbstbestimmung wiederholen sich seit dem 18. Jahrhundert. Die Umweltfrage taucht in immer neuen Formen auf: Hygiene, Luftverschmutzung, mangelnde Durchlüftung städtischer Räume, Zerstörung der Wälder und der Biodiversität, Degradation der Böden, Desertifikation, Klimawandel. Nichts davon ist überraschend. Immer wieder, für einen kurzen Moment, scheinen die Probleme gelöst, die Fortschrittsideologie legt dies nahe – bis sie sich dann auf erweiterter Stufenleiter erneut einstellen.

Ein Teil des Bürgertums sieht die Probleme. Es schafft zahllose Initiativen und zivilgesellschaftliche Organisationen; es reagiert seit Jahrhunderten mit zahlreichen Maßnahmen: Friedenskonferenzen, Menschenrechte, Internationaler Strafgerichtshof, die Konventionen gegen Folter, die Ächtung von Waffen, die Regulierung des Arbeitstages, die rechtliche Gewährleistung von Gewerkschaften, die Presse- und Wissenschaftsfreiheit, die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Forderung nach mehr Nachhaltigkeit, die sich in internationalen Vereinbarungen, UN-Programmen oder im globalen Monitoring niederschlägt; auch mit Stiftungen, Entwicklungsagenturen, NGOs, zivilgesellschaftlichen Initiativen (Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung, WWF, Amnesty International, Transparency International, Bill & Melinda Gates Foundation, Open Society Foundations). Zahllose Absichtserklärungen werden verkündet und freiwillige oder rechtlich verbindliche Regelungen beschlossen. Aber nichts hilft – die Wirklichkeit richtet sich nicht nach ihnen.

Ein anderer Teil des Bürgertums leugnet die Tendenzen der Destruktivität, es will die Wirklichkeit nicht wahrnehmen – der Klimawandel existiere nicht oder, wenn doch, sei er gottgewollt; es seien nicht die Waffen, die töteten. Die Bemühungen, die negativen Entwicklungen einzudämmen, werden als Torheit abgelehnt, ihr Scheitern betrieben. Ein wieder anderer Teil des Bürgertums und seiner Führungskräfte ist sich der Probleme oder mancher ihrer Aspekte durchaus bewusst. Es ist die Rede von der Notwendigkeit einer großen Transformation, von Neugestaltung der Globalisierung, von der Schaffung resilienter Strukturen. Der Wohlstand soll gerechter verteilt, der Kapitalismus soll, wie die Finanzminister der G7-Staaten jüngst forderten, gerechter werden. Doch trotz mancher Einsicht und einer entsprechenden Handlungsorientierung erweist sich das Bürgertum als schwankend, inkonsequent oder auch ratlos. Dies legt das Verhalten gegenüber den Beschlüssen der Weltumweltkonferenz, dem Kyoto-Protokoll, den Zielen für nachhaltige Entwicklung nahe.

Nüchtern betrachtet hilft ihnen die Einsicht nicht; sie haben die Perspektive, Kompetenz und Kraft nicht, solche Strategien vorzuschlagen, die zu einer Lösung führen könnten. Denn die kapitalistischen Verhältnisse zeichnen sich gerade dadurch aus, dass es keine gesamtgesellschaftliche Rationalität gibt, die die Interessen der Vielen und die Gesamtausrichtung der gesellschaftlichen Entwicklung miteinander koordinieren. Vielmehr ergibt sich die gesellschaftliche Entwicklung, oder besser: die Nicht-Entwicklung, aus einer Vielzahl von Entscheidungen mehr oder weniger mächtiger Akteure, die miteinander konkurrieren. Weltumspannend oder regional operierende Unternehmen, politische Kräfte, staatlich organisierte Akteure, zivilgesellschaftliche Organisationen und Bewegungen, die stummen Praktiken der Vielen wirken mit- und gegeneinander bei Planungen, Nichtwissen und Wissensausblendung, Entscheidungen und Nicht-Entscheidungen mit verschiedener zeitlicher, räumlicher, sozialer Reichweite, bei der Definition der Gegenstände und der Tiefe der

Maßnahmen. Dies betrifft alle Bereiche des Lebens. Bei Fragen des Fleischkonsums, der Mobilität und Besiedlung, der alternativen batteriegestützten E-Mobilität oder zu Brennstoffzellen, der Erzeugung von Energie, der Fortentwicklung von Humangenetik und Informatik, die in der Konsequenz die menschliche Gattung als solche abschaffen könnten, sind die Konflikte um die Entscheidungsalternativen offensichtlich. Bislang kommt es nicht zu Konstellationen, in denen die Entwicklungspfade zur Wahl gestellt werden; die Entscheidungen werden bislang immer noch nicht aufgrund freier Einsicht, höchstem Erkenntnisniveau und der Beteiligung der Vielen getroffen, sondern starke ökonomische, politische, wissenschaftliche und mediale Interessengruppen verändern besitzergreifend die Naturgeschichte der Gattung und des Planeten und blockieren Veränderungen der kollektiven Gewohnheiten.

Es gibt bereits heute zahlreiche Ansätze, mit denen sich die Menschen auf diesem oder jenem Gebiet als globales Kollektivsubjekt konstituieren. Die Praktiken sind ungleichzeitig, zögerlich und partikularistisch, die Widerstände deswegen stark. Es liegt zudem auf der Hand, dass allein transformatorische Maßnahmen auf einzelnen Feldern nicht ausreichen werden, da die Prozesse vielfältig ineinandergreifen. Um die Probleme anzugehen und die ökologischen, technischen, ökonomischen, kulturellen und demokratischen Prozesse einigermaßen aufeinander abzustimmen und so zu einer regulierten, auf Gleichzeitigkeit zielenden Entwicklung zu gelangen, ist es erforderlich, dass dafür geeignete Handlungsbedingungen geschaffen werden. Das heißt nichts anderes, als dass sich die Gattung als Menschheit konstituieren und ihr Geschick in die Hand nehmen muss. Sie muss sich umstellen auf die Bewältigung der Schäden, die Bekämpfung ihrer Ursachen, die Suche nach Lösungen zur Gestaltung der Zukunft.

HERRSCHAFT DES UNTOTEN

Doch das Bürgertum, das sich so viel auf Modernisierung, auf Entwicklung, auf Fortschritt zugutehält, kann dies erstaunlicherweise nicht. Das hat schon einen radikalen Demokraten wie Thomas Paine im 18. Jahrhundert überrascht. Er beobachtete, dass das Bürgertum bereit war, den Gedanken des Gesellschaftsvertrags zu historisieren: Ja, so wird dann eingeräumt, das Gemeinwesen wurde einmal durch einen Vertrag aller mit allen gegründet. Aber dieser Akt der Gründung sei einmalig gewesen und die Erben und Nachkommen seien damit bis ans Ende aller Zeiten gebunden. Doch, so Paine, habe kein Geschlecht von Menschen, kein Stand und kein Parlament das Recht oder die Macht, die Nachkommenschaft derart zu binden. »Jedes Zeitalter, jedes Geschlecht muss eben solche Freiheit haben, in allen Fällen für sich selbst zu handeln, als die Zeitalter und Geschlechter vor ihm. Die Eitelkeit und Anmaßung, noch jenseits des Grabes regieren zu wollen, ist die lächerlichste und unverschämteste aller Tyrannen. Der Mensch besitzt kein Eigentum in dem Menschen;

ebenso wenig besitzt eine Generation in künftigen Geschlechtern Eigentum.« (Paine 1792, 49) Für diese radikale Zukunftsoffenheit tritt in der Folge von Paine auch Marx ein, nicht aus der Vergangenheit und Erinnerung, sondern aus der Zukunft solle die umfassende soziale Emanzipation ihr Selbstverständnis gewinnen, nicht die Toten, sondern die Lebendigen sollten bestimmen (vgl. Marx 1852, 117). Diese Forderung von Marx ist uneingelöst. Er wendet sich damit gegen die eigentümliche Kultur des Bürgertums, das seine durch politische Revolution neu gewonnene Freiheit in die Argumente, die Kleider und in die Architektur der Vergangenheit des Römischen Reiches steckt. Dass die modernen politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozesse sich derart durch Bindung an die Vergangenheit vollziehen, dass das Bürgertum ständig von Neuem von seiner Vergangenheit, von den Traumata seiner Gewalt eingeholt wird, Erinnern und Besserung verspricht und doch die Gewalt in der Gegenwart nicht beenden kann, ist Marx zufolge selbst kein Zufall, sondern entspricht den Grundlagen, auf denen das moderne Bürgertum sein Leben und seine Selbsterhaltung organisiert. Dieser Zusammenhang wurde seit John Locke immer wieder betont: Es ist das Eigentum und seine Absicherung. Das Eigentum soll die Folgegenerationen binden. Aber wie geschieht es? Und vor allem, warum geschieht es? Denn eine Alltagsweisheit besagt, dass niemand als Toter etwas mitnimmt. Warum also gibt es das Bestreben, die gesellschaftliche Dynamik, über den eigenen Tag hinaus die Zukunft festzulegen? Warum werden im Namen erworbener oder zu verteidigender Eigentumstitel, also im Namen von etwas Vergangenem und Totem, die lebendigen Menschen benachteiligt, verletzt oder gar getötet?

Marx spricht diesen Gegensatz als den zwischen der toten und der lebendigen Arbeit an. Es handelt sich um ein verkehrtes, verrücktes Verhältnis, da nun die Vergangenheit über die Gegenwart herrscht, die Produktionsmittel die Arbeiter*innen anwenden, nicht die Arbeiter*innen die Produktionsmittel, nicht sie bestimmen in freier körperlicher und geistiger Freiheit die Produktionsabläufe, sondern werden dem toten Mechanismus der Maschinen als lebendige Anhängsel einverleibt (vgl. Marx 1890, 445). Diese Verrückung ergibt sich aus dem Kapitalverhältnis. Kapital ist Geld, das sich mit lebendigem Arbeitsvermögen austauscht und es auf diese Weise verwertet, also in einem größeren Umfang aus der Zirkulation zurückkehrt, als es in diese eingetreten ist. Das Geld und das Kapital sind ihrerseits bereits tote Gegenständlichkeit, Resultat früherer lebendiger Arbeit, die sich der Kapitalist angeeignet hat. Er kauft damit Produktionsmittel, denen die Lohnabhängigen im Produktionsprozess ihr lebendiges Arbeitsvermögen zusetzen. »Indem der Kapitalist Geld in Waren verwandelt, die als Stoffbildner eines neuen Produkts oder als Faktoren des Arbeitsprozesses dienen, indem er ihrer toten Gegenständlichkeit lebendige Arbeitskraft einverleibt, verwandelt er Wert, vergangne, vergegenständlichte, tote Arbeit in Kapital, sich selbst verwertenden Wert, ein beseeltes Ungeheuer, das zu ›arbeiten‹

beginnt, als hätt' es Lieb' im Leibe.« (Marx 1890, 209) Die Rede von der toten Gegenständlichkeit, die sich lebendige Arbeitskraft einverleibt, ist durchaus wörtlich zu nehmen. Denn es geht um die Erhaltung einmal erworbener Eigentumstitel. Die Verfügungsrechte über das angeeignete Arbeitsvermögen nehmen Rechts- und politische Verhältnisse an. Um sie zu bewahren, wird die körperliche Unversehrtheit und das Leben vieler Menschen riskiert, ihr Tod wird in Kauf genommen, um das Recht auf weitere Verwertung des Kapitals aufrechtzuerhalten. Niemand könnte auf dieses Recht verzichten, ohne befürchten zu müssen, selbst Opfer zu werden.

In seiner Studie »Verworfenes Leben« macht Zygmunt Bauman deutlich, dass die Todeszone sich ausgedehnt hat und mehr umfasst als nur den Bereich der Produktion. Er nennt die vielen Konsumgüter, den Abfall, der durch mit den Mitteln der Werbung angeregten Fehlkauf und Überkonsumtion, durch schnellen moralischen Verschleiß, durch Mode oder durch eingebaute Obsoleszenz erzeugt wird. Mehr noch: Viele Menschen werden nicht einmal mehr zum Bestandteil der industriellen Reservearmee, sie zählen als Überflüssige, als Abfall. Schließlich, drittens, prägen die Probleme des menschlichen Abfalls das gesamte soziale Leben und erzeugen einen Abfall sui generis: »totgeborene, unpassende, ungültige und nicht realisierbare menschliche Beziehungen, die von Anfang an den Stempel des drohenden Dahinschwindens tragen« (Bauman 2005, 15).

Es sollte nicht verkannt werden: Die Verwalter*innen des Toten wollen die Lebenden regieren. Aus ihrem Blickwinkel, der Verwertung ihres Kapitals, nehmen sie die Zukunft in den Blick. Doch diese wird stark vereinseitigt und der Vergangenheit verpfändet. Denn die Zukunft wird darauf festgelegt, Gewinnerwartungen einzulösen. Im zinstragenden Kapital sei, so Marx, die Vorstellung vom Kapitalfetisch vollendet, dass das aufgehäufte, tote Arbeitsprodukt aufgrund einer geheimen Qualität Mehrwert erzeuge. »Man weiß dagegen, dass in der Tat die Erhaltung, und insoweit auch die Reproduktion des Werts der Produkte vergangner Arbeit nur das Resultat ihres Kontakts mit der lebendigen Arbeit ist; und zweitens: dass das Kommando der Produkte vergangner Arbeit über lebendige Mehrarbeit grade nur so lange dauert, wie das Kapitalverhältnis dauert, das bestimmte soziale Verhältnis, worin die vergangne Arbeit selbständig und übermächtig der lebendigen gegenübertritt.« (Marx 1894, 412)

Angesichts all der Herausforderungen, die daraus resultieren, dass die Gegenwart und die Zukunft an die Vergangenheit gebunden sind, bedarf es einer Veränderung der Verhältnisse, unter denen die Menschen sich die Möglichkeit nehmen, sie selbst zu gestalten. Vergangene Arbeit – sowie die daraus abgeleitete Macht und die mit ihr verbundenen Lebensverhältnisse – soll nicht die Zukunft weiter festlegen. Doch das sollte nicht als einzelner historischer Einschnitt missverstanden werden, aus dem sofort ein bestimmtes neues Verhältnis hervorgeht, das dann als Ultima Ratio gelten könnte und alle Probleme löst. Vielmehr geht es um die Einrichtung von

Verhältnissen auf der Höhe der Herausforderungen, sodass auf der Grundlage der historisch erlangten Erfahrungen und dem erreichbaren Wissen kenntnisreich unter Beteiligung der Vielen die gegenständliche und soziale Welt derart umgestaltet werden kann, dass alle kooperativ, miteinander versöhnt und emanzipiert leben können. Dies bedeutet, Nachlässigkeiten zu vermeiden, Sorge gegenüber dem Vernachlässigten und Beschädigten zu tragen und das den Bedürfnissen gemäße Neue zu erzeugen. Es war ein technizistisches Missverständnis, die Entwicklung der Produktivkräfte immer nur als technischen Fortschritt zur Erzeugung größerer Gütermengen zu begreifen. Die wichtigste Produktivkraft ist die Kooperation der Menschen in einem rationalen Verhältnis zur Natur. In diesem Sinn gehört zur Produktivkraftentwicklung auch, über die Produktionsmittel, die Arbeitsprodukte und -prozesse gemeinsam nach Gesichtspunkten eines rationalen Metabolismus zu entscheiden.

WIR NENNEN ES SOZIALISMUS

Aus historischen Gründen knüpft sich die Erwartung der Lösung einiger der großen Probleme des gesellschaftlichen Lebens an den Sozialismus. Ausdrücklich erklären Journalist*innen (vgl. *SZ*, 21.9.2019; *NZZ*, 20.7.2019), dass sie sich der Beliebtheit des Sozialismus in der Bevölkerung entgegenstellen wollen. Ein Argument ist, dass er sich als ineffizient erwiesen habe und autoritär gescheitert sei. Wenn so argumentiert wird, dann ist oft die Häme zu spüren. Darüber, dass bürgerliche Kräfte erheblich dazu beigetragen haben, dass Alternativen scheitern, wird kein Wort verloren. Insbesondere in Deutschland ist das nach all den Verbrechen zur Verhinderung von Alternativen in Osteuropa seit 1917 infam genug. Aber mehr noch, es wird damit auch gesagt, dass zentrale Ziele der Aufklärung scheitern: nämlich die vernünftige Gestaltung der Verhältnisse, unter denen Menschen leben. Gerade das ist mit dem Kapitalismus nicht möglich: Er hat die Produktivkräfte im Wettbewerb entfaltet – doch gerade die Konkurrenz macht ihn auch ineffizient, gewaltvoll und tendenziell apokalyptisch, weil sich die Vielen mit ihren gemeinsamen und kooperativen Praktiken nicht zur Geltung bringen können. Insofern kommt es heute auf eine Veränderung der Verhältnisse an, die die zivilisatorische, rationale Entfaltung der Produktivkräfte blockieren. Historisch wurde zum Schaden der Menschen mit *Markt* und *Staat* experimentiert. Das genuine Projekt, das aus der gemeinsamen Verwaltung der Dinge und der freien Entfaltung der Individuen zur selbstbestimmten Gestaltung der Verhältnisse besteht, wurde bislang noch nicht ausprobiert. Es ist an der Zeit.

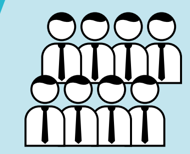
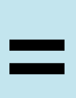
LITERATUR

Bauman, Zygmunt, 2005: Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne, Hamburg
Marx, Karl, 1852: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, in: MEW 8, Berlin
Ders., 1890: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1, in: MEW 23, Berlin
Ders., 1894: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 3, in: MEW 25, Berlin
Paine, Thomas, 1792: Die Rechte des Menschen, Frankfurt a. M. 1973

KAPITALISMUS FRISST ZUKUNFT

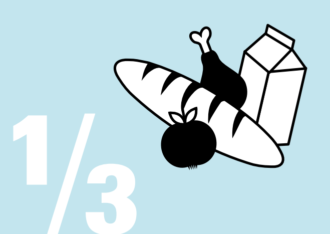
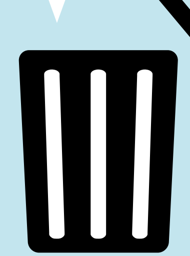
In der Krise ist dieses System schon lange. Eine obszöne Kluft zwischen Reichtum und Armut, Überfluss und Mangel ist im globalen Kapitalismus Normalität. Soziale, ökologische und ökonomische Krise haben neue Dimensionen erreicht. Die Klimakatastrophe und der Aufstieg neo-faschistischer Bewegungen haben vielen vor Augen geführt: Eine Alternative muss her, denn »wer will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist, der will nicht, dass sie bleibt«. (Erich Fried)

DIE VIELEN UND DIE WENIGEN


Acht Männer besitzen so viel wie die ärmste Hälfte der Welt.

ÜBERFLUSS UND ÜBERLEBEN

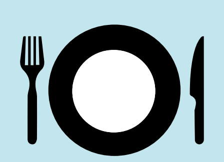



1/3

Ein Drittel der für die menschliche Ernährung erzeugten Lebensmittel geht weltweit verloren oder wird weggeworfen.

821,6 MIO.

MENSCHEN HUNGERN



Quelle: Welthungerhilfe 2019

UMVERTEILUNG UMGEKEHRT

Das Vermögen von 1900 Milliardär*innen

STEIGT UM 12%

2017–2018



2017–2018

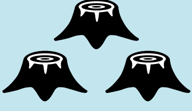
Das Vermögen der ärmsten 3,8 Mrd. Menschen

SCHRUMPFT UM 11 %

Quelle: Oxfam

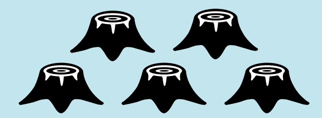
ABHOLZUNG TROTZ ABKOMMEN

2001–2013



8,5
Mio. ha

2014–2018

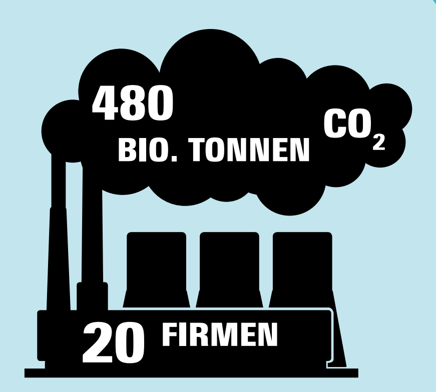


13,5
Mio. ha

Abgeholzte Regenwälder vor und nach der Verabschiedung internationaler Abkommen zum Schutz des Waldes

Quelle: Global Forest Watch

DIE KLIMAKILLER



Quelle: Guardian/Climate Accountability Institute 2019

20 Firmen sind für ein Drittel der globalen CO_2-Emissionen seit 1965 verantwortlich.

IN DER WELT ZU HAUSE?



Eine Person mit deutschem Pass darf in 187 Länder ohne Visum einreisen.

Eine Person mit afghanischem Pass darf in 25 Länder ohne Visum einreisen.

Quelle: Henley Passport Index 2019

SOZIALISTISCHE ZUKÜNFTE
WOFÜR ES SICH ZU KÄMPFEN LOHNT

SARAH LEONARD X ÉTIENNE BALIBAR X VISHWAS SATGAR
VERÓNICA GAGO X BINI ADAMCZAK

SARAH LEONARD
THERE IS AN ALTERNATIVE

Wenn wir uns 2010 als Sozialist*innen bezeichneten, war das für die meisten noch ein Schock. Selbstverständlich gab es auch vor der Occupy-Bewegung schon vereinzelt junge Sozialist*innen in den USA, sie waren aber in kleinen Zeitschriftenprojekten verstreut und letztlich bedeutungslos. Occupy bildete dann 2011 den Auftakt für eine Reihe von neuen sozialen Bewegungen, die ein neues Feld öffneten: Auf die Besetzung des Zuccotti-Parks folgte Black Lives Matter (2013), die demokratisch-sozialistische Wahlkampagne zur Unterstützung von Bernie Sanders (2016) und nun die globale Bewegung gegen den Klimawandel.

Occupy machte Redeweisen wie die von den »99 Prozent« populär, mit denen Klassenverhältnisse plötzlich in einer Sprache verhandelt wurden, die für viele zugänglicher war. Die Besetzer*innen nannten den Gegner beim Namen, die Wall Street, und schafften es, viele politische Einzelkämpfer*innen zusammenzubringen.

Fast zwangsläufig wandte sich diese nach 1989 politisierte Generation bald dem Sozialismus zu. Für sie war nicht der Kommunismus, sondern der Kapitalismus das offensichtlich unterdrückerische Regime. Letzteren verbanden sie nicht mit Freiheit, sondern mit privater Verschuldung, prekären Beschäftigungsverhältnissen und der höchsten Inhaftierungsrate weltweit. Die meisten hatten genau das getan, was ihre Eltern und die Politik ihnen geraten hatten – und trotzdem landeten sie in einer Sackgasse: Die Perspektive eines sozialen Aufstiegs entpuppte sich als leeres Versprechen, und ihr Protest dagegen wurde von der Polizei niedergeschlagen.

Die Erfahrung mit Polizeigewalt bildete die Grundlage für eine besondere Solidarität zwischen Occupy-Aktivist*innen und Black Lives Matter, einer Bewegung, die in Reaktion auf die zahlreichen ungestraften Morde an Schwarzen entstanden ist. Black Lives Matter wird von einem breiten Spektrum getragen, nicht wenige verstehen sich aber auch als antikapitalistisch. Doch letztlich war es 2016 die Kampagne zur Unterstützung von Bernie

Mit dem Ende des Realsozialismus schien die sozialistische Utopie erledigt. Inzwischen sind Alternativen wieder denkbar, ja unverzichtbar geworden. Aber wie lässt sich eine andere und bessere Zukunft vorstellen, angesichts der Krisen und Verwerfungen der Gegenwart? Was gibt uns Grund zu hoffen? Wir haben fünf Aktivist*innen und Theoretiker*innen gefragt, wie der Sozialismus der Zukunft aussehen muss und wer heute schon für ihn kämpft.

Sanders im Vorwahlkampf der Demokraten gegen Hillary Clinton, die den Sozialismus, wenn auch in einer vagen Form, plötzlich populär machte. Sanders mag ein eher alter weißer Mann sein, der in den Augen seiner Gegner*innen die alte Arbeiterklasse verkörpert und zu Fragen von *race* und *gender* wenig zu sagen hat. In den Vorwahlen gelang es ihm dennoch, die Stimmen junger Wähler*innen zu gewinnen. Und auch wenn die Kritik zum Teil berechtigt ist, unterstützt Sanders seitdem aktiv junge Frauen of Color wie etwa Alexandria Ocasio-Cortez. Auch die Tatsache, dass eine wachsende Zahl von jungen linken Politiker*innen, die die gesamte Vielfalt der Bevölkerung repräsentieren, keine Angst mehr hat, sich in der Öffentlichkeit als Sozialist*innen zu bezeichnen, ist mit Sanders Verdienst. Die Democratic Socialists of America haben

SARAH LEONARD ist Feministin, Publizistin und Aktivistin. Sie lebt in New York, schreibt und arbeitet als Redakteurin für zahlreiche Zeitschriften, unter anderem *The Nation* und *Dissent*. Sie ist Teil der Bewegung für einen internationalen feministischen Streik und für Reproduktive Gerechtigkeit und aktiv bei Democratic Socialists of America (DSA).

ÉTIENNE BALIBAR ist französischer Philosoph und bekannter Marxist. Er war Schüler und enger Mitarbeiter von Louis Althusser.

VISHWAS SATGAR unterrichtet Internationale Beziehungen an der Witwatersrand-Universität in Johannesburg, Südafrika. Er leitet das Forschungsprojekt »Emancipatory Futures Studies in the Anthropocene« und ist seit fast 40 Jahren Aktivist.

VERÓNICA GAGO lehrt Politische Theorie, Ökonomie und Soziologie an den Universitäten Buenos Aires und San Martín in Argentinien. Sie war Teil des aktivistischen Forschungskollektivs Situaciones, ist aktiv bei NiUnaMenos und in der Bewegung des internationalen feministischen Streiks. Von ihr erschien unter anderem *Neoliberalism from Below: Popular Pragmatics and Baroque Economies* (2017) und *The Feminist Revolution* (2020).

BINI ADAMCZAK ist politische Autorin und Künstlerin. Sie arbeitet und schreibt zu Kommunismus und Revolution und übt queerfeministische Ökonomiekritik.

seit seiner Kampagne massiven Zulauf und sind bundesweit auf etwa 50 000 Mitglieder gewachsen. In den vergangenen Wahlkämpfen haben sie sich als recht mobilisierungsstark erwiesen. Viele Kandidat*innen sind inzwischen bereit, offensiv als Sozialist*innen anzutreten, und setzen auf ihre Unterstützung.

Wie die Chancen für eine sozialistische Politik in den USA stehen, wird sich in den Primaries der Demokraten 2020 erweisen. Die beiden wichtigsten parteiinternen Rivalen von Sanders sind Joe Biden, ein nicht mehr ganz frischer zentristischer Demokrat, und Elizabeth Warren, die beliebte Senatorin und Juraprofessorin in Harvard. Warren und Sanders sind Verbündete im Senat und teilen viele politische Überzeugungen. Während Sanders sich jedoch seit Beginn seiner politischen Karriere als Sozialist versteht, beschreibt Warren sich als «kapitalistisch bis auf die Knochen«. Wie kann es sein, dass zwei Kandidat*innen mit einem so unterschiedlichen Selbstverständnis in so vielen Dingen einer Meinung sind?

Bislang gehen Sanders und auch die jungen Sozialist*innen Amerikas mit dem Konzept Sozialismus recht flexibel um. Sanders verweist häufig auf den New Deal und scheint die Rückkehr zu einer keynesianischen Wirtschaftspolitik zu propagieren. Viele Junge teilen seine Position, andere vertreten deutlich radikalere Politiken. Der Begriff Sozialismus diente zunächst dazu, den Diskursrahmen zu verschieben. Über Jahre konnten die Republikaner fortschrittliche Sozialpolitiken delegitimieren, indem sie sie als sozialistisch labelten. Die offensive Bezugnahme auf Sozialismus gibt nun vielen Linken innerhalb wie außerhalb der Demokratischen Partei ein gewisses Selbstbewusstsein und verleiht ehemals marginalen Positionen ein neues Charisma. Angesichts einer demokratischen Präsidentschaftskandidatin, die auf dem Papier ähnliche Positionen vertritt wie Sanders, den Kapitalismus aber befürwortet, fühlen sich viele Sozialist*innen angespornt, ihre Vorstellungen vom Sozialismus für das 21. Jahrhundert zu konkretisieren.

In diesen Debatten spielen verschiedene Fragen eine Rolle. Zum einen die Anliegen der Wähler*innen, aber auch transformationstheoretische Überlegungen und langfristige Visionen für eine gerechtere Gesellschaft. Sanders' Anhängerschaft ist tendenziell jünger und diverser und kommt eher aus der traditionellen Arbeiterklasse, während Warren eher weiße Wähler*innen mit höherer formaler Bildung und besseren Jobs anspricht. Der Aufbau einer sozialistischen Bewegung erfordert eine Basis, die ungefähr so zusammengesetzt ist wie die Anhängerschaft von Sanders. Gleichzeitig sind viele höher Qualifizierte von Abwärtsmobilität betroffen. Sie teilen zunehmend die Interessen der eher traditionelleren Sektoren der Arbeiterklasse und sind damit potenziell ein wertvoller Teil dieser Bewegung.

Die Frage, wie sich eine solche Bewegung aufbauen lässt, hängt derzeit mit der Frage zusammen, wie sich die beiden Kandidat*innen politisch positionieren. Sanders hat ein antagonistisches Verhältnis zur bestehenden Parteiführung und würde wahrscheinlich versuchen, die Demokratische Partei ernsthaft umzukrempeln und Außenstehende ins Weiße Haus zu holen. Was aber am wichtigsten ist: Sanders steht dafür, dass Kräfteverhältnisse nur mit einer breiten Bewegung verschoben werden können. Warren hingegen ist zwar bekannt für ihre fachliche Expertise sowie gute politische Programme und sie verurteilt

»korrupte« Bankiers und Manager*innen, findet aber, dass die Wirtschaft bei der Bewältigung großer Krisen wie dem globalen Klimawandel ein wichtiger Partner ist. Immer mehr Sozialist*innen stehen in diesen Fragen inzwischen auf Sanders' Seite.

Mit den Debatten über die Unterschiede zwischen Sanders und Warren beginnt endlich eine ernsthafte Diskussion darüber, was für eine sozialistische Zukunft wir eigentlich wollen. Beispielsweise haben kleinere programmatische Differenzen in sozial- und bildungspolitischen Fragen eine Debatte darüber angestoßen, ob soziale Güter wie etwa Bildung oder Gesundheitsversorgung nur besser zugänglich sein oder grundsätzlich dekommodifiziert werden sollten. Eine sozialistische Perspektive muss sich endlich von dem sozialdemokratischen Diskurs verabschieden, es gelte, die »Mittelschicht wieder zu stärken«. Vielmehr sollten Sozialist*innen sich dafür einsetzen, dass wesentliche soziale Güter und Dienste gar nicht mehr marktförmig organisiert werden.

Dadurch, dass der Begriff Sozialismus Bestandteil des politischen Diskurses geworden ist, ist es uns bereits gelungen, die Politik in den USA nach links zu verschieben. Jetzt, da Forderungen wie »Medicare für alle« unhinterfragt zur Programmatik der Demokraten gehören, können wir unsere politischen Visionen weiter konkretisieren und klarmachen, dass wir Größeres im Sinn haben, als nur die sozialpolitischen Errungenschaften des letzten Jahrhunderts wiederzubeleben. Zu sehen, wie viele junge Menschen derzeit an sozialistischen Ideen festhalten, macht Hoffnung auf eine zukunftsfähige sozialistische Politik.

Aus dem Englischen von Britta Grell

ÉTIENNE BALIBAR

FÜR EINEN SOZIALISMUS DES 21. JAHRHUNDERTS

Ausgehend von einigen Hinweisen von Marx charakterisierte Lenin den revolutionären Übergang als einen *Staat-Nicht-Staat*. Durch diese Einheit der Gegensätze konnte er einen paradoxen Vorgang skizzieren: nämlich den, die Staatsgewalt zu stärken, um die Positionen der Bourgeoisie zu zerschlagen und so den Übergang zu einer kommunistischen Assoziation der Produzent*innen einzuleiten. Jene Einheit verwies außerdem auf eine revolutionäre Institution: den damals in ganz Europa existierenden »Sowjet« oder Arbeiterrat. Auch wenn diese Überlegung Lenins nicht wirksam wurde, können wir annehmen, dass die Idee des *Staat-Nicht-Staats* nach wie vor das Wesentliche – und die Schwierigkeit – jedes Übergangs in ein Jenseits der Strukturen gesellschaftlicher Herrschaft bezeichnet.

In allen späteren revolutionären Phasen, aber auch in den Sozialisierungsexperimenten des 20. Jahrhunderts, die den kapitalistischen Rahmen nicht als solchen infrage stellten, betrifft das Problem des »Übergangs« auch die widersprüchliche Einheit eines *Markt-Nicht-Marktes*. Also eine dauerhafte Einschränkung der Autonomie des Marktes zugunsten einer Politik, die den Kapitalismus zwar nicht verschwinden lässt, aber »zurückdrängt«. Im Kontext der gegenwärtigen Umweltkatastrophe schließlich müssen wir außerdem den Widerspruch von *Industrie-Nicht-Industrie* denken, den wir als »Degrowth« bezeichnen könnten. Die genannten Widersprüche sind jeweils asym-

metrisch, sie konfrontieren die Macht mit einer Gegenmacht, die andersartig ist und auf andere Weise ausgeübt wird. Darin liegt die Chance und zugleich das Risiko revolutionärer Experimente.

II Die genannten revolutionären Widersprüche sind allerdings nicht unabhängig voneinander. So können wir annehmen, dass es einen *Nicht-Markt* beispielsweise nicht ohne staatliche Eingriffe und Unterstützung geben wird. Diese müsste qua Planung vollzogen werden, was wiederum eine Behörde und eine entsprechende Gesetzgebung voraussetzt. Eine solche Planung wird umso notwendiger, wenn die Regulierung nicht die industrielle Entwicklung beschleunigen, sondern eine rationale »De-Industrialisierung« vorantreiben soll, die nicht zum Zusammenbruch der Lebensbedingungen führt. Hinzu kommt, dass die Planungsexperimente des 20. Jahrhunderts die finanziellen Strukturen der Kredit- und Geldwirtschaft kaum betrafen. Auch verändert sich das Problem mit dem Übergang von einer nationalen zur globalen Ebene. Aber was wären die entsprechenden Formen demokratischer Partizipation oder Massenmobilisierung? Die Idee der »globalen Zivilgesellschaft« mit ihren Netzwerken und Solidaritätskampagnen verweist auf diese Frage.

Einen »Niedergang« erlebt nicht die Idee, dass es Fortschritte zu machen gilt, sondern nur die Idee, dass sich diese Fortschritte in eine totalisierende Evolution einfügen, die letztlich mit dem Gang der Geschichte selbst zusammenfällt.

III Politik ist nicht vorhersehbar. Sie hängt von Situationen ab, in denen sich ganz unterschiedliche Handlungen miteinander verbinden, die jeweils eine eigene Zeitlichkeit haben. Die Theorie kann die Akteure, die zur Veränderung beitragen, allenfalls beschreiben und bewerten. Dieses Problem wurde in der heutigen Theorie als eines der Verbindung unterschiedlicher Interessen gefasst und als Entscheidung zwischen verschiedenen »Hegemonien«, die diese Interessen jeweils hierarchisieren. Dies ausgearbeitet zu haben, ist das Verdienst von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Leider hat ihre Idee des »leeren Signifikanten« letztlich einen »Populismus« begünstigt, der sich vom Nationalismus vereinnahmen lässt. Die eigentliche Frage betrifft jedenfalls nicht nur die gesellschaftlichen Interessen, sondern auch die Modalitäten des politischen Handelns, in denen ein sozialistisches Projekt Gestalt annehmen muss. Durch den Hinweis auf die Elemente *Programm, Regulation, Aufstand* und *Utopie* möchte ich deutlich machen, dass sich diese Handlungsweisen qualitativ nach ihrer spezifischen Ebene, ihrer institutionellen Form sowie nach ihren »Subjekten« unterscheiden.

IV Mit der Feststellung, dass die ökologische Katastrophe *bereits eingetreten* ist – und zwar in einer Weise, die nicht umkehrbar ist, verabschieden wir uns von einer bestimmten Idee des Fortschritts, deren dynamischste

Version der Sozialismus entwickelt hat. Einen »Niedergang« erlebt jedoch nicht die Idee, dass es *Fortschritte zu machen* gilt, sondern nur die Idee, dass sich diese Fortschritte in eine totalisierende Evolution einfügen, die letztlich mit dem Gang der Geschichte selbst zusammenfällt. Wir setzen an die Stelle dieser Ideologie aber auch nicht die eines Zusammenbruchs, der zum Ende der Geschichte führt – eine nihilistische Version dessen, was bei einigen aus der Vorstellung vom endgültigen Triumph des auf selbstregulierten Märkten beruhenden Liberalismus folgte. Wir stellen vielmehr die Frage nach den stets vorhandenen Alternativen in einem *negativen Prozess*, der sich zwar nicht abstellen lässt, der aber mehr oder auch weniger bedrohliche Gestalt annehmen kann. Die hier vertretene These ist, dass die Möglichkeit einer Alternative davon abhängt, ob die Weltpolitik in den kommenden Jahren zu der einen oder anderen Form eines Sozialismus tendieren wird, denn davon hängt sowohl die Reorganisation der Gesellschaften ab als auch die Chance, dem Kapitalismus andere Prioritäten als die der Profitmaximierung aufzuzwingen. Das bedeutet, dass eine *Mäßigung* der Veränderungen im Verhältnis von Mensch und Natur eine *Beschleunigung* des Wandels im Verhältnis der Menschen untereinander voraussetzt.

Dieser Text ist ein Auszug aus »Thèses pour un socialisme du 21éme siècle: régulations, insurrections, utopies«, in: Étienne Balibar, Histoire interminable. D'un siècle à l'autre, Paris 2020 (i. Vorb.).

Aus dem Französischen von Thomas Laugstien

VISHWAS SATGAR

SHOWDOWN DES FOSSILEN KAPITALISMUS

Im gegenwärtigen Kapitalismus zählen spritfressende Autos, Hightechflugzeuge und gigantische Containerschiffe zu den offensichtlichsten Massenvernichtungswaffen. Je mehr die ressourcenintensiven und CO_2-zentrierten sozialen Verhältnisse triumphieren, desto mehr beschleunigt sich der Klimawandel. Die Natur wird in dieser Phase des altersschwachen Kapitalismus unterworfen und als neue kapitalistische Natur patriarchal gefügig gemacht, wissenschaftlich kontrolliert und verwaltet. Der Planet wird mittels Geoengineering bearbeitet, CO_2 in den tiefsten Erdschichten vergraben und die Ölhähne bis zum letzten Tropfen abgezapft. Die Logik des heutigen Kapitalismus ist nicht nur die Enteignung, sondern der Ökozid, das heißt die Zerstörung der Grundlagen menschlichen und nichtmenschlichen Lebens auf der Erde. Karl Marx bezeichnete dies als den metabolischen Riss des Kapitalismus, Rosa Luxemburg als Unterwerfung der Naturalwirtschaft. In dieser Phase hat der Neoliberalismus sein historisches Ziel erreicht. Eigentumsrechte zementieren die Herrschaft des Kapitals, gierige Plutokrat*innen benutzen unverhohlen staatliche Macht für ihre Zwecke, getrieben durch eine Kultur des Hyperindividualismus, des US-amerikanisierten Konsums und der Banalität einer mediengemachten Celebrity-Kultur. Die Selbstbestimmung des nihilistischen kapitalistischen Subjekts ist der einzige Ausdruck des Menschseins in unserer heutigen kapitalistischen Zivilisation. Doch damit nicht genug. Der nächste Schritt ist das

Transhumane; die technotopische Vision des Bio- und Technokapitalismus.

TÖDLICHER TRIUMPH

Der Kapitalismus und die Menschheit machen also nicht mehr gemeinsame Sache. Nach Jahrzehnten struktureller Ungleichheit ist die Welt eine neoliberale kapitalistische Utopie ohne Gegner: Der Sowjet-Sozialismus ist tot, die Arbeiterklasse prekarisiert, die Natur unterworfen und die Geschichte an ihr Ende gelangt. Keine linken Schreckgespenster sind zu greifen. Die rechte und neofaschistische Saat dieser neoliberalen Ordnung geht bereits auf und macht sich in Washington, Brasília, Neu-Delhi, Budapest und Moskau auf den Weg, jeden Widerspruch gegen diese Utopie niederzuschlagen und gegen Sündenböcke zu hetzen: Migrant*innen, People of Color, Indigene, »den Islam« und andere aufgebauschte »terroristische Bedrohungen«. Die letzte Phase des Kapitalismus steht bevor. In ihr wird versucht werden, die Normalität dieses Kapitalismus um jeden Preis zu verteidigen.

Eine zentrale Systemveränderung, die sich von der Peripherie her ausweiten muss, ist die »Re-Agrarisierung« der Welt: ein Wandel hin zu Ernährungssouveränität und Agrarökologie.

Doch die Kämpfe der Vergangenheit haben gezeigt, dass militarisierte Herrschaft nie ohne Brüche funktioniert. Ein Gewaltmonopol schafft noch keine Befriedung, geschweige denn Unterwerfung. Auch die medial inszenierten »marktkonformen« Demokratien, die sich offen auf Zwang stützen, stoßen an ihre Grenzen. Ein hegemoniales Regieren ist unter den Verhältnissen brutaler Ungleichheit nicht mehr möglich. Der Demos wird unruhiger und verzweifelter. Dem demokratischen Subjekt von heute stehen unzählige Informationsquellen und -kanäle zur Verfügung. Es kann die Idiotie der imperialen Macht und ihrer Autokraten von Ferne bestaunen und hin und wieder das Aufflammen einer subalternen Macht auf der Straße erleben. Der eiserne Vorhang der Unterdrückung ist nicht ohne Risse, in denen Demokratie und Sozialismus wachsen können.

RASENDER ÖKOZID

Der größte Terror der heutigen Zeit ist aber nicht der kapitalistische Neofaschismus. Es ist der Dschagganath, der unkontrolliert rasende kapitalistische Ökozid, der nicht nur das Leben auf dem Planeten, sondern auch den Kapitalismus selbst bedroht. Damit ist der Aufstieg des Neofaschismus gewissermaßen anachronistisch. Auch er wird in einer sich aufheizenden Welt verbrennen. Denn unbeirrt gelingt es dem fossilistischen Kapitalismus, im globalen Energiemix zu expandieren, trotz der alarmierten Wissenschaft, trotz reihenweise verheerender Naturkatastrophen. Es ist hoch wahrscheinlich, dass die Erderwärmung mehr als eineinhalb Grad im Vergleich zu vorindustriellen Werten steigen wird. In den USA hat Präsident Trump grünes Licht für die verstärkte Ausbeutung fossiler Energien gegeben. Der brasilianische Präsident Bolsonaro fördert jene Wirtschaftsinteressen, durch die indigene Völker und die Biodiversität vernichtet und etwa 140 Milliarden Tonnen Kohlenstoffdioxid durch die Brandrodung im Amazonasgebiet freigesetzt

werden. In Südafrika setzt die fossilistische Elite auf den Bau des größten Kohlekraftwerks der Welt, brüstet sich mit Fracking und schielt nach Offshore-Gasförderung. Schon diese kurze Liste an CO_2-Verbrechen zeigt, dass der fossile Kapitalismus und seine herrschenden Klassen die ganze Welt bedrohen, inklusive sich selbst. Da kaum noch Zeit für eine Umkehr bleibt, sind alle Versuche, diesen Kapitalismus mit Reformen zu bändigen oder grün zu färben, zum Scheitern verurteilt. Mit Blick auf die Klimadaten und den steigenden CO_2-Ausstoß scheint der Tod des Kapitalismus und letztlich unser aller Tod durch dessen ökozidale Logik unausweichlich.

Afrika, das seit der Berliner Westafrika-Konferenz 1884/85 das imperiale Subjekt des globalen Nordens ist, liegt am Boden, wird von einer Lumpenbourgeoisie kontrolliert und ist bereits jetzt durch Klimaveränderungen teilweise verwüstet. Mindestens 200 Millionen Menschen könnten durch weitere Klimakatastrophen vertrieben werden. Weder die Festung Europa noch der Gefängniskomplex USA können die vermeintlichen »Barbaren« fernhalten. Auch die reichen Gesellschaften werden durch die Klimakatastrophen schwere innere Verwerfungen, aber auch Widerstand erleben. Sunrise Movement, Extinction Rebellion und Fridays for Future sind Bewegungen gegen die 1,5-Grad-Celsius-Erwärmung. Wird diese Grenze überschritten, werden noch mehr Menschen dagegen aufbegehren, zu Kollateralschäden einer irrationalen und ökozidalfaschistischen herrschenden Klasse zu werden.

AUFBEGEHREN FÜR KLIMAGERECHTIGKEIT

In den neuen Bewegungen kommen die Klimaaktivist*innen der letzten Jahrzehnte mit Jugendlichen und »Normalbürger*innen« zusammen. Sie stehen für die lebendige Hoffnung der Vielen und nutzen drei Formen des Widerstands. Erstens: die symbolische Störung der Normalität. Das beste Beispiel sind Greta Thunberg und die Fridays-for-Future-Streiks. Klimaforschung und Jugendbewegung bestärken sich wechselseitig und verdeutlichen die Dringlichkeit der Krise. Zweitens: die taktische Störung und reale Unterbrechung der Emissionsprozesse und Extraktionskreisläufe. Ein Beispiel sind die Blockaden von Ende Gelände gegen den Kohleabbau in Deutschland, aber auch Boykottaufrufe gegen McDonald's, Walmart oder Subway, die von der Brandrodung im Amazonasgebiet profitieren. Drittens: das strategische Aufbrechen der ökozidalen Logik des Kapitalismus durch systemische Alternativen. Ein Ansatz wäre ein Green New Deal, der auf rasche Dekarbonisierung, Demilitarisierung und Demokratisierung setzt, sodass die Menschen selbst den Umbau gestalten können und Klimagerechtigkeit zum Maßstab der Geopolitik wird. Der Vorschlag von Bernie Sanders mit einem Volumen von 16,3 Billionen US-Dollar könnte ein solches Klassenprojekt sein, das die ausgeschlossenen 99 Prozent gegen eine zerstörerische Elite in Stellung bringt. Diese progressiven Kräfte müssen jedoch auch sicherstellen, dass der globale Süden einen selbstbestimmten Weg der Klimagerechtigkeit gehen kann. Beim Globalen Klimastreik am 20. September protestierten weltweit Hunderttausende für den Klimaschutz. Für den 1. Mai 2020 ist ein internationaler Aktionstag geplant, an dem die CO_2-Produktion auf der ganzen Welt zum Stillstand gebracht werden soll (#gridlockcarbon).

ZURÜCK AN DIE WURZELN

Eine zentrale Systemveränderung, die sich von der Peripherie ausweiten muss, ist die »Re-Agrarisierung« der Welt: ein Wandel hin zu Ernährungssouveränität und Agrarökologie, wie sie die Bewegung La Via Campesina seit über zwei Jahrzehnten vorantreibt. Jedes Dorf, jede Klein- und Großstadt auf der Welt wird diese demokratische, ökosozialistische Alternative in Betracht ziehen müssen. Dass monoindustrielle, CO_2-zentrierte und globalisierte Nahrungsmittelsysteme zu unserem Aussterben beitragen, zeigen zahlreiche Studien und Forschungsberichte. Der Horizont eines künftigen Sozialismus wird durch Erderwärmung und Klimaschocks, durch verschärfte Ungleichheit und den menschlichen Überlebenswillen bestimmt sein. Die Rache der Natur gegen den Ökozid wird alle globalen Gemeingüter – Wasser, Nahrung, Land, Wälder, Ozeane und Biosphäre – erfassen. Ihre rohe Macht wird die anthropozentrische Illusion zerstören, dass kapitalistische Natur und natürliche Umwelt vereinbar sind. Die Unendlichkeit der Natur und die Endlichkeit menschlichen Lebens werden die Zukunft prägen. Um damit umzugehen, wird der demokratische Ökosozialismus viel von indigenen Traditionen lernen müssen. Er muss lernen, die menschlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, den Produktivismus zurückzudrängen und die Entfremdung von der Natur zu überwinden. Eine verlangsamte Welt im Einklang mit den natürlichen Stoffwechselkreisläufen ist die einzige Hoffnung der Vielen. Eine solche Welt war nie ganz tot, sie wurde nur durch koloniale, neoliberale und imperiale Gewalt in den Schatten gedrängt.

Aus dem Englischen von Jan-Peter Herrmann

VERÓNICA GAGO

REVOLUTION HEISST, FÜR DIE ZUKUNFT SORGEN

Über eine Zukunft des Sozialismus nachzudenken impliziert, sich eine Vorstellung davon zu machen, was kommen wird. Die Frage, die sich dann notwendigerweise anschließt, ist: Wie erreichen wir dieses ersehnte Ziel? In jeder revolutionären Theorie hat die Utopie folglich auch eine pragmatische Seite, die sich auf die Frage des Übergangs bezieht. Dieser Übergang stellt insofern eine Herausforderung dar, als sich historisch immer wieder gezeigt hat, dass es dabei keine Linearität gibt, keinen direkten Weg, der von dem einen zum anderen Punkt führt. Stattdessen müssen wir das Prozesshafte eines solchen Übergangs in den Blick nehmen. Die feministischen Körperpolitiken, die dafür kämpfen, die rigiden Normen von Geschlecht und Sexualität aufzubrechen, haben dies deutlich gemacht: Eine Revolution gelingt nicht von heute auf morgen. In dem zeitlichen Zwischenraum entsteht jedoch ein Feld des Forschens und Experimentierens, ein Terrain, auf dem widerstreitende Kräfte miteinander ringen. Ist es möglich, einen solchen Weg des Übergangs zu beschreiten, ohne genau zu wissen, wohin er führt?

Wenn wir auf die aktuellen Kämpfe blicken, die sich derzeit in Chile, aber auch an vielen anderen Orten der Welt gegen neoliberale Privatisierung, gegen die Zerstörung der sozialen Daseinsvorsorge und gegen eine fortschreitende Inwertsetzung unseres Lebens richten, haben sie auf den ersten Blick ein eher inverses Verhältnis zu einer solchen revolutionären Zeitlichkeit. Sie

entwerfen weniger ein in die Zukunft gerichtetes Projekt, sondern verteidigen etwas, das verloren gegangen ist oder bedroht scheint. Es sind Kämpfe um Gemeingüter, Kämpfe, die sich fortgesetzten Enteignungen entgegenstellen oder geraubten Reichtum zurückfordern: In ihnen drückt sich die Erfahrung aus, dass unsere Utopien voraussetzungsvoll sind, dass sie eine Grundlage brauchen, um Wirklichkeit zu werden. Sie sind abhängig von funktionierenden Strukturen der Sorge und Selbstsorge, als Voraussetzung dafür, überhaupt Kraft zum Kämpfen zu finden. Sollten wir daraus folgern, dass diese Kämpfe eher konservativ sind, also rückwärtsgewandt, als utopisch? Nein. Ich würde sagen, dass in ihnen gerade eine utopische Kraft steckt, die sich aus dem Wissen um jene Bedingungen nährt, die wir brauchen, um eine Transformation anzustoßen. Es sind deshalb die derzeit entscheidenden, die unumgänglichen Kämpfe. Ausgehend von einer Art Selbstverteidigung bringen sie die Möglichkeit von etwas Neuem hervor, scheint in ihnen etwas auf, das noch nicht existiert. Diese politische Bewegung setzt eine spezifische Zeitlichkeit voraus, die nicht nostalgisch oder archaisch ist, sondern auf die Produktion von Gegenwart gerichtet. Als bedürfe das revolutionäre Begehren einer soliden Infrastruktur, um sich zu entfalten.

Rosa Luxemburg hat das Konzept einer *revolutionären Realpolitik* ins Spiel gebracht, um den Prozess des Übergangs genauer zu bestimmen als einen, in dem die alltäglichen Kämpfe um konkrete Verbesserungen in den Horizont eines radikalen Umbaus gestellt werden, in dem die Bewegungen im *Hier und Jetzt* und eine Politik von unten das Terrain bereiten für die jeweils nächsten Schritte. So verschiebt sich die Teleologie eines revolutionären »Endziels« – nicht, weil es nicht da oder weniger wichtig wäre –, sondern weil es in eine andere zeitliche Beziehung tritt mit der alltäglichen Politik und weil jede einzelne Aktion daraufhin befragt werden kann und muss, inwiefern sie von revolutionärer Dynamik erfüllt ist.

Diese politische Bewegung setzt eine spezifische Zeitlichkeit voraus, die nicht nostalgisch oder archaisch ist, sondern auf die Produktion von Gegenwart gerichtet. Als bedürfe das revolutionäre Begehren einer soliden Infrastruktur, um sich zu entfalten.

Ich halte das Konzept für hilfreich, um die revolutionäre Perspektive herauszustellen, die die aktuellen Feminismen ins Spiel bringen: Worauf zielen sie? Welche utopische Kraft entfalten sie? Inwiefern sind sie revolutionär-realpolitische Zukunftspolitiken, auch ohne einen festen Plan, wie das Ziel auszusehen hat? In welcher Weise revolutionieren sie die Gegenwart und schaffen Bedingungen einer anderen Zukunft?

In ihrer Entschiedenheit und Radikalität stoßen die gegenwärtigen Feminismen radikale Brüche an – in den Körpern, auf den Straßen, in den Betten und Haushalten. Sie verdichten sich in dem Slogan der feministischen Bewegung Argentiniens: »Wir wollen *alles* verändern!« Im jüngsten Aufstand in

Die Idee des Feminismus als alltägliche Revolution bedeutet auch, die Eigentumsfrage zu stellen und einen politischen Antagonismus zu erzeugen.

Chile nimmt dieser Anspruch kraftvolle Gestalt an: Die feministische Revolution stellt das Ganze neu auf: »Wir haben ein Programm: Wir wollen alles!«. Es gibt keinen Raum und keine sozialen Beziehungen, die von dieser Dynamik des Bruchs und des Aufbegehrens unberührt blieben. Die Zeit der Revolution liegt im Hier und Jetzt – in ihrer sprühenden Kraft verbindet sie sich mit der Perspektive einer befreiten Zukunft.

Die Dynamik des transnationalen feministischen Streiks hat sich in den letzten Jahren von Lateinamerika ausgehend in mehr als 50 Ländern ausgebreitet. In Chile wurden

Im Kampf gegen die Verschuldung geht es um die Möglichkeit, die eigene Zukunft zurückzugewinnen, sie sich individuell und kollektiv neu anzueignen und kreativ zu gestalten.

viele der Parolen und Praxen des feministischen Streiks von den Massen aufgenommen und entfalten als plurinationaler[1] Generalstreik neue Kraft. Die Erfahrungen, die in den letzten Jahren in den Bewegungen gesammelt wurden, haben es ermöglicht, auch die Art und Weise der Kämpfe zu verändern, die Organisationsformen, die politischen Perspektiven und historischen Allianzen. Dabei greifen die Bewegungen zwei zentrale Herrschaftsmechanismen an: die *Verschuldung* und die damit verbundene Form der *Enteignung* der Subalternen, die breiten Teilen der Bevölkerung eine selbstbestimmte Zukunft unmöglich gemacht haben.

Die Verschuldung kolonisiert als finanzielle Verpflichtung gewissermaßen unsere Zukunft. Sie fesselt uns an die Ausbeutung, mittels eines eng gestrickten Dispositivs aus Moralisierung und Individualisierung. Der konservative Neoliberalismus hat den lateinamerikanischen Kontinent durch und durch finanziell rekolonialisiert. Unter diesen Verhältnissen wächst eine verschuldete und damit absolut disziplinierte Jugend heran, deren Abhängigkeit von der heteropatriarchalen Familie weiter bestärkt wird. Im Kampf gegen die Verschuldung geht es also um die Möglichkeit, die eigene Zukunft zurückzugewinnen, sich anzueignen und kreativ zu gestalten, individuell und kollektiv. Es geht darum, das Entstehen anderer Subjektivitäten zu ermöglichen, die sich aus dieser »Schuldbeziehung« lösen.

All das kommt in Graffitis und Parolen der chilenischen Proteste pointiert zum Ausdruck. An den Fassaden der Banken in Chile, dem Land der Chicago Boys[2] und dem mit der größten Pro-Kopf-Verschuldung in der gesamten Region, ist beispielsweise zu lesen: »Sie schulden uns ein Leben.« In dem Satz verdichten sich die Idee von einer Umkehr der Verschuldung und die Frage, *wer hier eigentlich wem etwas schuldet*. Angesichts ansteigender Lebenshaltungskosten, oder genauer, angesichts der stetig voranschreitenden Extraktion

von Wert aus den alltäglichen Praxen der sozialen Reproduktion verweist diese Losung auf die Möglichkeit finanziellen Ungehorsams, wie er nicht zuletzt in der Bewegung #EvasionMasiva praktisch geworden ist.[3]

Die aktuellen feministischen Bewegungen gehen aber noch weiter: Sie formulieren eine konkrete und schlagkräftige Kritik an den multiplen Formen von Raubbau und den neuen Formen der Ausbeutung, mit denen das Kapital immer weiter in unser Leben vordringt. Es geht darum, den Kampf an jeder Front, an der Körper an Körper gekämpft wird, zu führen – sei es die Verschuldung der Haushalte oder die Prekarisierung, sei es der Neo-Extraktivismus und die von ihm verwüsteten und aufgegebenen Regionen, sei es die Militarisierung, die Kriminalisierung von Grenzen oder die Schaffung »innerer Feinde«.[4]

All das sind Kämpfe, in denen auch die Eigentumsfrage gestellt wird und mit denen die *feministische Revolution* einen politischen Antagonismus erzeugt. Sie streitet um die Mittel der Produktion des Lebens überall dort, wo heute die neoliberale Ausbeutung Wurzeln schlägt. Die Idee des Feminismus als alltägliche Revolution erhält darin ein besonderes Gewicht, weil sie die Frage aufwirft, inwiefern sich die Richtung der Transformation auch von den Orten her bestimmt, an denen der Akkumulation von Kapital entgegengetreten wird.

Heute sind auch die Körper der jungen Menschen ein solches Kampfgebiet, auf dem versucht wird, die Grenzen der Inwertsetzung des Kapitals auszubreiten, sie zu gehorsamen Arbeiter*innen zu machen, gehorsam gegenüber der Prekarisierung, der Verschuldung und der Kernfamilie – auch wenn diese implodiert und voller Gewalt ist. In diesen Körpern hat die feministische Revolution das Begehren nach Revolution hinterlassen. Und ihr Versprechen auf eine nicht durch das Kapital normierte Zukunft eröffnet eine konkrete Produktion von Utopie.

Die feministische Revolution stellt das Ganze neu auf: Es gibt keinen Raum und keine sozialen Beziehungen, die von dieser Dynamik des Bruchs und des Aufbegehrens unberührt blieben.

Aus dem Spanischen von Caroline Kim und Barbara Fried

1 Plurinational bezieht sich auf die Existenz und die Anerkennung verschiedener indigener und politischer Communities innerhalb eines Nationalstaats.
2 Als Chicago Boys wird eine Gruppe chilenischer Wirtschaftswissenschaftler bezeichnet, die von Friedrich August von Hayeks und Milton Friedman inspiriert waren und die Chile unter der Diktatur von Pinochet zum Experimentierfeld des Neoliberalismus gemacht haben.
3 #EvasionMasiva, was wörtlich etwa »massenhaftes Vermeiden« bedeutet, war der Hashtag, mit dem Schüler*innen und Studierende dazu aufriefen, nach einer Fahrpreiserhöhung im öffentlichen Nahverkehr kollektiv ohne Fahrschein U-Bahn zu fahren. Die Aktion unter dem Motto »Evadir, no pagar, otra forma de luchar« (Vermeiden, d.h. nicht zu bezahlen, ist eine andere Art zu kämpfen) stellte den Beginn der derzeitigen Protestwelle in Chile dar.
4 Als »innere Feinde« wurden während der Militärdiktatur dissidente Argentinier*innen kriminalisiert, verfolgt und umgebracht. Heute wird der Begriff zur Legitimation von verschärften Anti-Terror-Gesetzen oder der Militarisierung angerufen, zum Beispiel bei den Vorbereitungen für den G20-Gipfel, der im Herbst 2018 in Buenos Aires stattfand.

BINI ADAMCZAK

OHNE KOHLE, WACHSTUM UND NATION

Den Sozialismus des 21. Jahrhunderts gibt es nicht. Ebenso wenig wie den Sozialismus des 20. oder des 19. Jahrhunderts. Erstens weil die sozialistische Bewegung seit ihren Anfängen aus einer Vielzahl regionaler und fraktioneller Strömungen besteht: von karibisch bis österreichisch, anarchistisch bis sozialdemokratisch, queerfeministisch bis kolonialrassistisch. Zweitens weil die Geschichte sich nicht in christliche Dezimalklassifikationen fügt: Wie das 20. Jahrhundert verschiedene Epochen umfasst (1917–1921, 1933–1945, 1968–1977), so zerfällt auch das 21. Jahrhundert bereits jetzt in mindestens zwei Phasen. Die erste beginnt 1990 mit dem Ende des Kalten Krieges und ist geprägt durch die Antiglobalisierungsbewegung, 9/11 und den *War on Terror*. Die sozialistische Bewegung zieht sich auf einige Regionen der Welt zurück, Lateinamerika vor allem. Die zweite Phase wird durch die Weltwirtschaftskrise 2008 eingeläutet: Mit den Occupy-Bewegungen, die dem Arabischen Frühling folgen, kehrt der Sozialismus in die imperialen Zentren zurück, die von der Wirtschaftskrise am stärksten betroffen waren. Heute findet der Begriff in den USA mehr Zuspruch als jemals in der Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika. Und auch in anderen Teilen der Welt feiert er ein Comeback.

> Solange die Beziehungen der Individuen, der Betriebe, der Regionen Beziehungen der Konkurrenz sind, wird sich die Klimakatastrophe kaum aufhalten lassen.

Aber in welcher Form? Eine dominante Strömung orientiert sich an der europäischen Sozialdemokratie mit ihrem Traum von materiellem Wohlstand, staatlicher Umverteilung und nationaler Souveränität. Diesmal allerdings ergänzt um antirassistische und antisexistische Erkenntnisse der Neuen Linken und kombiniert mit einem ökologischen Imperativ. Eine marginalere Strömung hängt überkommenen staatssozialistischen Vorstellungen an, deren organisatorische Einheit unter neoliberalen Bedingungen attraktiv erscheint und deren klassenkämpferische Rhetorik zumindest als Bürgerschreck wirkt.

Die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufheben könnte, muss aber über beide historische Modelle hinausgehen. Die scharfen Kritiken, die durch die Geschichte hindurch von linken Bewegungen gegenüber Sozialdemokratie und Staatssozialismus vorgebracht wurden, haben nichts an Geltungskraft eingebüßt: Staatsfetischismus, Autoritarismus, Maskulinismus – und viele mehr. Die Bedingungen der Gegenwart haben noch neue Gründe hinzugefügt, die gegen eine Wiederaufführung der dominanten Sozialismen des letzten Jahrhunderts sprechen. Zwei ihrer zentralen Pfeiler lassen sich nicht wieder errichten. Erstens die Wachstumsorientierung: Während der Staatssozialismus eine stetige Steigerung der Produktivkräfte als historische Notwendigkeit erachtete, die die Geschichte in den Kommunismus führen müsse, fand die westliche Sozialdemokratie

im Wirtschaftswachstum die Grundlage für einen Klassenkompromiss, der die materiellen Lebensbedingungen der Arbeiter*innen verbessern konnte – ohne die Herrschaftsverhältnisse anzutasten. Der Kapitalismus hat bereits oft mit seiner Anpassungsfähigkeit überrascht, doch die ökologischen Grenzen des Wachstums scheinen beiden Strategien ein Ende zu setzen. Zweitens der Nationalstaat: Sozialismus in einem Land ist heute noch weniger möglich als im letzten Jahrhundert. Die ökologische Katastrophe berührt – in ihren Ursachen wie Wirkungen – nicht alle Teile der globalen Menschheit gleichermaßen. Im Gegenteil, diejenigen, die am wenigsten zur Katastrophe beitragen, sind am stärksten von ihr betroffen. Dennoch lässt sie sich nur global ausbremsen. Zum einen, weil sich Wasser, Wind, Wolken nicht um die Grenzen scheren, die Menschen im Sand ziehen, egal ob mit Draht oder Beton. Zum anderen, weil die ökologische Transformation der Ökonomie nicht gelingen kann, solange es Konkurrenz der Nationen oder der Blöcke gibt. Die Rechtsnationalisten sprechen diesbezüglich nur offen aus, was die verhohlene Grundlage der Politik aller nationalen Regierungen ist: nationaler Wachstumsschutz vor globalem Umweltschutz.

Solange die Beziehungen der Individuen, der Betriebe, der Regionen Beziehungen der Konkurrenz sind, wird sich die Klimakatastrophe kaum aufhalten lassen. Kein Kapitalismus ohne Wachstumszwang: Die einzige signifikante CO_2-Senkung der letzten Jahrzehnte folgte keinem Klimagipfel, sondern der Finanzkrise. Ökologisch geht nur sozialistisch, ökokommunistisch. Doch das Erbe des Staatssozialismus wiegt schwer. Dieser betrieb die Zerstörung seiner ökologischen Grundlagen nicht nur aufgrund äußerer Konkurrenz mit dem Kapitalismus. Seine dominante Ideologie verstand historischen Fortschritt als Fortschritt in Naturbeherrschung – als effizientere wie extensivere Ausbeutung der nichtmenschlichen Welt. Diese anthropozentrische Ideologie, die nicht zuletzt von der feministischen

Sozialistische oder kommunistische Freiheit kann heute nur noch in Anerkennung globaler Abhängigkeit realisiert werden – ohne Nation, ohne Produktivkraftfetisch, ohne Naturbeherrschung

Linken hart kritisiert worden ist, befindet sich heute in einer doppelten Krise. Zum einen wird sie durch die Entwicklung der künstlichen Intelligenz beschädigt: Nun gibt es nicht nur Maschinen, die stärker und schneller sind als Menschen, sondern auch solche, die besser Musik komponieren, Krebs diagnostizieren oder andere Maschinen konzipieren können. Zum anderen rufen die sich stetig mehrenden Zeichen der ökologischen Katastrophe mit aller Macht die verdrängte Abhängigkeit der menschlichen von der nichtmenschlichen Natur in Erinnerung. Der Mensch nimmt keinen Platz außer- und oberhalb der restlichen Welt ein. Die Erkenntnis hat Folgen: Sozialistische oder kommunistische Freiheit kann heute nur noch in Anerkennung globaler Abhängigkeit realisiert werden – ohne Nation, ohne Produktivkraftfetisch, ohne Naturbeherrschung.



CHILE IN AUFRUHR

Chile erlebt eine gewaltige soziale Revolte. Anfang Oktober hatte die Regierung zum vierten Mal innerhalb von zwei Jahren die Preise im öffentlichen Nahverkehr erhöht, der ohnehin als einer der weltweit teuersten gilt. Ein Viertel ihres Einkommens geben die Bewohner*innen Santiagos im Schnitt für Mobilität aus. Die Aushöhlung sozialer Infrastrukturen hat in Chile eine lange Geschichte. Bereits zu Zeiten der Militärdiktatur Pinochets brachten die sogenannten Chicago Boys das Land auf neoliberalen Kurs. Mit fatalen Folgen: Von 1973 bis 1980 sank die Zahl öffentlicher Unternehmen von 300 auf 24, die Budgets für Wohnungsbau und Soziales wurden radikal zusammengekürzt, der Bildungssektor privatisiert. Chilenische Haushalte sind heute die am höchsten verschuldeten in ganz Lateinamerika. Entsprechend groß ist der Unmut in der Bevölkerung. In den vergangenen Jahren kam es immer wieder zu Streiks und Protesten von Studierenden und Schüler*innen.



Die aktuellen Auseinandersetzungen haben jedoch eine neue Dimension erreicht – und es geht längst nicht nur um U-Bahnpreise, wie es der Slogan »Es sind nicht 30 Pesos, sondern 30 Jahre« auf den Punkt bringt. Die Regierung Piñera versuchte die Proteste gewaltsam zu beenden und rief am 19. Oktober den Ausnahmezustand aus. Durch brutale Einsätze von Militär und Polizei kamen bis Ende November 24 Menschen ums Leben, über 2 800 wurden verletzt. Mittlerweile hat die Regierung die geplante Fahrpreiserhöhung zurückgenommen und einzelne soziale Verbesserungen zugesagt wie die Erhöhung von Mindestlohn und Mindestrente. Doch die Proteste gehen weiter. Allein am 25. Oktober kamen auf der Plaza Italia im Zentrum der Hauptstadt 1,2 Millionen Menschen zusammen. Sie fordern den Rücktritt der Regierung und einen grundlegenden Systemwechsel. In einem Referendum soll nun entschieden werden, ob die Verfassung, die noch aus den Zeiten Pinochets stammt, neu verhandelt wird. Ob dies – wie von den Bewegungen gefordert – in einem partizipativen Prozess erfolgen wird, ist offen.
Wir zeigen Bilder, die an diesem Tag von Diego Figueroa, Alfonso González, Catalina Juger, Eric Allende und Jorge Vargas für das chilenische Fotokollektiv Migrar Photo aufgenommen wurden.

DIE WELT VON MORGEN
SZENARIEN UNSERER ZUKUNFT ZWISCHEN KATASTROPHE UND HOFFNUNG

INGAR SOLTY

DIE KRISE DIESMAL

Vor zwölf Jahren geriet der Kapitalismus in seine tiefste Krise seit den 1930er Jahren. Sie war nicht nur eine ökonomische, sondern eine große »organische Krise«, die sich auf allen gesellschaftlichen Ebenen artikulierte: als eine Krise des Politischen und der Demokratie, der sozialen Reproduktion, als ökologische und Klimakrise und als Krise der Weltordnung.

In ihren Antworten auf diese Krise zogen die Herrschenden in den kapitalistischen Zentren Lehren aus den großen Krisen des 20. Jahrhunderts, die zum Aufstieg rechtsnationaler Kräfte, zu zwei Weltkriegen, aber auch zu sozialistischen Revolutionen geführt hatten. Sie einigten sich auf Konjunkturprogramme, deren Zweck jedoch innerhalb der (neo-)liberalen Regierungen umstritten war: Dienten sie einer kurzfristigen Stabilisierung des Finanzmarktkapitalismus oder zielten sie auf dessen langfristigen Umbau?

Die Krise führte zu Rissen und Richtungskämpfen im herrschenden Machtblock, in denen sich schließlich die Neoliberalen durchsetzten. Um 2010 gingen die Staaten des »Westens« zur Austeritäts- und Wettbewerbspolitik und zu Strategien der inneren (und äußeren) Abwertung von Kosten und Löhnen über. Im Euroraum führte dies zu kostspieligen Bankenrettungen und hoher Staatsverschuldung. Einzelne Staaten gerieten unter den Druck internationaler Finanzmärkte. Dieser Zusammenhang wurde jedoch verschleiert. Der herrschenden Deutung nach hatten die betroffenen Staaten »über ihre Verhältnisse gelebt«. Die griechische Regierung musste sich im Gegenzug zu den Notkrediten der Troika zu massiven sozialen Einschnitten und Privatisierungen verpflichten. In der Folge legte eine neue europäische Wirtschaftsregierung (»Fiskalpakt«) alle Staaten des Euroraums dauerhaft auf einen strikten Austeritätskurs fest.

Gegen diese Politik entwickelte sich ein transnationaler Zyklus von sozialen Bewegungen, die einen alternativen Weg aufzeigten. Es war eine geschichtsoffene Situation: Wie in allen historischen Krisen sollten die Klassenkämpfe über den Ausgang des Konflikts und

Mit dem Finanzcrash 2008 wurden die Krisen des Kapitalismus offensichtlich. Viele hofften auf einen linken Aufbruch. Doch Austerität und Autoritarismus konnten sich global durchsetzen. Inzwischen ist der Neoliberalismus entzaubert und die Welt brennt. Was sind die Szenarien unserer Zukunft?

die neue Gestalt des Kapitalismus, ja vielleicht sogar über seine Überwindung entscheiden. In dieser Situation veröffentlichte das Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2011 ein Kollektivpapier mit möglichen Zukunftsszenarien, um politisch besser intervenieren zu können. Vier Szenarien wurden unterschieden: 1. ein verschärfter autoritärer Neoliberalismus, 2. das Projekt der »Neuen Rechten«, 3. ein grüner Kapitalismus und 4. ein (Social) Green New Deal (IfG 2011). Acht Jahre später stellt sich die Frage, wie zutreffend diese Prognosen waren. Ist bereits ein neuer Kapitalismustyp entstanden? Oder befinden wir uns weiterhin in einer Übergangsphase? Welche Szenarien beschreiben heute die Welt von morgen?

DIMENSIONEN EINER KRISENGESELLSCHAFT

Die Analyse von 2011 hat die großen Konfliktlinien recht genau vorhergesagt. Sie konnte aber nicht voraussehen, wie robust die herrschenden Klassen ihren Kurs fortzusetzen verstanden. Die Austeritätspolitik und ihre Folgen traten regional ungleichzeitig auf. Weder Bewegungen noch linken Parteien gelang es, ihren Widerstand zu internationalisieren oder mit effektiven betrieblichen Kämpfen zu verbinden. Die Niederlage von Syriza in Griechenland 2015 und die relative Schwäche (Spanien) bzw. Isolierung (Portugal) linker Projekte in Südeuropa wirkt bis heute fort. Ohne diese Niederlagen der Linken ist der darauffolgende Siegeszug der Rechten nicht zu begreifen. Angesichts der unhaltbaren Zustände zieht die Rechte ihre Stärke aus einer gesellschaftlichen Erfahrung der Ohnmacht: Radikale Alternativen sind unbedingt notwendig, aber ihre Durchsetzung vorerst gescheitert.

INGAR SOLTY ist Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Redakteur dieser Zeitschrift.

Mit dem vorläufigen Sieg des autoritären Neoliberalismus ist die Krise indes nicht vorbei. Sie bleibt virulent und artikuliert sich weiterhin als eine multiple Krise mit den

eingangs genannten Dimensionen. Sie wurde zunächst einmal in die Zukunft verschoben. Das zentrale Reformprojekt des linken Flügels der herrschenden Klasse war der »grüne Kapitalismus«. Er sollte mit Konjunkturprogrammen die Entwicklung »grüner« Technologien anschieben, neue Märkte und einen Wachstumsschub hervorbringen. Das Projekt scheiterte jedoch. Denn für Reformen von oben ist der Kapitalismus paradoxerweise auf radikale Kräfte von unten angewiesen, die für eine Modernisierung genutzt und kooptiert werden können. Entsprechend gingen die dominanten westlichen Nationalstaaten zur Politik der Austerität über, die ihnen und ihren Konzernen Vorteile verschafften, Löhne senkten und die gewerkschaftliche Handlungsmacht schwächten. Die Krisenpolitik vertiefte somit den Neoliberalismus und damit die Kräfteasymmetrie zwischen Kapital und Arbeit.

Die neoliberalen »Mitte«-Parteien in der EU gerieten damit jedoch in einen Teufelskreis: Je unpopulärer die Kürzungen und je größer der Protest, desto autoritärer mussten die Staaten agieren, gegen geltendes Recht verstoßen und zum Beispiel Demonstrationsrechte einschränken. Je mehr die eigenen Machtressourcen mit der Erosion der »Volksparteien« und dem Aufstieg von rechten und linken Kräften schwanden, je mehr die Herrschenden ihre Politik in einer demokratisch kaum legitimierten neuen europäischen Wirtschaftsregierung festzurrten, umso mehr trat ihr Zwangscharakter offen zutage, was die herrschenden Parteien weiter schwächte.

In Deutschland wirkte die sogenannte Flüchtlingskrise im Sommer 2015 als Katalysator des Aufstiegs der Rechten. Seit 2016 hatte sich mit Trumps Wahlsieg, dem von rechts befeuerten Brexit und der österreichischen Präsidentschaftswahl gezeigt, dass die äußerste Rechte nun auch Mehrheiten gewinnen kann. Auch dort, wo sie noch nicht an der Staatsmacht beteiligt ist, gilt die Formel »rechts wirkt«: Die Kräfte von rechtsaußen treiben die anderen vor sich her. Mit der Erfolglosigkeit sowohl linker Konzepte wie auch der des »grünen Kapitalismus« sehen viele keine real(istisch)e Alternative mehr zum Neoliberalismus. Nur in politischen Systemen mit Mehrheitswahlrecht sieht es anders aus: Dort besteht Hoffnung, die erschlafften Mitte-links-Parteien real (wie Jeremy Corbyn) oder potenziell (wie Bernie Sanders) von innen zu erneuern.

Im anderen Fall kommt es zu einer gefährlichen Polarisierung: Das gesamte Parteienspektrum jenseits der »neosozialistischen« Linken sieht keine Alternative zur marktgetriebenen Gesellschaftsentwicklung. Darin ist sich der linke Flügel des Bürgertums (in Deutschland: die Grünen) mit dem ganz rechten (AfD) einig. Das verschiebt den Diskurs auf die Ebene des Kulturkampfes. Gestritten wird vornehmlich über die Frage, wie (il-)liberal Einwanderungs-, Sicherheits- oder Geschlechterpolitik gestaltet wird. Weil aber die materiellen Krisenprozesse in der Klassengesellschaft weiterwirken und die Ängste der Bevölkerung vertiefen, drohen alle linken Alternativen zur Marktgesellschaft in diesem Kulturkampf zerrieben zu werden. Das linksliberale Bürgertum und die Rechtsautoritären können sich gegeneinander profilieren und ihre jeweilige sozial und kulturell relativ homogene Klientel binden. Unterdessen zerlegen sich sozialdemokratische und linke

Parteien an der Frage, wie man Wähler*innen der »Arbeiterklasse« zurückgewinnen kann.

Die Krise der Demokratie wird verschärft durch die Digitialisierung und die Umbrüche der Produktionsweise. »Industrie 4.0« und »Internet der Dinge« verkörpern einen von Kapitalseite vorangetriebenen Rationalisierungsprozess. Der objektive Stress, die eigenen Qualifikationen entwertet zu sehen und permanent umlernen zu müssen, verallgemeinert sich und triff selbst hochqualifizierte Lohnabhängige. Die alten Sicherheiten der »Mittelklassen« schwinden, das Versprechen, durch Leistung am Wohlstand teilzuhaben, hat an Überzeugungskraft verloren. Der radikale Umbau des Sozialstaates verstärkt Erfahrungen der Verunsicherung und Deklassierung. Der Traum vom Leben in der »saturierten Arbeitnehmermitte« mit Eigenheim, exotischen Urlaubszielen und Altersvorsorge wird prekär. Zugleich ist mit dem Wandel der Geschlechterbeziehungen auch das fordistische Familienmodell im Umbruch. Eine weitere Folie für den rechten Kulturkampf, der die »gute alte Zeit« zurückhaben will. Die Erwerbsintegration von Frauen hat unter neoliberalen Vorzeichen nicht die versprochene Selbstbestimmung für alle gebracht, sondern soziale Ungleichheit zwischen Frauen vertieft. Aufgrund der lückenhaften öffentlichen Daseinsvorsorge sind für Care-Arbeiten weiterhin meist Frauen zuständig, sind diese meist privat und prekär organisiert. Stress und Überforderung prägen den Alltag vieler Menschen.

Der autoritäre Neoliberalismus hat auf diese Krise der lohnabhängigen »Mittelklassen« keine Antwort. Im Gegenteil, mit einer Politik, die Renten und Löhne senkt, soziale Leistungen kürzt und die Unsicherheit am Arbeitsmarkt verschärft, bröckelt der Zusammenhalt. Den Menschen wird signalisiert, dass sie auf sich allein gestellt sind. Der Staat scheint nur noch auf dem Feld des Kulturkampfes, nicht aber in der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Planung souverän. Das gilt auch in Bezug auf die sich beschleunigende ökologische Krise, die immer mehr zur Zivilisationskrise wird. Sie stellt das Paradigma einer Marktgesellschaft grundlegend infrage und erfordert radikale wirtschaftspolitische Maßnahmen. Die Dringlichkeit ist mit den neuen Klimabewegungen im öffentlichen Bewusstsein angekommen und verstärkt das Gefühl der Bedrohung und Angst. Auch diese Debatte verbleibt jedoch vielfach auf dem Terrain eines Kulturkampfes, ein grün-liberales und ein konservativ-rechtes Lager stehen sich gegenüber. Linke Alternativen zu marktkonformen Lösungsansätzen sind im politischen Diskurs weiterhin marginal, es dominiert das neoliberale »Weiter so«.

Tatsächlich müssten staatliche Akteure in dieser Situation eine Vision zur Bearbeitung dieser Umbrüche entwickeln, in der gesellschaftliche Teilhabe und Zusammenhalt im Zentrum stehen. Dies wird der Politik aber nicht mehr zugetraut: Die Volksparteien erodieren unaufhaltsam und die Zukunftsvisionen formulieren Konzerne wie Tesla, Google oder Facebook. Die Visionslosigkeit der Herrschenden ist Wasser auf die Mühlen der Rechten. Wenn niemand mehr eine Politik für alle formuliert, hinterlässt dies ein Vakuum, das die Rechte, die wenigstens den Anspruch erhebt, die Volkssouveränität zu repräsentieren, völkisch füllt.

Diese Umbruchprozesse stehen im Kontext einer Krise der globalen Weltordnung

und einer neuen Kriegsgefahr. Während die USA relativ an Einfluss verlieren, ist China in etlichen Bereichen der Hochtechnologie unangefochtener Weltmarktführer und kann durch die staatliche Kontrolle über Wirtschafts- und Finanzsektor seine Entwicklung souverän gestalten. Historisch war solch eine Ablösung einer alten durch eine neue Weltmacht stets mit Kriegen verbunden. Auch heute führt die Rivalität zu einem globalen Rüstungswettlauf. Teile des US-Militärapparates bereiten sich systematisch auf einen großen Krieg gegen China in den nächsten Jahrzehnten vor. Zudem hat weltweit die Zahl der Stellvertreterkriege stark zugenommen, auch durch die globalen ökonomischen Verwerfungen der Austeritätspolitik. Die Staaten des Nordens versuchen, ihre Krisen durch mehr Exporte zu überwinden, was die Konkurrenten im globalen Süden weiter unter Druck setzt. Mit der Finanzkrise haben weltweit Massenarbeitslosigkeit und Staatsschuldenkrisen zugenommen. Die Spielräume für Umverteilung sind eingeschränkt. Diese Politiken verstärken die Verteilungskonflikte und das Risiko, dass sich diese konfessionalisieren und ethnisieren.

ENTWICKLUNGSSZENARIEN

Der Hauptnutznießer der Austeritätspolitik und des globalen »Beggar-thy-neighbor«-Kapitalismus ist das transnationalisierte Kapital. Im Namen der Wettbewerbsfähigkeit hat eine große Zahl von Staaten Spitzensteuersätze gesenkt, Arbeitsmärkte dereguliert und nicht-kapitalistische Räume in Wert gesetzt. Oft waren neue Rechtsaußenregierungen federführend, etwa in den USA, Brasilien, Indien, Österreich oder Ungarn. Das zeigt, dass radikale rechte Regierungen kein alternatives Projekt verfolgen, sondern die prokapitalistische Politik und ihre Widersprüche noch forcieren. Dabei amalgamiert sich der autoritäre Neoliberalismus der »Mitte« mit der autoritären Rechten: Umgesetzt werden »nur« jene Teile des rechten Wahlprogramms, die die Interessen des (transnationalen) Kapitals nicht tangieren, wie etwa eine weitere Verschärfung repressiver Sicherheitspolitiken. Die »national-sozialistischen« und »Anti-Establishment«-Forderungen hingegen werden in ihr Gegenteil verkehrt. In Österreich etwa forderte die FPÖ eine Volksabstimmung zur EU- und Euro-Mitgliedschaft. In die Regierung trat sie 2017 mit einem Treuebekenntnis zu beidem ein. Im Gegenzug bekam sie das Innenministerium und konnte mit besonderer Schärfe gegen Linke und muslimische Zuwanderer vorgehen.

Für die Zukunft wird entscheidend sein, ob dieser Widerspruch zwischen rechter Propaganda und rechter Realpolitik zu einer Schwächung der Rechten führen wird. Entscheidend wird sein, einerseits einen Keil zwischen die Parteikader und ihre proletarische Basis zu treiben und andererseits die Protestwählerschaft von den Anhängern mit geschlossenem rechtsextremem Weltbild zu entfremden. Die Zukunft hängt davon ab, wie sich die unterschiedlichen Dimensionen der multiplen Krise entwickeln, die jede für sich das Potenzial einer dramatischen Zuspitzung in sich birgt. Die Wechselwirkungen sind nicht vorhersagbar. Dennoch scheinen fünf Szenarien denkbar:

1 // Autoritärer Kapitalismus: Die Tendenzen des »Durchwurstelns« und der Ad-hoc-Feuerlöschaktionen setzen sich unter den Bedin-

gungen einer festgezurrten marktgetriebenen Gesellschaftsentwicklung global fort. In diesem Szenario geht der Aufstieg des rechtsautoritären Nationalismus ungebremst weiter, weil er nicht durch kurzfristiges Taktieren, durch Korruptionsskandale oder gar Parteienverbote eingehegt werden kann, sondern nur durch ein umfassendes sozial-ökologisches Gesellschaftsprojekt, das »alle« mitnimmt. Trotz seiner politischen Schwäche stützt sich der neoliberale Block jedoch weiterhin auf seine Macht, die in der Transnationalisierung der kapitalistischen Produktions- und Klassenverhältnisse begründet ist. Auf dieser Basis bindet er die radikale Rechte, wie in Österreich, ein. Diese kann keine Rückkehr zum ökonomischen Nationalismus durchsetzen, wie es die binnenorientierten und global nicht wettbewerbsfähigen Kapitalfraktionen favorisieren würden. Insofern die Rechte sich jedoch noch auf die fossilistischen Kapitalien stützen kann, wird sich der ideologische Kampf um die Klimafrage zuspitzen.

Dieses erste Szenario wäre gleichbedeutend mit zunehmender Barbarisierung. Der USA-China-Konflikt wird sich zuspitzen. Der Druck auf den »Westen«, China durch vor allem militärische Zwangsmittel vom »wettbewerbsverzerrenden« Staatsinterventionismus abzubringen und sich der westlich dominierten Weltwirtschaftsordnung unterzuordnen, wird steigen. Die Fortsetzung der marktgetriebenen Entwicklung sowie die Forcierung von Exportorientierung und Freihandelsabkommen mit dem globalen Süden (Compact with Africa, Economic Partnership Agreements, Mercosur-Abkommen der EU etc.) werden Konflikt- und damit Fluchtursachen verschärfen, die wiederum der Rechten ein ständiges Mobilisierungspotenzial verschaffen. Die Zahl der Toten im Mittelmeer nimmt dramatisch zu und die Rechte macht die »Sicherung« des EU-Grenzregimes zur Aufgabe souveräner Politik. Zugleich ist sie es, die die inneren Widersprüche des globalisierten Kapitalismus zuspitzt. Ihr rechtsautoritärer Nationalismus bekämpft jedoch niemals deren Ursachen, sondern immer bloß die Symptome: Er richtet sich gegen Geflüchtete und Arbeitsmigrant*innen, aber niemals gegen den Freihandel, der millionenfache Proletarisierung von Kleinbauern, Krieg und Flucht hervorbringt, und ebenso wenig gegen den Klimawandel als Fluchtursache. Zudem provoziert er mit seinem antimuslimischen Rassismus gerade jene ethnische Polarisierung, die er zu seinem Ausgangspunkt nimmt. Er ist damit eine Art reaktionäre Don Quijoterie. Neoliberale Regierungsbeteiligungen schwächen die radikale Rechte paradoxerweise nicht, solange es keine realistischen linken Alternativen gibt. Sie polarisiert die Gesellschaft weiter und befördert Bedingungen eines kulturellen Bürgerkriegs nach innen und – mit der Zuspitzung der Klimakrise – eines Weltbürgerkriegs.

2 // Unkoordinierter Zerfall des globalisierten Kapitalismus: In diesem Szenario entwickeln sich Nationalismusprojekte, aber anders als in den 1930er Jahren ohne dominante »nationale Bourgeoisien«. Die multilateralen Institutionen werden durch bilaterales Staatshandeln insbesondere seitens Trump weiter geschwächt. Die internationalen Spannungen nehmen zu. Die institutionellen Grundlagen für die Neuauflage eines koordinierten Krisenkeynesianismus erodieren. Nationalistische Ideologie dient zunehmend

als Mittel der Exterritorialisierung innerer Widersprüche: Nicht die kapitalistische Akkumulation im Allgemeinen und die Politik der inneren Abwertung im Besonderen sind dann schuld an stagnierenden Reallöhnen und sinkenden Lohnquoten, sondern die »unfairen« Handelspraxen der ausländischen Konkurrenz. Der selektive Protektionismus, der erleichterte Marktzugänge und robuste geistige Eigentumsrechte durchsetzen soll, verselbstständigt sich: Die erschwerte Planbarkeit von Unternehmerhandeln sowie die Fragmentierung und Verteuerung von globalisierten Lieferketten führen zu einer partiellen Rückentwicklung der Transnationalisierung. Diese hat bislang als Einhegungsstruktur gegen den politischen Nationalismus gewirkt. Die transnationalen Fraktionen im Machtblock können ihre zunehmende politische Wehrlosigkeit gegen den rechtsautoritären Nationalismus aber nun nicht mehr kompensieren. Letzterer verändert nun auch – in einer Dominanz der Logik des Politischen – die Grundstrukturen des globalen Kapitalismus und provoziert ökonomische Verwerfungen mit entsprechenden gesellschaftlichen Folgewirkungen. Es kommt zu einer Renaissance der Autarkie-Ideologie der 1930er Jahre.

Mit dieser Zuspitzung zwischenimperialistischer Konkurrenz gerät die Klimagerechtigkeit gänzlich unter die Räder. »Nationale Alleingänge« in Sachen Emissionspolitik werden zum Wettbewerbsnachteil. In Ländern, die auf Energieimporte angewiesen sind, kommt es zu einer Renaissance nationaler Kohleproduktion, gefährlicher Offshore-Ölbohrungen und anderer Formen des extremen Extraktivismus. Die Klimakrise gerät völlig außer Kontrolle. Die Zuspitzung der zwischenimperialistischen Konkurrenz um Rohstoffe und Absatzmärkte wiederum führt zu einer Zunahme von militärischen Drohgebärden und Zwischenfällen mit Eskalationspotenzial. Die plötzliche Rückabwicklung der Globalisierung vollzieht sich im globalen Süden angesichts der Schwäche der Linken nicht als fortschrittliche Süd-Süd-Kooperation, sondern als relativ chaotischer Prozess, in dem ausländische Direktinvestitionen und Exporte eingeschränkt werden und sich innere Konflikte verschärften. So erhöht sich die Zahl der zerfallenden Staaten.

Fluchtbewegungen infolge von Kriegen, Wirtschafts- und Klimakrisen nehmen weiter zu. Einzelne Nationen schließen sich militärisch in »Koalitionen von Willigen« zusammen und schotten sich gegen die Folgen regionaler Gewaltkonflikte ab. Der *gated capitalism* mit Inseln des Wohlstands in einem Meer von Chaos wird im Namen des Schutzes »unserer westlichen Lebensweise« immer offener zum Politikziel: Rücksichtslose Abschottung und die Einschränkung universeller Menschenrechte werden politikleitend. Die Krise im transatlantischen Bündnis führt zugleich zur militärischen Mobilisierung einer geschwächten Kern-EU oder einzelner EU-Staaten. Zwischenfälle am Rande des US-Empire, insbesondere im Westpazifik, in der nun eisfreien, rohstoffreichen Arktis, im Weltall und in Stellvertreterkonflikten machen einen großen Krieg zwischen den USA und China immer plausibler. Das nationalistische gesellschaftliche Klima, die emotionale Abstumpfung gegenüber menschlichem Leid und eine Entzivilisierung nach innen und außen schaffen Akzeptanz für die Unausweichlichkeit eines solchen Krieges. Die Menschheit versinkt womöglich in der absoluten Barbarei.

3 // Grün-autoritärer Kapitalismus: Die Risse im Lager der Herrschenden des »Westens« nehmen zu und verlaufen entlang der Frage, wie dem Aufstieg Chinas und seiner aktiven Industriepolitik und grün-technologischen Dominanz begegnet werden kann. Forderungen nach einem Ende der Austeritätspolitik werden immer lauter. Mittels nationaler Industriepolitik wird eine Wiederauflage der »Deutschland AG« versucht. Im Namen der Wettbewerbsfähigkeit wird die neoliberale Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik jedoch fortgeführt. Die grünen industriepolitischen Gegenoffensiven des »Westens« können die forcierte Rivalität mit China teilweise abmildern. Die Kosten der Klimakrise werden unterdessen nach unten abgewälzt, insbesondere durch regressive Steuern auf Fleischkonsum oder CO_2-Verbrauch, ganz im Geiste grüner Konsumentensouveränität. Mit der Verschärfung der Krisentendenzen über das Jahrzehnt – insbesondere der Klimakrise, aber auch der Fluchtbewegungen, die wie im zweiten Szenario fortschreiten – wird der grüne Kapitalismus immer autoritärer. Der Autoritarismus richtet sich dabei sowohl gegen zunehmenden rechten Protest gegen die Klimapolitik wie auch gegen linksgerichtete Proteste der unteren Klassen.



4 // Globaler Green New Deal: Vielerorts entzaubert eine verbindende linke Politik den rechtsautoritären Nationalismus an der Macht und spaltet ihn entlang der Klassenfrage. Die bislang von rechts formulierte Ideologiekritik wird mit einer klugen, übergreifenden Klassenpolitik und der Vision eines Social Green New Deals verbunden. Diese Politik ist universalistisch in der Sprache, begünstigt aber im antirassistischen und feministischen Sinne die am stärksten unterdrückten Gruppen in der Gesellschaft. Mindestlohnerhöhungen, eine Rekommunalisierung und Stärkung des öffentlichen Wohnungsbaus, eine progressive Mobilitätspolitik, Arbeitszeitverkürzungen und Ausbau der Care-Infrastruktur gehören zum Kern dieser neuen »Politik für alle«. Sie entkräftet die rechte Verzerrung, dass linke (Anti-Diskriminierungs-)Politik lediglich bestimmte Gruppen wie Geflüchtete, Frauen, sexuelle Minderheiten oder Behinderte vor den

erbarmungslosen Gesetzen des Marktes schützt, denen auch alle anderen unterworfen sind.

Die neuen klassenbasierten Bewegungen, die sich seit Herbst 2019 von Chile über Haiti bis in den Libanon gegen die Exzesse der Austerität und des Autoritarismus richten, verstetigen und globalisieren sich. Sie repolitisieren Wirtschaftspolitik und Fragen der globalen Vermögensungleichheit. So verschiebt sich die gesellschaftliche Konfliktlinie wieder stärker in Richtung der Verteilungsfrage, die sich durch erneute ökonomische Krisen dramatisch zuspitzt. Es bilden sich Mitte-unten-Bündnisse in zentralen Konfliktfeldern der Klassengesellschaft. Im Mieterland Deutschland ist es insbesondere die Wohnungsfrage. Hier verschieben Kampagnen und Bündnisse die Grenzen des Möglichen: Forderungen nach Enteignung vertiefen sich und öffnen ganz neue Horizonte. Dies setzt – trotz allem – Hoffnungen auf verbesserte Lebensverhältnisse für alle und Zukunftsoptimismus frei, der die pessimistischen Ausgrenzungsdiskurse der Rechten nachhaltig schwächt. Das Undenkbare wird wieder denkbar.

Vor dem Hintergrund der erstarkenden Bewegungen von unten kommt es zu Linksverschiebungen in den Nationalstaaten, die sich internationalisieren und wechselseitig verstärken. Unter diesen Bedingungen radikalisiert sich der grün-liberale Flügel des Bürgertums und rückt nach links. In einem *corporate liberalism* sucht er die Forderungen von unten aufzugreifen, aufzuweichen und mit einer ökologischen Reformpolitik zu verbinden. Das grüne Bürgertum wird unter linker Beteiligung zur führenden Kraft. Unter dem Schlagwort eines Green New Deal entsteht ein gesellschaftliches Reformbündnis des sozial-ökologischen Umbaus. Der neue politische Horizont erleichtert Reformvorhaben mit utopischem Überschuss. Ein neues Zeitalter der großen Gesellschaftsreform und Demokratisierung bricht an. Vor dem Hintergrund erstarkender Sozialbewegungen im globalen Süden verändert sich auch das internationale System und die Entwicklungspolitik. Sie steht nun ähnlich wie in den 1970er Jahren unter den Paradigmen der Klimagerechtigkeit, Abrüstung und Kooperation. Der Green New Deal wird globalisiert und im Sinne eines neuen Internationalismus werden wirkungsvolle Institutionen zur Bearbeitung der Klimakrise geschaffen. Der Aufstieg Chinas erfolgt auf sanftem Weg im Rahmen dieser Institutionen, die die neuen Kräfteverhältnisse im Weltsystem widerspiegeln. China spielt im Rahmen des Technologietransfers eine immer wichtigere Rolle. Regionale Integrationsbemühungen im globalen Süden orientieren sich zunehmend an gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen. Einzelne Ländergruppen streben aufgrund der wachsenden internationalen Freiräume erfolgreich eine Entkopplung *(delinking)* an, eine partielle Deglobalisierung. Mit Konzepten einer Reagrarisierung und regionalen Wirtschaftskreisläufen wird versucht, die Gesellschaftskrisen insbesondere in Afrika zu bearbeiten.

Die radikal antikapitalistische Linke spielt in diesem Szenario eine entscheidende, aber letztlich untergeordnete Rolle. Sie wird an der Regierungsmacht beteiligt, aber führt nicht. Sie entradikalisiert sich: Massive Redistribution und Regulation werden zu entscheidenden Ebenen der Krisenbearbeitung. Der Abbau von Emissionen und von sozialer Ungleichheit erfolgt auf dem Wege einer aktiven Industrie-,

Struktur- und öffentlicher Beschäftigungspolitik. Es kommt zu Rekommunalisierungen sowie zu einer Dekommodifizierung und Demokratisierung der Arbeitswelt, doch die private Kontrolle über die Produktionsmittel wird nicht angetastet. Entsprechend werden der Abbau sozialer Ungleichheit und die Reduktion umweltschädlicher Emissionen hinter den Zielen zurückbleiben. Der Klimawandel schreitet voran und seine Auswirkungen werden im öffentlichen Diskurs verhandelt. Die Klassengesellschaft ist durchlässiger geworden, aber die Lebensverhältnisse vom Bildungssektor bis hin zum Wohnen sind weiterhin von Ungleichheit geprägt. Allerdings hat sich die Ausgangsposition der linken Arbeiterbewegung für die unvermeidlichen Klassenauseinandersetzungen verbessert. Die Organisations-, Markt- und Produktionsmacht der Gewerkschaften ist hoch. Die Institutionalisierung der linken konfliktorientierten Politik hat aber auch einen neuen staatsfixierten Technokratismus, eine neue linke Staatsklasse hervorgebracht, die demobilisierend wirkt. Die Reformen drücken ähnlich wie in den 1970er Jahren auf die Profitabilität des Kapitals und kündigen die nächste organische Krise an.

5 // Grüner Sozialismus: Das fünfte Szenario entwickelt sich ähnlich wie das vierte, vollzieht sich aber unter Führung der antikapitalistischen Linken. Die Bewegung geht von Industrienationen mit entsprechenden ökonomischen und politischen Spielräumen aus und formuliert explizit ein revolutionärrealpolitisches »Übergangsprogramm«. Das Ziel einer sozial-ökologischen Transformation basiert auf dem Umbau des Staates und einer permanenten Demokratisierung. Dabei spielen verschiedene Formen der Sozialisierung eine Rolle, die neue Eigentumsformen als strukturelle Gegenmacht zum Kapital etablieren. Die Kontrolle des Bankenwesens, womöglich durch eine neue Finanzkrise und »Bankenrettungen«, wird zum Hebel der sozial-ökologischen Investitionskontrolle. Zudem werden in den transnationalen Konzernen neue wirtschaftsdemokratische Strukturen aufgebaut. Ein Bündnis von neosozialistischen Staaten forciert multilateral den Umbau hin zu einer demokratisch geplanten grünen Industriepolitik. Es organisiert einen solidarischen Internationalismus mit nicht marktvermittelten Austauschstrukturen, etwa für Bedarfsgüter und technologisches Wissen. Das Ziel dieses grünen Sozialismus ist die nachhaltige und umfassende Überwindung der multiplen Krisen, wobei die gesellschaftliche Kontrolle der Produktionsmittel den Schlüssel darstellt. Produktions- und Lebensweisen werden schnell, radikal und bewusst umgestaltet. Die Klimakrise hat zweifellos starke Zerstörungen hervorgerufen. Das Erschrecken über die Destruktionskraft von 250 Jahren bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaft ist groß und schlägt sich im öffentlichen Leben, in der Wissenschaft, in Kunst und Kultur nieder. Aber die Eindämmung der Klimakrise ist nun ein realistisches Ziel. Die Menschheit überlebt und ebenso überlebt die Menschlichkeit.

Eine Langfassung diese Textes findet sich auf LuXemburg-Online.

LITERATUR

IfG – Institut für Gesellschaftsanalyse, 2009: Die Linke in der Krise. Strategische Herausforderungen, in: Zeitschrift LuXemburg 1/2009, www.zeitschrift-luxemburg.de/die-linke-in-der-krise/

Dass., 2011: Organische Krise des Finanzmarktkapitalismus: Szenarien, Konflikte, Konkurrierende Projekte, RLS-Papers, Berlin.

WIE MIT SOZIALISMUS POLITIK MACHEN?

GESPRÄCH

MIT RHONDA KOCH UND JAN DIEREN

››› Wie seid ihr Sozialist*innen geworden? Und warum?

››› JAN: Das Warum ist ziemlich klar. Wir sehen Ungerechtigkeit und Krisen in der ganzen Welt, himmelschreiende Armut und maßlose Verschwendung. Gleichzeitig gehen unsere natürlichen Lebensgrundlagen zugrunde. Wir haben keine Kontrolle über die gesellschaftlichen Verhältnisse, was ganz wesentlich an der kapitalistischen Produktionsweise liegt. Solche Kontrolle können wir aber nur erlangen, wenn wir über unsere Arbeit, unsere Produktion, unser Leben tatsächlich selbst bestimmen – das ist Sozialismus.

Als ich angefangen habe, mich mit Politik zu beschäftigen, wusste ich, dass eine andere Gesellschaft möglich sein muss. Und irgendwie ahnte ich, dass das wohl der Sozialismus sein könnte, ohne ganz genau zu wissen, was das heißt. Der Rest ist Lernen, Lernen, Lernen.

››› Und du?

››› RHONDA: Ich bin über die Occupy-Bewegung politisiert worden. Damals habe ich meine ersten Erfahrungen von kollektiver Stärke und zivilem Ungehorsam gemacht. Von dort war der Weg zum SDS nicht weit. Die Studis dort haben mir einen analytischen Rahmen angeboten, um die Idee der »99 Prozent« besser zu verstehen. Ich bin also im ersten Schritt nicht durch persönliche Betroffenheit, sondern durch Einsicht Sozialistin geworden. Wirklich politisiert wurde ich aber in der Bewegung. Hier habe ich verstanden – wie wir es im SDS gerne mit Gramsci sagen –, dass leben bedeutet, Partei zu ergreifen.

››› Und was ist für dich der Kern sozialistischer Politik?

››› RHONDA: Die Überzeugung, dass die Menschen ihre Geschichte selbst in die Hand nehmen müssen, um Stück für Stück die demokratische Kontrolle über ihr Leben zu erlangen – da kann ich an Jan anschließen. Ich würde aber betonen, dass diese Kontrolle erkämpft werden muss. Die Macht dazu müssen wir aufbauen, um uns aus der Abhängigkeit von den Bedürfnissen der Wenigen und vom Markt zu befreien. Und zwar

» Der Sozialismus ist keine detaillierte Programmatik, sondern eine politische Bewegung.« [RHONDA]

» Wenn wir über unsere Arbeit, unsere Produktion und unser Leben tatsächlich selbst bestimmen – das ist Sozialismus.« [JAN]

sowohl in der betrieblichen Mitbestimmung als auch in nachbarschaftlicher Zusammenarbeit.

»Deutsche Wohnen & Co enteignen« (*LuXemburg* 2/2019) beispielsweise ist sozialistische Mietenpolitik. Nicht nur weil es um Enteignung geht, sondern weil die Mieter*innen dafür kämpfen, über ihre Grundbedürfnisse mitentscheiden zu können. Diese Initiative hat der riesigen Mietenbewegung eine passende Form gegeben, sodass daraus eine Forderung mit Durchsetzungskraft werden konnte. Der Mietendeckel ist unter diesem Druck entstanden. Aber die Berliner*innen haben nicht gewartet, bis eine Partei wie die LINKE etwas gegen den Mietenwahnsinn unternimmt, sondern sie haben ihr Schicksal selbst in die Hand genommen. Als Sozialist*innen müssen wir genau das unterstützen.

» Dass sich die SPD positiv auf Sozialismus bezieht, ist vielen gar nicht bekannt – auch innerhalb der Partei. Warum ist sie für dich der Ort für sozialistische Politik – trotz alledem?

» JAN: Die SPD ist gerade sicher keine sozialistische Partei. Aber die Sozialdemokratie hat in Deutschland eine tiefe gesellschaftliche Verankerung in sehr unterschiedlichen Feldern. Mit ihr sympathisieren viel mehr Menschen, als in den letzten Jahren SPD gewählt haben. Und eine sozialistische Bewegung gegen den Widerstand der Sozialdemokratie scheint mir heute wenig Aussicht auf Erfolg zu haben. Die politischen Voraussetzungen für eine sozialistische Bewegung auch innerhalb

RHONDA KOCH studiert Philosophie im Master an der Humboldt Universität und lebt in Berlin. Sie ist seit vielen Jahren in sozialen Bewegungen aktiv, sowie bei die Linke.SDS. Dort war sie zuletzt Geschäftsführerin.

JAN DIEREN ist stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos und lebt zwischen Ruhrgebiet und Niederrhein. Er hat Philosophie, Romanistik und Rechtswissenschaften in Bochum und Düsseldorf studiert. Derzeit arbeitet er als Rechtsreferendar in Nordrhein-Westfalen und schreibt an einer juristischen Dissertation zu materialistischer Staatstheorie.

der Sozialdemokratie und insbesondere in der SPD zu erkämpfen, ist also eine notwendige Voraussetzung.

Natürlich sind die Bedingungen dafür heute – vorsichtig formuliert – nicht gerade optimal. Die SPD hat in den letzten Jahren politische Entscheidungen durchgesetzt, die arbeitende Menschen hart getroffen haben. Dass viele Linke sich abgewendet haben, ist nachvollziehbar. Aber es wäre kurzsichtig, ihre Rolle zu ignorieren. Wenn wir wollen, dass eine sozialistische Perspektive Erfolg hat, müssen wir auch innerhalb der SPD darum kämpfen, dass sie sich sozialistischen Umwälzungen nicht entgegenstemmt – und das hängt davon ab, ob Sozialist*innen sich innerhalb der Sozialdemokratie als politische Strömung organisieren.

»» Du hast es angesprochen, die Sozialdemokratie steckt in einer tiefen Krise. Wäre eine sozialistischere Politik ein Ausweg? Und wie müsste die aussehen?

»» JAN: Der Sozialismus ist heute die Alternative, die wir zur Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen und der Krise der Politik haben. Die Krise der Sozialdemokratie in Deutschland und Europa ist auch Ausdruck einer tiefen gesellschaftlichen Krise. Die Gesellschaft durchläuft eine Umwälzung, bislang fehlt es aber an einer Vorstellung, wie eine Zukunft aussehen könnte. Es ist unsere Aufgabe als Linke, eine solche Zukunftsvorstellung zu erarbeiten. Allerdings müssen wir heute eine sozialistische Gesellschaft erstreiten, die die Freiheit der Menschen nicht unterdrückt, sondern zu ihrer Grundlage macht. Dafür können wir auf die Fähigkeiten der Menschen aufbauen, ihre Arbeit selbstbestimmt zu organisieren. Dies ermöglicht uns eine sozialistische Organisation der Produktion, in der die Selbstbestimmung der Menschen über ihre Arbeit die Grundlage der gesellschaftlichen Kooperation der Produktion ist.

»» Wie hat sich deine Vorstellung von Sozialismus im Laufe der Zeit verändert?

»» RHONDA: Im Grunde ist mit der Zeit klarer geworden, dass der Sozialismus keine detaillierte Programmatik ist, sondern eine politische Bewegung mit gewissen Leitsätzen, die auf radikale Gesellschaftsveränderung zielen. Aber wie jede andere Bewegung muss sie sich in der Realität beweisen, also gewinnen. Und das tut sie gerade viel zu wenig in Deutschland. Deswegen wird Sozialismus sehr parteipolitisch verstanden, was dann zu einem Problem wird, wenn Parteipolitik auf Parlamentsarbeit reduziert wird. Sozialistische Politik, ob im Rahmen einer Partei oder nicht, muss ein aktives Verhältnis zur eigenen Umgebung bedeuten. Kämpfe müssen mitgekämpft, Bewegungen mit aufgebaut, Menschen ermächtigt werden. Der Sozialismus braucht einen Alltag, damit er nicht als »Politik«, sondern als Gesellschaftsprojekt aller ernst genommen werden kann.

»» Was heißt das konkret?

»» RHONDA: Ich bin derzeit relativ viel in der Klimabewegung aktiv und das Potenzial für radikale Forderungen ist riesig. Die zentrale Frage, die verhandelt wird, ist: Wer bezahlt für die Kosten der Transformation? Eine Steilvorlage für Eigentumskritik und Demokratisierung der Produktion. Welche Forderung sollte die sozialistische Bewegung

also starkmachen? Und zwar nicht von außen als Ratschlag möglicher Radikalisierung, sondern aus der Bewegung heraus in Vermittlung mit dem bereits angelegten kollektiven Wissen. Ich finde den griechischen Marxisten und Aktivisten Panagiotis Sotiris immer wieder gut in dieser Frage. Er sagt, dass tatsächliche Kämpfe mehr strategische Fantasie in sich tragen, als wir uns ausmalen können, sie werfen mehr Fragen und manchmal mehr Antworten auf, als wir denken, und sie verweisen auf immer neue Wege, wie Erfahrungen verbunden werden können. Sie deuten auf Lösungen hin, die wir uns von heute aus nicht herbeiphilosophieren könnten.

››› Du bist auch Feministin – inwiefern gehört das für dich zusammen?

››› RHONDA: Wenn das Herzensanliegen die Selbstermächtigung aller ist, muss sozialistischer Aktivismus feministisch und antirassistisch sein. Die spannendere Frage ist dann: Welchen Feminismus vertreten wir in der sozialistischen Bewegung? Und da ist ja viel Richtiges passiert in der letzten Zeit: In den internationalen feministischen Streiks und im Feminismus für die 99 Prozent hat die feministisch-sozialistische Bewegung einen richtigen Ausdruck gefunden. Dort werden Fragen der Emanzipation von Frauen und Queers mit dem Anliegen einer Umwälzung von Klassenverhältnissen verbunden. Diese Verknüpfung ist eigentlich für alle sozialistischen Bewegungen und Kämpfe zentral.

››› In eurer Arbeit als Jusos, welche Erfahrungen macht ihr mit dem Begriff Sozialismus? Schreckt das ab, weckt das Neugier?

››› JAN: Wenn man vor 15 oder 20 Jahren über Sozialismus gesprochen hat, hat man fast einhellige Ablehnung erfahren. Die meisten Menschen wussten nicht, was man damit meinen könnte, aber fast alle wussten, dass es nicht richtig sein könne. Das ist heute anders. Angesichts der Banken- und Finanzkrise, der Klimakrise, des Erstarkens der politischen Rechten und faschistischer Tendenzen merken immer mehr Menschen, dass wir mit dem Kapitalismus keine Zukunft haben. Auf der Suche nach Zukunftsvorstellungen ist der Sozialismus heute für viele Menschen wieder eine interessante Perspektive. Aber nach all den Jahren des Schweigens merkt man, dass sich wenige darunter etwas Konkretes vorstellen können. Wer Sozialismus sagt, meint allzu häufig Sozialpolitik. Wir sollten das neu geweckte Interesse füttern – aber gleichzeitig daran arbeiten, uns gemeinsam darüber klarzuwerden, was Sozialismus heute konkret heißen muss.

››› In eurem »Sozialismus«-Projekt versucht ihr das?

››› JAN: Ja, der Juso-Bundeskongress hat 2017 dem Bundesvorstand der Jusos den Auftrag gegeben, an dieser Frage zu arbeiten. Die Jusos tragen den Sozialismus in ihrem Namen, haben aber lange nicht diskutiert, was sie damit eigentlich meinen.
In unserem Projekt haben sich rund 40 Delegierte und Expert*innen mit den Entwicklungen unserer Gegenwart beschäftigt. Dabei haben wir uns insbesondere mit den Produktivkraftentwicklungen der arbeitenden Menschen in den letzten Jahrzehnten auseinandergesetzt. Im Rahmen kapitalistischer Unternehmen haben die Beschäftigten

die Fähigkeit entwickelt, sich mit dem gesellschaftlichen Sinn ihrer Arbeit auseinanderzusetzen. Einen sichtbaren Ausdruck findet das in den neuen Arbeitsorganisationsformen. Diese Fähigkeit bietet aber eine weit darüber hinaus gehende Dynamik. Wie also könnte eine sozialistische und demokratische Organisation der Produktion heute aussehen? Wir haben hauptsächlich ein Modell diskutiert, in dem die arbeitenden Menschen sich über die Unternehmen hinweg in selbstständigen Produktionsgremien organisieren, die darüber beraten, welche unternehmerischen Projekte umgesetzt werden sollen. Die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ist dabei demokratisch – durch Parlamente oder die Produktionsgremien geregelt. Den Ausgangspunkt der Organisation der Produktion bilden dabei die arbeitenden Menschen.

››› Wie ist das bei euch? Ihr nennt euch »Sozialistisch-demokratischer Studierendenverband«.

››› RHONDA: Ob Sozialismus cool ist oder an alte Zeiten erinnert, liegt ja vor allem daran, wie man in Theorie und Praxis das Wort füllt. Wir gehen ja nicht durch die Unis und sagen: »Sozialismus, jetzt aber sofort«. Sanders zum Beispiel sagt, er ist für eine Gesundheitsversorgung für alle, für einen Green New Deal, für kostenfreies Studium und für Arbeitsplatzdemokratie. Er findet, dass die Reichen zahlen müssen, und vor allem, dass er all das nicht allein richten wird: »Not me, us« – »Nicht ich, wir«. Und ganz am Ende sagt er, dass er Sozialist ist. Dann finden die Leute Sozialismus richtig. Im Grunde arbeiten wir ähnlich: Wir stehen für offene Grenzen, einen sofortigen Kohleausstieg, Vermögenssteuer, Demokratie an der Hochschule, keine Waffenlieferungen und keine Kriege – und wir heißen Sozialistisch-demokratischer Studierendenverband. Vielleicht eckt das mal an, aber überzeugender als der Name ist das, was drinsteckt. Wenn du gute Politik machst, ist das Label zweitrangig. Und ganz ehrlich, meine Generation und die folgenden haben den Ostblock und all das überhaupt nicht mehr mitbekommen.

››› In den USA und in Großbritannien sind sozialistische Ideen gerade unter jungen Leuten extrem im Aufwind. Seht ihr etwas Ähnliches hier?

››› RHONDA: Der Rechtstrend um die AfD und der Erfolg der Grünen sprechen nicht unbedingt dafür, dass wir auf einer Welle neuer sozialistischer Hoffnung reiten könnten. Der Aufwind in Großbritannien und den USA ist auch nicht einfach einer gesellschaftlichen Stimmung oder Polarisierung entwachsen, sondern einer besonders effektiven und organisierenden Politik. Linke Hegemonie ist zwar auf fruchtbaren Boden gefallen – Krise des Neoliberalismus und Stärke des Rechtspopulismus –, aber sie ist in vielen Verästelungen des Alltagslebens organisiert worden: Kindergarteninitiativen, Mieterorganisationen, Telefon-Campaigning, Streiksolidarisierung, Social-Media-Arbeit und eine Revitalisierung der US-amerikanischen Gewerkschaftsbewegung. Sozialistische Parteipolitik wurde hier ein Stück weit zur sozialen Bewegung, und das fehlt uns in Deutschland noch. Es ist bewundernswert, wie diese Hegemonie in den USA aufgebaut wurde: Wenn man sich zum Beispiel die Streikbewegung der Lehrer*innen anguckt, dann sind hier die zuvor in der Sanders-Kampagne politisierten Aktivist*innen

eine entscheidende Unterstützung gewesen. Und nun wiederum profitiert Sanders von der Politisierung der Streikbewegung. Die Aktivität der Mitglieder hat Sanders und Corbyn dahin gebracht, wo sie jetzt stehen. Wir haben in der Partei noch viel zu stark die Idee von Stellvertretung. Das fängt schon an, wenn sich Abgeordnete auf Facebook für die Teilnahme der Bürger*innen auf Demos bedanken ...

››› Wie siehst du das? Kevin Kühnert wurde für seine Äußerungen im Frühjahr ziemlich angegriffen.

››› JAN: Es ist kein Zufall, dass die vielen sozialen, ökologischen und anderen (Jugend-) Bewegungen weltweit mit einem Revival des Sozialismus-Begriffs zusammenfallen. Weltweit bringen insbesondere junge Menschen ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck. Sie sind unzufrieden damit, an ganz wesentlichen gesellschaftlichen Entscheidungen nicht beteiligt zu sein. Und sie sehen, dass diejenigen, die diese Entscheidungen treffen, die Dinge gerade vor die Wand laufen lassen. Also wollen sie sie selbst in die Hand nehmen. Man muss sich das klarmachen: In allen wirtschaftlichen Fragen gibt es keine demokratische Entscheidungsfindung. Wir haben keine Möglichkeit, in den Unternehmen gemeinsam darüber zu entscheiden, ob wir lieber Verbrennungsmotoren oder Wasserstoffautos bauen wollen. Diese Entscheidung wird von einigen wenigen getroffen. Und wohin uns das geführt hat, wird heute vielen klar.

Gesellschaftliche Bewegungen wie Fridays for Future, Mieterinitiativen oder der Pflegestreik machen Mut. Darin kommt ein Bedürfnis zum Ausdruck, über die heutigen Verhältnisse hinauszugehen. Diese Bewegungen beeinflussen bislang aber linke Parteien weniger als in den USA oder Großbritannien. Das hat auch mit der deutschen Parteienlandschaft zu tun. Während LINKE und Grüne stärker Kontakt zu außerparlamentarischen Bewegungen suchen, aber weniger politische Hebelwirkung ausüben können, könnte die SPD das besser, sucht den Kontakt aber nicht so sehr. Über kurz oder lang wird es nötig sein, den gesellschaftlichen Bewegungen einen politischen Ausdruck zu geben. Nur so lässt sich der Druck der Menschen auf den Straßen im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie politisch umsetzen. Und nur so können wir der politischen Rechten innerhalb dieser Verhältnisse wirksam eine wirkliche Alternative entgegensetzen.

››› RHONDA: Naja, wir sollten ja nicht das Gefühl vermitteln, dass wir die Alternative sind, sondern dass die Beteiligung der Menschen eine Alternative werden kann. Ich finde, wir müssen klarmachen, dass Teil einer Organisation oder Partei zu sein, keine Abwägungsfrage ist wie beim Warenkauf, wo ich am Ende beim Fehlkauf Geld rausgeschmissen habe. Sondern dass wir für eine politische Bewegung einstehen, die auf den Beitrag aller angewiesen ist. Die also offen ist, experimentieren muss und ihren Platz im gesellschaftlichen Leben immer wieder neu justieren muss. Ich glaube, manchmal hat die Linke diesen Anspruch aufgegeben: eine Mehrheitsbewegung aufzubauen, die gewinnen kann. Vielmehr probiert sie, durch richtige, aber nicht verankerte Parolen über Wasser zu bleiben. Aber die Hoffnung stirbt zuletzt!

Das Gespräch führten Barbara Fried und Hannah Schurian.


NO AL
TPP11


TORTURA
EN

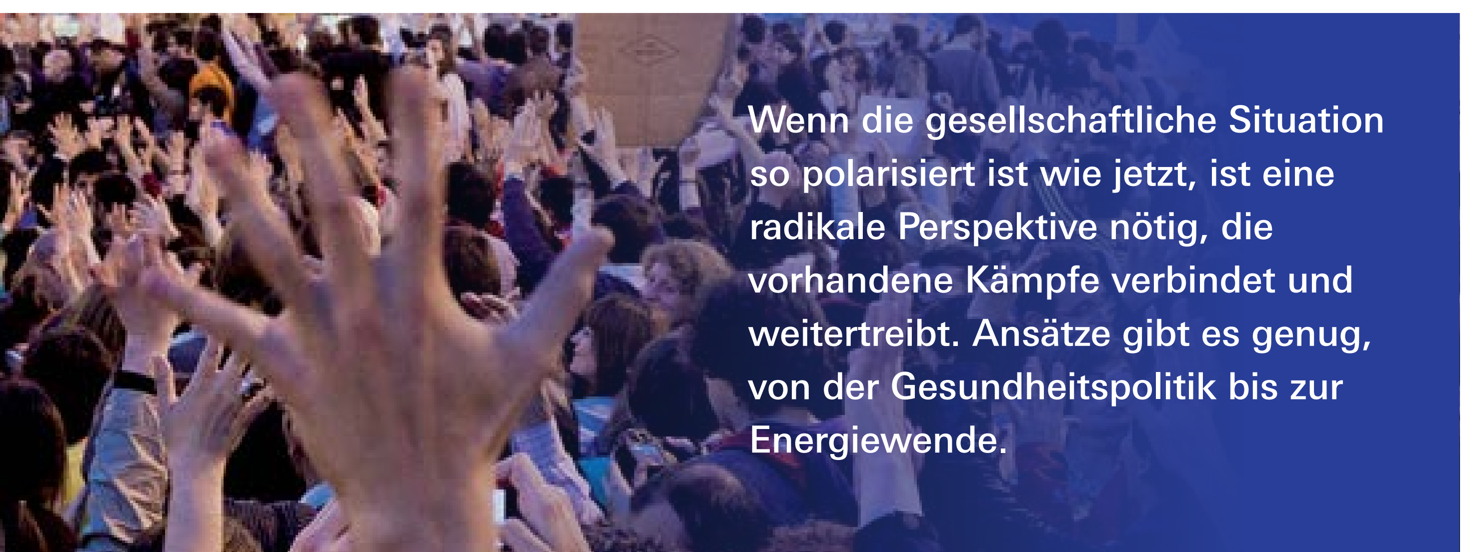
WAS TUN UND WO ANFANGEN?

11-PUNKTE-PLAN FÜR EINEN NEUEN SOZIALISMUS

MARIO CANDEIAS

Sozialismus oder Barbarei, hieß es einst bei Rosa Luxemburg. Die Barbarei ist angesichts sich auftürmender Menschheitsprobleme wieder zu einer realen Möglichkeit geworden. Die globale Ungleichheit hat sowohl zwischen den Ländern als auch innerhalb der meisten Länder ein nie gekanntes Ausmaß erreicht, mit dramatischen Folgen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, die Demokratie und letztlich auch für die wirtschaftliche Entwicklung selbst: Akkumulation basiert weniger auf Produktion auf erweiterter Stufenleiter, sondern immer mehr auf Umverteilung, was zugleich Wachstum blockiert. Dazu treten die Folgen des kapitalistischen Wachstums, die zu einer ökologischen Krise geführt haben, die weitere soziale Verwerfungen produziert. Die Frage der globalen Migration stellt eine nicht mehr hintergehbare Herausforderung dar, und eine Abschottung gelingt den Gesellschaften des Nordens nur unter Aufgabe menschenrechtlicher Standards und linker Ansprüche. Kurz: Es handelt sich um Menschheitsprobleme, an deren Lösung der Kapitalismus bisher gescheitert ist und nach Lage der Dinge weiterhin scheitern wird. Der Aufstieg eines globalen Autoritarismus drückt dieses Scheitern aus. Er ist die aktuelle Bearbeitungsform der Krise zur Sicherung von Herrschaft – mit unkalkulierbarem Zerstörungspotenzial.

Eine Alternative ist notwendig. Wir brauchen eine Perspektive, die politische Initiativen auf den unterschiedlichen Feldern zusammenbindet, damit nicht alles in Einzelpolitiken zerfällt. In Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung ist eine *radikale* Perspektive entscheidend. Es geht nicht einfach um die Verteidigung des Sozialstaates oder die Rückkehr zu einem nationalstaatlichen Modell der Regulierung des Kapitalismus. Wir sollten klar sagen, dass wir an einem Ende des Kapitalismus arbeiten, an einer Gesellschaft, die Bernie Sanders oder Jeremy Corbyn unbekümmert Sozialismus nennen. Dazu gehören ganz selbstverständliche Dinge wie Gesundheitsversorgung und Bildung für alle sowie bezahlbarer Wohnraum, entgeltfreie öffentliche Dienstleistungen, von Bibliotheken bis zum Personennahverkehr, ein ökologischer Umbau der Städte, des Verkehrs, der Energieversor-



Wenn die gesellschaftliche Situation so polarisiert ist wie jetzt, ist eine radikale Perspektive nötig, die vorhandene Kämpfe verbindet und weitertreibt. Ansätze gibt es genug, von der Gesundheitspolitik bis zur Energiewende.

gung und der Landwirtschaft, viel mehr Zeit füreinander und zum Leben, Mitbestimmung und wirkliche Demokratie. *Sozialismus wäre erst einmal das Selbstverständliche.*

Hier scheint das Unabgegoltene vergangener Zukünfte auf, von der Französischen über die Russische Revolution bis hin zu 1968 oder 1989. Es geht um Wege im Kapitalismus, die über ihn hinausführen.

Wir sollten unsere Vorstellungen einer solidarischen, demokratischen, feministischen, antirassistischen Postwachstumsalternative bei einem neuen alten, bei einem unabgegoltenen Namen nennen und gemeinsam dafür streiten, was er bedeuten soll im 21. Jahrhundert: Sozialismus – eine solidarische, eine gerechte Gesellschaft, das Einfache, das schwer zu machen scheint. Nicht alle in der Mosaiklinken werden dies unterschreiben, aber eine Transformationslinke sollte innerhalb des Mosaiks für Sozialismus stehen. Je nach Kontext kann das grüner, demokratischer, feministischer Sozialismus heißen, aber letztlich sollte es einfach um Sozialismus *sans phrase* (ohne Umschweife) gehen. Der Name ist nicht entscheidend, aber was sonst wäre ein positiver Begriff für einen Systemwechsel? Denn darum geht es.

MARIO CANDEIAS ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Mitbegründer dieser Zeitschrift.

WARUM SOZIALISMUS?

Mit dem Begriff Sozialismus werden unterschiedliche Interessen und Bewegungen im Sinne einer »revolutionären Realpolitik« verknüpft, die sich nicht »nur erreichbare Ziele steckt und sie mit den wirksamsten Mitteln auf dem kürzesten Wege zu verfolgen weiß«, sondern »durch alle ihre Teilbestrebungen in ihrer Gesamtheit über den Rahmen der bestehenden Ordnung« hinausgeht (Luxemburg 1903, 373f). *Welche Punkte sind das jeweils in den einzelnen Politikfeldern?* An welcher Stelle kann ein konkreter Bruch angestrebt werden, können Veränderungen so weit getrieben werden, dass sie zu einem qualitativen Umbruch werden?

Zunächst geht es darum, gezielt beispielgebende, konkrete gesellschaftliche *Konflikte* zu produzieren, wie dies die Beschäftigten der Charité bei der Frage der Personalbemessung oder die Initiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen« getan haben. Solche Konflikte sollten an Alltagsbedürfnissen ansetzen, auf unmittelbare Verbesserungen für die Einzelnen zielen und eine Dynamik für nächste Schritte und weitergehende Perspektiven für radikale Verschiebungen schaffen. Dies schließt disruptive Praktiken wie Ungehorsam, Streik, Besetzung, Blockade, auch Volksentscheide ein. Selbstermächtigung und ein langer Atem sind zentral für die Erweiterung des Möglichkeitsraumes. Noch vor Kurzem hätten wir gedacht, dass eine Kampagne zur Enteignung von Immobilienkonzernen unter keinen Umständen Erfolg haben kann. Eine solche Kampagne inspiriert, motiviert, bietet Möglichkeiten, zuvor zersplitterte Initiativen und Organisationen konkret zu verbinden. Wenn sie erfolgreich ist, verschiebt sie den gesellschaftlichen Diskurs, mithin die Kräfteverhältnisse. Sie erhöht damit die Durchsetzungsfähigkeit auch anderer Forderungen. So hat die Enteignungskampagne das Diskursfeld für den Mietendeckel verbessert und inspiriert radikale Überlegungen auf anderen Feldern. Dass Konflikte Spaß bereiten können, sieht man schon im Kleinen bei den Stadtteilorganisierungen, wenn eine Kampagne vor Ort fruchtet, sich mit anderen verbindet, man sich als Teil von etwas Größerem fühlt. Die organisierende Arbeit – verbinden, verbreitern, verankern – ist zentral, um mehr zu werden.

Welches sind also die drei bis vier zentralen gesellschaftlichen Fragen, die gelöst werden müssen und die geeignet sind, einen solchen, für die Linke *produktiven* Konflikt zu entwickeln?

Es bedarf konkreter Gegnerbezüge etwa durch *Recherchen* über Hintergründe von Investoren, Machenschaften von Unternehmen: Wer steckt die Profite in diesem oder jenem Krankenhauskonzern auf Kosten von Patient*innen und Personal ein? Wer liefert welche Rüstungsgüter in Krisengebiete? Wer sperrt sich mit Dieselbetrug und Korruption gegen eine ökologische Mobilitätswende? Hier geht es um *Blaming*, um die gezielte Beschuldigung der Gegner. So kann eine verbindende sozialistische Klassenpolitik herausarbeiten, weshalb Kämpfe um bessere Arbeitsbedingungen, Löhne und Zeit, aber auch um die *Reproduktion* – Gesundheit, Wohnen, Ökologie – *eben Klassenkämpfe* sind. Das ist nicht evident, weder im industriellen Sektor, wo die Tradition der Sozialpartnerschaft und die Einbindung in den Exportkorporatismus wirken, noch in den Dienstleistungsbereichen, am wenigsten im Bereich öffentlicher sozialer Infrastrukturen oder eben bei der Klimafrage. So ist zum Beispiel die Erzählung, wir säßen bei der ökologischen Krise alle im selben Boot, auch die Reichen könnten ihr nicht entfliehen, eine Mär. Die Verantwortung für ihre Ursachen und das Leid an ihren Folgen verteilen sich auf die gesellschaftlichen Klassen extrem ungleich, global wie innergesellschaftlich.

Neben dem Gegnerbezug sind verbindende Slogans für eine Systemwende notwendig, aber auch positive Projekte, eine Mischung aus *erreichbaren Zielen und vorwärtstreibenden Forderungen und Initiativen*. Dabei werden alte sozialistische Problematiken wie Macht- und Eigentumsfragen, Umverteilung, Planung und Demokratie aktualisiert und mit neuen Pro-

blemstellungen verknüpft – in der Perspektive der Erweiterung der gemeinsamen Verfügung über die unmittelbaren Lebensbedingungen, die gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsmittel.

WAS DARAN IST SOZIALISTISCH?

Es geht weniger um die Beschreibung eines fertigen Ziels als um die Bestimmung einiger orientierender Elemente für die wirkliche Bewegung, die den gegenwärtigen Zustand aufhebt.

1 // Umverteilung: Sie reicht nicht aus und doch ist eine radikale Umverteilung von Vermögen ein wesentliches Element jeder linken Politik. Hier zeigt sich, wer den Richtungswechsel ernst nimmt und das gesellschaftliche Mehrprodukt der Allgemeinheit zuführt. Den Jammer der Klasse der Besitzenden zu verhöhnen, wenn ihnen mal ein wenig genommen wird, gehört dazu. Wir sollten jene Momente herausstellen, in denen es aktuell gelingt (und einst gelang), Besitzenden etwas wegzunehmen, um dem Gefühl gegenzuarbeiten, dass man an die sowieso nicht herankommen kann.

2 // Infrastruktursozialismus – Rückgewinnung und Ausbau des Öffentlichen, der Commons, der sogenannten Freiheitsgüter (Brie/Klein): Mit dem Ausbau des kollektiven Konsums durch Stärkung der Fundamentalökonomie sozialer Infrastrukturen wird die Grundlage für eine solidarische und demokratische Lebensweise geschaffen. So kann den Lohnabhängigen die Angst vor der notwendigen gesellschaftlichen Veränderung genommen und der verbreiteten Fixierung auf Lohnerhöhungen und Warenkonsum ohne Verzichtsdebatten begegnet werden. Das Öffentliche als *Sphäre des Gemeinsamen* muss erfahrbar, der Reichtum des Öffentlichen herausgestellt werden.

Hier können wir an diversen Konflikten ansetzen, neben dem Bereich Wohnen (vgl. *LuXemburg* 2/2019) etwa im Gesundheitssektor: Es geht um die Abschaffung der Fallpauschalen (DRG), der Zweiklassenmedizin und der privaten Krankenversicherungen, es geht um gesetzliche und tarifliche Regeln für die Personalbemessung, um Rekommunalisierung bzw. Vergesellschaftung der großen Krankenhaus- und Pflegekonzerne, die Einrichtung von Polykliniken und lokalen Gesundheitszentren mit Pflege- und Gesundheitsräten.

Unverzichtbar sind Schritte hin zu einer Mobilitätswende, einer autofreien und begrünten Stadt, schon allein aus ökologischen Gründen, aber auch zur Wiederaneignung des öffentlichen Raums. Die Elemente sind: ein massiver Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, deutliche Preissenkungen bis hin zu einem entgeltfreien ÖPNV, die Rückführung von Betrieben und Infrastrukturen in die öffentliche Hand, bessere Arbeitsbedingungen und Entlohnung der dort Beschäftigten, Vorrang des Fußgänger- und Radverkehrs, Ende des Verbrennungsmotors.

Insgesamt wäre der Ausbau des Öffentlichen mit einer Stärkung der Rechte und Finanzen der Kommunen zu verbinden, die in ganz wesentlichen Bereichen für die unmittelbaren Dinge des Lebens verantwortlich sein sollten: von Gesundheit, Mobilität, Bildung und Energie über Sicherheit und Beschäftigung bis zur Produktion und Zubereitung von Lebensmitteln. Eine Stadt für alle – die Kommune im emphatischen Sinne – böte jene Freiheitsgüter, die für eine angstfreie

individuelle wie gemeinsame Entwicklung grundlegend sind.

3 // Wirkliche Demokratie: Hier gälte es, gleichsam ein Subsidiaritätsprinzip zurückzugewinnen: Über die lokalen Belange beschließen die Kommunen. Wo über die jeweils kleinste Ebene hinaus andere Ebenen oder Regionen mit betroffen sind, wird die jeweils andere Region einbezogen oder die Entscheidung auf eine höhere Ebene verlagert. Der Ausbau des Öffentlichen im Sinne einer vorsorgenden Wirtschaft muss mit einer radikalen Demokratisierung des Staates einhergehen. Weder der paternalistische und patriarchale fordistische Wohlfahrtsstaat noch der autoritäre Staatssozialismus waren besonders emanzipativ, vom neoliberalen Umbau des öffentlichen Dienstes ganz zu schweigen. Ein linkes Staatsprojekt muss also die von den Demokratiebewegungen geforderte Erweiterung der Teilhabe und Transparenz realisieren – und in sozialistischer Perspektive auf die Absorption des Staates in die Zivilgesellschaft hinarbeiten, wie es bei Gramsci heißt. Es reicht nicht, die eigene Meinung äußern zu dürfen. Partizipation heißt, Entscheidungen beeinflussen zu können. Wir brauchen Strukturen, die verhindern, dass progressive Veränderungen einfach mit einer veränderten Mehrheit wieder rückgängig gemacht werden können. Nur wenn die Subalternen sich den Staat aneignen, in die Zivilgesellschaft holen, mit Leben füllen, werden sie ihn auch verteidigen. Funktionierende demokratische Routinen zu finden, ist wichtig. Und dennoch gilt es immer wieder, auch demokratische Institutionen bei drohender Bürokratisierung aufzubrechen, ihre Öffnung für die Massen durch immer wieder zu erneuernde Partizipationsprozesse zu erwirken. Die Eigensinnigkeit von unten mag nicht immer der Logik linker Staatsprojekte entsprechen, bewahrt jedoch vor der Verselbstständigung der Apparate. Hier wären die munizipalistischen Ansätze weiterzutreiben, Nachbarschaftsräte und partizipative Haushalte zu verknüpfen und weiterzuentwickeln.

4 // Wirtschaftsdemokratie: Es ist Zeit für eine über die klassische Mitbestimmung hinausgehende Demokratisierung der Wirtschaft, für eine weitreichende Partizipation von Beschäftigten, Gewerkschaften, Verbänden und Initiativen, Konsument*innen und anderen Stakeholdern an Entscheidungen in Betrieben (und zwar entlang der gesamten transnationalen Produktionsketten). Beschäftigte sollten Mitbestimmungs- und Vetorechte bei Personalbemessung und Betriebsverlagerungen, stärkeren Einfluss bei Arbeitszeiten oder bei der Produktionsorganisation erhalten. Regionale Räte und Beschäftigte sollten über Investitionen und die Richtung von Innovationen entscheiden. Schlüsselbetriebe müssen in öffentliches oder genossenschaftliches Eigentum überführt werden. Die Aktivitäten von Unternehmen haben tief greifende Konsequenzen für die betreffenden Kommunen, Regionen und darüber hinaus – es handelt sich daher der Sache nach nicht um private Angelegenheiten.

5 // Unumkehrbarkeit? Die Eigentumsfrage: Um die Hindernisse bei der Entwicklung des Gesundheitswesens (Krankenhaus- und Pflegekonzerne), bei der Sicherung privater Daten und digitaler Infrastrukturen (Facebook & Co), bei der Mobilitätswende (Automobilkonzerne und die Bahn AG) oder beim Wohnungsbau (informelle Kartelle in der Bauwirtschaft) zu überwinden, sollten die

betreffenden Unternehmen vergesellschaftet werden. Deren Überführung in öffentliches oder genossenschaftliches Eigentum ist eine wesentliche Voraussetzung, um Kräfteverhältnisse dauerhaft verschieben zu können. Sie müssten von Räten gesteuert werden, die aus Beschäftigten, Nutzer*innen, Betroffenen und Politik zusammengesetzt sind, denn eine *wirkliche* Vergesellschaftung (nicht nur formelle Verstaatlichung) wäre ein wirksamer Schutz gegen Reprivatisierungen. Die Absicherung öffentlicher sozialer Infrastruktur und ein Privatisierungsverbot könnten außerdem in der Verfassung festgeschrieben werden.

6 // Sozialisierung der Investitionsfunktion: Die Überakkumulation von Kapital produziert spekulative Blasen, gefolgt von Kapital- und Arbeitsplatzvernichtung, während immer größere Bereiche gesellschaftlicher Reproduktion kaputtgespart werden. Wenn die Unternehmen ihre Investitionsfunktion nicht wahrnehmen, dann muss diese weitaus stärker zur öffentlichen, partizipativ organisierten Aufgabe werden.

Wo wollen wir investieren? Diese Frage könnte auch in einer *Kampagne* gestellt werden, um die *Innovationsfunktion* zu sozialisieren und der Entwicklung der Produktivkräfte eine Richtung zu geben, die an den Bedürfnissen der Einzelnen ansetzt und nicht am Ziel der Profitmaximierung. Der private Sektor ist *unfähig*, er kann komplizierten Unsinn, vom digitalen Gadget bis zu Waffen, entwickeln, hat aber keine Lösung selbst für einfache Probleme wie etwa neue Werkstoffe für günstige und ökologische Wohnungen. Es ginge darum, ökologische (Leichtbau-)Materialien zu entwickeln, die Energieversorgung zu 100 Prozent durch erneuerbare Energie zu gewährleisten, den Stromverbrauch zu senken, smarte öffentliche Mobilitätssysteme zu entwickeln und gleichzeitig den Verkehr zu reduzieren, seltene Erden durch alternative Rohstoffe zu ersetzen und ökologische Anbaumethoden zur Sicherung der Ernährungssouveränität angesichts globaler Erwärmung zu fördern. Dies sind nur einige Beispiele für progressive Innovationsfronten, die Investitionen in öffentliche Grundlagenforschung und angewandte Forschung erfordern.

7 // Ein neuer Begriff von Reichtum: Eine sozialökologische Transformation orientiert auf reproduktive Bedürfnisse, mit dem Ziel einer »Reproduktionsökonomie«, die sich zu beschränken weiß und zugleich neuen Reichtum schafft: soziale Innovationen, sinnvollere Produktivkräfte, Zeitwohlstand, allseitige Entwicklung, Raum für Zärtlichkeit, Solidarität, Unterstützung und Ansporn statt Konkurrenz. Im Zentrum einer Transformation würden Reproduktions- oder Sorgearbeiten im weiten Sinne stehen: Ausbau bedürfnisorientierter Infrastrukturen in der Gesundheitsversorgung, in Pflege (auch menschlicher Beziehungen), Erziehung, Bildung und sozialen Diensten, im Bereich Forschung, Ernährung und beim Schutz unserer natürlichen Umwelt. Diese Bereiche dürfen nicht dem Markt preisgegeben werden. Sie können einen Beitrag zur emanzipativen Gestaltung der Geschlechterverhältnisse leisten. Mit der Überwindung der geschlechtlichen Arbeitsteilung wäre auch die Trennung von Kopf- und Handarbeit aufzuheben (vgl. Candeias 2011). Die neue »feministische Internationale« bildet gegenwärtig den radikalsten und sichtbarsten Gegenpol zum globalen Autoritarismus wie zum Neoliberalismus. Diese Bewegung gilt es klassenpolitisch

weiterzutreiben, so wie es mit der Diskussion um den feministischen Streik und reproduktive Gerechtigkeit begonnen hat (vgl. Gago in diesem Heft und *LuXemburg* 2/2018).

8 // Ein neuer Begriff von Arbeit: Bei einer solchen sozialökologischen und feministischen Offensive geht es auch um die Neudefinition und Neuverteilung der *gesellschaftlich notwendigen Arbeit* – durch Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, Ausdehnung kollektiver, öffentlich finanzierter Arbeit, orientiert an der Reduktion von Stoff- und Energieverbrauch, am Beitrag zur menschlichen Entwicklung, am Reichtum allseitiger Beziehungen, nicht an der Produktion von Mehrwert.

Notwendige gesellschaftliche Arbeit ist als gemeinschaftliche Selbstverpflichtung zu verstehen, als gemeinsame Bestimmung, was geleistet werden soll, wie Zeit und Ressourcen eingesetzt werden sollen. Dies schließt die individuelle Autonomie in der Arbeit mit ein ebenso wie die freiwillige assoziierte oder dissoziierte Arbeit nach Neigung: etwa ein individuelles »Ziehungsrecht« (Supiot für autonome Zeiten, für eigensinnige Projekte und Erfindungen, Forschung, Kunst etc., die Raum für kreative und innovative Entfaltung schaffen, auch ohne notwendige Zustimmung durch ein Kollektiv. Ebenso sind individuelle Ziehungsrechte im Sinne von Sabbaticals denkbar, die nicht direkt an im engeren Sinne gesellschaftlich notwendige Arbeit gebunden sind (etwa für Reisen, Muße, Exzess und Experiment). Die gemeinsame Definition und Verteilung gesellschaftlicher Arbeit steht im Vordergrund, ist jedoch mit der Möglichkeit temporärer individueller Exit-Optionen und kollektiv garantierten autonomen Räumen verbunden.

9 // Weniger ist (manchmal) mehr: Globale Produktionsketten werden seit Langem überdehnt und führen zur Verschwendung von Ressourcen. Die Orientierung auf reproduktive Bedürfnisse geht einher mit einer Verkürzung der Transportwege in der Produktion und bei der Verteilung der Güter. Es geht nicht um einen »naiven Antiindustrialismus« (Urban), sondern vielmehr um eine alternative Produktion, um regionale Produktions- und Reproduktionskreisläufe. Es gilt, die Debatte um ein progressives Verhältnis von selektiver »Deglobalisierung« und einer anderen, solidarischen Globalisierung weiterzutreiben. Bestimmte politische Kompetenzen wären von der internationalen oder europäischen Ebene tatsächlich zurückzuholen, etwa die Organisation der Daseinsvorsorge. Anderes wiederum wie die Gewährleistung (globaler) sozialer und ökologischer Rechte oder die Kontrolle der Finanzmärkte wäre trans- oder international anzugehen. Es ginge um eine neue Verbindung von Dezentralität und transnationalen Vermittlungen.

Wird der Umbau konsequent betrieben, ist eine *Vernichtung alter Branchen und Kapitale* unvermeidlich. *Bestimmte Bereiche müssen schrumpfen* (bspw. Teile der mit hohem Stoffumsatz verbundenen industriellen Produktion), *andere zunächst wachsen* (bspw. die gesamte Care-Ökonomie), bei relativer Entkopplung von stofflichem Wachstum. Der Umbau weg vom Individualverkehr mit Verbrennungsmotor hin zu kollektiv genutzten öffentlichen Verkehrsmitteln auf der Basis regenerativer Energien erfordert zum Beispiel einen massiven Ausbau von Infrastrukturen und Personalaufbau im Bereich des öffentlichen Verkehrs, während die traditionelle Pkw-Produktion schrump-

fen muss. Eine »Reproduktionsökonomie« bedeutet, dass sich Bedürfnisse und Ökonomie qualitativ entwickeln, aber nicht mehr quantitativ oder stofflich wachsen.

10 // Gerechte Übergänge und universelle Jobgarantie: Positive Perspektiven für die von der Klimakrise am stärksten Betroffenen wie für die von steigenden Kosten (z. B. der Energiewende) und dem Umbau (z. B. dem Strukturwandel durch industrielle Konversion) bedrohten Beschäftigten, Gemeinden und Länder sind notwendig. Alle Maßnahmen müssten daran gemessen werden, ob sie: 1. relevant zur Senkung von CO2-Emissionen beitragen, 2. zur Reduzierung von Armut und Vulnerabilität (Verletzlichkeit), 3. zur Reduzierung von Einkommens- und anderen Ungleichheiten, 4. Beschäftigung und gute Arbeit befördern und 5. demokratische Partizipation ermöglichen.

Ein sozialökologischer Transformationskonflikt wird sich beim Strukturwandel der Automobilindustrie auftun: Der Umbruch in der Branche verändert alles, verunsichert. Präventiv wären staatliche Kapitalhilfen an alternative Entwicklungswege und Eigentumsbeteiligungen bzw. die volle Vergesellschaftung von Unternehmen zu knüpfen. Öffentliche Beteiligung wäre mit erweiterter Partizipation von Beschäftigten, Gewerkschaften, Umweltverbänden und den Menschen der Region zu verbinden, zum Beispiel über die Einrichtung regionaler Räte, die über konkrete Schritte einer Konversion eines Automobilkonzerns in einen ökologisch orientierten Dienstleister für öffentliche Mobilität entscheiden. Von Jobverlust bedrohte Automobilbeschäftigte diskutieren, entwickeln und bestimmen dort mit, wie eine Konversion ihrer Industrien und ein gerechter Übergang organisiert werden kann – das ist eine vordringliche Aufgabe auch der Gewerkschaften. So können Betroffene im Betrieb oder der Region selbst zu Protagonist*innen der Veränderung werden. Die Mobilitätswende muss gegen Konzerninteressen durchgesetzt werden, aber mit den Beschäftigten und ihren Familien: Auch sie haben ein Interesse an der »Vereinbarkeit« von auskömmlichem Leben, Zeit für Familie und Freunde und einer lebenswerten natürlichen Umwelt.

Nicht in jedem Fall werden Beschäftigte in derselben Branche bleiben können. Damit eine sozialökologische Transformation nicht angstbesetzt ist oder gar von den Betroffenen bekämpft wird, bedarf es auch positiver Perspektiven und Garantien. Alexandria Ocasio-Cortez und Bernie Sanders haben daher in ihren Vorschlag für einen Green New Deal (vgl. Rehmann in diesem Heft) eine Jobgarantie aufgenommen. Alle, die das wollen, sollen das Recht auf eine öffentlich finanzierte, tariflich gesicherte Arbeit mit »kurzer Vollzeit« (Becker/Riexinger 2017) haben. Eine solche Garantie würde die Arbeit besser verteilen und darüber hinaus die Macht des Kapitals brechen, die Bedingungen der Arbeit zu diktieren, und damit der Prekarisierung ein Ende setzen.

11 // Partizipative Planung: Die Notwendigkeit, strukturelle Veränderungen unter Zeitdruck herbeizuführen, erfordert partizipative Planungsprozesse und dezentrale demokratische Räte (vgl. Williamson 2010; Gindin 2019). Regionale Räte waren in der Auseinandersetzung um die Krise in der Automobilindustrie bereits in der Diskussion (vgl. Lötzer 2010). Unabdingbar rasche Veränderungsprozesse wurden auch in der Vergangenheit mittels Planung

vollbracht (z. B. in den USA in den 1930er und 1940er Jahren). Von der »Überlegenheit des sozialistischen Grundplans« sprach selbst Joseph Schumpeter (1942, 310ff), der glühende Anhänger der von ihm selbst so genannten »schöpferischen Zerstörung« im Kapitalismus.

Bei der Problematik schneller Übergänge verfügen sozialistische Positionen also über ein starkes Argument – doch sollte es sich angesichts der Erfahrungen mit autoritär-zentralistischer Planung um partizipative Planung handeln. Regionale Experimente können einen Einstieg ermöglichen. Demokratisierung und Dezentralisierung vorhandener überregionaler Planungsprozesse etwa im Gesundheitssystem, bei Netzplanungen im Energie- und Bahnbereich oder im Bildungswesen können weitere Ansatzpunkte sein. Abgebrochene Experimente kybernetisch gestützter demokratischer Planung (wie in Chile unter Allende) sollten ausgewertet und auf der Höhe der Zeit neu gedacht werden. Neue Produktivkräfte und digitale Möglichkeiten sind hier zu nutzen, ohne sie zu überschätzen, Kapazitäten für Planung und ihre Umsetzung in den Verwaltungen und Betrieben sind aufzubauen und zu stärken.

FÜR DIE FREIE ENTWICKLUNG EINER JEDEN

Entscheidend ist, dass alle genannten Elemente auf die Erweiterung der gemeinsamen Handlungsfähigkeit ausgerichtet sind, die die Einzelnen befähigt, Protagonist*innen ihrer eigenen Geschichte zu werden. Das Ziel haben Marx und Engels im »Manifest der Kommunistischen Partei« bereits auf den Punkt gebracht: eine Gesellschaft, »worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist« (MEW 4, 482).

Der Bruch mit den alten neoliberalen und neuen autoritären Politiken wird angesichts der Vielfachkrise zur Notwendigkeit. Ein drohender Konjunktureinbruch würde diese Situation noch verschärfen. Der »Mittelweg« postideologischer Offenheit und linksliberaler Kritik wird kraftlos. Auch diejenigen, die sich für den Erhalt liberaler, bürgerlicher Freiheiten und minimaler Standards solidarischer Lebensweisen einsetzen, müssen gegen Autoritarismus und Neoliberalismus Partei ergreifen, das heißt für einen radikaleren linken Kurs. Jetzt ist der Moment der Entscheidung, in einer Phase des Interregnums, in der noch unterschiedliche Entwicklungen möglich sind. Ein sozialistisches Projekt ist notwendig angesichts der Gefahr der Barbarei. Es speist sich aus den Wünschen und Sehnsüchten nach dem Zukünftigen, nach konkreter Utopie. Dabei ist eine sozialistische Erzählung wichtig, zugleich muss sie sehr konkret sein, aus den sozialistischen Interventionen heraus entwickelt werden. Das Adjektiv sozialistisch verweist auf die Praxis und nicht auf eine fertige Blaupause.

LITERATUR

Becker, Lia/Riexinger, Bernd, 2017: For the many, not the few. Gute Arbeit für Alle! Vorschläge für ein Neues Normalarbeitsverhältnis, in: Sozialismus, Supplement zu Heft 9

Candeias, Mario, 2011: Herrschaftsförmige Arbeitsteilung und feministisch-sozialistische Transformation, http://ifg.rosalux.de/files/2011/05/feministisch-sozialistische-Transformation1.pdf

Gindin, Sam, 2019: We need to say what Socialism will look like, in: Jacobin, März 2019

Lötzer, Ulla, 2010: Industriepolitische Offensive – Konversion, Zukunftsfonds, Wirtschaftsdemokratie, in: LuXemburg 3/2010, 86–93

Luxemburg, Rosa, 1903: Karl Marx, in: GW, Band 1/2, Berlin, 369–377

Schumpeter, Joseph, 1942: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen

Williamson, Thad, 2010: Democratic Social Planning and Worker Control, in: LuXemburg-Online, Oktober 2010

A message from the future

with Alexandria Ocasio-Cortez

Was, wenn wir tatsächlich einen Green New Deal umsetzen? Wie sähe die Zukunft dann aus?

Die US-amerikanische Journalismus-Plattform *The Intercept* präsentierte zusammen mit Naomi Klein Anfang 2019 einen Kurzfilm, in dem die demokratische Hoffnungsträgerin Alexandria Ocasio-Cortez aus der Zukunft zurückblickt auf unsere Zeit, eine Zeit der Angst und der Dystopie, und uns mit einem Gedankenexperiment Mut macht. Was, wenn wir an dem Glauben festhalten, dass wir gemeinsam die Krise bewältigen und unsere Gesellschaften gerechter und solidarisch machen können?



… Sie waren so inspiriert davon, eine neue Klasse von Politiker*innen auf den Korridoren der Macht zu sehen, Menschen, in denen sie sich wiedererkennen konnten …

Der Hochgeschwindigkeitszug von New York nach Washington, D. C., erinnert mich immer an die Zeit, als ich anfing, auf dieser Strecke zu pendeln. Im Jahr 2019 war ich ein Neuling im US-Kongress, der so divers war wie kein US-Kongress jemals zuvor. Eine äußerst kritische Zeit. Niemals werde ich die Kinder in unserer Community vergessen. Sie waren so inspiriert davon, eine neue Klasse von Politiker*innen auf den Korridoren der Macht zu sehen, Menschen, in denen sie sich wiedererkennen konnten. Wie heißt es so schön: »Du kannst nicht sein, was du nicht siehst.« Nun sahen sie sich zum ersten Mal selbst.

Ich denke, mit dem Green New Deal war es ähnlich. Wir wussten, dass wir den Planeten retten mussten. Und wir wussten auch, dass wir die notwendigen Technologien dazu haben. Doch viele Leute hatten Angst. Ihnen war das »zu groß«, ging das »zu schnell« oder war »nicht machbar«. Ich denke, sie konnten es sich einfach noch nicht vorstellen.

Aber gut, fangen wir von vorne an. Kehren wir dahin zurück, wo alles begann. New York 1977: Ein prominenter Wissenschaftler namens James Black hielt einen Vortrag darüber, wie die Verbrennung fossiler Brennstoffe mit der Zeit zu einer Erderwärmung um zwei bis drei Grad Celsius führen könnte. Daraufhin wurde binnen zwei Jahren ein hochmodernes Labor auf einem der weltgrößten Supertanker eingerichtet, um den CO_2-Gehalt im Ozean zu messen und Daten über die globale Erwärmung zu sammeln. Und ratet mal, wer diese Forschungen betrieb: Exxon-Mobil, der Erdöl- und Gaskonzern. Ja, Exxon wusste die ganze Zeit darüber Bescheid – ebenso wie unsere Politiker*innen. Zehn Jahre später erklärte der renommierte NASA-Wissenschaftler James Hansen dem US-Kongress, dass die globale Erwärmung mit 99-prozentiger Sicherheit tatsächlich stattfinde und menschengemacht sei. Das war bereits im Jahr 1988, ein Jahr bevor ich geboren wurde.

Hörte Exxon auf die Wissenschaft, nahm sie ihre eigene Forschung ernst? Veränderten sie ihre



Sie wussten Bescheid und machten umso entschlossener weiter …

Geschäftsmodelle? Investierten sie in erneuerbare Energien? Nein. Im Gegenteil. Sie wussten Bescheid und machten umso entschlossener weiter. Gemeinsam mit anderen steckten sie Millionen US-Dollar in ein Netzwerk aus Lobbygruppen und Thinktanks, die den Klimawandel anzweifeln und leugnen sollten. Sie griffen die Forschungsergebnisse an, die sie zuvor selbst angestrengt hatten. Ihre Bemühungen zeigten Wirkung: Politiker*innen machten sich für fossile Brennstoffe stark und die Konzerne schürften, förderten und bohrten unbeirrt weiter, als gäbe es kein Morgen. Die Vereinigten Staaten stiegen zum größten Ölproduzenten und -verbraucher der Welt auf. Die fossilen Energiekonzerne verdienten Hunderte Milliarden US-Dollar, während die Allgemeinheit für den Großteil der von ihnen verursachten Umweltschäden bezahlen musste. Wir verloren die Zeitspanne einer ganzen Generation. Zahlreiche Tierarten starben, Naturwunder gingen für immer verloren.

Zwölf Jahre, um alles zu verändern …





Wir brauchten mehr Arbeitskräfte …

Im Jahr 2017 zerstörte der Hurrikan Maria den Ort, aus dem meine Familie stammt: Puerto Rico. Er schlug wie eine Klimabombe ein. Der Hurrikan forderte so viele US-amerikanische Menschenleben wie der 11. September 2001. Im Jahr 2018 – in dem ich in den Kongress gewählt wurde – schlugen führende Wissenschaftler*innen erneut weltweit Alarm. Sie sagten, dass wir noch zwölf Jahre Zeit hätten, um unsere Emissionen zu halbieren. Andernfalls drohe die Gefahr, dass Hunderte Millionen Menschen von Nahrungs- und Wassermangel, Armut und Tod betroffen wären. Zwölf Jahre, um alles zu verändern: Wie wir uns fortbewegten, wie wir uns ernährten, wie wir produzierten, wie wir lebten und arbeiteten, einfach alles.

Der einzige Weg, die Emissionen zu reduzieren, lag in der grundlegenden Umgestaltung unserer Wirtschaft. Wir wussten bereits, dass sie nicht mehr funktionierte: Der Großteil des Reichtums kam einer kleinen Handvoll von Leuten zugute, während die Mehrheit immer weiter abgehängt wurde.
Es war ein bedeutender Wendepunkt. Viele Menschen resignierten. Sie sagten, wir seien dem Untergang geweiht. Doch einige von uns erinnerten sich daran, dass wir als Nation auch in der Vergangenheit Schweres bewältigt hatten – in der Großen Depression oder im Zweiten Weltkrieg. Die Geschichte hatte uns gelehrt, wie man zusammenhält, um auch angesichts scheinbar auswegloser Situationen weiterzumachen. Wir waren es unseren Kindern schuldig, es zumindest zu versuchen.

Der Umschwung begann, nachdem die Demokrat*innen 2018 zunächst den US-Kongress und 2020 schließlich den Senat und das Weiße Haus zurückeroberten. Der Verabschiedung des Green New Deal folgte eine Vielzahl von Gesetzen für eine soziale und ökologische Transformation, zur Rettung des Planeten. Es war genau das ehrgeizige Projekt, das wir brauchten. Endlich hatten wir Lösungen gefunden, die dem Ausmaß der Krisen, vor denen wir standen, etwas entgegensetzen konnten. Und das, ohne irgendjemanden zurückzulassen.

Wir entwickelten das Medicare-for-all-Programm: eine umfassende Krankenversicherung für alle und das beliebteste Sozialprogramm in der US-Geschichte. Außerdem wurde die Federal Job Guarantee eingeführt, eine staatliche Garantie für Beschäftigung mit anständigen Löhnen. Tatsächlich



Uns wurde endlich klar, dass das Sorgen für andere eine wertvolle und auch ökologisch nachhaltige Arbeit ist.

war das größte Problem damals der Arbeitskräftemangel. Wir bauten ein landesweites intelligentes Stromnetz auf, rüsteten alle Gebäude um und bauten den Schienenverkehr im ganzen Land aus. Wir brauchten mehr Arbeitskräfte.

Und die Gruppe von Kids aus meiner Nachbarschaft war mittendrin, besonders dieses eine Mädchen, Ileana. Nach dem Studienabschluss arbeitete sie bei AmeriCorps Climate und renaturierte Feuchtgebiete und Bayous in den Küstengebieten Louisianas. Die meisten ihrer Freund*innen waren mit ihr in der Gewerkschaft, gemeinsam mit umgeschulten Ölarbeiter*innen, die alte Pipelines abbauten, Mangroven pflanzten und dafür dieselben Gehälter und Sozialleistungen wie zuvor bekamen. Bei der Frage, wie mit den Umweltschäden umzugehen war, hatten wir natürlich riesige Wissenslücken.

Wir brauchten keine Angst mehr vor der Zukunft und keine Angst voreinander zu haben.





Wir können all das sein, wenn wir den Mut haben, es uns vorzustellen.

Zum Glück halfen uns die Communities der Indigenen. Sie brachten das Wissen vieler Generationen ein, um diese Arbeit voranzubringen. Ileana war rastlos, versuchte sich eine Zeitlang als Ingenieurin für Solaranlagen und fand schließlich ihre Berufung im Erziehungsbereich: In der Universal Child Care Initiative kümmerte sie sich um die nächste Generation. Uns wurde endlich klar, dass das Sorgen für andere eine wertvolle und auch ökologisch nachhaltige Arbeit ist. Wir fingen an, Lehrer*innen, Hausangestellten und häuslichen Pflegekräften vernünftige Löhne zu zahlen.

Es waren Jahre unglaublicher Veränderung. Natürlich war nicht alles gut. Als Hurrikan Sheldon das südliche Florida verwüstete, wurden Teile Miamis für immer unter Wasser gesetzt. Doch während wir gegen die Fluten, Brände und Dürren kämpften, wussten wir, dass wir gerade noch rechtzeitig begonnen hatten zu handeln. Wir waren vorbereitet.

Und wir hatten nicht nur die Infrastruktur umgebaut. Wir änderten auch unser Verhalten. Wir wurden zu einer Gesellschaft, die nicht nur modern und wohlhabend, sondern auch menschenwürdig und sozial war. Seitdem wir eine gute gesundheitliche Versorgung und erfüllende Arbeit als universelle Rechte ernst nahmen, hörte die Angst auf: Wir brauchten keine Angst mehr vor der Zukunft und keine Angst voreinander zu haben. Wir fanden eine gemeinsame Aufgabe.

Auch Ileana nahm die Zeichen der Zeit wahr. Im Jahr 2028 kandidierte sie in der ersten komplett öffentlich finanzierten Wahlkampfrunde. Heute trägt sie das Mandat, das ich einst innehatte. Ich könnte kaum stolzer auf sie sein – sie ist ein wahres Kind des Green New Deal.

2019, als ich während meiner ersten Amtszeit als Abgeordnete mit der alten Amtrak-Bahn nach Washington, D. C., fuhr, lag das alles noch vor uns. Doch der erste große Schritt war es gewesen, einmal die Augen zu schließen und sich vorzustellen, was möglich wäre. Wir können all das sein, wenn wir den Mut haben, es uns vorzustellen.

Aus dem Englischen von Jan-Peter Herrmann, mit freundlicher Genehmigung von



EIN PLAN FÜR ALLE (FÄLLE)

DER GREEN NEW DEAL ALS SOZIAL-ÖKOLOGISCHES HEGEMONIEPROJEKT

JAN REHMANN

In den USA wird der Green New Deal als eine politische Revolution diskutiert – zu Recht. Das Konzept von Sanders und Ocasio-Cortez macht konkrete Vorschläge für eine Politik, die die Kluft zwischen sozialer und ökologischer Frage überwinden will.

JAN REHMANN unterrichtet Philosophie und Gesellschaftstheorien am Union Theological Seminary in New York und an der Freien Universität Berlin. Er ist Redakteur des Historisch-Kritischen Wörterbuchs des Marxismus (HKWM) und publizierte u. a. zu Religion, Hegemonie- und Ideologietheorien, Neo-Nietzscheanismus, Max Weber und Ernst Bloch.

Der Begriff Green New Deal (GND) hat eine vielfältige und in sich widersprüchliche Geschichte. In Deutschland wurde er gegen Ende der 1980er Jahre vor allem vom ökosozialistischen Flügel der Grünen propagiert, fand aber auch Unterstützung beim sozialökologischen Flügel der SPD (u. a. bei Oskar Lafontaine) und bei der PDS. Durch die Verkopplung von Ökologie und Umverteilungspolitik sollte »die Basis für ein längerfristig angelegtes strategisches Bündnis zwischen progressiven Sozialdemokraten, Sozialisten und Grünen gelegt werden« (Brüggen 2001, 1063). Aber Mitte der 1990er Jahre war das Projekt unter dem Druck der neoliberalen Hegemonie »erodiert« (ebd., 1065). Die Grünen drängten ihren linken Flügel zurück, behielten aber den Begriff bei und verwendeten ihn im Sinne eines »grünen Kapitalismus«. Von daher ist es nicht verwunderlich, dass der GND als Mittel des Kapitals kritisiert wurde, als Versuch, die ökologische Krise als neuen Wachstumsmotor zu internalisieren und eine neue grün-kapitalistische Akkumulationsperiode loszutreten (Kaufmann/Müller 2009). Um sich gegen die kapitalistische Inbesitznahme des GND abzugrenzen, schlug Mario Candeias (2012) vor, die linke Umweltpolitik auf den Begriff eines »grünen Sozialismus« zu gründen, der auf eine Vergesellschaftung des Energiesektors, eine Rekommunalisierung zentraler Infrastrukturen und die Einführung partizipativer Haushalte auf allen Ebenen orientiert. Diese Orientierung deckt sich wiederum weitgehend mit dem, was gegenwärtig in den USA als GND diskutiert wird.

Schon diese lückenhafte Zusammenstellung zeigt, dass der GND in unterschiedlichen hegemonialen Konstellationen Verschiedenes bedeuten kann. Im Unterschied zum deut-

schen Kontext ist es in den USA für jedes ausgreifende linke Projekt unverzichtbar, sich auf die sozialpolitisch erfolgreichste Periode des New Deal unter Roosevelt zu beziehen, dessen Errungenschaften noch im kollektiven Gedächtnis präsent sind. Auch hier war die Begriffsgeschichte des GND widersprüchlich. Aber grundlegend für seine gegenwärtige Bedeutung ist ein Aufschwung sozialer Bewegungen, der nach der Wirtschaftskrise 2007/08 einsetzte und sich in verschiedenen Ereignissen manifestierte: von Occupy Wall Street über den überraschenden Wahlerfolg von Bernie Sanders 2016 bis hin zu den jüngsten Wahlen der linken Abgeordneten Ocasio-Cortez, Omar, Pressley und Tlaib. Der Durchbruch in die Öffentlichkeit gelang, als die Bewegung Sunrise Movement 2018 eine Protestveranstaltung vor dem Büro von Nancy Pelosi organisierte, um sie zur Unterstützung eines GND aufzufordern, und Alexandria Ocasio-Cortez sich publikumswirksam mit der Aktion solidarisierte (vgl. Häußermann in diesem Heft). Die von ihr und Senator Edward Markey im Februar 2019 eingebrachte GND-Resolution fand in Umfragen so viel Unterstützung, dass nahezu alle demokratischen Präsidentschaftskandidat*innen den GND in ihre Wahlkampfreden einbauten. Im August 2019 wurde die Resolution durch einen umfassenderen Plan von Bernie Sanders erweitert und konkretisiert.

Gegen dieses Projekt einer potenziell mehrheitsfähigen ökosozialen Politik mobilisieren alle Fraktionen des herrschenden Machtblocks: die Rechte mit Trump an der Spitze mit antisozialistischen Feindbildern und offen rassistischer Denunziation, die Führung der Demokraten mit einer »passiven Revolution«, die dem GND die radikale Spitze abzubrechen und ihn wieder in die grüne Komponente eines neoliberalen Weiter-so zu verwandeln versucht.

Die folgenden Überlegungen behandeln den GND im Spannungsfeld dieser hegemonialen Kämpfe.

DER WIDERSPRUCH ZWISCHEN KLIMAWISSENSCHAFT UND POLITIK

Der von verschiedensten Seiten vorgebrachte Vorwurf, die GND-Resolution sei zu »radikal«, wird von einem nahezu allgegenwärtigen Medienmechanismus des *tactical framing* abgestützt, bei dem jedes Thema in eine Kalkulation unmittelbarer Machbarkeit im gegebenen Rahmen aufgelöst wird. »Radikal« ist vor diesem Hintergrund bereits, von den Ergebnissen des Weltklimarats (IPCC Report) auszugehen und seine Forderungen nach einer Halbierung der Treibhausgase bis 2030 und nach ihrer völligen Einstellung bis 2050 als verbindliche Mindestziele zugrunde zu legen. Bernie Sanders' GND-Plan hat die erste Forderung im Sinne einer vollständigen Entkarbonisierung der Energiewirtschaft und des Verkehrswesens bis 2030 weiterentwickelt, was eine Reduktion der CO_2-Emissionen in den USA um 71 Prozent bedeuten würde.

Die offensichtliche Kluft zwischen Klimawissenschaft und neoliberaler Politik ist selbst Symptom einer Hegemoniekrise. Unter diesen Bedingungen repolitisiert sich die für unpolitisch gehaltene Wissenschaft. Ihr Diskurs wird selbst radikal, sobald er die abgeschlossenen Zirkel der Forschung überschreitet und beansprucht, in Politik und Wirtschaft gehört zu werden. Wenn Fridays for Future die Politik auffordert, der Wissenschaft zu

folgen, ist dies nicht naiv wissenschaftsgläubig, sondern greift wirksam in den Gegensatz zwischen Klimaforschung und herrschender Politik ein. Das Charisma von Greta Thunberg speist sich unter anderem daraus, dass sie ein direktes Bündnis zwischen Klimaforschung und heranwachsender Generation proklamiert und den Gegensatz zur Komplizität oder Untätigkeit der herrschenden Politik zuspitzt. Aufgabe von Sozialist*innen ist es hier, diesen Antagonismus bewusst zu machen und mit einer Kritik der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise zu verbinden.

ACHILLESFERSE: DIE KLUFT ZWISCHEN SOZIALER UND ÖKOLOGISCHER FRAGE

Eine der bislang erfolgreichsten Gegenstrategien besteht darin, ökologische Forderungen gegen das Interesse der Arbeiter*innen an sicheren Arbeitsplätzen auszuspielen. In dem Maße, in dem dies gelingt, erscheint die Ökologiebewegung als weiße Mittelstandsbewegung, die es sich leisten kann, gehobene Konsumentscheidungen zu treffen. Der Kluft zwischen Neoliberalismus und Klimawissenschaft, die eine Chance für eine Gegenhegemonie eröffnen könnte, steht auf der Gegenseite nach wie vor die Kluft zwischen sozialer und ökologischer Frage gegenüber, die einen neuen hegemonialen Block sozialökologischer Transformation zu vereiteln droht.

Die Kluft ist einerseits irreal: Es ist statistisch nachgewiesen, dass die ökologische Krise die ärmeren Gebiete und Klassen weitaus stärker trifft als die Ober- und gehobenen Mittelschichten, deren Konsumverhalten zudem wesentlich stärker zu ihr beiträgt. Der Zusammenhang wird seit Langem von »Eco-Justice-Initiativen« aufgezeigt, die sich auch gegen die etablierten Umweltorganisationen herausgebildet haben. Andererseits ist die Kluft real, da die Bewegungen sozialgeschichtlich verschiedene Ursprünge und Entwicklungspfade aufweisen. Während die Umweltbewegung sich im globalen Norden vorrangig im bürgerlichen Milieu herausgebildet hat, vollzog sich die korporatistische Einbindung der Arbeiter*innen auf der Grundlage einer Produktivkraftentwicklung (Kohle und Öl als Energieträger, Auto als Massenprodukt, Automobilisierung der Gesellschaft, Externalisierung der Folgen), die im Widerspruch zur Ökologie stand (vgl. Röttger/Wissen 2017, 62ff). Die Angst, im Zuge einer von oben verordneten Energiewende den Arbeitsplatz zu verlieren oder weitere Reallohneinbußen hinnehmen zu müssen, ist daher realistisch und wird durch die erfahrene Einbettung von Umweltmaßnahmen in neoliberale Sparpolitik immer wieder bestätigt. Sie lagert sich an die grundlegende Befürchtung an, aufgrund der technologischen Revolution des Hightech-Kapitalismus »überflüssig« zu werden, in Prekarität oder Arbeitslosigkeit abzurutschen – eine Herausforderung, auf die auch die Linke noch keine überzeugenden Antworten gefunden hat.

Dass der Vorsitzende der American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations (AFL-CIO), Richard Trumka, und einige Einzelgewerkschaften in den USA sich gegen den GND aussprechen, während andere den GND unterstützen, zeigt, wie sehr die Gewerkschaftsbewegung in dieser Frage gespalten ist. Die dringliche Aufgabe einer ökologischen Umsteuerung übersetzt sich daher unmittelbar in die nicht weniger dringliche hegemoniepolitische Aufgabe, die Kluft

zwischen sozialer und ökologischer Frage zu überwinden. Dies ist das entscheidende Kriterium zur Beurteilung sowohl wirtschafts- und sozialpolitischer als auch ökologischer Initiativen und Projekte.

GREEN JOBS UND FEDERAL JOB GUARANTEE

Was den GND auszeichnet, ist die Verschränkung von Umweltpolitik mit der Schaffung von *green jobs*. Der Sanders-GND spricht von 20 Millionen regulären Arbeitsplätzen mit gewerkschaftlicher Organisierung, die durch ein massives öffentliches Investitionsprogramm von 16,3 Billionen US-Dollar bereitgestellt werden sollen. Vorrang bei der Einstellung hätten die Arbeiter*innen aus den Industrien, die auf fossilen Energieträgern basieren. Um ihnen eine Umschulung zu ermöglichen, soll allen das volle Gehalt für fünf Jahre weiterbezahlt werden. Diese und andere Maßnahmen setzen eine *federal job guarantee* voraus, das heißt, die Bundesregierung soll dazu verpflichtet werden, allen Arbeitssuchenden eine Stelle anzubieten. Anknüpfungspunkt ist Franklin D. Roosevelt, der 1944 als Präsident versprach, das Recht auf Arbeit in einer »Second Bill of Rights« zu verankern.

> Es ist statistisch nachgewiesen, dass die ökologische Krise die ärmeren Gebiete und Klassen weitaus stärker trifft als Ober- und gehobene Mittelschichten.

Der Schwerpunkt auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und einen »gerechten Übergang« zu erneuerbaren Energien eröffnet zumindest die Möglichkeit, in das Spannungsverhältnis von Ökologie und popularem Alltagsverstand einzugreifen. Dies wurde zum Beispiel deutlich, als der republikanische Abgeordnete Andy Barr während einer Kongressdebatte im April 2019 die »Arbeiterfeindlichkeit« des GND dadurch zu demonstrieren versuchte, dass er Alexandria Ocasio-Cortez einlud, mit ihm nach Kentucky zu fahren, um dort ihre Resolution mit Kohlearbeitern zu diskutieren. Als sie die Einladung annahm, zog er sie zurück.

DER GND ALS INTERSEKTIONALES PROJEKT

Was dem GND allenthalben vorgeworfen wird, nämlich die ökologische Frage mit anderen sozialen Problemen von der Lohnentwicklung über die Geschlechterungleichheit bis zur Krankenversicherung zu vermischen, ist in Wirklichkeit seine Stärke. So behandelt die GND-Resolution die ökologische Krise im Zusammenhang einer Polarisierung der Einkommens- und Vermögensverteilung, die mehrfach bestimmt wird: klassenmäßig im weitesten Sinne (zwischen dem einen und den verbleibenden 99 Prozent), überdeterminiert durch die Ungleichheiten entlang der Gegensätze von *race* und Geschlecht. So verdienen Frauen im Durchschnitt nur etwa 80 Prozent des Gehalts von Männern. Die ökologische Zerstörung verschärft die »systemischen Ungerechtigkeiten«, indem sie vor allem die entindustrialisierten Gebiete, die ärmeren Schichten und hierbei insbesondere die Afroamerikaner*innen, Immigrant*innen und indigenen Gemeinschaften trifft.

An dieser Stelle distanziert sich der GND ausdrücklich von Roosevelts New Deal, der

sich darauf konzentriert hatte, die durch die Weltwirtschaftskrise verelendete weiße Arbeiterschaft sozialpolitisch zu integrieren, während die Schwarzen Arbeiter*innen von vielen Programmen ausgeschlossen blieben. Dagegen soll der neue GND die am meisten »verwundbaren Gemeinschaften« besonders fördern und ihnen bei der lokalen Implementierung und Gestaltung des GND eine führende Rolle zukommen lassen. Dies gilt insbesondere für die indigenen Gemeinschaften, deren Souveränitäts- und Landrechte zu respektieren sind.

Der GND-Anspruch eines »gerechten Übergangs« durchzieht alle Bereiche. Einige Beispiele mögen genügen. Die Klimakrise ist bekanntlich bereits gegenwärtig, die von ihr verursachten Hitzewellen, Stürme und Brände haben jetzt schon schwerwiegende Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung. Eine der notwendigen »Anpassungen« an diese Realität wäre der Ausbau eines öffentlichen Gesundheitswesens mit allgemeiner Krankenversicherung (Medicare for all), um die Erkrankungen aller sozialer Schichten behandeln und prophylaktische Strategien für alle entwickeln zu können. Die zumeist von Frauen geleistete Reproduktions- und Sorgearbeit erzeugt verhältnismäßig wenig Treibhausgase. Diese Arbeiten wären in einem GND als *green jobs* zu definieren, was wiederum bedeuten würde, sie entsprechend gut zu bezahlen und abzusichern (vgl. Klein 2019).

Der GND formuliert in politischer Programmsprache, was häufig als »Intersektionalität« diskutiert wird. Gemeint ist, dass im System der Herrschaft die Verhältnisse der Ausbeutung, Prekarisierung und Marginalisierung sich auf vielfältige Weise mit Rassismus, patriarchalen Geschlechterverhältnissen, Homophobie und weiteren sozialen Spaltungen überschneiden, sodass jede vermeintlich homogene »Identität« in Wirklichkeit von vielfachen Gegensätzen durchkreuzt wird. Damit soziale Bewegungen und Projekte ihre »eigenen« Belange durchsetzen können, müssen sie diese mit denen anderer Bewegungen verbinden. Ziel ist eine Kohärenz bei Beibehaltung der Unterschiede. Hier hat auch die Wahlkampagne von Bernie Sanders aus den strategischen Schwächen 2016 gelernt und wichtige Schritte unternommen, um ihren klassenpolitischen Ansatz deutlicher mit Antirassismus und einem »Feminismus für die 99 Prozent« zu verbinden.

> Was den GND auszeichnet, ist die Verschränkung von Umweltpolitik mit der Schaffung von ›green jobs‹.

DON'T TAX MOLECULES, TAX THE RICH!

Die GND-Pläne sehen vor, die erforderlichen Investitionen vor allem über eine stärkere Besteuerung der Großunternehmen zu finanzieren und hierbei den Industriekomplex der fossilen Energieträger zur Kasse zu bitten. Weitere Finanzierungsquellen sind unter anderem Finanztransaktionssteuern, die Streichung unökologischer Subventionen und die Kürzung der Militärausgaben. Ausgeschlossen ist damit die auch in Deutschland viel diskutierte Idee, die Energiewende vornehmlich über Verbrauchssteuern zu finanzieren, die

»regressiv« vor allem die Mittelschichten und Geringverdiener belasten. Am Beispiel Frankreichs konnte man beobachten, wie die Einführung von Diesel- und Benzinsteuern nach erfolgter Rücknahme der Vermögenssteuer (ISF) eine massive Gegenbewegung in Form der Gelbwesten erzeugte und somit den Widerspruch zwischen Ökologie und popularem Alltagsverstand weiter verschärfte.

Vor allem gegen Bernie Sanders' GND wurde eine massive Pressekampagne entfacht, weil dort nach »venezolanischem Vorbild« eine Verstaatlichung des Energiesektors vorgesehen sei. Zusammen mit seinen Plänen zu Medicare for all, womit die privaten Krankenversicherungen durch eine öffentliche Bürgerversicherung ersetzt werden sollen, trage der GND dazu bei, einen Großteil der US-Wirtschaft unter staatliche Kontrolle zu bringen, heißt es in der konservativen Presse. Auch die anderen demokratischen Präsidentschaftskandidat*innen, einschließlich Elizabeth Warren, gehen in der Frage der Nationalisierung auf Distanz zu Sanders. Tatsächlich sieht Sanders' GND vor, die Erzeugung der erneuerbaren Energien unter die Aufsicht der US-Bundesbehörde Power Marketing Administration (PMA) des US-Energieministeriums zu stellen, um damit die Bevölkerung mit preiswerter Energie versorgen zu können. Außerdem ist geplant, die Ausweitung des öffentlichen Sektors mit einem Ausbau der Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte der Arbeiter*innen und einer Förderung demokratisch organisierter Kooperativen auf kommunaler Ebene zu verbinden.

Damit ist die Machtfrage im Energiesektor konkret gestellt. Die Forderungen der Kritiker*innen nach einer »marktkonformen« Energiewende laufen darauf hinaus, den Großunternehmen, denen die verheerenden Folgen ihrer Energieproduktion lange bekannt waren und die Milliarden in die Lobbyarbeit zur Klimawandel-Verleugnung steckten, jetzt auch noch eine Vorrangstellung bei der Erzeugung und Vermarktung der erneuerbaren Energien einzuräumen. Es ist schwer vorstellbar, wie dieser überaus mächtige und weiterhin expandierende Industriekomplex ohne die Schaffung eines öffentlich kontrollierten Sektors erneuerbarer Energien unter Druck gesetzt werden könnte.

KEINE LÖSUNG, ABER EIN EINSTIEGSPROJEKT

Auch im progressiven Lager schwankt die Kritik zwischen verschiedenen Vorwürfen: Einerseits sei der GND unter den gegebenen Machtverhältnissen und aufgrund der Abhängigkeit vom Öl unrealistisch. Eine Umstellung auf erneuerbare Energien würde Billionen an Investitionen in den Sand setzen, den Staat riesige Steuereinnahmen kosten und eine globale Finanzkrise auslösen. Andererseits sei der GND-Ansatz nicht radikal genug, denn er lasse das kapitalistische Akkumulationssystem und damit die verhängnisvolle Orientierung auf »Wachstum« unangetastet. Eine Umstellung auf erneuerbare Energien hätte bei gleichzeitiger Beibehaltung der transnationalen Produktionsketten den Effekt, vor allem in Bezug auf Lithium und andere schwer zugängliche Mineralien den Rohstoff-Extraktivismus in den Ländern des globalen Südens zu intensivieren.

Die Kritiken scheinen einander entgegengesetzt, verweisen aber übereinstimmend auf die Wirkungsmacht der kapitalistischen

Produktionsweise und auf die Hierarchien des von ihr beherrschten Weltmarkts. Um die politische Ökonomie des transnationalen Hightech-Kapitalismus zu begreifen, ist nach wie vor der »Kältestrom« (Bloch) marxistischer Kritik vonnöten. Wie unter diesen Bedingungen eine ökosozialistische Produktionsweise im globalen Maßstab oder auch »nur« ein transnationaler GND aussehen und durchgesetzt werden kann, liegt noch weitgehend im Dunkeln. Aber anstatt die ewige Übermacht des Kapitalismus zu beschwören, sollte die Kritik auch seine Widersprüche, konkurrierende Kapitalfraktionen, partielle Öffnungen und mögliche Übergänge mit einbeziehen. Da die Produktions- und Reproduktionsverhältnisse selbst geronnene Praxisbeziehungen sind, müssen auch die beteiligten Subjekte, ihre jeweilige Einbindung, ihr Widerstand, ihre Bündnis- und Hegemoniepotenziale berücksichtigt werden. Dafür bedarf es wiederum geeigneter Einstiegsprojekte, die zu weiteren Transformationen ausgebaut werden können.

Eine als Realismus verkleidete Resignation kann nur dazu beitragen, die am wenigsten transformatorische Entwicklung zu erreichen. Wiederum ist die unterstellte Alternative einer sozialistischen Weltrevolution ohne hegemoniefähige Einstiegsprojekte eine Fiktion. Wie Thea Riofrancos (2019) gezeigt hat, läuft das Warten auf eine immer wieder verschobene revolutionäre Situation auf eine Stilllegung politischen Engagements hinaus und erzeugt Fatalismus. Es ist daher wichtig, passivierende Interpretationen durch eingreifendes Denken zu überwinden. Das heißt nicht, optimistische Erwartungen zu beschwören: Ob ein substanzieller GND in der von der Klimawissenschaft geforderten kurzen Zeitspanne durchgesetzt werden kann, weiß niemand. Immer wieder gelingt es den Fraktionen des herrschenden Machtblocks, das Thema durch politische Ablenkungsmanöver und mediale Zerstreuung aus der Öffentlichkeit zu verdrängen. Die ökologischen Bewegungen leben in dem Widerspruch, für ihre Aufklärung und die Entwicklung politischer Handlungsfähigkeit Zeit zu benötigen, die uns womöglich nicht gegeben ist.

Das enthebt uns nicht der Aufgabe, uns auf die Überwindung der Kluft zwischen sozialökonomischer und ökologischer Frage zu konzentrieren und damit die Voraussetzung für einen hegemonialen Block von gesellschaftlicher Arbeit und Naturerhaltung zu schaffen. Der GND scheint mir hierzu unter den hegemonialen Bedingungen der USA der geeignete Einstieg zu sein. Er bietet keine fertige Lösung, hat aber das Potenzial, ein neues Terrain für Politik zu eröffnen.

LITERATUR

Brüggen, Willi, 2001: Grüner New Deal, in: Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus (HKWM), Bd. 5, Hamburg, 1062–1070

Candeias, Mario, 2012: Was ist sozialistisch am Grünen Sozialismus?, in: LuXemburg 3/2012, www.zeitschrift-luxemburg.de/was-ist-sozialistisch-am-grunen-sozialismus/

Kaufmann, Stephan/Müller, Tadzio, 2009: Wider den Wachstumswahn. Für Klimagerechtigkeit, in: LuXemburg 1/2009, www.zeitschrift-luxemburg.de/debatte-green-new-deal-teil-ii-wider-den-wachstumswahn-fur-klimagerechtigkeit/

Klein, Naomi, 2019: The Battle Lines have been Drawn on the Green New Deal, in: The Intercept, 13.2.2019, https://theintercept.com/2019/02/13/green-new-deal-proposal/

Riofrancos, Thea, 2019: Plan, Mood, Battlefield – Reflections on the Green New Deal, in: Viewpoint Magazine, 16.5.2019, www.viewpointmag.com/2019/05/16/plan-mood-battlefield-reflections-on-the-green-new-deal/

Röttger, Bernd/Wissen, Markus, 2017: Ökologische Klassenpolitik, in: LuXemburg Spezial, Neue Klassenpolitik, August 2017, 62–71

STRATEGISCHE ALLIANZEN
WAS SICH VON DER BEWEGUNG FÜR EINEN GREEN-NEW-DEAL IN DEN USA LERNEN LÄSST

DOROTHEE HÄUSSERMANN

Das Klimaschutzgesetz der Bundesregierung enttäuscht selbst jene, die nichts davon erwartet hatten. Statt dem »großen Wurf« ist es ein unkoordiniertes Bündel an Reförmchen. In der Klimabewegung herrscht Frust und das Gefühl, gegen eine Betonwand zu laufen. Wie viele Kohlegruben müssen noch besetzt werden, wie viele Millionen auf die Straße gehen, bis wir greifbare Fortschritte erleben? Die Ironie des Ganzen: Politiker*innen, die es ganz okay finden, dass die ärmere Hälfte der deutschen Bevölkerung nur etwa ein Prozent des Nettovermögens besitzt, entdecken beim Klimathema plötzlich ihr Herz für soziale Gerechtigkeit. Ein imaginärer »kleiner Mann«, der sich weiterhin den Flug nach Barcelona leisten können soll, dient als Ausrede, um entschlossenen Klimaschutz zu vermeiden.

Die gängige Geschichte lautet: Klimaschutz bringt Arbeitslosigkeit, Rezession, Verzicht, gesellschaftliche Spaltung. Wenn Klimabewegungen diesem Narrativ entgegentreten wollen, müssen sie mit der Erzählung einer sozial gerechten und ökologischen Gesellschaft begeistern. Wenn sie allein CO_2-Reduktionen und »Klimaneutralität« fordern, bleiben sie angreifbar und lassen zu, dass Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gegeneinander ausgespielt werden.

Wie das gehen kann, zeigt der Blick über den Atlantik. In den USA wird zurzeit ein sehr viel ambitionierterer Plan als der der Bundesregierung diskutiert: ein Green New Deal, der Armut und Klimawandel gleichzeitig bekämpfen soll. Der Vorschlag erkennt an, dass aktuelle Krisen miteinander verknüpft sind und nur zusammen gelöst werden können. Das Konzept wurde nicht nur von einer Partei oder einem Thinktank aufgeschrieben, sondern wird von sozialen Bewegungen getragen und mithilfe von Aktionen des zivilen Ungehorsams eingefordert, allen voran von der Jugendbewegung Sunrise.

GREEN NEW DEAL: DER GROSSE WURF?

Im Herbst vergangenen Jahres erkannte die demokratische Kongressabgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez das Potenzial der Sunrise-Bewegung und ihrer Forderungen. Mit anderen progressiven Demokrat*innen

Klimaaktivist*innen und progressive Parteipolitik kämpfen in den USA gemeinsam für eine sozial-ökologische Transformation. Hierzulande tut sich die Bewegung schwer, entsprechende Strategien und Bündnisse zu entwickeln.

DOROTHEE HÄUSSERMANN ist freiberufliche Referentin und arbeitet für die Bewegungsstiftung. Seit 2011 organisiert sie Aktionen zivilen Ungehorsams gegen die Kohleindustrie (zuletzt »Ende Gelände«) und Veranstaltungen zu Klimagerechtigkeit und Wachstumskritik. Im Frühjahr dieses Jahres reiste sie zwei Monate durch die USA, um sich mit der dortigen Klimabewegung auszutauschen und zu vernetzen.

und Sunrise-Vertreter*innen erarbeiteten sie eine Resolution zum Green New Deal, die im Februar 2019 veröffentlicht wurde. Darin fordern sie massive Investitionen in grüne Infrastruktur und gut bezahlte Arbeitsplätze, um die US-amerikanischen Treibhausgasemissionen radikal abzusenken und gleichzeitig soziale Ungerechtigkeit zu bekämpfen. Durch den Ausbau von erneuerbaren Energien, Hochgeschwindigkeitszügen und öffentlichem Nahverkehr sollen Millionen von Arbeitsplätzen entstehen. Das Programm verspricht allen Menschen in den USA eine Garantie auf einen existenzsichernden Arbeitsplatz mit einer umfangreichen sozialen Absicherung sowie Zugang zu einem hochwertigen Gesundheits- und Bildungssystem, zu bezahlbarem Wohnraum und zu sauberem Wasser und sauberer Luft. Der Green New Deal hat den Anspruch, die Diskriminierung von indigenen und People of Color, Migrant*innen, Menschen mit niedrigem Einkommen und anderen marginalisierten Gruppen zu beenden und Reparationen für die historische Unterdrückung der afroamerikanischen Bevölkerung zu zahlen (vgl. Rehmann in diesem Heft).

Der Titel des Programms ist eine Anlehnung an den New Deal, mit dem die Regierung Franklin D. Roosevelts ab 1929 auf die Weltwirtschaftskrise reagierte. Er ist bis heute tief im kulturellen Gedächtnis verankert, als Geschichte einer erfolgreichen Krisenbewältigung. Gleichzeitig ist der Rückgriff nicht unproblematisch. Roosevelts Wirtschaftsreformen lösten in den 1930er Jahren konjunkturellen Aufschwung, Industrialisierung und eine riesige Konsumwelle aus. Damit der Green New Deal nicht

lediglich dazu führt, dass wir »Solarpanele auf Walmart-Dächer klatschen«, müssen wir gegensteuern, schreibt Naomi Klein (2019, 264). Der »Klima-Keynesianismus« brauche Lenkungsmechanismen, die verhindern, dass die Löhne aus den »guten grünen Jobs« in den Konsum von Wegwerfprodukten fließen und den Energieverbrauch anheizen. Denn der Green New Deal kann die Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsweise nicht lösen: Menschen müssen weiterhin kaufen, was das Zeug hält, damit das System nicht zusammenbricht; die Wirtschaft muss weiterhin auf Basis endlicher Ressourcen wachsen – das Dilemma, aus dem wir eigentlich rauswollen.

Zugleich kam der New Deal in den 1930er Jahren vor allem weißen Menschen zugute. Darum ist der Passus zu Inklusivität und »Reparationen« in der aktuellen Resolution eine wichtige Abgrenzung zum historischen Vorbild. Er erkennt an, dass die fossile Industrialisierung historisch auf der Ausbeutung von Sklaven und Ureinwohner*innen basiert, und positioniert sich gegen rassistische Antworten auf die Klimakrise.

Naomi Klein setzt trotz aller Kritik auf den Green New Deal. In dem von ihr mitgestalteten Video »A Message From the Future« erscheint der Umbau zu einer postfossilen, solidarischen Gesellschaft machbar, ja kinderleicht (siehe Ocasio-Cortez in diesem Heft). Wer den Film sieht, fragt sich: Warum fangen wir nicht einfach an?

KEIN PAPIERTIGER – WIE DER GREEN NEW DEAL ZUM ERFOLG WURDE

Selbst die massiven Gegenkampagnen konnten nicht verhindern, dass die Resolution zum Green New Deal neue Maßstäbe für die Klimapolitik gesetzt hat. Mittlerweile wird sie von der Mehrheit der aussichtsreichsten demokratischen Präsidentschaftskandidat*innen unterstützt, allen voran Bernie Sanders und Elizabeth Warren (vgl. Rehmann in diesem Heft). Dass es überhaupt so weit gekommen ist, ist insbesondere das Verdienst einer entschlossenen Graswurzelbewegung, allen voran der Jugendgruppe Sunrise.

Deren Aktivist*innen beschreiben sich selbst als eine »Armee junger Leute«, die »den Klimawandel aufhalten und dabei Millionen von gutbezahlten Jobs schaffen« will. Im Vorfeld der Kongresswahlen im November 2018 setzten sie gezielt Politiker*innen unter Druck, kein Geld mehr von fossilen Unternehmen anzunehmen und Klimapolitik zur Priorität zu machen. Sie marschierten in Regierungsgebäude und besetzten singend die Büros von Abgeordneten. Unter ihnen sind rhetorisch gewandte junge Erwachsene ebenso wie siebenjährige Kinder. Sie kombinieren ihren Status von Unschuld und Unangreifbarkeit mit hochprofessioneller Medienarbeit.

Im November 2018 blockierten rund 200 Jugendliche das Büro von Nancy Pelosi, der demokratischen Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses. »Wir haben noch zwölf Jahre – was ist Ihr Plan?«, hieß es auf ihren Bannern. Während des Sit-ins vor Pelosis Büro solidarisierte sich die Abgeordnete Ocasio-Cortez vor laufenden Kameras mit der Jugendgruppe. Das Video verbreitete sich viral im Netz, in den 48 Stunden nach der Aktion erschienen rund 4 000 Presseartikel über die Forderungen von Sunrise. Seitdem arbeiten Ocasio-Cortez und Sunrise Hand in Hand für einen Green New Deal. Die Sunrise-Be-

wegung verbreitet sich schnell in den ganzen USA, mittlerweile gibt es 180 Lokalgruppen. In den TV-Debatten der demokratischen Präsidentschaftskandidat*innen kam keine der Bewerber*innen darum herum, sich zum Green New Deal zu positionieren. Sunrise ist es gelungen, die politische Debatte nach links zu verschieben.

INSIDE-OUTSIDE-ALLIANZEN

Der US-amerikanische Aktivist und Autor Jonathan Matthew Smucker untersucht in seinem Buch »Hegemony How-To«, wie es sozialen Bewegungen gelingen kann, politische Kräfteverhältnisse zu verschieben. Wenn Gruppen den Status quo herausfordern wollen, so seine These, müssen sie nicht nur den »symbolic contest«, also die Auseinandersetzung um den gesellschaftlichen Konsens, gewinnen, sondern auch den »institutional contest«, den Kampf in und mit den politischen Institutionen. Die sozialen Bewegungen würden genau diesen Punkt vernachlässigen. Sie lehnen das System als Ganzes ab und sehen es nicht als Vehikel, mit denen ihre Ideale verwirklicht werden können. Mit dem Rückzug aus den Institutionen überlassen sie ihren Gegnern das Terrain, auf dem politische Entscheidungen durchgesetzt werden.

Sunrise hat diese Analyse offenbar ernst genommen und gezielt Akteure *innerhalb* der politischen Institutionen angesprochen: um sie unter Druck zu setzen, aber auch, um sie zu Verbündeten zu machen. Die Strategie der *inside-outside politics*, also der Allianz zwischen einer visionären parlamentarischen Initiative und dem zivilen Ungehorsam einer Basisbewegung, erwies sich als ungemein erfolgreich.

Sunrise hat begriffen, dass sie Zielgruppen jenseits der üblichen Klimabewegung ansprechen müssen, um gesellschaftliche Mehrheiten zu erreichen. Darum forderten sie von Anfang an nicht nur Klimaschutz, sondern auch existenzsichernde Arbeitsplätze als Antwort auf die Ausgrenzung und Chancenlosigkeit breiter Bevölkerungsgruppen. Damit wappneten sie sich gegen die Mythen der Gegenseite: dass Klimaschutz Arbeitsplätze und Wohlstand vernichte. Ihre Ästhetik erinnert an die Arbeiterbewegungen der 1920er und 1930er Jahre. Nicht zufällig singen die Jugendlichen auch die gewerkschaftliche Hymne »Which Side Are You On?«. Dennoch begegnen viele Gewerkschaften ihnen noch immer skeptisch (vgl. Cohen 2019).

Doch auch in der Klimagerechtigkeitsbewegung können nicht alle die Begeisterung rund um Sunrise und den Green New Deal nachvollziehen. Im Wahlkampf 2008 hatten Menschen große Erwartungen an Obama, die sich nicht erfüllt haben. Sie haben keine Hoffnung mehr, dass von der Demokratischen Partei jemals eine grundlegende Änderung des Status quo ausgeht. Wer öffentliche Auftritte von Sunrise und Bernie Sanders beobachtet, mag den befremdlichen Eindruck haben, dass sich eine Graswurzelbewegung vor den Karren des demokratischen Wahlkampfs spannen lässt. Trotzdem lässt sich von Sunrise und der Green-New-Deal-Bewegung lernen.

BRAUCHT ES IN DEUTSCHLAND EINE GREEN-NEW-DEAL-BEWEGUNG?

Seit der Initiative des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) für einen Global Green New Deal im Jahr 2008 taucht der

Begriff auch in der deutschen Debatte immer wieder auf, vor allem bei den Grünen. In den Konzepten geht es hauptsächlich um eine Verschiebung von Investitionen in klimafreundliche Technologien. Zur Europawahl 2019 startete die Bewegung DiEM25 die Initiative für einen Green New Deal in Europa, die sich am US-amerikanischen Vorbild orientiert, sich aber (im Unterschied zu diesem) explizit wachstumskritisch positioniert.

Doch diese Konzepte haben bislang wenig Widerhall gefunden. So kann hierzulande ein Storytelling, das sich positiv auf die kollektiven Anstrengungen der Ära des New Deal und des Zweiten Weltkriegs bezieht, nicht funktionieren. In der linken Klimagerechtigkeitsbewegung steht der Green New Deal häufig sinnbildlich für grünen Kapitalismus und Scheinlösungen. Eine rege Degrowth-Debatte hat über Rebound-Effekte aufgeklärt und die Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch infrage gestellt. Diese Wachstumskritik spiegelt sich unter anderem im Green-New-Deal-Konzept von DiEM25 wider. Doch es ist fraglich, ob es gelingt, den Begriff neu zu definieren.

Zudem wird die DiEM25-Initiative von Vertreter*innen linker und grüner Parteien wie Yanis Varoufakis oder Caroline Lucas getragen. Eine starke Parteinähe könnte einer Green-New-Deal-Initiative aber hierzulande eher abträglich sein. Generell herrscht in der linken Klimabewegung eine starke Skepsis gegenüber Parteien. Sie werden als Teil eines kapitalistischen Staates gesehen, den es zu überwinden gilt. Zu oft haben Menschen außerdem erlebt, dass Wahlprogramme die Forderungen der Bewegungen nachbuchstabieren, sie aber im Ernstfall für eine »Regierungsfähigkeit« über Bord werfen.

Spätestens seit die Europäische Kommission von einem »Green Deal for Europe« spricht, ist der Begriff zudem aus linker Perspektive verbrannt. Gleichzeitig ist klar, dass prägnante und ganzheitliche Vorschläge zur Bewältigung der Klimakrise dringend notwendig sind. Es gibt unzählige kluge Fachbücher, Studien und Manifeste, die aber in Regalen und auf Festplatten keine politische Wirkung entfalten. Umgekehrt sind die aktuellen Bewegungen, die mit ihren Aktionen hohe Medienaufmerksamkeit erzielen, kaum sprechfähig, wenn es um konkrete Einstiegsprojekte in ein anderes System geht. Das Anti-Kohle-Bündnis »Ende Gelände« hat mit spektakulären Blockaden viel dazu beigetragen, den diskursiven Sieg in der Auseinandersetzung um den Kohleausstieg zu erringen. Doch in der *theory of change* des Bündnisses kommt parlamentarische Politik nicht vor. Es bleibt schleierhaft, wie die Ausstiegsforderung praktisch umgesetzt werden soll. Soll jedes einzelne Kraftwerk »per Hand« abgeschaltet werden? Große Teile der linken Klimagerechtigkeitsbewegung wissen, dass ein Systemwandel notwendig ist. Sie gehen allerdings nicht davon aus, dass Parteien oder staatliche Institutionen dafür Lösungen liefern können. Andererseits können sie nicht überzeugend erklären, wie eine so tief greifende Transformation *ohne* Gesetze und staatliche Lenkung umgesetzt werden soll.

Neue kraftvolle Akteure wie Extinction Rebellion und Fridays for Future fordern Klimaneutralität, also »Netto-Null-Emissionen« bis zum Jahr 2025 oder 2035. Extinction Rebellion will ausdrücklich keine Lösungen vorschreiben, sondern diese in Bürgerver-

sammlungen erarbeiten. Beide Bewegungen möchten sich nicht politisch »links« verorten und haben keine Forderungen zu sozialer Gerechtigkeit oder *system change*. Möglicherweise steckt dahinter das Anliegen, sich von ideologischem Ballast zu befreien und offen für Menschen jenseits der linken Nische zu sein. Bislang hat die Strategie Erfolg: Die Schulstreiks genießen einen enormen Rückhalt in der Bevölkerung und Extinction Rebellion kann andere Kreise für zivilen Ungehorsam begeistern, als es »Ende Gelände« und Co. bisher konnten.

Tatsächlich geht uns der Klimawandel alle an, unabhängig von Weltanschauung oder Parteizugehörigkeit. Extinction Rebellion und Fridays for Future haben viel dafür getan, mithilfe wissenschaftlicher Fakten das Problembewusstsein zu steigern. »United behind the science« ist mit verschiedensten Überzeugungen möglich. Aber wenn wir über Lösungen sprechen, müssen wir zwangsläufig Position beziehen: Setzen wir auf Marktmechanismen oder auf staatliche Ordnungspolitik? Wollen wir offene Grenzen? Oder wollen wir uns abschotten und die begrenzten Ressourcen in der »deutschen Volksgemeinschaft« aufteilen? Die Bewegungen brauchen dringend einen überzeugenden Plan, wie wir der Klimakrise begegnen. Es wäre großartig, wenn es Fachleuten, Wissenschaftler*innen und sozialen Bewegungen gemeinsam gelänge, prägnante und kampagnenfähige Sofortmaßnahmen herauszuarbeiten und gemeinsam ein Programm zu schreiben, das visionär genug ist, um zu begeistern, und realistisch genug, um es morgen umzusetzen. Ein Programm, das die ersten Schritte in Richtung *system change* aufzeigt. Dieses Programm sollte von einer breiten Allianz zivilgesellschaftlicher Akteure und progressiver Politiker*innen getragen werden, die politischen Druck aufbaut. Dazu braucht es eine entschlossene und sympathische Gruppe, die mit konfrontativen Aktionen für Wirbel sorgt und die Entscheidungsträger vor sich hertreibt. Dieses Programm sollte aber hierzulande nicht Green New Deal heißen. Und: Die Initiative muss »von unten«, außerhalb der staatlichen Institutionen entstehen. Mit Spannung ist das Ergebnis der Initiative »Gerechte 1,5 Grad« zu erwarten, die derzeit in einem breit getragenen partizipativen Schreibprozess einen »Klimaplan von unten« erarbeitet.[1]

Die Klimabewegung braucht eine begeisternde Geschichte über eine gerechte Gesellschaft ohne Armut und Ausgrenzung und über ein Leben mit mehr Zeit in autofreien, ruhigen Städten und intakter Natur. Diese Geschichte muss auch vermitteln, dass nicht der Klimaschutz, sondern unser Wirtschaftssystem die gesellschaftliche Spaltung hervorbringt. Und vor allem muss sie uns davon überzeugen, dass wir gewinnen können.

---

1 Vgl. https://gerechte1komma5.de/.

LITERATUR

Cohen, Rachel M, 2019: Labor unions are skeptical of the Green New Deal, and they want activists to hear them out, in: www.theintercept.com/2019/02/28/green-new-deal-labor-unions/

Klein, Naomi, 2019: On fire. The burning case for a Green New Deal, New York

Smucker, Jonathan, 2017: Hegemony How-To. A roadmap for radicals, Chico/California

DAS FENSTER IST OFFEN
FÜR EINE LINKE ERZÄHLUNG DER KLIMAGERECHTIGKEIT

LORENZ GÖSTA BEUTIN

Wer bei den Klimaprotesten dieser Tage und Monate Augen und Ohren aufsperrt – sei es bei Straßenblockaden, beim Brückensperren, bei Waldspaziergängen oder Tagebaubesetzungen – bekommt in Sprechchören, auf Transparenten und in Gesprächen immer wieder die eine Botschaft zu hören: »System change, not climate change – Systemwende statt Klimawandel«. Ende Gelände, Extinction Rebellion und Fridays for Future, die als aktivistische Speerspitze der Bewegung Mitte September über 1,4 Millionen Menschen in Deutschland auf die Straßen brachten, sie alle verknüpfen die Frage des Klimaschutzes zunehmend mit der Frage nach sozialer Gerechtigkeit in Deutschland und im Rest der Welt. Die einen bringen ihre Forderung nach einer klimagerechten Gesellschaft breit und anschlussfähig vor, die anderen laut und aktivistisch, die einen analytisch und ideologisch gefestigt, die anderen apokalyptisch mit Yoga und Tanzeinlagen.

LINKE POLITISIERUNG IN DEN KLIMAKÄMPFEN

Ein Verdacht bricht sich in den Köpfen von immer mehr Menschen Bahn: Das »Weiter so« in Wirtschaft und Gesellschaft kann die Klimakrise nicht aufhalten. Die kapitalistischen Scheinlösungen, die Politiker*innen und Wirtschaftsvertreter*innen propagieren, verlieren augenscheinlich an Überzeugungskraft. Unser System des profitorientierten und wachstumsabhängigen Wirtschaftens selbst rückt als Problem in den Fokus. Zugleich artikulieren sich die Bewegungen auf der Straße, in den Schulen und Universitäten, im Netz und im Alltag zunehmend rebellisch, feministisch, antirassistisch, kapitalismuskritisch und basisdemokratisch. »Es gibt keine Alternative« – diese neoliberale Losung ist spätestens jetzt Geschichte. Dieser Linksruck, der die neue Klimabewegung erfasst hat, ist mitnichten eine illusorische Innenschau oder fernes Wunschdenken. Die schriller werdenden Warnungen von AfD und FDP über die konservativen Polizeigewerkschaften bis hin zu Springer & Co. vor einer »Ökodiktatur«, »Planwirtschaft« oder einem »antidemokratischen Linksextremismus« sind durchaus ein Gradmesser für den politischen Horizont, der innerhalb der Proteste sichtbar geworden ist

Die Linke ist die einzige Partei, die Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zusammenbringen will. Doch muss sie daraus eine klare Botschaft formulieren.

und auf ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zielt.

Der nicht unmittelbar eingängige Begriff der Klimagerechtigkeit wird in den Debatten und der Praxis der Bewegungen immer mehr mit Inhalt gefüllt. Der Einsatz für sichere Fluchtwege und Seenotrettung wird zunehmend mit Klimaschutzkämpfen verbunden. Sea-Watch-Kapitänin und Extinction-Rebellion-Aktivistin Carola Rackete tritt – stellvertretend für viele – öffentlich dafür ein, Flucht und Klimawandel als krisenhafte Folgen kapitalistischer Verwüstungen zusammenzudenken, und fordert Alternativen zu diesem System. Nach dem rassistischen Mordanschlag in Halle legten die Extinction-Rebellion-Aktiven umgehend eine Schweigeminute für die Opfer menschenfeindlicher Gewalt ein. Auch der zeitgleiche Angriff der türkischen Armee auf die kurdische Selbstverwaltung in Syrien wurde in der Klimabewegung breit verurteilt. In der Bewegung sehen viele den historischen Scheideweg, an dem wir stehen: Klimagerechtigkeit oder Barbarei? Um den damit verbundenen Forderungen nach einer grundlegenden gesellschaftlichen Transformation noch mehr Gehör zu verschaffen und sie stärker zu verankern, braucht es auch die LINKE. Sie ist die einzige Partei, die das Klima retten will und nicht den Kapitalismus.

LORENZ GÖSTA BEUTIN sitzt für die LINKE im Bundestag. Er ist klima- und energiepolitischer Sprecher der Fraktion und hat in den letzten Jahren zahlreiche Aktionen der Klima- und Anti-Kohle-Bewegung begleitet und unterstützt.

DIE LINKE BRAUCHT EINEN KLIMAWANDEL

In der Partei die LINKE stößt die Klimabewegung bei einigen aber weiterhin auf distanzierte Skepsis oder gar Ablehnung: »Wir können nicht grüner sein als die Grünen.« Die Klimafrage wird als »Lifestyle-Thema« der bürgerlichen Eliten, als Luxus, als Wohlfühlthema der neoliberalen Gewinner*innen gebrandmarkt, das man sich leisten können muss. Wer die grüne Fahne ausrolle, verrate die Arbeiterklasse und damit den historischen Auftrag der Linken. Diese Abspaltung spiegelt sich in Umfragen und Wahlergebnissen wider:

Während die Grünen einen demoskopischen Dauerhöhenflug erleben, steht die LINKE am Rand der Party, kratzt sich den Kopf und fragt sich, warum niemand mit ihr tanzen will.

Doch auch wenn die Gründe für die schwachen Umfrageergebnisse der LINKEN vielfältig sind, an einer Tatsache kommt niemand vorbei: Ausnahmslos jede Wählerbefragung der letzten Jahre belegt, dass der Schutz des Klimas und der Lebensgrundlagen die Themen sind, die den LINKE-Wähler*innen am meisten auf den Nägeln brennen. Nur den Grünen-Anhänger*innen sind sie noch wichtiger. Zugleich wurden

> Eine linke Erzählung muss klarmachen, dass Soziales und Ökologie zusammengehören und dass die Klimafrage nicht von der Klassenfrage, der Geschlechterfrage, der Frage nach der Zukunft der Arbeit und einer gerechten globalen Gesellschaft zu trennen ist.

bei der Mehrheit der Wähler*innen, auch bei denen der LINKEN, große Wissenslücken über die Klimaschutz-Programmatik der Partei festgestellt. Mit anderen Worten: Diejenigen, die die LINKE wählen, wollen das Klima retten, und sie wollen dieses Ziel mit sozialer Gerechtigkeit verbinden. Die Partei ihres Vertrauens gibt ihnen jedoch keine linke Anleitung an die Hand. Der LINKEN wird in der Klimapolitik keine Problemlösungskompetenz zugetraut, auch das zeigen die Umfragen.

DIE SOZIALE FRAGE UNSERER ZEIT

Ohne Zweifel ist Klimagerechtigkeit die soziale Frage unserer Zeit und kein Modethema, das sich bis zur nächsten Wahl wieder in Luft auflöst. Nun ist es nicht so, dass Klimapolitik in der LINKEN bisher nicht stattgefunden hätte: In der Parteizentrale, im Bundestag, in Bundesarbeitsgemeinschaften, in den Landesparlamenten und auf kommunaler Ebene hat es schon immer Öko-Sozialist*innen gegeben. Die LINKE war bei allen Klimaprotesten der letzten Jahre von Beginn an dabei, sei es über persönliche Kontakte, über Solidaritätsarbeit oder über parlamentarische Beobachtungen von Polizeieinsätzen gegen Aktivist*innen. Die Glaubwürdigkeit auf der Straße ist nicht das Problem. Es fehlt auch nicht an Inhalten und Positionen: In allen Partei- und Wahlprogrammen finden sich umfassende Forderungen, vom Kohleausstieg über die Verstaatlichung der Energiekonzerne bis zum Ende des Verbrennungsmotors. Oft ist die LINKE viel näher an den Forderungen der Umweltbewegung als die grüne Konkurrenz.

Doch jede Botschaft ist nur so stark wie ihre Verbreitung. Will die Partei die LINKE mit ihrer starken Programmatik künftig erkennbar sein und diese in Erfolge an den Wahlurnen und in praktische Politik umsetzen, dann braucht es nicht weniger, sondern mehr offensive Botschaften zu Klima und Umwelt, eine Erzählung von Klimagerechtigkeit, die laut und selbstbewusst vorgebracht wird. Diese linke Erzählung muss klarmachen, dass Soziales und Ökologie zusammengehören und dass die Klimafrage nicht von der Klassenfrage, der Geschlechterfrage, der Frage nach der Zukunft der Arbeit und einer gerechten globalen Gesellschaft zu trennen ist. Diese Erzählung muss vor allem auch die Verantwortlichen der

Krise benennen und Anknüpfungspunkte für eine gegenhegemoniale Politik aufzeigen.

DIE DOPPELTE AUSBEUTUNG SICHTBAR MACHEN

So wie der Kapitalismus einige wenige Jackpot-Gewinner auf Kosten vieler Verlierer hervorbringt, so sind auch die Nieten in der Klimakrise ungleich verteilt. Es ist nicht die Kleinbäuerin in Mali, die für die Temperaturen von über 50 Grad in ihrem Land verantwortlich ist. Es sind die Industriestaaten und ihre Konzerne, die hierfür die Verantwortung tragen und die ihr Entwicklungs- und Wohlstandskonzept gewaltvoll in der ganzen Welt durchgesetzt haben. Schuld trägt nicht der türkische Uber-Fahrer in Berlin mit drei Kindern, der einen Dieselmotor mit Schummelsoftware fährt, sondern die Autohersteller, die an ihrem tödlichen Geschäftsmodell festhalten. Nicht die Nachbarin mit Ölheizung im Keller ist verantwortlich dafür, dass Heizöl billig und Ökostrom teuer ist. Auch der Kohlekumpel kann nichts dafür, dass er im Bergwerk mehr Cash verdient als ein radelnder Essenskurier. Die Lehrerin trägt keine Schuld daran, dass ihr Flug in den wohlverdienten Ibiza-Urlaub billiger ist als die Bahnfahrt nach Rügen. Es gibt kein ökologisch korrektes Leben in einem System, das Mensch und Natur gleichermaßen ausquetscht. Vor genau dieser Schlussfolgerung haben die Reichen und Mächtigen Angst: Dass die Klimakrise diese doppelte Ausbeutung sichtbar macht. Was wäre denn, wenn die Mehrheit keine Lust mehr hätte auf schlecht bezahlte Arbeit und Umweltzerstörung? Was, wenn sie nicht mehr bereit wäre, für die Schäden der anderen zu haften, für die Schäden derjenigen, die weiter SUV fahren, ihre Klimaanlagen anwerfen und den Armen vorhalten, sie seien nicht öko genug? An diesen sozialen Bruchlinien der Klimakrise muss eine linke Erzählung von Klimagerechtigkeit ansetzen.

EINE LINKE ERZÄHLUNG DER KLIMAGERECHTIGKEIT

Eine solche Erzählung kann nur dann öffentliche Wirkung entfalten, wenn sie von allen Akteuren der Partei überzeugt und überzeugend vorgetragen wird: Nicht die Gipsindustrie ist wichtiger als Klimaschutz, nicht die Stahlindustrie, nicht die Agrarlobby, nicht die Autokonzerne. Nie wieder dürfen LINKE das freie Rasen auf deutschen Autobahnen verteidigen, für staatliche Subventionen klimaschädlicher Industrien eintreten, Jobs in der Kohle- und Autoindustrie verteidigen oder den Klimaschutz im Gebäudebereich abbremsen. Das durchschaubare Spiel der Wirtschafts-, Industrie- und Finanzakteure, die ihre eigenen Profitinteressen hinter den berechtigten Ängsten der Menschen vor einem Jobverlust verstecken, dürfen LINKE nicht mehr mitspielen. Statt den Status quo zu bewahren, wird die LINKE klare Antworten geben müssen, die auch diejenigen verstehen, die bei Amazon ausliefern, Handwerker*innen sind, Kohlebagger fahren oder bei VW am Fließband stehen. Gerade weil die radikale Rechte in diesen Zeiten der neoliberalen Restauration triumphiert, muss das Projekt eines demokratischen Ökosozialismus dringend Land gewinnen. Die Chancen stehen nicht schlecht: Immer mehr Menschen lechzen nach Alternativen zum Bestehenden. Die Klimabewegung hat das Fenster weit aufgestoßen. Seien wir die, die den frischen Wind hineinpusten. Erzählen wir von unseren linken Alternativen, selbstbewusst und nach vorne gerichtet!

DAS SYSTEM UMBAUEN
SCHRITTE IN EINE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE ZUKUNFT

BERND RIEXINGER

Auf den Straßen, in den Schulen und Universitäten drängen immer mehr Menschen auf grundlegende Lösungen und reklamieren die Zukunft für sich. Die Forderung, sich der Wirklichkeit, den wissenschaftlichen Erkenntnissen zu stellen und endlich unsere Lebensweise und die Art, wie wir produzieren, angemessen schnell zu verändern, ist nicht zu überhören. Politische und öffentliche Diskussionen dagegen sind von Durchhalteparolen und Ängstlichkeit gekennzeichnet. Die Autoindustrie und ihre politischen Vertreter versuchen zu vermitteln, dass alles so weitergehen kann wie bisher, wenn wir nur die Antriebsform der Autos umstellen und der Staat für einige Investitionskosten aufkommt, beispielsweise dafür, das ganze Land kostenfrei mit Stromtankstellen auszurüsten. Auch die Grünen versprechen, es brauche keinen Umbruch. Der Green New Deal droht zum neuen »Greenwashing« der Wirtschaft zu verkommen, zu einer Ansammlung von oberflächlichen Maßnahmen, die der Dringlichkeit der Situation nicht gerecht werden.

Die Hegemonie des Neoliberalismus ist zu Ende und die Erkenntnis, dass einschneidende Veränderungen anstehen, setzt sich auch bei den Beschäftigten in der Autoindustrie durch. Angst und Sorge verbinden sich jedoch mit der Frage: Was kommt danach? Denn die Erfahrungen damit, wer die Zeche zahlt, wenn ein gesellschaftlicher Umbau Markt und Kapital überlassen wird, sind tief ins Bewusstsein der Menschen eingeschrieben. Ein Ende einer Hegemonie heißt nicht, dass die Situation einfach offen ist oder die Kapitalfraktionen nicht weiterhin ihre Interessen mit Macht vertreten.

Notwendig ist deshalb nicht weniger als ein Umbau der gesellschaftlichen Arbeit insgesamt – nicht nur der Lohnarbeit, sondern der Arbeit im weiten Sinne: der gesellschaftlichen Arbeit und der Naturaneignung, die ihr zugrunde liegt. Das wird nur gegen mächtige Interessen durchzusetzen sein. Wir müssen eine gemeinsame Perspektive für die Beschäftigten entwickeln, im Bewusstsein der tiefen Spaltungen, die der Neoliberalismus mit Niedriglohn und Kernbelegschaften, mit Exportsektor und Dienstleistung produziert hat. Kein*e Beschäftigte*r darf gezwungen werden, sich

Die Klimakrise kriegen wir nur in den Griff, wenn wir unsere Art zu produzieren und zu leben radikal umbauen. Nur im Bündnis aus Klimabewegung, Gewerkschaften und Beschäftigten kann das gelingen.

zwischen seinem Job, einem guten Leben im Hier und Jetzt und der Zukunft seiner Kinder und Enkelkinder entscheiden zu müssen. Das würden viele Menschen sicher unterschreiben. Es geht aber nur mit linker Politik. Nur mit einem sozialen *und* ökologischen Systemwandel gibt es die Option einer klimaneutralen Wirtschaft für die Zukunft.

BERND RIEXINGER ist seit 2012 Vorsitzender der Partei die LINKE und leidenschaftlicher Gewerkschafter. In seiner Zeit als Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Stuttgart hat er die Entwicklung einer demokratischen Streikkultur voran- und die Zahl der Streiktage in die Höhe getrieben. Zuletzt erschien von ihm im VSA-Verlag »Neue Klassenpolitik. Solidarität der Vielen statt Herrschaft der Wenigen« (2018).

ECHTER WOHLSTAND STATT BLINDEN WACHSTUMS

Das heißt, wir brauchen einen *Umbau*prozess der Industrie und einen *Aufbau*prozess bei den sozialen Dienstleistungen: Zwei Millionen Arbeitsplätze könnten entstehen, wenn wir die öffentliche Daseinsvorsorge auch nur halbwegs auf dem skandinavischen Niveau ausbauen würden. Es geht nicht um Verzicht auf Wohlstand, sondern um eine Abkehr von blindem Wachstum, Autogesellschaft und Wegwerfgesellschaft. Gute Löhne und soziale Sicherheit in allen Lebensphasen, eine neue Qualität der Infrastruktur und mehr Zeit zum Leben sind die Grundlage eines klimagerechten Wohlstandsmodells, das nicht auf immer mehr Konsum beruht. Dafür brauchen wir Investitionen, die das Leben der Menschen verbessern und den Weg zu einer CO_2-freien Wirtschaft einschlagen. Das ist finanzierbar, wenn wir klimaschädliche Subventionen abbauen und Multimillionäre endlich gerecht besteuern.

Das Ende eines ungewöhnlich langen Wirtschaftsaufschwungs und die ersten Anzeichen für eine Rezessionsphase fallen zusammen mit grundlegenden Transformationsprozessen in der Industrie. Der Kampf um neue Verwertungs- und Absatzmärkte, das Ringen um neue Leittechnologien (Elektromotorisierung, Digitalisierung) sind längst

im Gange. Sie werden auch die Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit und die Bedeutung der Gewerkschaften maßgeblich beeinflussen. Die Elektromotorisierung wird insbesondere mittelständische Zulieferer in Existenzkämpfe stürzen. Der Druck auf Arbeitsplätze und Kosten steigt schon.

Die LINKE hat hier eine wichtige strategische Funktion. Wir müssen Widerstand organisieren und die verschiedenen Akteure in einem Bündnis zusammenbringen: Beschäftigte, Gewerkschaften und Klimaschützer*innen. Vor allem müssen wir daran arbeiten, dass gemeinsame Ziele dort deutlich werden, wo die Anliegen bisher unvereinbar scheinen. Was wir durchsetzen müssen, ist nicht wenig: Automobilunternehmen zu ökologisch nachhaltigen Mobilitätsbetrieben umbauen, eine ökologische Produktionsweise mit langlebigen Gütern erstreiten sowie eine Abkehr vom Exportmodell Deutschland, nachhaltige und umfassende Investitionen ins Öffentliche, eine Einschränkung der Konzernmacht, neue Eigentumsformen und eine andere Regulierung der Arbeitsbeziehungen. Höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten, Geschlechtergerechtigkeit und tarifliche wie soziale Absicherung werden nur in neuen Kämpfen gegen die geschlossene Phalanx der Konzerne und ihrer politischen Lobby durchzusetzen sein.

Manchmal hört man in linken Diskussionen, dass in diesem Umbau nicht die vergleichsweise hohen Löhne der Kernbelegschaften in der Autoindustrie zum Maßstab genommen werden können. Warum? Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt, die Profite sind auf einem Rekordhoch, die reichsten Deutschen sind Einzelhändler, die nicht gerade dafür bekannt sind, gute Löhne zu zahlen. Von den Profiten zu den Löhnen umzuverteilen ist nicht nur gerecht, es ist auch volkswirtschaftlich sinnvoll. Die Löhne – und gesellschaftliche Anerkennung – müssen vor allem im Dienstleistungsbereich steigen. Warum sollten wir das gleich wieder zurücknehmen, indem wir versichern, dass wir dabei natürlich nicht an Löhne denken, wie sie in der Autoindustrie gezahlt werden? Außerdem hängen Sicherheit und Lebensqualität nicht nur vom direkten, sondern auch vom »sozialen Lohn« ab: von der Qualität der (kostenfreien) öffentlichen Daseinsvorsorge. Wenn die Mieten sinken, der öffentliche Personennahverkehr gut und kostenfrei wird, Bildung, Kultur, Schwimmbad gebührenfrei und in guter Qualität zu haben sind, wenn Gesundheit und Pflege mit ausreichend Personal und Investitionsmitteln allen zur Verfügung stehen, dann ist das gut für die Lebensqualität. Und es ist gut für das Gefühl, in einer funktionierenden, solidarischen Gesellschaft zu leben, die nicht allein nach Nützlichkeitskriterien organisiert ist und die Menschen entlang dieser Linie spaltet. Es wird höchste Zeit, dass wir für ein solches Wohlstandsmodell, für andere Kriterien einer funktionierenden Wirtschaft kämpfen. Nicht am BIP, sondern an der alltäglichen Lebensqualität und an der ökologischen Verträglichkeit muss sich der Erfolg der Wirtschaft – und eines Wirtschaftsmodells – messen lassen.

GEMEINSAM FÜR EINEN LINKEN GREEN NEW DEAL

Diesen gewaltigen Veränderungsprozess können wir nicht den radikalen Kräften des Marktes überantworten. Er muss initiiert und gesteuert werden. Der Kern eines linken Green

New Deal oder eines grünen Sozialismus lässt sich schnell auf den Punkt bringen: Wir müssen innerhalb von 15 Jahren eine klimaneutrale Wirtschaft und Infrastruktur durchsetzen, die Art und Weise, wie wir arbeiten, leben und wirtschaften, radikal verändern. Eine solche Transformation kann nur gelingen, wenn sie sozial gerecht ist. Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit gehören untrennbar zusammen, Solidarität ist unteilbar.

Die LINKE darf nicht dabei stehenbleiben, gute Konzepte aufzuschreiben. Ein solcher Umbau kann für viele Menschen ein attraktives Ziel sein, aber nur, wenn wir dafür organisierende Arbeit machen. Klimaschutz ist auch eine Klassenfrage. Der ökologische Fußabdruck steigt mit dem Einkommen. Neue Klassenpolitik ist nicht nur eine Frage der richtigen Forderungen oder des richtigen Tonfalls, wie manche denken. Sie ist vor allem die Organisierung der Klasse(-nfraktionen). Dafür müssen wir raus in die Nachbarschaften, in die Betriebe, in die Busse und U-Bahnen – dort müssen wir den alltäglichen Widerstand, den Kampf für die großen Utopien organisieren.

Die Mobilitätswende wird die wichtigste gesellschaftliche Auseinandersetzung der nächsten Jahre, in der sich die Profitinteressen der Automobilindustrie und der Internetkonzerne auf der einen und die ökologischen Interessen der Einwohner*innen und die Arbeitsplatzinteressen der Beschäftigten auf der anderen Seite gegenüberstehen. Um das Klima zu retten, müssen die CO_2-Emmissionen und der Energieverbrauch im Verkehrssektor radikal gesenkt werden. Die Automobilkonzerne drängen den Staat, die Kosten für den Auf- und Ausbau der Infrastruktur für E-Mobilität zu übernehmen. Gleichzeitig beharren sie auf ihren bisherigen Subventionen. Das ist ein Irrweg, der nur den Automobildynastien – also den Porsches, Quandts und Klattens – die Profite sichert. Die Abhängigkeit von privaten PKWs muss sinken. Dafür müssen Bus und Bahn massiv ausgebaut werden, in den Städten und auf dem Land. Die Ticketpreise müssten deutlich gesenkt werden, um der Mehrheit der Bevölkerung bezahlbare Alternativen zum Auto zu bieten. E-Mobilität kann ein Beitrag zur sozial-ökologischen Mobilitätswende sein, aber ein technologischer Antriebswechsel allein reicht nicht aus. Die Zukunft der Automobilindustrie liegt in der CO_2-neutralen Produktion von klimafreundlichen E-Autos, von Bussen, Straßenbahnen und Zügen und der Entwicklung von nachhaltigen Mobilitätskonzepten.

SIEBEN PROJEKTE FÜR EINEN GRÜNEN SOZIALISMUS

Wir haben sieben Projekte für linke Klimapolitik definiert. So sieht es aus, wenn wir sie umsetzen:

1 // Energiewende beschleunigen, Energiekonzerne vergesellschaften, Energiearmut bekämpfen

Wir wollen einen Kohleausstieg bis 2030, der mit der sofortigen Abschaltung der 20 dreckigsten Braunkohlekraftwerke beginnt. Der Deckel auf dem Ausbau der erneuerbaren Energien muss weg. Der Strukturwandel wird nicht auf dem Rücken der Beschäftigten stattfinden, sie erhalten Sicherheit und echte Perspektiven. Die Strukturwandelgelder werden den Anforderungen des Klimaschutzes gerecht, die LINKE wird die Fördermilliarden an die globalen Nachhaltigkeitsziele binden.

Diese Gelder müssen soziale und ökologische Innovationen in den Regionen und die demokratische Gestaltung des Strukturwandels durch die Menschen vor Ort fördern.

Die LINKE beschleunigt die Energiewende und macht sie demokratisch und sozial gerecht. Strom aus Atom und Kohle in den Händen von wenigen Konzernen war gestern. Sonne, Wind und Wasser gehören allen. Sie macht sich für die Vergesellschaftung der großen Energiekonzerne stark. Für eine dezentrale Energiewende, der die Menschen zustimmen, weil sie ihnen dient. Für eine Energiewende, die das Öffentliche und die demokratische Teilhabe stärkt. Stromerzeugung soll in Form von Genossenschaften, Bürgerenergie und Stadtwerken organisiert sein. Die Stromnetze gehören wie Nah- und Fernwärmenetze in die öffentliche Hand. Wir verhindern Strommonopole, bekämpfen Energiearmut, verbieten Stromsperren. Wir führen soziale Stromtarife ein, die einkommensarme Haushalte entlasten und zum Energiesparen anregen. Die Preise werden von der staatlichen Strompreisaufsicht sozial verträglich kontrolliert.

2 // Umsteuern für eine sozial-ökologische Mobilität der Zukunft: Die Bahn wird von einer profitorientierten AG zu einer Bürgerbahn für alle entwickelt, günstig, pünktlich, gut ausgebaut. Die Bahnpreise sinken, Bahntickets werden für alle bezahlbar und deutlich günstiger sein als Flugreisen. Der Flugverkehr wird stärker besteuert, aber durch Kontingentregelungen oder soziale Staffelung wird diese sozial gerecht passieren. Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs wird massiv vorangetrieben, und er wird kostenfrei sein. Linker Städtebau fördert eine Stadt der kurzen Wege, Verkehrsvermeidung statt Autokollaps. Innenstädte werden frei von unnötigem Individual-Autoverkehr, Radfahrer*innen und Fußgänger*innen haben Vorrang. Neben dem Nahverkehr gibt es intelligente und gemeinnützige Carsharing-Projekte. Wir wollen klimaneutrale Städte und ländliche Räume mit besserer Lebensqualität und mehr Mobilität für alle, unter Berücksichtigung unterschiedlicher Alltagsbedürfnisse und -notwendigkeiten. Ab 2030 werden Autos mit Verbrennungsmotor nicht mehr zugelassen. Umsteuern braucht Planungssicherheit. Für die Produktion von Zügen, Bussen und U-Bahnen müssen Kapazitäten schnell und in großem Umfang aufgebaut werden. Die Investitionen des Staates sowie die Verkehrspolitik werden nach diesen Zielen ausgerichtet.

3 // Wohnen bezahlbar für alle und ökologisch: Gebäudesanierung wird bisher genutzt, um einkommensschwache Mieter*innen zu vertreiben. Diese Praxis beendet die LINKE. Stattdessen gibt es einen gesetzlichen Fahrplan für energetische Sanierungen, der Eigentümer*innen und Vermieter*innen verpflichtet und gleichzeitig durch steuerliche und direkte Förderung abgefedert wird. Wohnen ist ein Grundrecht, die LINKE entzieht es dem Markt und gestaltet es ökologisch: Bezahlbarer öffentlicher und gemeinnütziger Wohnungsbau in Genossenschaften und kommunalen Wohnungsbaugesellschaften wird gefördert.

4 // Regionale Kreisläufe stärken, gute Nahrungsmittel für alle: Die LINKE fördert eine ökologische und nachhaltige Landwirtschaft. Auch gute Ernährung ist eine soziale Frage. Alle erhalten Zugang zu gesunden Nahrungsmitteln, biologisch produziertes Essen wird nicht länger eine Frage des Kontostandes

sein. Die LINKE bricht die Marktmacht der Agrar- und Lebensmittelkonzerne. Exporte von Billigfleisch ins Ausland treiben die Kleinproduzenten vor Ort in den Ruin, damit wird Schluss sein: Regionale Erzeugung, Verarbeitung, Vermarktung und Verbrauch von Lebensmitteln machen lange Transportwege überflüssig. Die Ernährungs- und Konsumweisen verändern sich, der Import von Futtermitteln, Agrosprit und Palmöl geht zurück und verringert den Ressourcenverbrauch. Und besser schmecken wird es auch.

5 // Sozial-ökologische Innovation in Industrie und Handel, gute und sinnvolle Arbeit für alle, Demokratie in der Wirtschaft: Um die Klimaziele zu erreichen, wird der Industriebereich umgebaut. Die Industrie muss verbindlich Emissionen reduzieren. Sie entwickelt mittels Vorgaben ressourcensparende, langlebige Produkte, die in eine regionale Kreislaufwirtschaft eingebettet sind. Die LINKE stärkt Demokratie in der Wirtschaft und die Rechte der Beschäftigten gegenüber der Macht der Konzerne. Gerechte Übergänge heißt: soziale Absicherung und Einkommensgarantien für die Beschäftigten, radikale Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich, Recht auf Weiterbildung, Investitionen in tariflich abgesicherte, besser bezahlte und gesellschaftlich sinnvolle Arbeit etwa im Maschinenbau, in der Bahn(-güter)-produktion, in Gesundheits- und Sozialberufen, in den Kommunen und in der Umwelttechnik. Am Ende steht eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie: Durch Wirtschaftsräte unter Beteiligung der Belegschaften, der Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände sowie gewählter Vertreter*innen der Kommunen, Länder und des Bundes wird der Transformationsprozess demokratisch gestaltet. Denn das Wissen der Arbeitenden und vom Strukturwandel Betroffenen ist unverzichtbar für die Entwicklung von Innovation.

6 // Millionärssteuer für sozialen Klimaschutz und gerechte Übergänge: Angesichts der notwendigen Milliardeninvestitionen für den skizzierten Umbau der Industrie und Infrastruktur steht das wachsende Vermögen der Multimillionäre beispielhaft für das Scheitern der neoliberalen Politik der letzten Jahrzehnte. Die Einführung einer Vermögensteuer zur Finanzierung dieser Zukunftsinvestitionen wird zum Prüfstein einer glaubwürdigen Klimapolitik. Die LINKE bittet die Vermögenden und die Konzerne zur Kasse, wodurch Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz, zukunftsfähige Arbeitsplätze und ein Transformations- und Konversionsfonds für gerechte Übergänge finanziert werden.

7 // Klimagerechtigkeit als historische Verantwortung des Nordens, Fluchtursachen bekämpfen: Der hohe Ressourcenverbrauch und die Klimaschuld des Nordens treiben Menschen im globalen Süden in Armut, Migration und Flucht. Immer mehr Menschen fliehen vor Naturkatastrophen infolge des von den Industriestaaten verursachten Klimawandels und vor der globalen Ungleichheit. Die LINKE tritt gemeinsam mit den Menschen aus diesen Weltregionen auf allen Ebenen für Klimagerechtigkeit, echten Klimaschutz und gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur ein.

Es muss uns gelingen, die verschiedenen Elemente eines linken Green New Deal oder eines grünen Sozialismus zu einem gesellschaftlichen Projekt zusammenzuführen und die Aktiven aus den unterschiedlichen Feldern wie der Umwelt- und der Gewerkschaftsbewegung dahinter zu versammeln.

DIE STEUERUNGSWENDE
WIRTSCHAFTSPLANUNG IM DIGITALEN ZEITALTER

SIMON SCHAUPP UND GEORG JOCHUM

Ausmaß und Dringlichkeit der gegenwärtigen sozial-ökologischen Krise sind wissenschaftlich hinreichend dokumentiert. Ökologisch steht die Erde kurz vor einem irreversiblen Kollaps, sozial kommt es zu einer sich immer weiter verschärfenden Polarisierung zwischen Arm und Reich. Die in immer neu aufgelegten internationalen Abkommen und nationalen »Klimapaketen« gebetsmühlenartig wiederholte Kombination aus Emissionshandel und Ökosteuern erweist sich jedes Mal aufs Neue als unzureichend. Der Verkauf von Verschmutzungsrechten treibt die Privatisierung der Natur weiter voran und festigt damit den kapitalistischen Wachstumszwang, der die Berücksichtigung ökologischer und sozialer Grenzen strukturell ausschließt. Die Besteuerung von Umweltverbrauch (etwa Benzinsteuern) hingegen fällt stets entweder so gering aus, dass sie keine ausreichenden Effekte hat, oder so hoch, dass sie die unteren Klassen in existenzielle Nöte bringt, was regelmäßig zu sozialen Protesten führt. Marktförmige Nachhaltigkeit ist in der Folge nicht nur sozial ungerecht, sondern auch ökologisch unwirksam (Kern 2019).

Im Folgenden skizzieren wir deshalb eine mögliche Umgangsweise mit der sozial-ökologischen Krise, die über die Sachzwänge des Wirtschaftswachstums hinausweist. Konkret geht es uns um die Potenziale, die die rasante Entwicklung der digitalen Technologien für eine nachhaltige und demokratische Wirtschaftssteuerung bietet. Die digitale Steuerung eröffnet neue Möglichkeiten der Planung, die Probleme bisheriger nichtkapitalistischer Ökonomien, insbesondere deren Effizienz- und Demokratiedefizite, beheben könnte. Diese Utopie stützt sich auf reale aktuelle Entwicklungen: In Zeiten von Big Data und eines sich immer weiter ausbreitenden »Überwachungskapitalismus« (Zuboff 2018), welcher den Firmen ein umfassendes Wissen über die Bedürfnisse der Kund*innen gewährt (und deren intensivierte Manipulation ermöglicht), werden Marktmechanismen systematisch durch neue Formen einer kybernetischen Steuerung der Ökonomie abgelöst. Diese Entwicklungen liefern, wenn sie demokratisch angeeignet werden, die objektiven Voraussetzungen für

In Zeiten von Big Data werden bisherige Marktmechanismen durch neue Formen der kybernetischen Steuerung abgelöst, bleiben jedoch der Profitlogik verhaftet. Dabei könnten die neuen Technologien ihr Potenzial auch im Sinne des Gemeinwohls entfalten.

eine dezidiert politische Transformation, die wir als Steuerungswende bezeichnen.

WIE DIE KAPITALISTISCHE DIGITALISIERUNG DEN MARKT ÜBERWINDET

In den Sphären der Distribution und Konsumption ist eine weitreichende Informationssammlung sowohl über die globalen Lieferketten als auch über die einzelnen Kund*innen zu konstatieren. Ein Beispiel für eine auf solcher Informationsverarbeitung basierende avancierte kybernetische Wirtschaftsplanung ist das System des Collaborative Planning, Forecasting and Replenishment (CPFR) des Walmart-Konzerns. Das Besondere an dieser riesigen satellitengestützten Datenbank ist, dass hier nicht nur alle Verkäufe in den Waltmart-Supermärkten erfasst sind, sondern diese mit den ebenfalls in das System einfließenden Produktionsdaten aller Zulieferer verrechnet werden. So verbindet die Datenbank Bedarfsprognosen mit den Lieferanten und verteilt in Echtzeit Verkaufsdaten aus den Kassen entlang der gesamten Lieferkette. Durch dieses kollaborative Vorgehen wird sowohl die

GEORG JOCHUM ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Wissenschaftssoziologie an der TU München. Schwerpunkte seiner Forschung sind die Themenbereiche nachhaltige Arbeit, World-Ecology, Techniksoziologie und nachhaltige Lebensführung. Gegenwärtig steht die Wechselwirkung zwischen der sozial-ökologischen Transformation der Arbeitswelt und der Digitalisierung von Arbeit im Zentrum seines Interesses. Er ist Autor des Buches »›Plus Ultra‹ oder die Erfindung der Moderne. Zur neuzeitlichen Entgrenzung der okzidentalen Welt« (Transcript, 2017).

SIMON SCHAUPP arbeitet als Soziologe an der Universität Basel. Er forscht vor allem zu Fragen der Macht in der digitalen Gesellschaft und zu sozialer Selbstorganisation. 2017 hat er das »Zentrum für Emanzipatorische Technikforschung« mitbegründet. Er ist Mitherausgeber der Bücher »Kybernetik, Kapitalismus, Revolutionen. Emanzipatorische Perspektiven im technologischen Wandel« (Unrast, 2017) und »Digitalization in Industry: Between Domination and Emancipation« (Palgrave, 2019).

Produktion als auch die Distribution der Güter an den tatsächlichen Verbrauch gekoppelt. Eine solche Kollaboration widerspricht jedoch den grundlegenden Prinzipien der Marktwirtschaft, nach denen Planung nur im einzelnen Unternehmen stattfinden kann, während Märkte von der Konkurrenz zwischen diesen Unternehmen geprägt sein müssten.

Der Kapitalismus entwickelt Steuerungskräfte, was die immer schon ideologische Annahme einer Notwendigkeit des freien Marktes als zentraler Steuerungsinstanz endgültig relativiert.

Auch die Preisbildung selbst löst sich im Zuge der Digitalisierung immer weiter von den klassischen Marktmechanismen. So vertraut beispielsweise Amazon, aber auch andere Konzerne mit datengetriebenem Geschäftsmodell, keineswegs den Mechanismen von Angebot und Nachfrage. Stattdessen wird ein System des *dynamic pricing* eingesetzt, das jedem Kunden individuelle Preise anzeigt. Während Marktpreise immer das Resultat des Verhältnisses der aggregierten Nachfrage zum aggregierten Angebot sind, beruht das *dynamic pricing* auf Informationen über die einzelnen Kund*innen. Die Preisbildung wird zum Resultat eines groß angelegten Datenerhebungsprozesses[1]. Zusammenfassend sei an dieser Stelle festgehalten, dass die Grundannahme der neoliberalen Ideologie, dass nur der Markt einen umfassenden Informationssammlungsprozess ermöglicht, sich heute in Zeiten von Big Data als obsolet erweist. Der Kapitalismus entwickelt Steuerungskräfte (Jochum/Schaupp 2019), was die immer schon ideologische Annahme einer Notwendigkeit des freien Marktes als zentraler Steuerungsinstanz endgültig relativiert. Zugleich erfordert die ökologische Krise eine die expansive Landnahmelogik des Kapitalismus begrenzende bzw. beendende Steuerung der Ökonomie.

Vonnöten wird eine neue Form der gesellschaftlichen Nutzung der Steuerungskräfte, damit deren Potenziale erschlossen werden. Der unter dem Begriff Industrie 4.0 geführte technikdeterministische und marktorientierte Diskurs um die Zukunft der Arbeit blendet diese Steuerungsfragen allerdings eher aus und sieht politische Eingriffe in die Technikentwicklung vorwiegend für notwendig an, um Deutschland einen vorderen Rang im globalen Digitalisierungswettstreit zu sichern. Dem wäre die Vision einer Nutzung der digitalen Technologien für eine Neuerfindung des Politischen und Ökonomischen entgegenzustellen. Erforderlich ist eine Steuerungswende, welche die neuen Steuerungstechnologien in den Dienst von Gesellschaft und Natur stellt.

FÜR EINEN PLATTFORM-KOOPERATIVISMUS

Mit dem Begriff der Steuerungswende beschreiben wir die Utopie einer gesellschaftlichen Aneignung der entwickelten Steuerungskräfte, die eine Überwindung der sozial und ökologisch problematischen Marktsteuerung erlaubt. In aktuellen Debatten um die sozial-ökologische Zukunft der Gesellschaft wird eine grundlegende Energiewende eingefordert, welche die sukzessive Ersetzung der die industriegesellschaftliche Moderne prägenden

fossilen Energieformen durch alternative, erneuerbare Energieformen ermöglicht. In Analogie kann man von der Notwendigkeit einer Steuerungswende sprechen, infolge derer das die kapitalistische Moderne dominierende Steuerungsmedium Geld an Bedeutung verliert und zunehmend durch alternative Steuerungsformen ergänzt und ersetzt wird. Dies impliziert keineswegs eine Rückkehr zu staatszentrierten planwirtschaftlichen Steuerungsmodellen. Vielmehr kann an die nicht ausgeschöpften Potenziale der Kybernetik (Schaupp 2017) sowie an Debatten um gemeinschaftsbasierte Steuerungsformen angeknüpft werden.

Elinor Ostrom (1990) hat in »Governing the Commons« deutlich gemacht, dass gemeinschaftliche Regulierungsformen häufig zu einer effektiveren Ressourcenverwaltung beitragen als staatliche und marktliche Regulierungsformen. Mit den neuen digitalen Technologien und Plattformen gehen Möglichkeiten einer Modernisierung und Ausweitung dieser gemeinschaftsbasierten Steuerungsformen einher. Zwar sind die Hoffnungen auf eine gleichsam automatisch den digitalen Technologien innewohnende Tendenz zur Beförderung einer postkapitalistischen »Sharing Economy«, die durch »Collaborative Commons« (Rifkin 2014) gekennzeichnet ist, einer Ernüchterung gewichen. Durch die Übernahme der Idee einer Ökonomie des Teilens durch Unternehmen des Plattform-Kapitalismus kam es zu einer Erosion von Arbeitsstandards und ökologisch negativen Rebound-Effekten.

Dies macht deutlich, dass ein politischer Gestaltungsbedarf zur gesellschaftlichen (Wieder-)Aneignung der Plattform-Ökonomie besteht, wenn man die positiven Effekte der »Sharing Economy« befördern will. Eine derartige politische Regulierung könnte unter anderem einen Plattform-Kooperativismus unterstützen, der die Defizite der kapitalistisch angeeigneten »Sharing-Economy« überwindet. Bereits heute lassen sich viele erfolgreiche Beispiele eines plattformbasierten Genossenschaftswesens benennen, wie der gewerkschaftlich unterstützte gemeinnützige Taxidienst Transunion Car Service in New Jersey. Ähnliches lässt sich hinsichtlich des emanzipatorischen Potenzials der Distributed-Ledger-Technik (DLT) konstatieren, das heißt digital verteilter Kassenbücher und insbesondere der Blockchain-Technologien, die nicht nur Grundlage alternativer Geldsysteme sind. Mit ihnen sind auch Hoffnungen auf hierarchiefreiere Wirtschaftsbeziehungen verbunden und es werden Chancen zur Realisierung einer nachhaltigen Entwicklung gesehen, unter anderem eine effizientere Überwachung von Umwelt- und Arbeitsstandards in Lieferketten (GIZ 2019).

> Der unter dem Begriff Industrie 4.0 geführte technikdeterministische und marktorientierte Diskurs um die Zukunft der Arbeit blendet Steuerungsfragen eher aus.

Auch hier macht sich allerdings Ernüchterung breit. So ermöglichen im Bereich der Landwirtschaft Blockchain-Technologien eine sichere Speicherung und Kontrolle aller Transaktionen entlang der Lieferketten, die in Verbindung mit Big-Data-Technologien der Gewinnsteigerung dienen. Kritiker*innen

verweisen neben ökologisch problematischen Nebenfolgen auf eine zunehmende Konzernmacht sowie eine Verdrängung von Kleinbauern: »Blockchains in der Landwirtschaft sind nichts anderes als die digitale Durchsetzung des ›Rechts des (Rechen-)Stärkeren‹.« (Drechsel/Dietz 2019, 178)

Mit der Steuerungswende beschreiben wir die Utopie einer gesellschaftlichen Aneignung der entwickelten Steuerungskräfte, die eine Überwindung der sozial und ökologisch problematischen Marktsteuerung erlaubt.

Deswegen sollte aber der Einsatz der Distributed-Ledger-Technik zur Beförderung einer solidarischeren und ökologischeren Ökonomie nicht grundsätzlich verworfen werden. Als Alternative zu Blockchain wird die Holochain-Technologie diskutiert. Diese ist nicht nur energieeffizienter, sondern auch dezentraler und könnte demokratische und commonsfreundliche Systeme unterstützen. Potenziale werden unter anderem in der Unterstützung der Organisation von Netzwerken der solidarischen Landwirtschaft oder der gemeinschaftlichen Erzeugung nachhaltiger Energie (z. B. »Solar Commons«) gesehen (Helfrich/Bollier, 301ff). Allerdings wäre es naiv, allein auf die transformative Wirkung einzelner commonsorientierter Projekte zu hoffen. Innerhalb einer weiterhin durch Marktkonkurrenz geprägten und wachstumsorientierten kapitalistischen Ökonomie blieben diese wohl letztlich Nischenprojekte. Notwendig ist eine Zurückdrängung der Bedeutung des Marktes für die gesamte Ökonomie, ohne in eine hierarchische Planwirtschaft zurückzufallen. Auch hier können digitale Technogien einen Beitrag leisten. Die oben skizzierten Formen einer Steuerung jenseits des Marktes, die aktuell noch innerhalb der kapitalistischen Ökonomie entwickelt werden, wären hierfür zu »emanzipieren« und demokratisch anzueignen.

Anstelle eines einzigen bürokratisch angeordneten Wirtschaftsplans ließe sich zum Beispiel durch den Einsatz von digitalen Softwareagenten eine Vielzahl von Plänen zur demokratischen Deliberation generieren. In einer postkapitalistischen Gesellschaft könnten diese dazu genutzt werden, automatisch riesige Mengen aggregierter ökonomischer Daten für demokratische Entscheidungen aufzubereiten. Mit ihnen ließen sich multiple Planoptionen, einschließlich deren ökologischen und sozialen Auswirkungen, berechnen und zur Abstimmung bereitstellen. Diese Pläne könnten dann, wie Nick Dyer-Witheford (2013, 12) fordert, auf in Gemeineigentum überführten Social-Media-Plattformen diskutiert und abgestimmt werden, wenn »Facebook, Twitter, Tumblr, Flickrr und andere Web-2.0-Plattformen nicht nur zu selbstverwalteten Betrieben ihrer Arbeiter werden, sondern auch zu Foren für die Planung«. Damit wäre eine zentrale Planungsbehörde, die einen einzigen verbindlichen Plan erstellt und durchsetzt, endgültig obsolet.

Digitale Feedbackinfrastrukturen könnten so, wie etwa Evgeni Morozov (2019) nahelegt, genutzt werden, um »Nicht-Märkte« zu schaffen. Damit würden sich die bisher zu konstatierenden enormen Aufmerksamkeitskosten

einer demokratischen Wirtschaftssteuerung (etwa mittels Arbeiterräten) drastisch reduzieren, sodass eine radikaldemokratische Deliberation über komplexe ökonomische Fragen technisch in den Bereich des Möglichen rückt.

Einhergehen könnte diese Steuerungswende auch mit einer grundlegenden gesellschaftlichen Neuorientierung im Sinne der Abkehr vom Ziel der Gewinnmaximierung, wie es im Zentrum des Steuerungsmediums Geld stand. Durch demokratische digitale Planung könnte die Produktion statt an die Maximierung von Profiten direkt an menschliche Bedürfnisse und die natürlichen Grenzen des Planeten gekoppelt werden. Beispielsweise ergibt sich aus den Berichten des Weltklimarates, dass bis 2050 weltweit noch ein »Budget« von 500 Gigatonnen CO_2-Emissionen verbleibt, um einen irreversiblen Klimakollaps zu verhindern. Nur eine Ablösung des Prinzips des unbegrenzten Wirtschaftswachstums durch Planung kann sicherstellen, dass diese Grenze eingehalten wird. Um zu vermeiden, dass diese Planung totalitäre Züge annimmt, sind durch digitale Technologien ermöglichte neue Formen einer ausgeweiteten demokratischen Teilhabe unabdingbar. Damit wäre die Basis geschaffen für ein fundamentales Umsteuern hin zu einer sozial und ökologisch solidarischen Ökonomie. Ein solcher Kurswechsel wird jedoch nicht durch die Entwicklung der Steuerungskräfte selbst vollzogen, sondern bedarf einer politischen Bewegung. Die aktuelle außerparlamentarische Klimabewegung stellt hier den größten Hoffnungsträger dar. Sie müsste jedoch den Mut fassen, sich von den konventionellen Maßnahmen der Umweltbepreisung zu verabschieden, und breite Bündnisse für eine sozial-ökologische Aufhebung des Kapitalismus schmieden.

Dieser Beitrag geht zurück auf den Artikel beider Autoren »Die Steuerungswende«, erschienen in: Butollo/Nuss (Hg.) »Marx und die Roboter« (2019).

1 Für weitere Ausführungen zu Walmart und Amazon siehe Leigh Phillips und Michal Rozworski (2019).

LITERATUR

Drechsel, Franza/Dietz, Kristina, 2019: Drohnen, Roboter, synthetische Nahrungsmittel. Digitalisierung in der Landwirtschaft, in: Butollo, Florian/Nuss, Sabine (Hg.), Marx und die Roboter, Berlin, 178–195

Dyer-Witheford, Nick, 2013: Red Plenty Platforms, in: Culture Machine, Vol. 14, 1–27

GIZ – Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, 2019: Blockchain for Sustainable Development, www.giz.de/de/downloads/giz2019-EN-Blockchain-Promising-Use-Cases.pdf

Helfrich, Silke/Bollier, David, 2019: Frei, fair und lebendig – Die Macht der Commons, Bielefeld

Jochum, Georg, 2017: »Plus Ultra« oder die Erfindung der Moderne. Zur neuzeitlichen Entgrenzung der okzidentalen Welt, Bielefeld

Ders./Schaupp, Simon, 2019: Die Steuerungswende. Zur Möglichkeit einer nachhaltigen und demokratischen Wirtschaftsplanung im digitalen Zeitalter, in: Butollo, Florian/Nuss, Sabine (Hg.), Marx und die Roboter. Vernetzte Produktion, Künstliche Intelligenz und lebendige Arbeit, Berlin, 328–344

Kern, Bruno, 2019: Das Märchen vom grünen Wachstum. Plädoyer für eine solidarische und nachhaltige Gesellschaft, Zürich

Morozov, Evgeny, 2019: Digital Socialism? The Calculation Debate in the Age of Big Data, in: New Left Review 116, 33–67

Ostrom, Elinor, 1990: Governing the Commons: The Evolution of Institutions for Collective Action, Cambridge

Phillips, Leigh/Rozworski, Michal, 2019: People's Republic of Wal-Mart. How the World’s Biggest Corporations are Laying the Foundation for Socialism, London

Rifkin, Jeremy, 2014: The Zero Marginal Cost Society, New York

Schaupp, Simon, 2017: Vergessene Horizonte. Der kybernetische Kapitalismus und seine Alternativen, in: Buckermann, Paul/Koppenburger, Anne/Schaupp, Simon (Hg.), Kybernetik, Kapitalismus, Revolutionen. Emanzipatorische Perspektiven im technologischen Wandel, Münster, 51–73

Zuboff, Shoshana, 2018: Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus, Frankfurt a. M./New York



INVESTITIONEN FOR FUTURE ODER SCHWARZE NULL FOR EVER?

MORITZ WARNKE

Über Jahre wie eine heilige Kuh gehandelt, ist die Schuldenbremse zurück in der Debatte. Fünf Dinge muss die Linke jetzt stark machen, um die grüne Null mit einer guten sozialen Infrastruktur durchzusetzen.

MORITZ WARNKE arbeitet am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung als Referent für Soziale Infrastrukturen und ist Redakteur dieser Zeitschrift.

Die Schuldenbremse steht seit 2009 im Grundgesetz und gilt ab 1. Januar 2020 auch für die Bundesländer. Ihre Einführung wurde damit begründet, dass sonst ein unkontrollierbarer Schuldenberg für nachwachsende Generationen drohe. Bundes- und später auch Landeshaushalte wurden darauf verpflichtet, den gesellschaftlichen Wandel und Zukunftsinvestitionen aus den laufenden Einnahmen, also ohne neue Schulden, zu bestreiten. Das ist eine irre Idee. Man stelle sich vor, im Nachkriegsdeutschland hätte man versucht, den Wiederaufbau von Straßen und Häusern lediglich aus laufenden Einnahmen und nicht über Kredite zu finanzieren. Auch in der Privatwirtschaft klingt solch eine Idee absurd: Weder ein kleiner Industriebetrieb noch die Tech-Giganten aus dem Silicon Valley könnten ihr Geschäft ohne kreditfinanzierte Investitionen zukunftsfest ausrichten. Genau das verlangt die Schuldenbremse aber vom Staat. Selbst in wirtschaftlich guten Zeiten geht die Rechnung nicht auf. So erwirtschaftete etwa das Land Berlin in den letzten beiden Jahren einen Haushaltsüberschuss von etwa 2 Milliarden Euro pro Jahr, der Investitionsstau allein bei den Schulen wird aber auf etwa 5 Milliarden Euro geschätzt. Im Bundestag war die Haltung zur Schuldenbremse bisher *übersichtlich*: DIE LINKE lehnte sie ab, während sich alle anderen dort vertretenen Parteien bisher zur Schuldenbremse bekannten. Die Kritik von Linken und Gewerkschaften blieb so richtig wie folgenlos. Doch derzeit kommt Bewegung in die Sache.

INVESTITIONSSTAU UND NEGATIVZINSEN

Anfang des Jahres stellte der Chef des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), Michael Hüther, die bestehende Regelung zur Schuldenbremse infrage und meldete Korrekturbedarf an. Statt zur Erfüllung der schwarzen Null etwa bei den Sozialausgaben zu kürzen, würde bei für den Standort Deutschland dringend benötigten Investitionen

gespart. Hüther forderte daher eine »innovations- und wachstumspolitische Öffnung der Schuldenbremse« (Reeh 2019). Laut seines im März vorgestellten Papiers soll es zukünftig einen vom Rest des Bundeshaushalts getrennten Investitionshaushalt geben, der von der Schuldenbremse ausgenommen wird. Der Rest des Haushalts würde aber weiter unter den bisher geltenden Vorgaben bleiben (Hüther 2019). Langjährige Kritiker*innen der Schuldenbremse wie Gustav Horn und Katja Rietzler vom gewerkschaftsnahen Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) können sich in ihrer Kritik bestätigt sehen.

Diese Debatte schlug auch ins politische Berlin durch. Im Mai diskutierte die grüne Bundestagsfraktion unter anderem auf der Grundlage eines Positionspapiers von Danyal Bayaz und Anja Hajduk (2019), Haushaltspolitiker*innen und Realos, in dem mit Verweis auf den Investitionsstau eine Korrektur der Schuldenbremse gefordert wird. Sie wollen die Schuldenbremse nicht abschaffen, sondern so modifizieren, dass in bestimmten Feldern kreditfinanzierte Investitionen möglich werden. Auch in der SPD mehren sich die Stimmen für eine Reform. In der Tat sind die Zahlen dramatisch. Laut einer Studie vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) wird seit Jahren so wenig in die kommunale Infrastruktur investiert, dass nicht einmal der von den Ökonom*innen errechnete Wertverlust kompensiert wird (Gornig et al. 2015). Das Land wird auf Verschleiß gefahren. Die propagierte Generationengerechtigkeit, mit der über Schulden finanzierte Investitionen verteufelt werden, verkehrt sich so ins Gegenteil: Wir hinterlassen unseren Kindern ein marodes Land und bürden ihnen die Kosten hierfür auf.

Und die Situation wird immer irrer. Denn die weltweite Überakkumulationskrise führt dazu, dass es riesige Mengen an Kapital gibt, das nicht weiß, wohin, und deshalb von Investor*innen gerne in als sicher geltenden Staatsanleihen geparkt wird. Für diese »Sicherheit« sind sie mittlerweile bereit, der Bundesrepublik Deutschland Geld zu Negativzinsen zu leihen. Das heißt: Die Bundesrepublik leiht sich für zehn Jahre Geld und muss am Ende der Laufzeit weniger Geld zurückzahlen, als sie sich geliehen hat. Rechnet man die Inflation mit ein, also den realen Wertverlust des Geldes, bekommt man einen noch niedrigeren Rückzahlungsbetrag. Für einen Euro, den sich die Bundesrepublik für eine Zukunftsinvestition heute leiht, muss sie in zehn Jahren nur 90 Cent zurückzahlen – sie verdient Geld, indem sie sich Geld leiht. Oder wie es der Ökonom Südekum in einem Streitgespräch in der *Zeit* formulierte: »Man muss sich das so vorstellen: Da liegen 50-Euro-Scheine auf dem Bürgersteig, und wir heben sie nicht auf.« (Fuest et al. 2019) Rechnerisch ist das nicht nachvollziehbar, insbesondere wenn gleichzeitig ein massiver Investitionsbedarf besteht, der selbst von Teilen des Kapitals angemahnt wird. Die derzeit vor der Tür stehende Rezession trägt nicht zur Entspannung der Lage bei. So forderte Joachim Lang, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie, eine Abkehr von der schwarzen Null, um Konjunkturimpulse für die Wirtschaft setzen zu können.

INVESTITIONSOFFENSIVE: FÜNF DINGE, DIE DIE LINKE JETZT STARKMACHEN MUSS

Unbestritten ist, dass der Investitionsbedarf riesig ist. Das sieht selbst die Bundesregierung so. Das von Seehofer vorangetriebene

Heimatministerium wurde in ersten Reaktionen wegen des ideologischen Heimat-Framings von vielen belächelt. Zieht man jedoch den ideologischen Heimat-Klimbim ab, steht dahinter die nüchterne Einsicht, dass der Bund sich stärker in der Struktur- und Regionalpolitik engagieren muss. Oder anders gesagt: Es geht nicht um Dirndl und Lederhosen für alle, sondern um Investitionen in die Fläche. Um die Bedarfe qualifiziert zu ermitteln, hatte die Bundesregierung im Sommer 2018 die Kommission »Gleichwertige Lebensverhältnisse« eingesetzt. Die Ergebnisse wurden in einen »Plan für Deutschland« überführt und im Juli 2019 vorgestellt. Dieser Plan ist aber ungenügend und umfasst nur eineinhalb der fünf Maßnahmen und Investitionsprogramme, deren Umsetzung jetzt dringend geboten ist, um den gesellschaftlichen Herausforderungen angemessen zu begegnen. Mit Blick auf die Vorschläge für eine Reform der Schuldenbremse ist es zentral, den Begriff Investition breit zu fassen. Die Linke innerhalb und außerhalb des Parlaments sollte dazu mit einer eigenen Agenda, deren Inhalt im Folgenden kurz skizziert werden soll, für die Modernisierung des Landes streiten.

1 // Investitionen in materielle Infrastrukturen

Die Themen liegen im Grunde genommen auf der Straße: Es geht um Investitionen in eine Mobilitätswende (vor allem Bus, Bahn und Fahrrad), um die Verbesserung des allgemeinen Zustands von Straßen, Brücken und öffentlichen Gebäuden, um den Breitbandausbau, um bessere Sportplätze, Krankenhäuser, Strom- und Wassernetze und so weiter, auch in weniger dicht besiedelten Gebieten. Auch der bereits erwähnte Bericht der Kommission und der Plan der Bundesregierung nennen die meisten dieser Baustellen, wenn auch weitgehend ohne Lösungsvorschläge. Zwischen Umweltverbänden, Großkonzernen und den unterschiedlichen Parteien gibt es teils erhebliche Meinungsdifferenzen darüber, in welche Bereiche wieviel investiert werden sollte. Dass in die materielle Infrastruktur des Landes investiert werden muss, ist aber unstrittig.

2 // Kommunales Austeritätsregime beenden

Die Situation ist für viele Kommunen untragbar geworden. Wie die kürzlich erschienene Studie »Die Zukunft der Regionen« vom Institut der deutschen Wirtschaft gut herausgearbeitet hat, haben die Probleme der bankrotten Kommunen so wenig mit unfähigen Kämmerern zu tun wie die Eurokrise mit den vermeintlich faulen Griechen (Hüther et al. 2019). Die Kommunen müssen einen Großteil ihrer finanziellen Mittel für vom Bundesgesetzgeber festgelegte Aufgaben ausgeben (z. B. Wohnkosten für Hartz-IV-Bezieher*innen). Um überhaupt weitere »freiwillige Leistungen« wie Schulen, Kitas und Straßen oder Spielplätze finanzieren zu können, müssen sich die Kommunen mit sogenannten Kassenkrediten über Wasser halten, häufen Schulden an und werden damit zu »Pleite-Kommunen«. Ab einem bestimmten Niveau der Verschuldung werden sie unter Haushaltskontrolle gestellt, eine Art Troika für die Kommunen.

Die Bundesregierung erkennt mittlerweile das Problem an, hält sich aber, was die Lösungsschritte angeht, bedeckt. Der Städtetag fordert einen Schuldenschnitt. Dieser müsste sich jedoch verbinden mit einer grundlegenden Reform, mit der strukturschwache Regionen und Kommunen – unabhängig von der Him-

melsrichtung – besser ausgestattet werden. DIE LINKE hat dazu verschiedene Vorschläge gemacht. Sie fordert unter anderem eine bessere Finanzausstattung der Kommunen, die Übernahme von Kosten der Grundsicherung durch den Bund sowie die Einrichtung einer Rekommunalisierungsagentur auf Bundesebene, die Gemeinden beim Rückkauf ihrer Infrastruktur unterstützen würde. Handlungsfähige Kommunen sind für eine gute soziale Infrastruktur unerlässlich – und nebenbei bemerkt auch eine Grundvoraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Die Schuldenbremse wirkt hier auch als Demokratiebremse.

3 // Investitionen in die »grüne Null«

Fridays for Future in Realpolitik übersetzen bedeutet, ein riesiges Investitionspaket aufzulegen, um die »grüne Null«, also eine Gesellschaft mit neutraler CO_2-Bilanz, möglichst schnell zu erreichen. Das ermöglicht neue Allianzen gegen die Schuldenbremse. Das Argument der Generationengerechtigkeit, mit dem Konservative und Neoliberale kreditfinanzierte Investitionen blockieren, blamiert sich an der Realität: Wem nützt es, wenn die kommenden Generationen kaum Schulden auf dem Konto, dafür aber keinen bewohnbaren Planeten mehr haben? Ein Teil der notwendigen Schritte wird bereits diskutiert, auch in Regierungskreisen, wie etwa ein Ausbau der klimafreundlichen Mobilitätsinfrastruktur. Aber es geht um mehr: Gezielte staatliche Investitionen in die energetische Modernisierung von Gebäuden würden den notwendigen Klimaschutz vorantreiben und das bisherige Geschäftsmodell einiger Vermieter, solche Modernisierungen für exorbitante Mietsteigerungen zu nutzen, durchkreuzen. Ein zügiger Ausstieg aus der Kohle darf genauso wenig am Geld scheitern wie die Quersubventionierung von klimafreundlichen Technologien und entsprechender Forschung beispielsweise zur Konversion der Autoindustrie. Diese Investitionen sind auch deshalb bitter nötig und ökonomisch sinnvoll, weil damit die anstehenden gesellschaftlichen Kosten der Klimawandel-Adaption reduziert werden könnten: etwa wenn Landstriche zunehmend unbewohnbar und dadurch gegebenenfalls neue Fluchtbewegungen ausgelöst werden, die Landwirtschaft mit starken Temperatur- und Wetterschwankungen und deshalb Ernteausfällen zu kämpfen hat, die Pflege von grüner Infrastruktur in den Städten teurer und angesichts überhitzter Städte gleichzeitig wichtiger wird.

4 // Investitionen in mehr Personal

Es ist entscheidend für eine linke Perspektive, dass es beim Thema Investitionen nicht nur um Sachinvestitionen geht, sondern auch um Personal. Ziel muss ein öffentlicher Dienst sein, der den Herausforderungen der Zukunft gewachsen ist und die bereitgestellten Milliarden auch sinnvoll verplanen und ausgeben kann. Dies ist bei der gegenwärtig absolut unzureichenden Investitionshöhe schon schwierig und eines der größten Probleme. Statt genügend Stadtplaner*innen, Architekt*innen, Förster*innen und IT-Spezialist*innen auszubilden und einzustellen, wird derzeit argumentiert, dass man ohnehin nicht mehr investieren könne. Ein gefährlicher Zirkelschluss. Und es gibt natürlich auch Bereiche, in denen mehr Personal mehr Einnahmen bringt – Stichwort: Steuervollzug. Wohlstand bemisst sich nicht zuletzt am Zustand der gesellschaftlichen Bereiche, in denen es um reproduktive Tätigkeiten und Care-Arbeit geht, etwa in Krankenhäusern, Kitas, Schulen oder in der Pflege. Wer gute soziale Infrastrukturen

will, braucht mehr Investitionen auch und dringlich in diesem Bereich. Und wir müssen entsprechend den Deutungskampf darüber aufnehmen, ob Investitionen in den öffentlichen Dienst auch als solche bezeichnet werden oder ob dieser Begriff nur für Breitband oder Elektrobusse gelten soll.

5 // Investitionen in den öffentlichen Sektor statt Subventionen für private Unternehmen

Eine gesellschaftliche Investitionsoffensive muss sich mit einem Pfadwechsel verbinden, damit es nicht am Ende lediglich bei staatlicher Wirtschaftsförderung bleibt: Soziale Infrastrukturen dürfen nicht vom Profitinteresse von Privaten abhängig sein. Beim Thema sozialer Wohnungsbau hat sich mittlerweile herumgesprochen, dass es ein Irrweg ist, diese Wohnungen von Privaten bauen zu lassen. Wenn öffentliches Geld fließt, sollten die Wohnungen auch der öffentlichen Hand gehören. Das ist so einfach und einleuchtend, wie es in Deutschland leider immer noch revolutionär klingt.

Beim Thema Mobilfunk soll laut Bundesregierung geprüft werden, ob eine staatliche Infrastrukturgesellschaft gegründet wird, um Mobilfunkmasten in jenen Gegenden aufstellen zu können, in denen sich das für private Unternehmen nicht rechnet. Der Staat darf aber nicht zum »Lückenbüßer« werden, nach dem Motto: Gewinnbringende Infrastruktur überlassen wir den Privaten, der Staat springt immer dann ein, wenn es sich um ein Minusgeschäft handelt. Eine größere öffentliche Verfügungsgewalt ist auch unter demokratiepolitischer Perspektive sinnvoll. Für die Linke verbindet sich damit die Aufgabe, eine Investitionsoffensive auch mit einer Demokratisierung der verschiedenen Lebensbereiche zu verbinden, also einer partizipativen Investitionsplanung und einer demokratischen Verwaltung der für die Daseinsvorsorge notwendigen Unternehmen und Betriebe. Die Investitionsoffensive muss auch ein demokratischer Aufbruch sein: anders leben, besser leben, mehr Demokratie wagen.

Wesentliche Zukunftsfragen lassen sich, solange wir das Austeritätsregime der Schuldenbremse nicht hinter uns lassen, nicht wirklich angehen. Durch die aktuelle Debatte ist ein Möglichkeitsfenster aufgestoßen worden. Es wird deutlich, dass die bisherige realpolitische Perspektive der LINKEN, die Schuldenbremse lediglich punktuell und trickreich in den Ländern zu umgehen, in denen sie mitregiert (siehe z. B. »Schulbauoffensive« des Berliner Senats), nicht ausreicht, um den notwendigen gesellschaftlichen Wandel auf den Weg zu bringen. Um sie in ihrer jetzigen Form zu kippen, bedarf es einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung darum. Und das heißt: Weil der Status quo inakzeptabel ist, muss dagegen rebelliert, müssen die Regeln der Schuldenbremse außer Kraft gesetzt oder gebrochen werden. So viel ökonomische und gesellschaftspolitische Seriosität sind wir unseren Kindern schuldig.

LITERATUR

Bayaz, Danyal/Hajduk, Anja, 2019: Investitionen sind wichtiger als das Symbol »schwarze Null«

Fuest, Clemens/Hüther, Michael/Rietzler, Katja/Schmidt, Wolfgang/Südekum, Jens, 2019: Fehlt hier das Geld?, Streitgespräch, in: Die Zeit, 26.6.2019.

Gornig, Martin/Michelsen, Claus/van Deuverden, Kristina, 2015: Kommunale Infrastruktur fährt auf Verschleiß, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 43/2015,

Hüther, Michael/Südekum, Jens/Voigtländer, Michael (Hg.), 2019: Die Zukunft der Regionen in Deutschland – Zwischen Vielfalt und Gleichwertigkeit

Hüther, Michael, 2019: 10 Jahre Schuldenbremse – ein Konzept mit Zukunft? IW-Policy Paper 3/19, 26.3.2019

Reeh, Martin, 2019: Hüther gegen Schuldenbremse, in: taz online, 27.3.2019

WER SCHREIBT GESCHICHTE?

RÜCKBLICKE AUF DIE WENDEZEIT

ANNETT GRÖSCHNER X NORBERT NIEMANN X HEIKE GEISSLER

1989/90 war eine Zäsur in der deutschen Geschichte. Die Hoffnungen auf eine Demokratisierung und Erneuerung des Sozialismus in der DDR wurden schnell von den Ereignissen überrollt. Autor*innen der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur reflektieren die Ereignisse der Wendezeit aus ihrer persönlichen Perspektive.



MEHR ALS EIN MAUERFALL
ERINNERUNGEN

ANNETT GRÖSCHNER

Je älter ich werde, desto schneller vergeht die Zeit. Im letzten Jahr dachte ich, oh, schon gleich wieder fünf Jahre um, was kommt dieses Jahr in Sachen Erinnerungskultur? Wer hat diesmal die Mauer geöffnet und den Ostdeutschen das Paradies geschenkt? Will ich mich daran beteiligen, indem ich das Ganze von der Seite kommentiere und eine andere Erzählung dagegensetze, oder setze ich mal zehn Jahre aus und sortiere meine Erinnerungen? Wobei das mit der Erinnerung immer so eine trügerische Sache ist. Man erinnert sich nach Jorge Luis Borges ja immer nur an die letzte Erinnerung der Erinnerung. Die Gefahr besteht darin, dass sie durch häufigen Gebrauch so glatt erzählt wird, dass sie Unkundigen logisch vorkommt, mit der damals erlebten Gegenwart aber nicht mehr allzu viel zu tun hat. Diese war roher und verzweifelter, grandioser und zugleich voller unlösbarer Widersprüche und so rasant, dass ich nicht mal dazu kam, meine Träume aufzuschreiben, wie ich es vorher und danach doch immer tat – unzensierte Erzählungen meines Unterbewusstseins, in denen ich vor dem Fall der Mauer oft in den Westen ging, wo es aussah wie zu Hause, nur bunter und mit mehr Reklame, was sich im Fall von Westberlin ja dann durchaus auch in der Realität als richtig erwies. Vom Jahr 1990 blieben nur wenige Träume überliefert, einer war ganz kurz und ging so: »Ich ging mit einem Mann ins Bett, der hatte Werbung auf seinen Schwanz tätowiert. Ich schrie: ›Ich will in ein Land ohne Reklame!›« Der Traum ist inzwischen Teil einer Ost-West-Performance, »Schubladen« von She She Pop, mit der wir – drei Frauen, die im Osten und drei Frauen, die im Westen sozialisiert wurden, – seit 2012 durch die Welt touren. Wir räumen vor Publikum unsere Schubladen aus und erzählen uns unsere Geschichten, auch die traurigen, peinlichen, atemlosen und die mit doppeltem Boden. Nicht alle Missverständnisse zwischen uns werden in den zwei Stunden ausgeräumt.

… die Ost-West-Dichotomien haben sich in den letzten fünf Jahren wieder verstärkt, was einerseits mit einer stärker gewordenen Identitätspolitik zu tun hat, aber auch mit den nicht verarbeiteten Folgen des Einigungsprozesses.

Es gab eine Zeit vor circa vier Jahren, als wir dachten, wir müssten das Stück abspielen, weil die Zeit darüber hinweggegangen ist. Ost-West hatte sich zugunsten von Nord-Süd erledigt. Danach ist es von Jahr zu Jahr aktueller geworden, wir spielen es immer noch vor vollen Häusern. Denn die Ost-West-Dichotomien haben sich in den letzten fünf Jahren wieder verstärkt, was einerseits mit einer stärker gewordenen Identitätspolitik

ANNETT GRÖSCHNER, Jahrgang 1964, lebt seit 1983 in Berlin. Sie schloss sich im Herbst ’89 der Unabhängigen Frauenbewegung an und gründete mit anderen 1990 die Zeitschrift *Ypsilon.* Sie war von 1994 bis 1998 Redakteurin und Herausgeberin der Zeitschriften *Sklaven* und *Sklavenaufstand*. Als Schriftstellerin wurde sie unter anderem mit dem Roman »Moskauer Eis« (2000) bekannt.

zu tun hat, aber auch mit den nicht verarbeiteten Folgen des Einigungsprozesses, wobei sich schon über das Wort Einigung trefflich streiten ließe. Drei Dinge gab es nach meiner Beobachtung, die in diesem Jahr stärker in den öffentlichen Fokus der Erinnerungsfeierlichkeiten gerieten und dazu führten, dass die Geschichte nicht so eindeutig vom Ende her erzählt, sondern eher die Dynamik des Prozesses beleuchtet wurde. Zum einen geriet wieder stärker in den Fokus, dass es neben den Leipziger Montagsdemos und dem Mauerfall noch ein weiteres Ereignis gab, die von Theaterschaffenden initiierte Demonstration am 4. November 1989 in Ostberlin, als es um den »Traum von einem Land jenseits von Stalinismus und Kapitalismus ging« (Klein, 2019/2020, 57). Ich habe mich in einem Beitrag an diesen Moment als einen glücklichen, ja, als einen der glücklichsten in meinem bisherigen Leben erinnert, bei allen Widersprüchen, die eine Massenveranstaltung immer hat: »Man ging allein aus dem Haus, dann bildeten sich kleine Grüppchen, an der nächsten Straße war es schon eine Menge, die in eine Richtung unterwegs war, bis, in der Nähe des Alexanderplatzes angekommen, aus allen Straßen Menschen strömten – mit selbst gemalten Transparenten, Plakaten, umgearbeiteten Verkehrsschildern, umgewidmeten Kleidungsstücken und Winkelementen. Über eine halbe Million Menschen. Es waren nicht die Reden auf der Kundgebung, die in Erinnerung blieben, es war dieser Moment des Anfangs, die Souveränität der Sprache, die Individualität jeder einzelnen Forderung, der Witz und die Ironie. Es war diese Masse aus souveränen Individuen ohne Angst. Ein Moment, in dem alles möglich schien.« (Gröschner 2019). Der 4. November war ein Tag, an dem kollektiv die Vormundschaft des Staates nicht nur infrage gestellt, sondern abgeschüttelt wurde. Kaum ein Jahr später begaben wir uns in der Mehrheit freiwillig in eine andere Art von Vormundschaft, die ein Über-den-Mund-fahren war: »Halt die Klappe und genieße die Freiheit.« Das ist der zweite Punkt, der in diesem Jahr deutlicher beschrieben wurde, die Zeit nach dem Fall der Mauer und die Auswirkungen des Wiedervereinigungsprozesses. Der Soziologe Steffen Mau hat das auf den Punkt gebracht: »Viel zu wenig haben wir den Prozess der Wiedervereinigung in seinen problematischen Wirkungen bis heute thematisiert. Man sonnte sich im Glück der Einheit. Alles erschien als Gunst der Stunde, alternativlos und von den dramatischen Ereignissen im Herbst 1990 geradezu erzwungen.« (Mau 2019)

Der 4. November war ein Tag, an dem kollektiv die Vormundschaft des Staates nicht nur infrage gestellt, sondern abgeschüttelt wurde. Kaum ein Jahr später begaben wir uns in der Mehrheit freiwillig in eine andere Art von Vormundschaft, die ein Über-den-Mund-Fahren war.

Für mich bleibt nach wie vor die Frage, ob die Friedliche Revolution nicht deshalb so friedlich war, weil es nicht um irgendeine Form von Eigentum ging. Und warum die Bevölkerung fast widerspruchlos Volkseigentum hat privatisieren lassen. Ich meine das nicht nur als Aspekt der Aufarbeitung der Arbeit der Treuhand, nein, ich meine das auch in Richtung der Zeit der DDR und der, ich nenne es mal Entfremdung der Arbeiter und Bauern vom Arbeiter- und Bauernstaat. Schließlich hatte es ja am Runden Tisch Anfang 1990 ein ganz anderes Verständnis von Treuhand gegeben als das, was am Ende so genannt wurde. Am 12. Februar

hatte es von einer Gruppe um den Bürgerrechtler Wolfgang Ullmann einen Antrag an den Ministerpräsidenten Hans Modrow und den Runden Tisch zur »umgehenden Bildung einer Treuhandgesellschaft (Holding) zur Wahrung der Anteilsrechte der Bürger mit DDR-Staatsbürgerschaft am ›Volkseigentum‹ der DDR gegeben«, in dem es hieß: »Als erste Handlung müsste diese Holding-Gesellschaft gleichwertige Anteilsscheine im Sinne von Kapitalteilhaber-Urkunden an alle DDR-Bürger emittieren. Ausgabe-Stichtag sollte der 18.3.1990 sein, um die Legitimitäts-Kontinuität aus der Vergangenheit in die Zukunft zu gewährleisten.« (Zit. nach: DDR 1989/90). Dafür hätte man ja auch in Massen auf die Straße gehen können. Stattdessen fand am 18. März 1990 eine Wahl statt, bei der die Grundlage dessen gelegt wurde, was mit einem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik und dem Verlust von zwei Dritteln der Arbeitsplätze in Volkseigenen Betrieben und deren Privatisierung oder Auflösung endete – mit sozialen Auswirkungen bis heute. Eine davon ist das, was Soziolog*innen demografische Maskulinisierung nennen, einer der Gründe für die Wahlerfolge der AfD in ländlichen Gegenden Ostdeutschlands. Unter denen unter dreißig, die zwischen 1991 und 2005 den Osten Deutschlands verließen, um anderswo ihr Glück zu suchen, waren zwei Drittel Frauen. Darüber muss weiter gesprochen werden, wir haben ja das ganze nächste Jahr Zeit bis zum Wiedervereinigungsjubiläum.

Was Soziolog*innen demografische Maskulinisierung nennen, ist einer der Gründe für die Wahlerfolge der AfD in ländlichen Gegenden Ostdeutschlands.

Das Dritte, das anders war in diesem Herbst der Erinnerung, ist, dass diejenigen zu Wort kamen und gehört wurden, deren Geschichten in der offiziellen Erinnerungskultur bisher weitgehend negiert wurden: People of Color, Vertragsarbeiter*innen, Transpersonen. Geschichten, die die Friedliche Revolution und die Wiedervereinigung noch einmal in einem anderen Licht zeigen, widersprüchlicher und dunkler[1]. Angelika Nguyen, in Ostdeutschland aufgewachsen, hat es kürzlich im *telegraph* benannt: »Ich teile den ostdeutschen Zorn auf die westdeutsche Invasion seit dem Mauerfall. Aber diese kam nicht über uns, sie war von der Mehrheit gewählt. Mein Ost-Gefühl hört eben da auf, wo ostdeutscher Rassismus mit dem erlittenen Trauma von Ausgrenzung und Arbeitslosigkeit verteidigt wird.« (Nguyen 2019/20, 74).

LITERATUR

DDR 1989/90, www.ddr89.de/

Gröschner, Annett, 2019: Sprüche klopfen – Flagge zeigen

Klein, Thomas, 2019/20: Erinnerungen an eine Revolution oder Geschichte einer Entfremdung, in: telegraph 135/136, Sondernr. Herbst '89, 2019/20. Ein unbedingt empfehlenswerter Text über die Vereinigten Linken in der Umbruchzeit 1989/90.

Mau, Steffen, 2019: Essay: Brauchen wir eine Revolution?, in: Berliner Zeitung, 8.11.2019

Nguyen, Angelika, 2019/20: Meine ostdeutsche Wut: Gegenrede zu einer aktuellen Debatte, in: telegraph 135/136, Sondern. Herbst '89.

---

1 Dazu gehören auch die Geschichten über Nazigewalt, die unter dem von dem Journalisten Christian Bangel angestoßenen Hashtag #baseballschlaegerjahre auf Twitter über die Wendezeit erzählt werden.



NORBERT NIEMANN

Im Jahr des Falls der Mauer schloss ich mein Studium ab. Im Jahr davor saß ich im Oberseminar des Literatursoziologen Jürgen Scharfschwerdt an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Scharfschwerdts Schwerpunkt war DDR-Literatur. Ich erinnere mich, dass die dissidenten, in der BRD publizierten Texte für einige von uns – sicher jedenfalls für mich – die mit Abstand relevantesten in deutscher Sprache geschriebenen Texte jener Zeit gewesen sind. In der BRD hatte bereits in den Achtzigern – das wird oft vergessen – eine Kommerzialisierung und Neoliberalisierung des Kulturbetriebs eingesetzt. Gefeiert wurden Romane wie »Die letzte Welt« von Christoph Ransmayr, »Das Parfum« von Patrick Süskind, »Die Entdeckung der Langsamkeit« von Sten Nadolny. Meine Lesesozialisation ab den späten Siebzigern hatte ganz andere Weichen gestellt und Erwartungen gesetzt. Damals erschienen die Bücher Rolf Dieter Brinkmanns oder Nicolas Borns, »Die Ästhetik des Widerstands« von Peter Weiss und so weiter. Im Westen brach diese Linie in den frühen Achtzigern ab – nicht aber im Osten. Über den Umweg Heiner Müller machte sich dort auch eine politisch und ästhetisch anders konnotierte Lesart französischer Poststrukturalisten wie Michel Foucault und Gilles Deleuze geltend, nicht zuletzt in der Prenzlauer-Berg-Szene. Statt Spiel und »Anything Goes« wie im Westen »Mikrophysik der Macht«.

In der etwas abweichenden, andererseits durchaus ähnlichen DDR-Realität zeigten sich die ästhetischen Widerstandsreflexe gegen die Zumutungen eines Ausverkaufs von inhaltlichen Positionen wie durch den Filter eines Verfremdungseffekts.

Wenn mich nicht alles täuscht, besaß ich damals keine idealisierende Vorstellung von der DDR. Ich wusste: Das ist eine Diktatur. Ich hatte selbst Verwandte dort, mein Großvater väterlicherseits stammte aus der Nähe von Schwerin. Ich erinnere mich an den Besuch meiner Großtante in Landau an der Isar, als ich ungefähr 16 war. Ich löcherte sie mit Fragen über die wahren Verhältnisse drüben, aber die alte Dame sagte nichts, lächelte und nickte nur. Ich besaß auch keine idealisierende Vorstellung von der BRD. Was ich früh zu beobachten begann, war eine wachsende Marktförmigkeit in allen gesellschaftlichen Teilbereichen. Kunst/Kultur, genauer gesagt kritische, möglichst radikal kritische Kunst/Kultur schien mir das einzige Gegenmittel zu sein.

Wichtige Funksignale in meine bayerische Provinz hinein: Rainer Werner Fassbinder, Herbert Achternbusch, Marieluise Fleißer, Thomas Bernhard und so weiter. Aber die waren dann in den Achtzigern auch fast schon Geschichte oder wurden es. DDR-Literatur lesen war ein Ausweg. Dort wurden die relevanten gesellschaftskritischen Fragen nicht ausgeblendet. Und: In der etwas abweichenden, andererseits durchaus ähnlichen DDR-Realität zeigten sich die ästhetischen Widerstandsreflexe gegen die Zumutungen eines Ausverkaufs

von inhaltlichen Positionen wie durch den Filter eines Verfremdungseffekts. Die Formatierung des Bewusstseins in den unterschiedlichen Systemen von Wunschproduktion wies eine gemeinsame Schnittmenge auf, jenseits der Ideologien.
Müllers »Hamletmaschine« wurde im Westen zum Kulttext, weil längst alle mit der Brandung Blabla redeten. Massenmediale Überformung, konsumistische Ruhigstellung der Einzelnen – kurz: Die Probleme, mit denen ich, mit denen wir uns im Westen als junge Menschen herumschlugen, hatten mit West-Ost-Unterschieden kaum mehr etwas zu tun. Sie umfassten BEIDE Systemblöcke der mauer- und vorhanggeteilten Welt.

Es muss im Sommer 1988 gewesen sein, als zwei frisch von der BRD freigekaufte, jetzt also Ex-DDR-Bürger*innen in Scharfschwerdts Oberseminar eingeladen waren, um uns von der wahren Lebenswirklichkeit drüben zu berichten. Ich erinnere mich vor allem an den heftigen Streit. Einige Oberseminarist*innen und auch ich gerieten mit den beiden Gästen aneinander, nachdem die in anklagend verzweifeltem Ton ständig wiederholt hatten, dass es in DDR-Läden oft nicht einmal Schokolade zu kaufen gegeben habe.

Ich konnte nicht fassen, dass diese jungen Leute – sie waren ungefähr so alt wie wir, also Mitte bis Ende zwanzig – die BRD als ihr Traumland ansahen.

Ein paar Jahre zuvor war ich mit meiner New-Wave-Band am WAA-Zaun in Wackersdorf aufgetreten. Ich hatte öffentliche Reden von Franz Josef Strauß miterlebt, die mir – damals! – an rechter Hetze und Häme zu überbieten unmöglich schienen. Ich konnte nicht fassen, dass diese jungen Leute – sie waren ungefähr so alt wie wir, also Mitte bis Ende zwanzig – die BRD als ihr Traumland ansahen, dass sie uns allen Ernstes erzählten, hier zu sein, bedeute für sie die Erfüllung all ihrer Wünsche. Wir konnten nicht begreifen, dass sie völlig blind waren für die Herrschafts-, Unterdrückungs- und Ausbeutungsstrukturen, die in den westlichen Demokratien damals gerade etabliert und erweitert wurden – es war die Zeit von Maggie Thatcher, Ronald Reagan, Helmut Kohl! Und dass sie bei der Verteidigung ihres schwärmerischen Standpunkts ständig auf diesem »Schokoladen-Argument« herumritten.

Dass eine Sensibilität, die Möglichkeit einer Sensibilisierung für postmoderne Herrschaftsmechanismen auch in der DDR möglich war, bewies doch gerade deren dissidente Literatur. Wir dachten, bei den kritikaffinen Jungen muss doch auch was von Müller, Brasch, Reimann, Braun, Erb, Hilbig und so weiter hängengeblieben sein – so wie in unseren Köpfen Fassbinder, Jelinek, Brinkmann und so weiter Spuren hinterlassen, unsere Wahrnehmungs- und Reflexionsfähigkeit geschärft hatten.

Blauäugig, blauäugig – solche Spuren waren damals auch im Westen schon beinahe restlos verwischt. Als mir das Fernsehen den Mauerfall präsentierte, blieb ich jedenfalls ziemlich gleichgültig (anders als bei den gesendeten Bildern und Ereignissen in Rumänien, der Exekution des Ehepaars Ceauşescu).

NORBERT NIEMANN, Jahrgang 1961, lebt als freier Schriftsteller. Von ihm erschien unter anderem »Wie man’s nimmt« (1998), »Schule der Gewalt« (2001) und »Willkommen neue Träume« (2008). Er ist Mitglied des P.E.N. Deutschland, der Bayerischen Akademie der Schönen Künste und des VS-Schriftstellerverbands.

Willy Brandts Satz »Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört« fand keinerlei Resonanz in mir. Den Ausspruch »Marx ist tot, Jesus lebt« von Norbert Blüm, dem damaligen Arbeitsminister, fand ich einfach unanständig.

Die Auseinandersetzung mit der Wiedervereinigung und ihren Konsequenzen begann für mich erst später – zuletzt im schriftlichen Dialog mit Ingo Schulze (vor allem in dem langen »Gespräch über das Romaneschreiben«, Akzente 4/2008). Seine »Simple Storys« und mein Roman »Wie man's nimmt« wurden 1998 als Beschreibungen zeitgenössischer Lebenswirklichkeit Ost bzw. West gehandelt. Wenn ich auf meine Gedanken von damals zurückblicke, muss ich zugeben, einige Folgen unterschätzt zu haben: etwa, in welchem Ausmaß die soziale Frage aus dem politischen Diskurs und dem gesellschaftlichen Bewusstsein verschwinden würde; dass der Neoliberalismus die Sozialdemokratie so komplett würde aushöhlen können, wie es dann unter Clinton, Blair, Schröder tatsächlich geschehen ist; wie schnell und umfassend der Umbau der kulturellen Öffentlichkeit zum Entertainment- und Eventspektakel vonstattengehen würde; mit welcher Wucht, Geschwindigkeit und Durchschlagskraft der rechtsreaktionäre Populismus zurückkehren würde.

Wenn ich auf meine Gedanken von damals zurückblicke, muss ich zugeben, einige Folgen unterschätzt zu haben: etwa, in welchem Ausmaß die soziale Frage aus dem politischen Diskurs und dem gesellschaftlichen Bewusstsein verschwinden würde …

Andererseits schrieb ich 1999, also vor zwanzig Jahren, für die Zeitschrift *Sprache im technischen Zeitalter* zum zehnten Jahrestag schon einmal einen Text zum Fall der Mauer, eine Art Kopftheaterstück: »Ten years after – 10 Versionen umkreisen 1 Faktum. Ein Jubiläum von weit aus dem Westen betrachtet.« Die Szene: ein Tisch mit einer Anzahl Menschen drumherum; das Ambiente beliebig; es kann ein Konferenzraum, eine Podiumsdiskussion, eine Talkshow-Runde sein, genauso gut ein Stammtisch. Die Menschen sitzen, scharren mit den Füßen, trinken, rauchen, aber sprechen nicht. Der Text kommt aus dem Off. Gebaut ist der Text nach dem Muster von Marguerite Duras' Filmbuch »Hiroshima mon amour«: Passagen, überschrieben mit »Nichts hat sich geändert« / »Alles hat sich geändert«, im dialektischen Wechsel. Ich habe den Text wiedergelesen und war überrascht über seine Weitsicht. Er endet so:

»Spätestens seit damals, 1989, fehlt endgültig allen Geschehnissen da draußen ihr letztes Quantum an Echtheit. Paradoxes Entgleiten der Realität. Alles sichtbar in unserer Blindheit. Immerzu auf dem neuesten Nachrichtenstand. Einen Globus als Gasballon unterm Schädeldach, die Seile gekappt. Wir verlieren den Boden des alten Planeten unter den Füßen, treiben ab, eine letzte, eben noch ausreichende Anziehungskraft hält uns im Bann. Wir drehen Satellitenrunden, hinreichend nah, um uns immer weiter einbilden zu können, zur Welt zu gehören, weit genug entfernt, um sie nicht in ihren inneren Angelegenheiten zu stören. Ungebrochenes Westleben, zusammengebrochen in sich selbst. Und während wir so die Erdkugel in mäßiger Entfernung umkreisen, setzt dieses Kribbeln ein im Kopf, und die schreckliche Lust, auf irgendetwas, irgendjemand einzuschlagen.«

ES WAR EINMAL

HEIKE GEISSLER

Es war einmal ein Mädchen, das hatte zu viele langweilige Nachmittage in seinem unordentlichen Zimmer verbracht und Träume angehäuft. Auch hatte es zu lange an seinem Fenster gestanden und darauf gewartet, dass die Mutter endlich von der Arbeit käme, oder es hatte dem Vater zugesehen, wie er, sich hinter der Gardine versteckend, immer dann gegen die Scheibe klopfte, wenn jemand nicht den Fußweg um die Grünfläche vor dem Haus nutzte, sondern den Trampelpfad. Der Vater freute sich über den Schreck der Leute und das Mädchen fragte sich, wie Erwachsene sich etwas ausdenken. Wie kommt Unfug in die Köpfe Erwachsener, wie bereiten sie ihn vor, wie führen sie ihn aus?

Das Mädchen war voller Abenteuerlust, aber wusste nicht und würde es auch jahrelang nicht lernen, welche Abenteuer die besten sind. Als es die Fernsehbilder aller Leute sah, die über den Zaun auf das Botschaftsgelände kletterten, wollte es das auch erleben. Unbedingt und sofort. Es entnahm den Nachrichten ein bis drei politische Gründe zur Unterstützung für sein Drängen, hatte aber tatsächlich nur im Sinn, beim Klettern über den Zaun gefilmt zu werden und beim Gefilmtwerden gut auszusehen. Es wollte, ohne das Wort zu kennen, ikonisch werden. Der Vater stellte sich deutlich gegen den Plan. Er stellt sich, sagte das Mädchen, meinem Erfolg und meinem Eintritt in eine glänzende Welt in den Weg.

Es war also einmal dieses Mädchen, und es trug eine dicke Brille und hatte sich, seit es wusste, dass es eine Brille würde tragen müssen, sehr auf die Brille gefreut, hatte aber, kaum dass die Brille schwer auf seiner Nase saß und auf den Ohren drückte, diese Brille voller Inbrunst und bei jeder Gelegenheit abgelehnt. Das Mädchen war wie gekränkt von seiner Brille und wollte sie nicht tragen. Das Mädchen hatte eine Mutter, die sich anders als das Mädchen erinnerte, und diese Mutter sagte: Nein, du hast keine Brille gehabt. Das Mädchen aber erwiderte: Doch, ich habe eine Brille gehabt, und ich weiß noch, wie du mir befahlst, die Brille auf der Nase zu lassen, wie ich die Brille aber nicht tragen wollte, erst, weil sie zu schwer war, dann, weil sie zu hässlich war und weil diese Hässlichkeit auf mich abfärbte. Ich weiß also noch, sagte das Mädchen, wie wir, als wir in Oberhausen waren und diese Bekannten besuchten, die, die uns jahrelang Pakete geschickt hatten, kurz auf einem dunklen Parkplatz standen und darüber verhandelten, ob ich die Brille nun tragen müsse oder nicht, und ich, sagte das Mädchen, wollte keinesfalls mit Brille auf der Nase in das Westauto steigen. Ich habe die Brille abgesetzt, als du nicht hinsahst, als du dachtest, du hättest dich durchgesetzt.

Ohne Brille saß das Mädchen zum ersten Mal in einem Westauto und wusste, es sah kein magisches Licht aus dem Armaturenbrett kommen, aber es konnte, was es sah, nicht anders als magisch und

HEIKE GEISSLER, Jahrgang 1977, wuchs in Riesa und Karl-Marx-Stadt/Chemnitz auf. Als Schriftstellerin wurde sie bekannt mit dem 2002 erschienenen Roman »Rosa«, für den sie den Alfred-Döblin-Förderpreis erhielt. Heike Geißler ist Mitglied im P.E.N. Deutschland.

überwältigend nennen. Es sah auf Licht und Schönheit und wollte diesen ganzen Westglanz wirklich nicht mit seiner hässlichen Ostbrille beeinträchtigen. In diesem Westleuchten traten alle Makel zutage, die krochen aus den dunklen Taschen des Mädchens, aus den verhassten Plisseerockfalten, krochen direkt in die Farben, mitten ins Licht.

Dieses Mädchen, das einmal war, das trug keine Farben, weil es keine Farben hatte. Das Mädchen, das angeblich keine Farben trug, ruft aus der Vergangenheit, dass das nicht stimme. Es habe ja zum Beispiel diese rosa Jacke mit den üblen Schulterpolstern gehabt und diese an einem Sonntag beim Spaziergang durch die Internationale Gartenausstellung tragen müssen. Ja, das ist wahr. Durchaus waren da Farben. Dennoch trug das Mädchen sehr oft ein dunkles Blau, trug diese Farbe, bevor sie modern wurde, trug ab und an rote Strumpfhosen. Ohne es zu wissen, war das Mädchen, was Farben anging, unterernährt, weshalb es sich, sobald es konnte, von seinem ersten, nach stundenlangem Schlangestehen überreichten Westgeld einen Rucksack in Neonfarben kaufte und sofort von diesem verschlungen wurde.

Es war einmal ein Mädchen, das war wirklich wie geschaffen für die Konsumgesellschaft, das hatte nun endlich sein bestes Habitat, wenn auch nicht genug Geld. Das Mädchen pilgerte Nachmittag um Nachmittag die Hauptstraße seines Wohngebietes hinab, hinein in die neu eröffnete Fröschl-Filiale und schaute sich an, was es so gab. Und was es so gab, war in etwa, was das Mädchen haben musste. Möglicherweise bekam das Mädchen nichts von den politischen Veränderungen in seinem Land mit und erfreute sich immer nur an den Resultaten der Veränderungen in den Geschäften. Das Mädchen wühlte in eilig errichteten Zeltbauten in Kisten und zog das eine T-Shirt hervor, das es mehr als alles brauchte. Es zog von da an ständig Dinge hervor, die es haben musste, und würde sich, das war damals schon abzusehen, kaum an die Umbrüche und Verwerfungen erinnern, sondern an Dinge, die es erwarb, an Dinge, die es sich erwerben ließ, und vor allem an Dinge, die es unbedingt haben wollte und nicht bekam.

Das Mädchen hatte sein Momentum, als es mit einer Freundin zu einer der Montagsdemonstrationen ging. Sie liefen am Rand, entfernten sich immer wieder vom Zug der Demonstrierenden, um überall zu klingeln, um alle Leute nach draußen zu holen. Sie hatten so etwas noch nicht erlebt, ohne sagen zu können, was genau sie da erlebten. Das war, dachte das Mädchen, größer als die Aufregung, die es 1988 bei der Generalprobe für das Pioniertreffen in ihrer Heimatstadt verspürt hatte, eine Aufregung, die das Mädchen hatte vergessen lassen, dass es nur zur Generalprobe geladen gewesen war und nicht wie andere aus seiner Klasse zur Eröffnungsfeier am Tag darauf. Das Mädchen und seine Freundin klingelten, drückten die Hände auf die Klingelknöpfe und kamen sich vor, als riefen sie mit einer kichernden Kindergeburtstagsgruppe im Rücken: *Leute, holt die Wäsche rein, es regnet blaue Tinte.*

Es war einmal ein Mädchen, dem sagte der Gesellschaftskundelehrer, der eben noch der Lehrer für Staatsbürgerkunde gewesen war, es solle doch nicht Reiseverkehrskauffrau werden wollen, sondern lieber Model. Das Mädchen fühlte sich verkannt und gesehen zugleich und dachte danach, dass der Schlitz, den es an einem Sonntag mühevoll in die 150 Mark

teure, in einem Zeltbau erworbene Billigjeans geschnitten und anschließend die Stoffkanten ausgefranst hatte, zu groß war und zu knapp unter dem Po.

Das Mädchen kam eines Tages nach Hause und erzählte, die Klassenleiterin sei nach fünf Tagen Abwesenheit nun wieder da, habe neu und glänzend ausgesehen, wie eine Königin inmitten ihres Fußvolks, und habe von ihrem Bekannten berichtet, der ab und an Heroin nehme und, weil er sich im Griff habe, weder sich noch anderen dadurch schade. Heroin ist also gar nicht schlimm, sagte die Lehrerin und nickte wissend. Die Lehrerin ist auf einmal viel klüger als zuvor, dachte das Mädchen, und alles, was kaum zu glauben war, war ihm ein Schatz.

Das Mädchen sagte seinen Eltern, sie müssten ein neues Auto kaufen, sie könnten nicht mehr mit diesem faden Trabant herumfahren. Das Mädchen sagte nicht, dass es sich entsetzlich schäme, noch mit einem Trabant herumgefahren zu werden. Es drängelte die Eltern, es setzte monatelang all seine Überzeugungskraft und all sein Drängeln ein, um die Eltern zu überzeugen. Irgendwann kauften die Eltern einen violetten Renault 19 Chamade. Was weder das Mädchen noch die Eltern wussten, war, dass Chamade »ein mit der Trommel oder mit einer Trompete gegebenes Signal, sich ergeben zu wollen«[1] bezeichnet.

Es war einmal ein Mädchen, das erlebte ansonsten nichts.

Es war einmal eine Frau, die sehr genau wusste, dass das nicht stimmte, aber es war nun einmal so, dass sich die Frau partout nicht an mehr erinnern wollte. Sie merkte, dass es ihr, wann immer sie sich erinnerte, so dermaßen unwohl wurde, dass sie sofort von diesen Versuchen ablassen und sich anders beschäftigen musste. Sie merkte deutlich, dass sie anstelle einer ausführlichen Erinnerung, die wie ein Fundament für ein Haus wäre, eine Lücke hatte, eine schneidend hell beleuchtete Lücke, die anzusehen dazu führte, dass die Frau die Augen zusammenkneifen musste. Anstatt sich zu erinnern und dem Mädchen ein paar mehr Erlebnisse und Gefühle hervorzuholen, spaziert die Frau lieber durch eine Szenerie in schwarz-weiß, die ist ihr eine Art Sehnsuchtsort und zugleich ein Retreat. Der Spaziergang durch die Szenerie beginnt stets an einem kalten, regnerischen Tag am Strand von Warnemünde. Die Frau ist gerade im Wasser gewesen und verbirgt sich kurz vor dem Wind im Strandkorb. Rechts an der Promenade sieht sie das Hotel Neptun, weiter links den Leuchtturm, sie ist allein am Strand. Ohne den Strandkorb verlassen zu müssen, geht sie los. Sie geht durch einen Wald, eher ein Wäldchen, alles noch immer schwarz-weiß. Das Wäldchen mündet in den Berliner Alexanderplatz, den die Frau sofort an der Weltzeituhr erkennt. Dort verweilt sie. Direkt an der Weltzeituhr beginnt eine Straße, deren Häuser recht verfallen sind, aber nicht unheimlich wirken. Manche Fenster sind beleuchtet, aber aus Rücksicht auf die Frau sind keine Menschen zu sehen. Die Frau weiß nicht, wo alle sind, aber sie weiß sehr zu schätzen, dass sie ungestört durch eine Gegend gehen darf, die aus lauter ihr bekannten Elementen besteht, die in diesem Szenario vertrauenswürdig und zugleich unbekannt wirken. Wie gesagt, anstatt sich zu erinnern, spaziert diese Frau, und ich will sie vorerst nicht dabei stören.

---

1 Vgl. https://de.wiktionary.org/wiki/Chamade.


KOLLEKTIV
FÜHLEN LERNEN
WARUM EMANZIPATION
UND POPKULTUR
ZUSAMMENGEHÖREN
MAX LILL

1968 veränderten sich Subjektivitäten massenhaft und in rasender Geschwindigkeit. Musik war ein Mittel, um die Trennwände zwischen Persönlichem und Politischem einzureißen. Ein Erbe, an das die Linke neu anknüpfen muss.

MAX LILL ist Sozialwissenschaftler und aktiv in der Bewegung für Klimagerechtigkeit. Er hat zu Musik und Jugendkultur geforscht, Arbeits- und Reproduktionsansprüche untersucht, über Krisenerfahrungen und Rechtsextremismus geschrieben. Gerade promoviert er zum Thema »Demokratisches Charisma«.

Der Sixties-Jubiläumsreigen neigt sich seinem Ende zu – und angesichts unzähliger, wild zusammengestückelter Flower-Power-Dokus mit weißem Mittelschichts-Bias bin ich versucht auszurufen: Endlich! Die Verkitschung der Achtundsechziger-Mythologien ist ähnlich ärgerlich wie ihre spiegelbildliche Entzauberung nach dem Motto: alles privilegierte Hedonist*innen und dogmatische Polit-Macker, nur ein romantisches Vorspiel des neoliberalen Individualismus. Tatsächlich geht es um eine der großen Wasserscheiden der Geschichte. Und in den aktuellen Kämpfen kommt es auch darauf an, etwas vom damaligen Geist konkreter Utopie wiederzufinden – trotz allem.

Eine ähnliche Ausgangsüberlegung hat Bini Adamczak dazu bewegt, die Revolutionswellen von 1917/18 und 1968 in ein wechselseitiges Belichtungsverhältnis zu bringen (vgl. Adamczak 2017). Dabei wird deutlich, dass die Niederlagen der Linken im »Zeitalter der Katastrophen« (Hobsbawm) zwischen 1914 und 1945 auch darauf zurückzuführen sind, dass martialischer Kampf, autoritäre Disziplinierung und verkürzte Rationalitätsfetischismen ihre Theorie und Praxis dominierten. Zu dieser »universellen Maskulinisierung« bildet der Zyklus der 1960er Jahre eine Gegenbewegung. Adamczak spricht von »differenzieller Feminisierung« und meint damit einen Prozess der Sensibilisierung, Öffnung und Umbildung von Subjektivitäten.

Das verbindet sich nicht zufällig mit einer Ästhetisierung von Alltagskultur und Politik. Es geht um ein Emanzipationsstreben, das Tiefenschichten und Nuancen von Beziehungen berührt, die nur durch das Spiel mit sinnlichen Schattierungen und metaphorischen Bildern dargestellt werden können. Anders als in den klassischen bürgerlichen Künsten und auch noch in vielen ihrer avantgardistischen

Auflösungsbewegungen bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts ist dabei die Lebenswelt breiter Klassenfraktionen (und nicht eine relativ autonome und elitäre Sphäre der Kunst) das Hauptaktionsfeld. Die Popkultur, die daraus hervorgeht, bietet Symbolhaushalte, deren konkrete Bedeutungen erst im Rezeptionsprozess vom Publikum durch immer neue Arrangements der Einzelelemente im Alltag konstruiert werden (vgl. Diederichsen 2014).

Bei aller gattungssprengenden Kraft steht dabei in den 1960er Jahren Musik ganz klar im Zentrum – oder genauer: bestimmte musikalische Gestaltungstechniken. Das hat historische Gründe, deren Reflexion uns helfen kann, ein klareres Verständnis für den Strukturwandel des Öffentlichen und das – für Emanzipationskämpfe auch heute zentrale – Verhältnis von Subjektivitätsausdruck und kollektivem Widerstand zu gewinnen (vgl. ausführlicher: Lill 2013).

DIE LIEDER DER BÜRGERRECHTSBEWEGUNG ALS SPIRITUELLE MACHTDEMONSTRATION

Ausgangspunkt der Umwälzungen sind die antikolonialen Bewegungen, die sich seit Ende des Zweiten Weltkrieges über den Globus ausbreiten. Mit der Schwarzen Bürgerrechtsbewegung dringen sie ab Mitte der 1950er Jahre ins Herz des kapitalistischen Weltsystems vor, wo sie die liberalen Student*innen und die existenzialistische Beatkultur der Bohème politisieren. Schon bald fordern sie nicht mehr nur gleiche Rechte, sondern stellen die Machtfrage. Sie tun dies von Beginn an singend. Mit Stimmen, die so stark sind, dass sie einem auch noch auf den verwackelten Schwarz-Weiß-Bildern von den Konfrontationen mit dem rassistischen Mob in Mark und Bein gehen können.

Der Polizeichef von Birmingham (Alabama), »Bull« Connor, hetzt 1963 seine Hundestaffel auf Schulkinder und löst damit eine landesweite Empörungswelle aus, die zum Durchbruch der Bewegung beim »Marsch auf Washington« führt. »Bull« Connor gibt damals zu Protokoll, der Gesang mache ihn krank. Aus jeder Schwarzen Kirche, jeder Menschenkette, jeder überfüllten Gefängniszelle schlagen ihm die *freedom songs* entgegen. Es ist eine spirituelle Machtdemonstration. Und der brutale alte Mann spürt offenbar, dass diese Lieder, untermalt von hypnotischem Klatschen, eine Waffe darstellen, gegen die seine Armee letztlich hilflos ist.

In der Musik kristallisiert sich in diesem historischen Augenblick ganz unmittelbar eine Utopie radikaler Befreiung heraus. In den Jahrhunderten der totalen Entrechtung zuvor war sie als vor allem religiöse Sehnsucht nach einem Jenseits dieser zerbrochenen Welt wachgehalten worden: praktisch zelebriert als momenthafte Erlösung in den Spirituals, einer Ekstase des Hier und Jetzt, in der der Heilige Geist oder auch klandestine Kräfte des Voodoo in die Körper der Gläubigen einzufahren schienen. Für sie offenbarte sich die göttliche Botschaft in der Stimme, dem Zentrum aller Ursprungsmythen, die in den heiligen Schriften und Erzählungen nur übersetzt und erinnert werden. Nach dem Call-and-Response-Prinzip brachen einzelne Stimmen aus dem kollektiven Gesang der Gemeinde aus, traten rauschhaft improvisierend hervor, um anschließend zurückzusinken in den Chor der Vielen.

Mit der Bürgerrechtsbewegung bricht diese vom kollektiven Trauma der Versklavung gezeichnete sakrale Gegenwelt ins soziale

Diesseits ein. Sie fordert nun das weltliche Glück. Versehen mit neu erdichteten Texten wird aus den alten Kirchenliedern die definitive Ansage an alle Bull Connors dieser Welt: »Ain't gonna let nobody turn me around.«

Parallel hebt die Soulmusik die bis dato als Tabu geltende Trennung zwischen religiösem Gospel und sexualisiertem Rhythm and Blues auf (vgl. Ward 1998). Sie mischt damit – ähnlich wie zuvor schon der Rock'n'Roll – auch den weißen Musikmarkt auf und versetzt die konservativen Moralapostel*innen aller (auch linker) Couleur in helle Aufregung. Wenn Aretha Franklin 1967 »Respect« einfordert, dann braucht sie keine explizit politischen Texte zu singen. Auch so wissen alle – die Machos der Black-Power-Bewegung eingeschlossen –, was es bedeutet, wenn eine Schwarze Frau ihre Stimme in dieser Weise erhebt. Antirassismus und weibliche Emanzipation, Erleuchtung und erotisches Begehren fließen zusammen.

In Revolutionen wurde vermutlich immer gesungen. Aber die moderne Welt dürfte nur wenige derart musikalische Bewegungen erlebt haben. Selbst die Reden Martin Luther Kings sind halb gesungen, die Wahrheit des Gesagten scheint buchstäblich körperlich spürbar. Auch die Kinder der weißen Mehrheitsgesellschaft, aufgewachsen in einer Welt rassistisch-patriarchaler Konventionen, ängstlicher Verdrängung von Kriegserfahrungen und Atomparanoia, können sich dem Sog dieser Stimmen nicht entziehen.

DIE NEUE LINKE UND DAS POLITISCHE IM PERSÖNLICHEN

Damit gewinnt auch die Neue Linke an Dynamik. Sie formiert sich besonders früh in Großbritannien, dem anderen westlichen Zentrum der musikalischen Revolte. Auch hier ist der Hintergrund internationalistisch. Dafür stehen vor allem zwei Ereignisse im Oktober 1956 (es ist das Jahr des Beginns der US-Bürgerrechtsbewegung): Die sogenannte Sueskrise um die Verstaatlichung des Sueskanals durch Ägypten, in der die Kolonialimperien Großbritannien und Frankreich eine empfindliche Niederlage erleiden. Und der demokratische Aufstand in Ungarn, der von der sowjetischen Armee gewaltsam niedergeschlagen wird. Beide Konflikte verdeutlichen jungen Intellektuellen wie E. P. Thompson oder Stuart Hall die Notwendigkeit, sich in doppelter Weise abzusetzen: von der korporatistisch integrierten Sozialdemokratie und von den durch die Sowjetunion dominierten kommunistischen Parteien.

Die studentische Linke ist durch das Bedürfnis geprägt, Politik auch als etwas unmittelbar Persönliches zu praktizieren: Wie das berühmte Port Huron Statement von 1962[1] verdeutlicht, sollen die Leiden und Hoffnungen jedes Einzelnen herausgelöst werden aus dem Schattenreich der kleinfamiliären Trutzburg bürgerlicher Subjektivität. Übersetzt in eine Gegenöffentlichkeit soll aus vereinzeltem Schmerz ein kollektives Projekt der Gesellschaftsveränderung entlang der Leitidee einer radikal partizipativen Demokratie entstehen. Es ist eine Aktualisierung des in den Abgründen des 20. Jahrhunderts verschütteten sozialistischen und anarchistischen Erbes – und zugleich Ausdruck neuer Entfaltungsansprüche auf der Basis von Bildungsaufstieg und sozialstaatlicher Absicherung. Ein zentraler Angriffspunkt der Jugendbewegungen ist damit die Spaltung des sozialen

Lebens in eine öffentliche und eine intime Welt. Das führt sie mitten in das organisierende Zentrum der kapitalistischen und auch vieler realsozialistischer Gesellschaften dieser Zeit: die Trennung und zugleich Verschränkung der Produktions- und Lebensweise, abgestützt durch eine im Staat und in zentralisierten Repräsentationsapparaten verselbstständigte Politik. Schon bevor sich ab 1968 der Feminismus, die schwulen, lesbischen und queeren Bewegungen als eigenständige Kräfte formieren, knirscht es daher gewaltig im geschlechterpolitischen Scharnier sozialer Reproduktion. Und auch hier ist Musik eine Keimzelle des Neuen.

MUSIK ALS BÜRGERLICHE KUNST DER INNERLICHKEIT

Um dies zu verstehen, müssen wir gedanklich noch weiter zurückreisen: Musik galt in der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts (und in vielen musikphilosophischen Texten auch jüngeren Datums) als die paradigmatische Form einer autonomen Kunst der Innerlichkeit. Sie eröffnete, so glaubte und fühlte man, einen Raum reiner Gefühle jenseits jeder Verunreinigung durch die profane Alltagswelt, jenseits der strengen Konventionen des gesellschaftlichen Lebens und der Rationalität des Marktes, auch jenseits aller strategischen Ansprüche der Politik.

Musik als eine fließende Bewegung und spielerische Aufhebung der durchgetakteten (und damit verwertbaren) Zeit schien geeignet, alle festgefügten Formen zu sprengen – und musste gerade deshalb streng gezügelt und durch Notation systematisiert werden. Charakteristisch für die europäische Klassik war die Reduktion rhythmischer Gestaltungsmittel, der körperlichsten Seite dieser körperlichsten Kunst: oft nicht viel mehr als ein vereinheitlichtes Raster zur Entfaltung komplex durchstrukturierter Harmoniegebilde. Keine Verschiebungen im Timing, kein Groove. Auch die Tänze wurden streng geregelt, um allzu spontane physische Regungen zu unterdrücken.

Expressive Stilmittel fanden sich in der als sentimental geltenden Hausmusik. Jenseits öffentlicher Blicke und Ohren hatten darin auch die musizierenden Töchter ihren Platz. Gefühl und anmutige Sinnlichkeit sollten sie verkörpern, um einen guten Preis auf dem Heiratsmarkt zu erzielen. Im Konzertsaal wurde dagegen die innere Vision des genialen (männlichen) Komponisten mithilfe eines diszipliniert dirigierten Orchesters ins Riesenhafte vergrößert und forderte, im schärfsten Kontrast zur singenden Schwarzen Kirchengemeinde, absoluten Gehorsam der Musiker*innen und totale Zurückhaltung der Hörenden. Das Publikum blieb mit geschlossenen Augen versunken im Versuch, sein Inneres mit der vertonten Fantasie des Komponisten zu synchronisieren.

Was sich in dieser Praxis und Ideologie bürgerlicher Musikkultur ausdrückt, ist eine historisch besonders zugespitzte Sphärentrennung: Hier die (weiblich konnotierte) Welt der Kleinfamilie, in der die romantische Gefühlsinnerlichkeit kultiviert und in die künstlerischen Werke projiziert wird. Dort die (männliche) Welt der individualistischen Disziplin und Konkurrenz und der von abstrakten Ideen und Klasseninteressen getriebenen Machtkämpfe.

Dieser Dualismus, der sich auch in viele Sozialtheorien tief eingeschrieben hat, galt in dieser Form kaum je für die Arbeiterklasse und die kolonialisierten Massen – auch wenn

der Fordismus, zumindest in den Zentren, seine Ausweitung auf die respektablen Milieus der Lohnarbeitenden vorantrieb. In den subalternen Klassenfraktionen spielte die Community mit ihren halböffentlichen Räumen und kollektiven Gütern eine zu wichtige Rolle als Überlebensressource. Und statt einer generellen Unterdrückung der Sinne bestand die Gefahr eher darin, von der hegemonialen Kultur (analog zur Konstruktion von Weiblichkeit) auf die Physis und das verdrängte Andere von Spontanität, Emotionalität und Intuition reduziert zu werden.

DIE WIEDERKEHR DES VERDRÄNGTEN UND MUSIK ALS MEDIUM SOZIALER EMPATHIE

In der Unterhaltungsindustrie ist dieses Andere seit der Jahrhundertwende mehr und mehr öffentlich präsent und kann, wenn auch kommerziell zugerichtet, als Inspirationsquelle von den jugendlichen Gegenkulturen aufgenommen werden.

Die Entstehung einer globalen Jugendkultur beginnt vor allem mit dem Rock'n'Roll der 1950er Jahre und dem Skiffle und Folk der frühen 1960er Jahre – eine Musik, die in oft unverfrorener Weise auf jenen performativen Techniken aufbaut, die insbesondere im afroamerikanischen Proletariat entwickelt worden waren. Man kann einiges davon als Varianten einer privilegierten kulturellen Aneignung kritisieren. Aber das sollte nicht vergessen lassen, dass bei vielen weißen Jugendlichen ein sehr ernsthaftes Einlassen auf diese kulturellen Praktiken einsetzt: ein Suchen und Erspüren auch der sozialen Erfahrungen, die sich darin mitteilen (vgl. Cantwell 1996). Dem liegen natürlich oft zunächst Stereotype zugrunde. Doch es setzen soziale Lernprozesse ein, neue Beziehungsweisen und Selbstentwürfe werden erschlossen. Viele brechen aus, um Distanz zwischen sich und ihr teils klein-, teils bildungsbürgerliches Herkunftsmilieu zu bringen – und häufig auch, um ganz praktisch mit den Deklassierten gegen Rassismus und Ausbeutung zu kämpfen. Es ist diese klassenübergreifende Solidarisierung, die – noch vor dem Einsetzen der ökonomischen Krisenprozesse – eine Hegemoniekrise der alten Ordnung einleitet.

In der Wiederbelebung der US-amerikanischen Folkmusik steht anfangs die Erinnerungsbewegung im Vordergrund: Folk war in den USA seit der Jahrhundertwende eng verwoben mit der Geschichte der Arbeiterbewegung. Die tradierten Songs wirken wie ein kollektives Gedächtnis der Kämpfe aus der Zeit des New Deal in den 1930er Jahren, in der schon einmal ein Revival urbane Intellektuelle und proletarische Volkskulturen in Kontakt gebracht hatte. Die Musik wird zur Zeitmaschine: Mit ihr reisen junge Menschen aus den gleichförmig geschichtsvergessenen Vorortsiedlungen zu einem früheren Knotenpunkt, um sich in der Gegenwart neu zu erfinden.

Bob Dylan tritt erst als Inkarnation Woody Guthries auf, singt aber schon bald vom Rassismus der Gegenwart und erkundet als androgyner Dandy in surrealistischen Sprachlabyrinthen das verdrängte Unbewusste Amerikas. Und Joan Baez betritt die Bühne als Wiedergängerin einer ans viktorianische Zeitalter erinnernden jungfräulichen Madonnengestalt, die unendlich traurige Balladen singt. Auch sie entpuppt sich aber als eine sehr zeitgemäße Figur: eine emanzipierte, promiskuitiv lebende Frau und radikale Aktivistin. Dieses tragische Traumpaar des Folkrevivals verwebt dabei

Reflexionen ihrer eigenen Liebesgeschichte mit den tradierten Metaphern der Volks- und Populärkulturen und den Erfahrungen der aktuellen Kämpfe, die ihr Publikum mit messianischer Verve auf sie projiziert.

ERSCHÜTTERUNG DER PATRIARCHALEN GESCHLECHTERORDNUNG

Es folgt die Beatlemania: Die aufgestauten Gefühle der – vor allem weiblichen – Teenager brechen sich Bahn. Expressive, öffentlich sichtbare Jugendkultur war bis dato eine klar männlich dominierte Angelegenheit. Die Teddy Boys mit ihren Motorrädern stellten dies schon im Namen zur Schau. Die Beatles singen nun in euphorischem Gestus auch von Mädchenträumen, verkörpern diese in persona – und Hunderttausende ekstatische Fans rennen Polizeiketten nieder, um ihnen nah zu sein. Ohne diese Eruption weiblicher Leidenschaften ist die zweite Welle des Feminismus, die unübersehbar wird, als dieselben Jahrgänge fünf Jahre später die Hochschulen erreichen, kaum sinnvoll zu beschreiben.

Dieser Zusammenhang kann von heute aus betrachtet leicht aus dem Blick geraten, weil sich die männliche Vorherrschaft in der Rockmusik bis in die Gegenwart verlängert. Gerade gegen Ende der 1960er Jahre, mit den ersten schweren Niederlagen der Emanzipationsbewegungen, verstärkt sich teilweise wieder ein offener Machismo, der wiederum einen Ausgangspunkt der feministischen und queeren Bewegungen der 1970er Jahre darstellt und an dem sich noch die Riot Grrrls der 1990er Jahre und heute etwa die virtuosen Inszenierungen von St. Vincent abarbeiten.

Um die Mitte der 1960er Jahre betreten dagegen nicht nur starke Frauen wie Janis Joplin oder Grace Slick die Bühne der Rockmusik, die (abgesehen von Ausnahmen wie dem glorreichen Jimi Hendrix) inzwischen von Weißen dominiert wird (ebenfalls eine lange nachwirkende Folge jener Rückschläge, die zu einer neuerlichen Spaltung zwischen Schwarzen und weißen Gegenkulturen führen). Es sind auch besonders viele brüchige, empfindsame Männerstimmen zu hören. Musiker wie Neil Young zelebrieren perfekt das Unperfekte und Verletzliche. Ihre Körper sind eher schwach und filigran, ihre Bewegungen nervös, voll untergründiger Spannung. Nicht wie Führer und Heroen treten sie auf, sondern wie feine Antennen, die das gemeinsam Erlebte in Töne, Worte und Gesten übersetzen.

Bei den frühen Hippies wird die Tendenz zur Androgynität und vordiskursiven Sensibilisierung radikalisiert. Die Werte der Intimsphäre sollen nun alle menschlichen Beziehungen prägen und Musik gilt als ihre natürliche Erscheinungsform. In ausufernden Improvisationen und Happenings wird das rauschhafte Schwellenerlebnis der Verschmelzung mit dem Kollektiv gesucht. Das führt erst zur befreienden Umarmung der Menschheit, dann vielfach in Drogenkult und Psychose. Nach einer kurzen Berührung mit einem im Lichte von Vietnam und Black Power radikalisierten Politaktivismus setzt der Rückzug in Esoterik und Landkommune ein.

POPKULTUR IM KAMPF UM DIE HEGEMONIE

Die Popkultur, die aus diesen und vielen anderen Suchbewegungen entsteht, arbeitet mit Technologien der Nähe, die die Rauheit und die individuellen Nuancen der Stimmen betonen und den Rhythmus ins Zentrum musikalischer Gestaltung stellen. Die Landkarte

des Sozialen wird damit les- und gestaltbarer. Und sie wird auch über Zeiten hinweg erinnerungsfähiger.

Die tragische Wendung dieser Innovationen in eine ökonomisierte Kultur der Selbstvermarktung ist bekannt. Sein Innerstes nach außen zu wenden und vermeintlich nonkonformistisch in Szene zu setzen, ist heute die autoritative Parole von Castingshows und Personal Coachings: eine Herrschaftstechnik und Propagandalüge. Das hat die Authentizitätsforderungen der Achtundsechziger in Misskredit gebracht. Es wurde immer deutlicher, dass der Versuch, sich umfassend und unmittelbar öffentlich zu artikulieren, unter den gegebenen Bedingungen Gefahr läuft, in Selbstentblößung oder Schwindelei zu enden – und dass er sich mit organisierter Politik auch nur bedingt verträgt. Die real existierende Öffentlichkeit ist ideologisch zu verkrustet und gespalten. In ihr lässt sich oft nur durch Trickserei, Maskenspiel und Verwandlung etwas Wahres und Lebendiges darstellen.

Die Übersetzung intimer in öffentlich mitteilbare (und dadurch kathartisch verwandelte) Gefühle bleibt für Emanzipationsbewegungen aber entscheidend – genauso wie die Übersetzung zwischen Unterdrückungs- und Widerstandserfahrungen unterschiedlicher sozialer Welten.

Mit der Konstellation der 1960er Jahre, ihrer Dynamik der Entfaltung neuer Subjektivitäten, liegt die herausragende Bedeutung der Musik für soziale Kämpfe heute aber wohl dennoch hinter uns. Ihr Nachklang ist zwar zunehmend wieder hörbar, etwa im Umfeld von Black Lives Matter und der Repolitisierung von Hip-Hop. Dabei stehen aber weniger die ästhetischen Formen und die mit ihnen jeweils assoziierten Selbstentwürfe oder kulturellen Traditionslinien im Zentrum der Auseinandersetzungen (rührend wirken rückblickend etwa die wütenden Fanproteste gegen Dylans Übergang zur Rockmusik). Die Frontlinien bestimmen sich auch in der Popkultur heute stärker durch kollektive Ziele. Vor allem der Widerstand gegen den rassistisch-patriarchalen Autoritarismus und die universelle Zerstörungslogik des fossilen Kapitalismus wirkt verbindend.

Dabei scheint die Kluft zwischen intimer und öffentlicher Welt für die Fridays-for-Future-Generation, die mit einem Facebook-Avatar aufgewachsen ist, nicht mehr ganz so tief zu sein – und das hat, entgegen der bekannten kulturkritischen Einwände, durchaus Vorteile. Wir schwimmen in popkulturellen Zeichen, wie ältere Gesellschaften in religiösen Bildern schwammen. Zugleich haben wir Distanz zu den Darstellungsformen gewonnen, können leichter mit ihnen spielen – sei es gegeneinander oder miteinander. Die Farben und Klänge dieser Sprache des Alltags wieder stärker in die Politik zu tragen, dürfte eine Mindestanforderung für alle Versuche sein, ein linkes Transformationsprojekt voranzubringen.

LITERATUR

Adamczak, Bini, 2017: Beziehungsweise Revolution. 1917, 1968 und kommende, Berlin

Cantwell, Robert, 1996: When We Were Good. The Folk Revival, Cambridge/London

Diederichsen, Diedrich, 2014: Über Pop-Musik, Berlin

Lill, Max, 2013: The whole wide world is watchin' – Musik und Jugendprotest in den 1960er Jahren. Bob Dylan und The Grateful Dead, Berlin

Ward, Brian, 1998: Just my soul responding. Rhythm and Blues, black conciousness and race relations, London

1 Das in Port Huron (Michigan) verabschiedete Manifest der Students for a Democratic Society (SDS), gilt als ein programmatisch grundlegendes Dokument der Neuen Linken in den USA.

WAS BRINGT DIE LINKE IN DER REGIERUNG?

GESPRÄCH

MIT JANINE WISSLER UND HARALD WOLF

››› Das Land ist polarisiert. Auf der einen Seite erleben wir eine rechtspopulistische Mobilisierung, auf der anderen Fridays for Future, intensive Gewerkschaftskämpfe und Enteignungsdebatten. Nun hat die SPD überrascht: Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans sind als erklärte GroKo-Gegner*innen die neuen Vorsitzenden. Wie schätzt ihr vor diesem Hintergrund die Diskussion um eine grün-rot-rote Bundesregierung und die Aufgaben der LINKEN ein?

››› HARALD: Das Votum für Esken und Walter-Borjans zeigt, dass viele Mitglieder der SPD aus der babylonischen Gefangenschaft mit der Union und dem Neoliberalismus ausbrechen wollen. Gleichzeitig werden die beiden mit Widerstand aus der Fraktion und den Reihen der Minister und Ministerpräsidenten konfrontiert sein. Insofern zeigt das Votum auch die Zerrissenheit der SPD. Umso wichtiger ist es, dass die LINKE deutlich signalisiert, dass sie bereit und in der Lage ist, den Kampf um linke Mehrheiten in der Gesellschaft aufzunehmen – mit einer Politik, die realistisch und zugleich radikal ist. Das Modell Große Koalition ist gescheitert, und es stellt sich die Frage, welche Konstellation die Ära nach Merkel bestimmen wird. Als LINKE müssen wir hier mit einer eigenständigen Position eingreifen. Es geht nicht um Farbspiele, aber wir müssen unsere politischen Inhalte mit der Bereitschaft verbinden, für eine linke Mehrheit und damit für eine Regierungsalternative zu mobilisieren. Wir sollten also mit klaren Positionen, aber auch mit dem Signal, diese umsetzen zu wollen, in die Auseinandersetzung gehen.

››› JANINE: Wir sollten unsere Bereitschaften immer an Inhalten festmachen. Ich bin aber mehr als skeptisch, dass Rot-Rot-Grün in absehbarer Zeit genug Gemeinsamkeiten für ein Regierungsprojekt hat, wenn man sich anschaut, welche Politik SPD und Grüne in den letzten Jahren gemacht haben. Hätten wir heute Koalitionsverhandlungen, müssten wir darüber reden, wie sich die Fehler, die die SPD federführend mitbegangen hat, korrigieren ließen. Ich sehe dafür in der Partei aber keinen hinreichenden Erneuerungsprozess. Sicher ist die Wahl von Walter-Borjans

»Ich bin mehr als skeptisch, dass Rot-Rot-Rrün genug Gemeinsamkeiten für ein Regierungsprojekt hat.« [JANINE]

»Viele Menschen aus den Bewegungen, Gewerkschaften und Initiativen erwarten, dass die LINKE sich der Machtfrage ernsthaft stellt.« [HARALD]

und Esken ein gutes Signal. Das zeigt, dass sich große Teile der SPD-Basis einen Bruch mit der bisherigen Politik und der Großen Koalition wünschen, aber man merkt ja jetzt schon, wie groß die Widerstände dagegen sind, seitens der Bundestagsfraktion und prominenter SPD-Mitglieder.
Auf die Frage der gesellschaftlichen Polarisierung müssen wir Antworten jenseits von Regierungsbeteiligungen finden, denn ohne eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse könnten wir in einer Regierung sowieso nicht viel erreichen. Es geht also darum, wie wir gesellschaftlichen Druck erzeugen können, der eine progressive Reformpolitik möglich machen würde.

» HARALD: Völlig d'accord. Allerdings erwarten auch viele Menschen aus den Bewegungen, Gewerkschaften und Initiativen, dass die LINKE sich der Machtfrage ernsthaft stellt. Es geht ihnen um konkrete Veränderungen, sei es bei den Mieten, im Kampf gegen Prekarität und für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, für veränderte soziale Sicherungssysteme, Klimaschutz etc. Wir müssen das aufgreifen, und von den Durchsetzungsperspektiven machen wir dann abhängig, ob wir in eine Regierung eintreten oder nicht. Den Grünen ist es gelungen, sich als dynamischer, auf Veränderung drängender Faktor der Politik darzustellen. Wenn ich die Berichte von deren letztem Bewegungsratschlag höre, die hatten volles Haus, da waren mehr Leute als bei uns. Warum? Weil sich viele von den Grünen jetzt etwas erwarten, während wir eher als stagnierende Partei wahrgenommen werden. Wenn wir da eine

HARALD WOLF ist Politologe und seit 1991 Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus. Zwischen 2002 und 2011 war er stellvertretender Bürgermeister und Wirtschaftssenator in der ersten rot-roten Regierung in Berlin. Seit 2014 ist er Mitglied im Parteivorstand der LINKEN.

JANINE WISSLER ist Politologin und war ab 2004 in der WASG aktiv. Seit 2008 sitzt sie für die LINKE im Hessischen Landtag und ist dort Fraktionsvorsitzende. Seit 2014 ist sie außerdem eine der stellvertretenden Parteivorsitzenden auf Bundesebene.

neue Dynamik reinbringen wollen, dann müssen wir den Willen zur Veränderung aufgreifen. Sonst überlassen wir anderen das Feld.

››› JANINE: Ja, diese Art von Erwartungshaltung gibt es. Viele Menschen haben ein Repräsentationsmodell von Politik im Kopf, nach dem Motto: »Wir wählen und dann wird das umgesetzt.« Insofern müssen wir mit diesen Erwartungen umgehen. Wir sollten aber klarmachen, dass gesellschaftliche Veränderungen nicht nur über Parlamente und Regierungen durchgesetzt werden können. Es hat die Anti-Atom-Bewegung gebraucht, um aus der Atomkraft auszusteigen, die Frauenbewegung, um das Frauenwahlrecht einzuführen, und die Arbeiterbewegung für zahlreiche soziale Errungenschaften. Wir sollten als LINKE nicht die Erwartungen schüren, dass wir stellvertretend für die Menschen grundlegende Veränderungen herbeiführen könnten. Spätestens wenn sich die wirtschaftliche Situation trübt, werden die Spielräume kleiner. Wenn es dann keine starken Bewegungen gibt, hat jede linksgerichtete Regierung ein Problem. Hinzu kommt, dass ein großer Teil der gesellschaftlichen Macht ja gar nicht in den Parlamenten liegt. Dazu haben auch Privatisierungen und Deregulierungen der letzten Jahre beigetragen. Es geht auch um die Frage der ökonomischen Macht.

››› Als sozialistische Partei sollten wir deshalb immer fortschrittliche Prozesse der Selbstemanzipation unterstützen, dass Menschen selber kämpfen lernen für Verbesserungen und eine sozialistische Gesellschaft.

››› HARALD: Da sind wir uns einig, ich predige keine Stellvertreterpolitik. Was ich vor Augen habe, sind die Erfahrungen, die wir gerade in Berlin machen. Hier gibt es eine hochinteressante Dialektik zwischen außerparlamentarischer Bewegung und Regierungshandeln. Schon vor dem Regierungseintritt waren die Bewegungen stark, insbesondere in der Mietenfrage. Im Wahlkampf haben wir das mit der Frage »Wem gehört die Stadt?« aufgegriffen, in der Regierung haben wir dann konkrete Forderungen der Bewegung aufgenommen. Das hat wiederum viele ermuntert, weiter voranzugehen, weil es innerhalb der Regierung nun einen Resonanzboden gibt. Insofern entsteht hier ein produktives Zusammenspiel.

Anders als bei unserer ersten Regierungsbeteiligung in Berlin hat sich auch eine gute Arbeitsteilung zwischen der LINKEN in der Regierung und der Partei entwickelt. Letztere ist nicht Erfüllungsgehilfin und Transmissionsriemen in die Bewegung. Sie spielt eine aktive Rolle, übt außerparlamentarischen Druck aus, steht als Korrektiv außerhalb der Kabinettsdisziplin. Sie treibt beispielsweise den Volksentscheid für Enteignung aktiv voran.

Hier wird deutlich, wie man in der Regierung arbeiten kann, ohne die Illusion zu erwecken, wir regeln das alles schon. Die Frage ist: Könnten wir eine vergleichbare Mobilisierung auf der Bundesebene hinkriegen? Nur so ginge radikale Reformpolitik.

››› JANINE: Die Entwicklungen in Berlin finde ich auch spannend. Weil Bewegungen nicht als störendes Element verstanden werden, wenn sie Forderungen an die Regierung stellen, sondern als notwendig, um linke Inhalte wie den Mietendeckel umzusetzen. Als wir 2008 überlegt haben, ob wir Rot-Grün

in Hessen tolerieren, hat mir mal ein Gewerkschafter gesagt: »Kommt, macht das erstmal, wählt den Koch ab, wir versprechen euch, dass wir als Gewerkschaften dann erstmal die Füße stillhalten.« Das empfand ich damals eher als Drohung. Es ist doch genau umgekehrt: Gerade wenn wir uns an einer Regierung beteiligen, braucht es den Druck der sozialen Bewegungen und der Gewerkschaften. Das hat Harald ja auch in seinem Fazit zur damaligen Rot-Roten Regierung in Berlin geschrieben (vgl. *LuXemburg* 1/2014).

››› Und wie sieht es mit so einer Konstellation auf Bundesebene aus? Ist das nicht noch voraussetzungsvoller als auf Landesebene? Seht ihr die Partei darauf vorbereitet?

››› JANINE: Der gesellschaftliche Druck ist entscheidend und der ist auf Landesebene oft leichter zu erzeugen. Andererseits muss man auf Landesebene viele Gesetze umsetzen, auf die man nur wenig Einfluss hat. Stichwort: Abschiebung und Asylrecht. Hinzu kommen finanzielle Zwänge, die durch die Schuldenbremse noch größer geworden sind. Man kann zwar sagen, wir wollen eine Vermögenssteuer, aber man kann sie nicht einführen.

››› HARALD: Ich würde dennoch sagen, dass die Bundesebene eine andere Herausforderung darstellt. Die Ministerialapparate sind starrer, das Wirtschaftsministerium beispielsweise ist ein harter neoliberaler Apparat. Und du hast es mit der internationalen Ebene zu tun, die betrifft die Frage von Wirtschaftsbeziehungen, die Einbindung in das europäische Apparatesystem, in Sicherheits-, NATO- und Bündnisstrukturen. Das macht es viel schwieriger, weil, um es mit Gramsci zu formulieren, das Festungssystem weiter ausgebaut ist. Auf deine Frage, ist die Partei darauf vorbereitet, sage ich: Nein, nicht ausreichend.

››› JANINE: Ich sehe nicht, dass uns eine Ausrichtung auf Rot-Rot-Grün gegenwärtig hilft. Merkel regiert ja nicht allein, sondern seit Jahren in einer Großen Koalition. Die Ära Merkel ist also auch eine Ära der Großen Koalition. Alles, was wir an dieser Regierung kritisieren, trifft doch auch die SPD: die Erhöhung des Rüstungshaushaltes, die Einschränkung des Asylrechts, die ungerechte Steuerpolitik, das unzureichende Klimapaket, die Zuspitzung zwischen arm und reich. Insofern sehe ich unsere vordringliche Aufgabe darin, diese Bundesregierung anzugreifen und als Opposition erkennbar zu sein. In vielen Bundesländern tendieren die Grünen ohnehin eher zur CDU. Wir sollten eine Regierungsbeteiligung nicht ausschließen, da stimme ich zu. Aber die Frage ist, was wir jetzt in den Vordergrund stellen. Ich finde, wir sollten nicht offensiv auf eine Regierungsbeteiligung orientieren, für die es bisher keine arithmetischen Mehrheiten, kaum Bereitschaft bei SPD und Grünen und zu wenige politische Schnittpunkte gibt.

››› HARALD: Klar, wenn wir für eine linke Mehrheit kämpfen, kämpfen wir erstmal für unsere Inhalte. Man macht keinen Wahlkampf für Regierungskompromisse. Wir wollen einen grundlegenden Politikwechsel und dazu muss auch die SPD sich verändern. Deshalb geht es aber auch hier um die Frage, ob wir – mit den Bewegungen – in der Lage sind, die relevanten Themen so stark zu machen, dass sie teils hegemoniefähig werden. Wir sagen ja nicht: »Leute, es wird

alles wunderschön«, sondern: »Leute, wir müssen den Kampf aufnehmen um eine linke Mehrheit und eine andere Politik.« Ob der erfolgreich ist, ist ungewiss.
Übrigens gibt es auch bei den Realos eine wachsende Skepsis gegenüber Schwarz-Grün. Mit Merkel konnten sich das viele gut vorstellen, aber mit der Riege Kramp-Karrenbauer und Merz wird es schwieriger werden.

››› JANINE: In Hessen haben sie es mit Bouffier geschafft. Dort regieren CDU und Grüne seit sechs Jahren zusammen, und das erschreckend harmonisch.

››› HARALD: Unter diesen Bedingungen sind auch die Realos aus rein machtpolitischen Erwägungen offener für Rot-Rot-Grün, weil sie die Hoffnung haben, stärkste Partei zu werden. In Berlin erlebe ich sie außerdem in einer Reihe von Fragen als gute Verbündete. Das hat sich aufgrund des gesellschaftlichen Klimas in der Stadt verändert, und diesen Druck müssen wir nutzen. Wenn es am Ende nicht reicht, haben wir zumindest gekämpft. Ich glaube, das wird honoriert werden. Aber die Haltung, »mit denen wird es sowieso nicht gehen«, halte ich für schwierig.

››› Was sind die Grundlagen, die Kernprojekte für eine solche Zusammenarbeit?

››› JANINE: Wir haben ja im Programm festgeschrieben, dass sich die LINKE nicht an einer Regierung beteiligen wird, die Sozialabbau betreibt, Personal im öffentlichen Dienst reduziert, Privatisierung vorantreibt und Soldaten ins Ausland schickt. Das sind die Haltelinien.

››› HARALD: Der Negativkatalog.

››› JANINE: Genau. Zentral für einen Politikwechsel ist eine echte Umverteilung. Da geht es nicht um drei Prozent mehr oder weniger Steuersatz, sondern darum, diese völlig falsche Entwicklung von Vermögenskonzentration und Einkommensspaltung umzukehren. Und Umverteilung heißt sowohl innerhalb der Bevölkerung als auch hin zu den öffentlichen Kassen, um überhaupt wieder Spielräume für eine fortschrittliche Reformpolitik herzustellen. Außerdem brauchen wir einen Paradigmenwechsel in der Außenpolitik. Hier geht es nicht nur um Waffenexporte, sondern darum, welche Rolle Deutschland außenpolitisch spielt. Es bräuchte ein klares Bekenntnis zur Friedenspolitik und gegen Militäreinsätze. Natürlich müssten der sozial-ökologische Umbau und Klimaschutz wichtiger Bestandteil sein und die Wiederherstellung des Asylrechts.

››› HARALD: Ich stimme zu. Vermögens- und Erbschaftssteuer sind zentral, um beispielsweise ein groß angelegtes sozial-ökologisches Investitionsprogramm finanzieren zu können. Darüber hinaus ist die Frage der Rekommunalisierung wichtig und die Stärkung öffentlicher Infrastrukturen bis hin zur Energiewende. Solange Stromnetze und digitale Breitbandnetze privat sind, ist nicht viel zu machen. Dann die Sozialstaatsthemen: Sanktionsfreiheit, Mindestsicherung und Schutz gegen Prekarität, Durchsetzung einer generellen Allgemeinverbindlichkeit für Tarifverträge, Abschaffung der privaten Sicherungssysteme, also Schluss mit der Privatisierung der Rente und des Zweiklassensystems in der Krankenversicherung. Stichwort: solidarische Bürgerversicherung. Hinzu kommt die Regulierung des Mietenmarktes auf der Bundesebene. Das wären wesentliche Elemente eines Reformpro-

gramms, für das es sich lohnen würde, in die Regierung einzutreten.
Bei den außenpolitischen Fragen müsste man realistische Korridore aufzeigen. Es wird nicht klappen, wenn wir sagen, wir treten sofort aus der NATO aus. Wir brauchen also Ausstiegsszenarien für die aktuellen Auslandseinsätze, eine Initiative für ein kollektives europäisches Sicherheitssystem, also auch ein anderes Verhältnis zu Russland – bei allen Problemen, die man mit Putin haben kann und muss.

››› Es gibt ja auch die Überlegung, eher eine Minderheitsregierung zu tolerieren. Wie seht ihr das?
››› HARALD: Das ist keine Frage einer abstrakten Modelldiskussion, sondern hängt von der konkreten politischen Situation ab. Das portugiesische Modell funktioniert sehr gut.

››› Für die Sozialdemokraten…
››› HARALD: Auch für das Linksbündnis Bloco, sie haben bei den letzten Wahlen leicht hinzugewonnen. Die Sozialdemokraten hatten ein gutes Ergebnis, aber nicht, wie befürchtet, die absolute Mehrheit. Der Bloco de Esquerda konnte in der Frage des Mindestlohns massiven Druck ausüben, was honoriert wurde. Für die portugiesische Situation war das die richtige Konstellation. Die Tolerierung hat es möglich gemacht, eine Art »Austerität mit menschlichem Antlitz« durchzusetzen.
Andererseits, klar, wenn du Teil der Regierung bist, hast du andere Hebel. Das setzt aber voraus, dass die Kräfteverhältnisse stimmen, sowohl was den gesellschaftlichen Druck angeht als auch das Kräftegleichgewicht zwischen den Parteien. Es bringt wenig, wenn du mit einer 5,1-Prozent-Partei in die Regierung gehst, in den eigenen Ministerien einen relativ geringen Hebel hast und es keinen gesellschaftlichen Druck gibt.

››› Noch mal zu den Kernprojekten: Reicht es, das linke Wahlprogramm aufzuzählen und dann zu sagen, wenn wir das so umsetzen können, sind wir bereit, in eine Regierung einzutreten? Das wirkt doch eher statisch als dynamisierend, oder?
››› JANINE: Keine konkrete Verbesserung für die Menschen sollte an der LINKEN scheitern, wir sollten kompromissbereit sein bei der Schrittlänge, aber nicht bei der Richtung.
Wir können Kompromisse machen, wenn beispielsweise die Beschäftigung im öffentlichen Dienst nicht so schnell ausgebaut wird, wie wir uns das wünschen, oder etwas weniger neue Sozialwohnungen gebaut werden, als in unserem Programm steht. Aber es darf nicht in die falsche Richtung gehen – also zum Beispiel nur 5 000 öffentliche Wohnungen zu verkaufen, statt 10 000 - das wären »Kompromisse«, die wir nicht machen dürfen, weil sonst eine linke Regierungsbeteiligung mit realen Verschlechterungen verbunden wäre.
››› HARALD: Eine Fokussierung auf echte Kernprojekte müsste das Ergebnis eines Diskussionsprozesses innerhalb der Partei sein. Das kannst du nur als kollektiven politischen Prozess denken. Soweit sind wird noch nicht. Es ist aber ein Prozess, der meines Erachtens dazugehört, wenn wir uns ernsthaft der Machtfrage stellen wollen.

Das Gespräch führte Moritz Warnke.

CARE-CATWALK

An dem Tag,
als es zu viel wurde …

ALMA

» An dem Tag, als ihr ihre Arbeit
als alleinerziehende Mutter eines
Kindes mit geistiger Behinderung zu viel
wurde, hat sie ihr Kind vor Verzweiflung
in den Arm gebissen.
Weil sie so erschöpft war,
so unter Druck,
so sehr losmusste zur Arbeit.
Und ihr Kind so sehr
nicht loswollte zur Schule,
so schwer war,
so wenig zugänglich für alles Überreden.
Weil sie nicht mehr konnte und
es einfach nicht möglich ist,
einen Morgen nicht aufzustehen,
Frühstück zu machen und
die Kinder in die Schule zu bringen.
Es gab viel zu wenig Pause. «

NADEGE

» Wir sind Freund*innen.
Wir kümmern uns umeinander,
und das ist schön.

Wir richten Partys aus und verbringen Familienfeste zusammen. Ich passe auf deine Kinder auf. Du hilfst mir, einen Ort zu finden, weil ich zu Hause rausmuss. Wir genießen Ausflüge in die Natur. Ich organisiere dir Geld, wenn es mal wieder nicht reicht. Du hörst mir die ganze Nacht zu und am nächsten Tag im Job funktionierst du vor Müdigkeit nicht. Wir füllen zusammen unsere Patientenverfügungen aus. Ich habe Verständnis, weil du wegen Stress schon wieder den gemeinsamen Kinobesuch absagst. Du holst mich aus der Klinik ab. Ich liefere dich in die Klinik ein. Wir gehen zusammen auf die Demo.
An dem Tag, an dem uns das Kümmern zu viel wurde, haben wir heulend vor Erschöpfung voreinander gestanden, weil jede eine Schulter zum Anlehnen brauchte, aber jede keine Energie mehr hatte, für die andere da zu sein. Wir sind solidarisch. Aber es gibt für das Füreinander-da-Sein oft zu wenig Zeit und Raum. «

CARE-CATWALK

Statements, vorgetragen bei einer Agit-Prop-Aktion zum Frauen*kampftag 2019 vor dem Gesundheitsministerium in Berlin. Care-Arbeitende aus verschiedenen Feldern gaben dort Überlastungsanzeigen ab.

NOA

» Seit fünf Stunden liege ich wach in meinem Bett und kotze in einen Eimer, der eigentlich dafür da ist, das Spülwasser zu fassen, wenn ich meine Wohnung putze. Es ist meine erste Lebensmittelvergiftung des Jahres und normalerweise wäre das jetzt ein Grund, jede Verabredung zu canceln und mir eine Coca Cola ans Bett bringen zu lassen. Aber heute ist kein normaler Tag, denn meine Alter Egos Sara, Zoey und Eve haben heute einen Termin im Bezirksamt. Termin eins für die Anmeldung als Prostituierte, und ironischerweise geht es um meine Gesundheit.

Seit fünf Stunden kämpfe ich gegen meine Übelkeit, um diesen Termin wahrnehmen zu können, und seit einer Stunde wähle ich jede Nummer der zuständigen Behörde, um wenigstens abzusagen. Aber niemand geht ran und ich denke an meine Kolleginnen und daran, ob ich uns nicht alle in den Dreck ziehe, wenn ich diesen Termin nicht wahrnehme.

Denn denken die Leute nicht eh schon, dass wir eine undefinierbare Masse sind, die zusammengehalten wird aus einem Kleber aus Geschlechtskrankheiten, Selbsthass und Drogengebrauch?

Ich denke, ich muss ein extra gutes Beispiel sein, deswegen zwinge ich mich in mein Auto, obwohl mein Körper gar nicht mehr weiß, wie das geht, und kotze alle 15 Minuten in einen Busch.

Gestern noch habe ich geplant, in meinem Lieblingsoutfit für die Arbeit und mit Perücke und Sonnenbrille eine Show abzuliefern, aber ein Autor hat mal geschrieben, dass wir Sexarbeitenden für euch nie mehr sein werden als hohe Stiefel, die gegen ein Auto gelehnt stehen. Ohne Gesicht, mit immer der gleichen Geschichte. Mehr ein Objekt als ein Mensch. Deswegen bin ich gekommen, wie ich bin. Ungeschminkt und in meiner Straßenkleidung. Wie alle anderen. Damit ihr in mein Gesicht schauen müsst und versteht, dass wir Menschen sind, denen ihr ihre Rechte nehmt. «

CHRISTIANE MARKARD

SCHAFFEN WIR DAS?
EHRENAMTLICHE ARBEIT IN EINER FLÜCHTLINGSUNTERKUNFT

Ich hatte mich nach meiner Pensionierung 2015 schon länger mit dem Gedanken getragen, Flüchtlingskinder beim Deutschlernen zu unterstützen.[1] Aber wie finde ich Kinder, die Unterstützung brauchen? Und benötige ich dafür nicht eine Ausbildung? Mir kam ein Zufall zu Hilfe – jemand suchte Ersatz für die Betreuung von Vorschulkindern in der damaligen Notunterkunft im alten Rathaus Berlin-Wilmersdorf. Die dort tätigen ehrenamtlichen Betreuerinnen fragten nicht nach meinen Kenntnissen, sondern nahmen mich freundlich auf.

Insgesamt empfand ich die Situation allerdings als ziemlich chaotisch. Die Kinder schrien durcheinander, die meisten Versuche, mit ihnen zu spielen, zu malen oder zu basteln, scheiterten nach bloß fünf Minuten: Ihr Bewegungsdrang war kaum zu bändigen. Die Benutzung der deutschen Sprache beschränkte sich weitgehend auf fordernde Rufe nach Schere und Kleber für Bastelarbeiten. Die Namen der Kinder waren für mich nur schwer verständlich und lernbar, sodass ich immer wieder auf ihre Zugangskärtchen (elektronische Ausweise für die Bewohner*innen) schielen musste. Obwohl mir unser Ange-bot etwas hilflos und unstrukturiert schien, kamen die Kinder gern und regelmäßig, zumal ihr Alltag in den beengten Zimmern der Familien kaum Abwechslung bot. Nach und nach kamen auch einige Mütter mit. Die Frauen waren überwiegend Jesidinnen aus dem kurdischen Teil des Irak, die nach dem Massaker vom 3. August 2014 im Gebiet um Shingal vor dem IS geflohen waren.

Nachdem für die Vorschulkinder in der Unterkunft eine professionelle Betreuung eingerichtet worden war, blieben uns die Mütter, die fast alle Analphabetinnen waren. Flüchtlinge sind nach ihrer Anerkennung durch das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) grundsätzlich dazu verpflichtet, einen Deutsch- und Integrationskurs zu absolvieren. Solange die Frauen jedoch Kleinkinder unter einem Jahr haben, können/dürfen sie noch nicht an Kursen teilnehmen. Es blieb ihnen daher nicht viel anderes übrig, als in der Unterkunft die Zeit totzuschlagen. Also boten wir ihnen täglich zwei Stunden Deutschunterricht

Viel ist zu hören über die chaotischen Zustände bei deutschen Behörden im Umgang mit Geflüchteten. Was dabei oft in Vergessenheit gerät, sind die vielen Initiativen aus der Zivilgesellschaft, die solidarisch handeln und damit viel bewirken.

an. Bis wir geeignete Arbeitsbücher organisiert hatten, arbeiteten wir mit ausgeschnittenen Buchstaben, Bilderbüchern und Sprechübungen. Der Einstieg ins Deutsche war für die Frauen unendlich mühsam und sie machten nur langsam Fortschritte. Dennoch warteten sie oft schon eine Viertelstunde vor Beginn des Unterrichts vor der Tür auf uns. Der erste Erfolg war für sie, den eigenen Namen schreiben und damit selbst unterschreiben zu können.

In der Zeit der Schulferien brachten die Mütter ihre Schulkinder mit. Nun hatten wir auch die Größeren im Raum, die sich langweilten und offenbar beschäftigt werden wollten. Der Lärmpegel stieg. Einige Schulkinder hatten von der Schule Arbeitsmaterialien für die Ferien mitbekommen und erbaten sich Hilfe von uns. Nach einiger Zeit bat auch einer der Väter um Unterstützung bei den Hausaufgaben seines Deutschkurses. Mein Mann war bereit dazu und schließlich ergab sich daraus für uns beide die Betreuung einer ganzen Familie. Sukzessive bildeten sich engere, spezifisch-personalisierte Betreuungsverhältnisse heraus. Insbesondere für weitere Schulkinder gab es bald regelmäßige Verabredungen (auch mit meinem Mann), um die Hausaufgaben gemeinsam zu machen. Als ich im ersten Jahr in den Urlaub fuhr, bekam ich am vierten Tag von einem Jungen eine WhatsApp-Nachricht: »Hallo Oma, wann kommst du nach Deutschland?«

Ende 2017 wurde die Notunterkunft in Wilmersdorf aufgelöst und die Bewohner*-innen auf drei Container-Standorte (»Tempohomes«) verteilt. Die von uns betreuten Familien zogen zusammen in eine Gemeinschaftsunterkunft für 250 Personen in einem anderen Bezirk. Der Umzug machte ihnen große Sorgen. Nicht nur, dass die angebotenen Wohncontainer sehr klein waren, viele der Kinder hatten gerade einen Schul- oder Kindergartenplatz gefunden und sollten nun erneut wechseln. Die Erwachsenen hatten sich

CHRISTIANE MARKARD ist promovierte Naturwissenschaftlerin, Mitarbeiterin in der Redaktion dieser Zeitschrift und engagiert sich seit ihrer Pensionierung ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe.

gerade in ihrem Wohnviertel orientiert und fanden sich zurecht – und schließlich hatten sie Sorge, dass die Ehrenamtlichen, zu denen sie ja persönliche Beziehungen entwickelt hatten, nicht mehr zum neuen Standort kommen würden.

Auch wir Ehrenamtlichen hatten Vorbehalte. Der Umzug in die Tempohomes war auch ein Signal dafür, dass für die Flüchtlinge das Ziel einer eigenen Wohnung für weitere Jahre unrealistisch blieb. Die Container – die die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales, Elke Breitenbach, als »weit entfernt von Schöner Wohnen« bezeichnete – bieten auf 45 Quadratmetern jeweils Platz für vier Personen (zwei Zimmer, Küche, Toilette und Dusche). Die meisten Familien sind jedoch deutlich größer. Besteht die Familie zum Beispiel aus sieben Personen, so hat sie ein Anrecht auf zwei benachbarte (nicht verbundene) Container, der achte Platz wird allerdings an eine alleinlebende, oftmals aus einem anderen Land kommende Person vergeben, was natürlich Konfliktpotenzial birgt.

Dennoch – der neue Standort und die Container hatten auch Vorteile. So konnten die Bewohner*innen nach einer langen Zeit der Kantinenverpflegung nun endlich selber kochen, eine riesige Erleichterung. Sie konnten die Tür ihrer Wohnung abschließen, auch das war vorher nicht möglich.

Als wir die Anlage zum ersten Mal sahen, waren wir positiv überrascht. Das Gelände selbst wirkte mit seinem alten Baumbestand parkähnlich und lag mitten in einem bürgerlichen Wohngebiet. Der Betreiber zeigte großen Einsatz und ließ einen Kinderspielplatz, einen Fußballplatz und einen Grillplatz bauen und brachte einen Basketballkorb an. Für private Feiern und Treffen mit den Ehrenamtlichen gab es Gemeinschaftsräume, in denen auch Deutschunterricht und Nachhilfe möglich waren. Inzwischen macht die Anlage im Sommer am Wochenende den Eindruck eines Dorfplatzes, die Frauen sitzen vor den Wohnungen, die Männer spielen Backgammon oder grillen und die Kinder spielen Fangen und Verstecken. Dennoch ist nicht zu unterschätzen, wie bedrückend die Enge der Container bei schlechtem Wetter und im Winter ist.

Meine Sorge, dass die Nachbarschaft feindselig reagieren könnte, bestätigte sich nicht. Im Gegenteil: Bereits vor dem Einzug hatte der Betreiber einen Tag der offenen Tür mit Programm und Musik organisiert. Es kamen 511 Besucher*innen aus der Nachbarschaft. Die Ehrenamtskoordinatorin wurde vom Ansturm potenzieller Ehrenamtlicher fast überrannt. Es gab erstaunlicherweise so gut wie keine negativen Reaktionen, vereinzelte verbale Provokationen liefen ins Leere oder wurden argumentativ aufgefangen; die vorsorglich informierte Polizei wurde nicht benötigt.

Irritierend war für mich zunächst die Umzäunung der Einrichtung und die Einlasskontrolle durch einen Sicherheitsdienst. Der Vorteil: Die (oft kleinen) Kinder können nicht verloren gehen und sich auf dem Gelände frei bewegen. Nicht freundlich gesinnte

Fremde können nicht unkontrolliert auf das Grundstück gelangen. Der Nachteil: Für Nachbar*innen ist eine derartige Schleuse erst einmal abschreckend und sie isoliert die Bewohner*innen. Besucher*innen müssen nach 22 Uhr die Anlage verlassen, sodass kein Übernachtungsbesuch möglich ist. Das ist für Familien, die sich nach ihren Angehörigen aus anderen Städten sehnen, sehr schwer zu akzeptieren.

Der Zugang zu den Einrichtungen ist auch für die Ehrenamtlichen mit einer Kontrolle des Personalausweises beziehungsweise einer vom Betreiber ausgestellten Zugangskarte (mit Bild) verbunden. Um eine solche ausgestellt zu bekommen, ist ein aktuelles polizeiliches Führungszeugnis erforderlich, welches für diesen Zweck kostenlos und ohne langwierige Terminvereinbarung beim Bürgeramt beantragt werden kann. Wir haben verschiedene Sicherheitsdienste kennengelernt, mit deren Angestellten wir schnell ein persönliches Verhältnis hatten; wie locker oder rigide kontrolliert wurde, hing sowohl von den einzelnen Beschäftigten als auch von der Sicherheitsfirma ab.

Ein weiterer Vorteil für die Flüchtlinge, die in der Einrichtung wohnen, ist die große Unterstützung, die sie durch die Hauptamtlichen erhalten. Sie helfen ihnen dabei, amtliche Schreiben zu übersetzen, den Bürokratiedschungel zu durchdringen, Schul- und Kindergartenplätze zu organisieren oder Arzttermine zu vereinbaren. Durch zunehmende Einsparungen des Senats in diesem Bereich und den knappen Personalschlüssel, der sich an der Zahl der Bewohner*innen orientiert, ist diese Unterstützung aber immer schwerer zu leisten. Je mehr Familien eine Wohnung außerhalb der Einrichtung finden, desto weniger Personal wird finanziert. Die Betreiber haben in der Regel nur Jahresverträge und wissen oft bis Dezember nicht, ob und wie es im nächsten Jahr weitergeht. Für die Beschäftigten bedeutet das Zeitverträge, selten oder nie in Vollzeit. Die Einrichtungen sind daher froh über jede*n Ehrenamtliche*n, der die Bewohner*innen zu Behörden oder zum Arzt begleitet. Angebote wie Sprachcafés, Spielnachmittage – insbesondere in der Ferienzeit – und Hausaufgabenkreise für Erwachsene und Kinder sind daher nur mit Ehrenamtlichen realisierbar. Die Bedeutung der hauptamtlichen Ehrenamtskoordination ist mir erst mit der Zeit klargeworden: Ohne ihre Hilfe wäre die Abstimmung zwischen den Ehrenamtlichen ungleich schwerer.

Nach den Planungen des Senats sollen die Tempohomes drei Jahre bestehen bleiben. Nicht nur deswegen suchen die Bewohner*innen dringend Wohnungen. Die Probleme liegen auf der Hand: zu wenige und teure Angebote, zu kleine Wohnungen für die großen Familien, Probleme bei der Antragstellung oder bei Verhandlungen mit der Hausverwaltung mangels fundierter Sprachkenntnisse. Aber manchmal klappt es dann doch – oft auch mit Unterstützung von Ehrenamtlichen. Wohnungen, die verfügbar sind, liegen jedoch erfahrungsgemäß oft am

Rand von Berlin. Folglich müssen die Kinder wieder die Schule oder den Kindergarten wechseln und die Eltern brauchen für die Fahrt zum Deutschkurs manchmal jeweils eine Stunde hin und zurück. Die Ehrenamtlichen können – wenn überhaupt – seltener kommen. Die Freund*innen aus der Wohnanlage sind weit weg, die Familie ist – zunächst – weitgehend isoliert.

Nach meinem Eindruck sind die Erfolge beim Deutschlernen für Kinder und Erwachsene das Wichtigste, um ihnen eine Perspektive in Deutschland zu eröffnen, so äußern es die Betroffenen auch selbst. Meine Erfahrung ist jedoch, dass die professionellen Deutschkurse, die das Jobcenter bezahlt, für viele Erwachsene zu anspruchsvoll sind und deren sehr unterschiedliche Erfahrungs- und Bildungshintergründe zu wenig berücksichtigen. Ohne Hilfe bei den Hausaufgaben und ohne regelmäßiges Deutschsprechen haben nur wenige die Chance, die Prüfungen zum B1-Niveau zu schaffen, B2 scheint fast unerreichbar.[2] Das wichtigste Ziel für die Erwachsenen ist, eine gute Arbeit zu finden. Ihre anfängliche Hoffnung, hier eine Ausbildung zu machen, scheitert meist an den fehlenden Sprachkenntnissen. Eins der Probleme besteht darin, dass es kein geeignetes Wörterbuch Deutsch-Kurdisch gibt, das heißt, viele Wörter muss man mit Bildern oder durch Umschreibungen und Gesten erklären. Da gibt es oft komische Szenen und viel Gelächter. So wurde mir erzählt, die Kinder hätten jetzt »Führerscheine« bekommen – gemeint waren »Zeugnisse« – also auch offizielle Dokumente. Für die Flüchtlinge ist nicht nur die deutsche Schrift neu, viele haben überhaupt noch nie geschrieben. Warum schreibt man im Deutschen manches groß, anderes klein? Auch die Logik oder mangelnde Logik von »der/die/das« kann man nur schwer erklären. Trotzdem stoßen wir immer wieder auf großen Lerneifer und den Willen, sich zu verbessern. Der Radiergummi ist das wichtigste Utensil. Und alle halbe Stunde ein Seufzer: »Deutsch ist sehr schwer.«

Etwas anders ist die Situation der Schulkinder. Sie kommen (in der Regel) nach einem Jahr in einer sogenannten Willkommensklasse gleich in eine altersadäquate Schulklasse. In der ersten Zeit verstehen sie nur Bahnhof und sind oft isoliert. Was ist eine Brücke, ein Tal, ein Berg – alles muss man erst mit Bildern zeigen. Die Lehrer*innen versuchen, die Sprachprobleme der Kinder zu berücksichtigen, können aber auch nicht jedes zweite Wort erklären. Die Klassenarbeiten werden in der Anfangszeit zumindest nicht benotet. Für mich war überraschend, dass es nicht nur am deutschen Wortschatz hapert, sondern auch bei dem hierzulande geforderten kulturellen Wissen (z. B. Briefmarke, Ratenzahlung – was etwa in Mathematik-Textaufgaben vorkommt). Die größeren Kinder haben oft zwei Jahre durch die Flucht »verloren«, in denen sie keine Schule besucht haben. Die können in Deutschland nicht einfach nachgeholt werden.

In Berlin ist für die Kinder so gut wie alles neu.

Für mich war eine erfreuliche Erfahrung, wie hilfsbereit und engagiert die Lehrer*innen reagierten, mit denen wir Kontakt hatten. Alle zeigten sich interessiert, zum Teil auch überrascht, den persönlichen Hintergrund der Kinder zu erfahren. Die Lehrer*innen waren gegenüber uns ehrenamtlichen Betreuer*innen auf-geschlossen und luden uns zu Elternabenden und -gesprächen ein. Auch die Eltern waren gern bereit, uns zu diesen Terminen mitzunehmen. Es ist ihnen wichtig, dass ihre Kinder viel lernen und sehr gut in der Schule sind. Die Note »ausreichend« ist für sie nicht akzeptabel. Dabei wären vielleicht viele deutsche Kinder froh, in allen Fächern auf ein »ausreichend« zu kommen.

Wenn wir also Hausaufgabenhilfe anbieten, stehen die Kinder mit ihren Schulsachen schon pünktlich vor der Tür – in der Regel drei Mal pro Woche. Nach unserem Eindruck ist ihnen klar, dass sie die Hausaufgaben allein nicht schaffen würden, oft verstehen sie schon die Aufgabenstellung nicht. Aber sicherlich spielt auch das persönliche Verhältnis zwischen uns und den Kindern eine Rolle, zumal wir mit ihnen auch außerschulische Aktivitäten unternehmen. Das Ziel der Kinder: ein guter Schulabschluss, um damit später eine Ausbildung in dem erwünschten Beruf machen zu können. Aber bis dahin bleibt noch viel zu tun.

Wie wird es weitergehen? Nach und nach werden »unsere« Familien in eigene Wohnungen ziehen. Sie wohnen dann in den verschiedenen Ecken Berlins und es wird schwieriger, den Kontakt zu halten. Bislang ist uns das gelungen, denn inzwischen sind uns alle so ans Herz gewachsen, dass wir sie ungern aus den Augen verlieren wollen.

Wenn ich von der Arbeit mit den Flüchtlingen erzähle, wird mir oft gesagt, das sei bewundernswert. Ehrlich gesagt ist mir das immer etwas peinlich, denn man will nicht für etwas bewundert werden, was einem großes Glück bereitet. Ich habe selten so viele nette Leute in meinem Alter kennengelernt wie in der Gemeinschaftsunterkunft und die Herzlichkeit und Zuwendung seitens unserer großen und kleinen Schüler*innen ist ohnehin unbezahlbar.

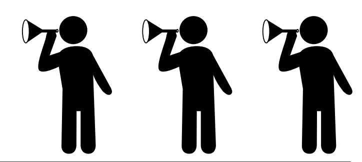
Der Wermutstropfen? Es gibt leider nicht nur einen. Wir erhalten so viele persönliche Bitten und Anfragen, dass wir nicht allen gerecht werden können. Und: In den Schulen wurde uns deutlich, wie viele Kinder generell – mit und ohne sogenannten Migrationshintergrund – Unterstützung bräuchten.

---

1 Ich danke einer Ehrenamtskoordinatorin für einige Informationen, die in diesen Erfahrungsbericht – der nicht beansprucht, eine Analyse der Flüchtlingspolitik zu sein – eingeflossen sind.

2 Die Deutschkurse beginnen mit A1 (A1.1, A1.2) und A2. Danach soll den Teilnehmenden eine einfache Verständigung sowie das Lesen und Schreiben simpler Sätze möglich sein. Daran schließt ein Kurs auf B1-Niveau mit Prüfung an, nach dem die Teilnehmer*innen sich auch über neue Themen verständigen und kleine Texte schreiben können. Im Falle des Bestehens der B2-Prüfung sollen komplexe Texte und Aussagen verstanden und Berichte geschrieben werden können. Für eine Ausbildung wird in der Regel das B2-Niveau vorausgesetzt.

WAS WAR



FEMINIST FUTURE FESTIVAL

12.–15. SEPTEMBER 2019 IN ESSEN

»Lasst uns voneinander kämpfen lernen.« Mit diesen Worten eröffneten Aktivist*innen der Ruhrjugend, einer migrantischen Jugendgruppe, das viertägige Feminist Futures Festival in Essen. Zusammen mit dem Konzeptwerk Neue Ökonomie und dem Netzwerk Care Revolution hatte die Rosa-Luxemburg-Stiftung das Festival auf dem Gelände der stillgelegten Zeche Zollverein organisiert. Rund 1.700 Feminist*innen aus 30 Ländern eigneten sich diesen Ort, der für kapitalistische Ausbeutung, aber auch für eine männlich geprägte Arbeitskultur steht, neu an: Es gab Strategiediskussionen, Empowerment-Workshops, Performances und eine Solidaritätsaktion mit der lokalen Unteilbar-Demo. »Lasst uns träumen, wie unsere Zukunft aussehen soll. Denn wenn wir träumen, fangen wir an zu handeln«, so Sandra Morán, lesbische Parlamentsabgeordnete der Linkspartei Convergencia aus Guatemala. Das Festival knüpfte an die weltweiten feministischen Protestbewegungen an, die einen Gegenpol zum Neoliberalismus und zur Gefahr von rechts darstellen. In einem neuen »Feminismus für die 99 Prozent« organisieren sich diese gegen jegliche Form von Ausbeutung und Diskriminierung, gegen die Abwertung von Care-Arbeit, gegen Umweltzerstörung, sexistische Gewalt und Rassismus. Das Festival bot einen Raum für Austausch und Vernetzung und hat gezeigt, dass eine intersektionale feministische Klassenpolitik als transnationales Projekt die große Hoffnungsträgerin für eine sozialistische Zukunft ist.
Dokumentation:
www.rosalux.de/dokumentation/id/41039/

»BILDUNG IS A BATTLEFIELD«

BILDUNGSWERKSTÄTTEN, JULI 2019 IN BERLIN

Vor drei Jahren startete die Stiftung mit »Experiment Bildung« ein neues Veranstaltungsformat. Es dient dem Erfahrungsaustausch unter Menschen, die an unterschiedlichen Stellen ins Bildungssystem integriert sind: Lehrende und Lernende, Theoretiker*innen und Praktiker*innen. Der diesjährige zweitägige Workshop »Bildung is a Battlefield«, der Anfang Juli in den Räumen der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin stattfand, nahm die sozialen Konflikte der letzten 30 Jahre, die durch den neoliberalen Umbau des Bildungswesens entstanden sind, in den Blick. 200 Teilnehmer*innen stellten die Frage nach möglichen Alternativen. Ein abwechslungsreiches Rahmenprogramm begleitete und bereicherte die Bildungswerkstatt – vom Kinoabend, einem theaterpädagogisch angeleiteten Kreativworkshop über einen Open Space-Raum bis hin zu einem Chill-out-Bereich. Experimentiert wurde mit diversen partizipativen, nicht-hierarchischen Bildungsansätzen. Die Workshops zeichneten sich durch einen bemerkenswerten Methodenmix und ein breites Themenspektrum aus. Die Tagung war eine Kooperationsveranstaltung des Studienwerks und der Akademie für politische Bildung. Der Zyklus der Bildungswerkstätten ist nunmehr abgeschlossen. Ihr großer Erfolg legt ein Fortsetzungsprojekt nahe.
Dokumentation:
www.rosalux.de/dokumentation/id/40775/

»SCHICKSAL TREUHAND – TREUHAND-SCHICKSALE«

WANDERAUSSTELLUNG, AUGUST 2019 BIS JANUAR 2020

30 Jahre politische Wende in der DDR, die Grenzöffnung und die deutsche Vereinigung rufen in diesem Jahr viele Erinnerungen wach. Ein Kapitel beschäftigt die Mehrzahl der Ostdeutschen nach wie vor besonders stark: das Agieren der Treuhandanstalt. Laut Gesetz sollte sie das ehemalige volkseigene Vermögen privatisieren und Arbeitsplätze sichern sowie neue schaffen. Die Realität war eine andere: Unzählige Betriebe wurden privatisiert oder liquidiert. Millionen Menschen wurden quasi über Nacht arbeitslos. Individuelle Lebensleistungen, berufliche Qualifikationen aus 40 Jahren DDR und die Emanzipationserfahrungen der Jahre 1989/90 waren nichts mehr wert. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat das Thema in diesem Jahr mit einer Wanderausstellung und der Begleitbroschüre »Schicksal Treuhand – Treuhand-Schicksale« aufgegriffen.
Infos und Termine:
www.rosalux.de/dossiers/1989-aufbruch-ins-ungewisse/

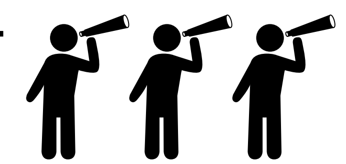
SOZIALE RECHTE STÄRKEN UND GEWERKSCHAFTEN IN DEN BLICK NEHMEN

BÜROERÖFFNUNG IN GENF, SEPTEMBER 2019

Seit dem 1. September hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung ein neues Auslandsbüro in Genf. Mit gleich zwei

thematischen Entsendungen stellt sich die Stiftung damit inhaltlich stark auf. Nicht die lokale Arbeit soll im Mittelpunkt des Büros stehen, sondern die Entwicklung inhaltlicher Expertise entlang der beiden Schwerpunkte soziale Rechte und internationale Gewerkschaftsarbeit. Im Mittelpunkt steht dabei das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Wenn in 86 Prozent aller Länder die Beschäftigten keinen Zugang zu Tarifverträgen haben und damit ihre Arbeitsbedingungen nicht regeln können, dann drückt sich darin ein starkes Ungleichgewicht in den Arbeitsbeziehungen aus. Aufgabe des Genfer Büros wird es sein, die Notwendigkeit sozialer Rechte vor allem im globalen Maßstab herauszustellen und mit den Gewerkschaften diejenigen zu stärken, die diese Rechte und die Interessen der Beschäftigten erfolgreich durchsetzen können.

WAS KOMMT



VOM VÖLKERBUND BIS DONALD TRUMP

TAGUNG, 13. FEBRUAR 2020 IN BERLIN

Multilateralismus gilt als eine der wesentlichen Errungenschaften internationaler Politik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Gern wird dabei auf die zentrale Rolle verwiesen, die internationale Organisationen seit Gründung des Völkerbunds nach dem Ersten Weltkrieg für den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den Ländern spielten. Doch nicht erst seit Donald Trump wird der Multilateralismus als Ansatz internationaler Politik infrage gestellt, und zwar nicht nur aus der Perspektive einer nationalistischen Haltung à la »America first«, sondern auch unter Verweis auf die sehr realen Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse auf der internationalen Bühne, die durch den Begriff eher verschleiert oder beschönigt werden.
Aus Anlass des 100. Jahrestags der Gründung des Völkerbundes veranstaltet die Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam mit dem Centre Marc Bloch und in Kooperation mit dem Suhrkamp Verlag eine Tagung zu Mythos und Realität des Multilateralismus in der internationalen Politik. Gefragt wird nach Chancen und Grenzen eines auf Zusammenarbeit und Ausgleich ausgerichteten Ansatzes der internationalen Politik seit Ende des Ersten Weltkriegs. Die Tagung wird am 13. Februar von 14 bis 21 Uhr im Centre Marc Bloch in der Friedrichstraße 191 in Berlin-Mitte stattfinden.
Weitere Infos:
www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/3NZSJ/

»SALON BILDUNG« IN 2020

INTERVENTIONEN GEGEN DIE NEUE RECHTE

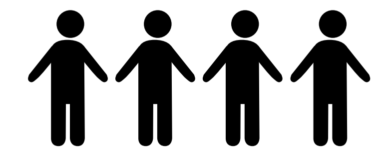
Die Rosa-Luxemburg-Stiftung setzt ihr erfolgreiches Format »Salon Bildung« mit vier Veranstaltungen fort. Die Reihe steht dieses Mal unter dem Motto emanzipatorische Interventionen gegen die erstarkte Neue Rechte. Die Bandbreite der Themen reicht vom Genderhass der Rechten über Bildung und Kabarett bis hin zu der immer noch leitenden Frage, wie nach Auschwitz die Pädagogik gegen Antisemitismus und Rassismus vorgehen kann. Beginnen wird die Reihe zu letzterem Thema mit der Erziehungswissenschaftlerin und Soziologin Katharina Rhein. Sie wird am 19. März 2020 um 18.30 Uhr im Salon der RLS in Berlin zu Gast sein.
Weitere Infos:
www.rosalux.de/news/id/39882

»DAS KAPITAL LESEN« 2020

LEKTÜREKURSE AB 17. FEBRUAR 2020 IN BERLIN

Die kritische Untersuchung ökonomischer und politischer Zusammenhänge ist für gesellschaftliche Emanzipation unverzichtbar. Die Marx'sche Kritik der politischen Ökonomie stammt zwar aus dem 19. Jahrhundert, ist aber nach wie vor eine der profundesten Analysen des Kapitalismus. Seit 2006 organisiert die Rosa-Luxemburg-Stiftung »Kapital«-Lektürekurse. In wöchentlichen Treffen wird das Hauptwerk von Karl Marx gemeinsam diskutiert. Teamer*innen strukturieren die Sitzungen, die Teilnehmer*innen besprechen den gelesenen Text anhand von Orientierungsfragen. Externe Referent*innen kommen zu Wiederholungssitzungen oder zu Vorträgen rund um die Kritik der politischen Ökonomie. Der Kurs zu Band 1 des »Kapital« startet am 17. Februar 2020 (19 bis 21 Uhr) und findet dann wöchentlich immer montags in den Räumen der Stiftung statt. Der Kurs zu Band 3 des »Kapital« beginnt einen Tag darauf zur gleichen Zeit und wird ebenfalls wöchentlich stattfinden.
Anmeldung:
www.rosalux.de/news/id/41248/

MIT WEM



ÜBER DEN ROHSTOFF DES ATOMZEITALTERS

URANATLAS VERÖFFENTLICHT

Der Rohstoff Uran scheint unverzichtbar: »Extraktion ohne große Risiken«, »gewinnbarer atomarer Erstschlag« und »Kernkraft als klimaneutrale Alternative« lauten die Parolen. Weltpolitik ist gegenwärtig auch Atompolitik. Die Nuklearindustrie versucht, überall mit am Tisch zu sitzen. Doch die Wahrheit ist: Der globale Norden externalisiert Umwelt- und Gesundheitsrisiken durch den Uranabbau im globalen Süden. Uran ist an einem Tiefstpreis angelangt, die Kosten für Atomstrom sind gigantisch, selbst wenn man die Endlagerung nicht mitrechnet. Letztere wiederum ist bis heute in den meisten Ländern ungelöst. Und Atomwaffen werden als Droharsenale aufgebaut. Der Uranatlas, der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Nuclear Free Future Foundation, dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland und *Le Monde diplomatique* herausgegeben wurde, verdeutlicht die globale Dimension der Atompolitik und die damit verbundenen Risiken und berichtet über den weltweiten Widerstand gegen Uranabbau und Atomenergie. Er bietet Zugang zu einer Materie, die in der Öffentlichkeit kaum diskutiert wird.
Download und Bestellung:
www.rosalux.de/publikation/id/40912/

KAPITALISMUS IM UNTERRICHT

Damit Schule ihrem Bildungsauftrag gerecht werden kann, Kindern ein Verständnis für soziale, kulturelle und geschichtliche Zusammenhänge zu vermitteln, bedarf es einer kritischen Auseinandersetzung mit Themen der Politischen Ökonomie. Deshalb hat Attac das von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderte Bildungsmaterial »Kapitalismus – oder was? Über Marktwirtschaft und Alternativen« herausgebracht. Es ist für den Einsatz im Unterricht (Sekundarstufe I und II), aber auch in Seminaren von Gewerkschaften, Verbänden und anderen Bildungseinrichtungen gedacht. Es ist so konzipiert, dass es an Lehrplanthemen wie soziale Marktwirtschaft anschließt, zugleich aber grundsätzliche Fragen zur Funktionsweise des Kapitalismus aufwirft: Was bedeutet eigentlich Marktwirtschaft und was Kapitalismus? Was hat das Geschlechterverhältnis mit der Wirtschaftsordnung zu tun? Welche Formen von Eigentum gibt es? Ist Wachstum noch zeitgemäß? Wohin entwickelt sich der Kapitalismus derzeit? Und schließlich: Welche Alternativen werden in sozialen Bewegungen diskutiert und erprobt? Stichworte sind dabei Postwachstumsökonomie, Vergesellschaftung, Care Revolution, Wirtschaftsdemokratie, Commons, Genossenschaften und partizipatorische Ökonomie. Damit wird der Fokus auf die politische Gestaltbarkeit der Wirtschaftsordnung gelegt.
Weitere Infos:
www.rosalux.de/news/id/40634/

VOM AUSSTERBEN BEDROHT?

VERANSTALTUNG ZU AFRIKANISCHEN SCHUTZGEBIETEN, NOVEMBER 2019 IN BERLIN

Deutschland ist einer der wichtigsten Finanziers von Schutzgebieten in Afrika. Die einzigartige Flora und Fauna dieser Gebiete ist derzeit auf vielfältige Weise bedroht. Das Ziel, das afrikanische Naturerbe zu bewahren, ist daher unstrittig. Zugleich mehren sich Berichte, dass Teile der lokalen Bevölkerung Schutzgebiete auch als Bedrohung erleben. So geht die Entstehung vieler dieser Gebiete auf die Kolonialzeit zurück oder fand ohne Einwilligung der lokalen und der indigenen Bevölkerung statt. Am 6. November hatte die Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam mit Forum Umwelt und Entwicklung, Brot für die Welt, der Gesellschaft für bedrohte Völker, dem Ökumenischen Netz Zentralafrika und der taz zu einer Diskussion eingeladen und damit den Dialog unterschiedlicher Akteur*innen ermöglicht. Im Zentrum stand die Frage: Wie können die Förderung von Naturschutz, Menschenrechten und langfristigen Entwicklungsperspektiven besser miteinander vereinbart werden?

WER SCHREIBT



PERSPEKTIVEN EMANZIPATORISCHER JUGENDBILDUNG

HEFT 7 DER REIHE »BILDUNGSMATERIALIEN«

Wie funktioniert solidarisches Lernen? Was können wir tun, um das aktuelle Erstarken von Nationalismus, autoritärer Kontrollpolitik, rassistischer Hetze und anderen

Ausgrenzungen in der Gesellschaft aufzuhalten? Wie sieht ein kollektiver Prozess aus, der es jungen Menschen ermöglicht, herrschaftskritische und selbstreflektierte Positionen zu entwickeln? Emanzipatorische Bildungsarbeit ist ein komplexes Feld. Eines scheint dabei jedoch klar zu sein: Die Bildungspraxis ist entscheidend. Lernen bedeutet, Fragen zu stellen, sich für andere Erfahrungen zu öffnen. Anders als in einem zunehmend neoliberal ausgerichteten Bildungssystem, das auf die Konformität von Menschen abzielt, ist emanzipatorische Bildung an der Veränderung des Status quo interessiert. »Was wir brauchen, ist eine Haltung.« Hier setzt das neue Bildungsmaterial von Ann-Katrin Lebuhn und Vanessa Höse an. Es befasst sich nicht nur mit relevanter Theorie, sondern liefert auch Methodenbausteine und Beispiele aus der Bildungsarbeit, die neugierig auf komplexe Erklärungszusammenhänge machen und motivieren, sich einzumischen. Nicht zuletzt geht es dabei um die kritische Aneignung von sozialer Wirklichkeit und um das Erkennen und die Wahrnehmung kollektiver Handlungsoptionen und die Formulierung eigener Visionen von der Welt, wie sie sein könnte.
Download:
www.rosalux.de/publikation/id/40408/

»DEMOBILISIERTE KLASSENGESELLSCHAFT UND POTENZIALE VERBINDENDER KLASSENPOLITIK«

Viele Jahre kaum beachtet, sind »Klassen« und »Klassenpolitik« als Begriffe mit Wucht in den öffentlichen Diskurs zurückgekehrt. Klasse ist in permanenter Veränderung begriffen. Alte Milieus sind in Auflösung, neue entstehen, scheinbar aber fragmentierter, pluraler, weiblicher, migrantischer und prekär. Damit einher gehen veränderte Subjektivitäten sowie neue Ansätze von Kämpfen in veränderten Konstellationen. Wie lassen sich also die verschiedenen Teile der Klasse verbinden? Wie kann eine neue Klassenanalyse die für einen Teil der gesellschaftlichen Linken zentral gewordene Strategie einer »verbindenden Klassenpolitik« empirisch und theoretisch begleiten? »Grundsätzlich kann zwischen einer eher konservierenden und einer eher transformierenden Klassenpolitik unterschieden werden. Transformierende Klassenpolitik benötigt die Vision einer besseren, nachkapitalistischen Gesellschaft. Die beginnende Debatte um eine neo- oder ökosozialistische Option weist in diese Richtung«, so Klaus Dörre. Die Reihe »Beiträge zur Klassenanalyse« stelt mit diesem Band (Manuskripte 23) von Mario Candeias, Klaus Dörre und Thomas Goes Materialien an der Schnittstelle von neuer Klassenanalyse und verbindender Klassenpolitik bereit.
Download und Bestellung:
www.rosalux.de/publikation/id/41059/

STÄDTISCHE UMWELTGERECHTIGKEIT
STUDIE ZU SOZIAL-ÖKOLOGISCHER TRANSFORMATION

Die ökologische Krise spitzt sich zu. Kipppunkte werden früher erreicht als angenommen. Klimapolitik entwickelt sich zu einem Kristallisationspunkt für erneuerte gesellschaftliche Bewegung. Parteipolitisch profitieren in Europa davon eher die Grünen. Dies hat viel mit dem falschen Gegensatz von sozialer und ökologischer Frage zu tun. Dabei ist die Frage der Klimagerechtigkeit eine soziale Frage globalen Maßstabs – die Folgen des Klimawandels, aber auch einzelner klimapolitischer Maßnahmen sind klassenmäßig extrem ungleich verteilt, weltweit wie innerhalb der einzelnen Gesellschaften. Die Studie analysiert diese Ungleichheiten und Widersprüche. Sie zeigt aber auch Ansatzpunkte für eine progressive Verwaltungspraxis für mehr Umweltgerechtigkeit auf – zum Beispiel in Berlin – und stellt sie ins Verhältnis zu sozialen Kämpfen, die als Auseinandersetzungen um Umweltgerechtigkeit interpretiert werden können. Hier ergeben sich konkrete Perspektiven einer ökologischen Klassenpolitik für soziale Bewegungen und linke Stadtregierungen, die es weiter auszuarbeiten gilt.
Download und Bestellung:
www.rosalux.de/publikation/id/41021/

EINE ANDERE GESCHICHTE?
CHRONIK DER POLITISCHEN WENDE VOR 30 JAHREN

Mit dieser Chronik blicken wir zurück auf Alternativen jenseits der Realitäten der alten BRD und der DDR, die 1989/90 diskutiert wurden. Neue linke und soziale Bewegungen und Parteien entstanden. Viele Menschen, die vorher mehr oder weniger passiv politische Entwicklungen beobachtet hatten, wurden politisch aktiv. Eine andere Welt schien möglich.
Website:
https://cdn.knightlab.com/libs/timeline3/latest/embed/index.html/



2/2019 SCHÖNER WOHNEN
Die Wohnungsfrage ist mit Wucht zurückgekehrt. In den großen Städten explodieren die Mieten, bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware. Zugleich machen immer mehr Menschen gegen den Mietenwahnsinn mobil. Hausgemeinschaften und Nachbarschaften organisieren sich. Die Forderung nach Enteignung großer Immobilienkonzerne erhält ungeahnte Zustimmung. Linke Landesregierungen wie der Berliner Senat versuchen den Kurswechsel. Doch wie lässt sich das Wohnen dem Markt entreißen? Wie sehen Alternativen aus, die nicht nur sozialer, sondern auch demokratischer sind? Wie geht eine linke Wohnungspolitik, die sich am Gemeinwohl orientiert und Ökologie und Soziales nicht gegeneinander ausspielt?

BEITRÄGE VON Margit Mayer, Andrej Holm, Katalin Gennburg, Knut Unger, Greta Pallaver, Armin Kuhn, Ulrike Hamann, Remzi Uyguner, Bea Fünfrocken, Christoph Trautvetter, u.a.

Juni 2019, 136 S.



1/2019 EUROPA – TROTZ ALLEDEM
Die Europäische Union steckt in einer tiefen Krise. Fliehkräfte und Gegensätze nehmen zu, ein Fortbestehen der Union ist nicht gesichert. Zugleich festigen und vertiefen die Politiken der EU globale Ungleichheiten. Die real existierende EU repräsentiert nicht in Ansätzen das Europa, das wir uns wünschen. Doch wie lässt sich der europäische Horizont im Blick behalten, ohne die neoliberalen Institutionen der EU als Geschäftsgrundlage zu akzeptieren? Wie lassen sich solidarische Antworten finden auf transnationale Herausforderungen? Wie lässt sich Europa anders machen: solidarisch und demokratisch und im Interesse der Vielen?

BEITRÄGE VON Beiträge von Stuart Hall, Kathrin Röggla, Lukas Oberndorfer, Florian Weis, Kerstin Wolter, Max Lill, Alex Wischnewski, Hannah Schurian, Andrej Hunko, Beppe Caccia, Wenke Christoph, Stefanie Kron, Sandro Mezzadra u.a.

April 2019, 136 S.



3/2018 ICH WERDE SEIN
Rosa Luxemburg steht für eine Haltung, in der Entschiedenheit im politischen Kampf und »weitherzigste Menschlichkeit« ein Ganzes bilden. 100 Jahre nach ihrer Ermordung ist sie zur Ikone geworden, doch die Beschäftigung mit ihrem Werk bleibt oft oberflächlich. Die Jubiläumsausgabe fragt nach der Bedeutung ihres Denkens und Tuns für heute: Wie dachte Luxemburg das Verhältnis von Partei und Bewegung? Wie hielt sie es mit dem Internationalismus? Wie können wir uns als Feminist*innen auf sie beziehen? Wie ging sie mit dem Widerspruch zwischen Reform und Revolution um? Und was können wir von ihr über Strategien der Organisierung lernen?

BEITRÄGE VON Drucilla Cornell | Michael Brie | Alex Demirović | Judith Dellheim | Janis Ehling | Gal Hertz | Michael Löwy | Miriam Pieschke | Holger Politt | Ingo Schmidt | Tove Soiland | Jörn Schütrumpf, Ingar Solty & Uwe Sonnenberg u.a.

Januar 2019, 176 Seiten



2/2018 AM FRÖHLICHSTEN IM STURM: FEMINISMUS
Der Wind weht scharf. Autoritarismus und Rechtsradikalismus gewinnen an Zustimmung. Aber auch der Feminismus ist zurück. Er bildet die einzige transnationale Bewegung, die einen sichtbaren Gegenpol zur Rechten und zum Neoliberalismus markiert und den Aufbruch in eine bessere Zukunft verkörpert. Sie ist sozial heterogen und thematisch vielfältig – AM FRÖHLICHSTEN IM STURM! Wie kann ein inklusiver Feminismus aussehen? Wie lässt er sich von den Rändern her entwickeln? Und wie kann eine feministische Klassenpolitik entstehen, die auch die Klassenanalyse auf die Höhe der Zeit bringt?

BEITRÄGE VON Margarita Tsomou | Kate Cahoon | Atlanta Ina Beyer | Weronika Grzebalska | Lia Becker | Melinda Cooper | Liz Mason-Deese | Eszter Kováts | Andrea Pető | Alex Wischnewski | Stefanie Hürtgen u.a.

September 2018, 144 Seiten



IMPRESSUM

LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 3/2019
ISSN 1869-0424

Herausgeber: Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Barbara Fried, barbara.fried@rosalux.org, Tel: +49 (0)30 44310-404
Redaktion: Harry Adler, Michael Brie, Mario Candeias, Judith Dellheim, Alex Demirović, Kai Feldheim, Barbara Fried, Corinna Genschel, Christiane Markard, Katharina Pühl, Rainer Rilling, Thomas Sablowski, Hannah Schurian, Ingar Solty und Moritz Warnke.

Kontakt zur Redaktion: luxemburg@rosalux.org
Redaktionsbüro: Harry Adler, harry.adler@rosalux.org
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 44310-157
Fax: +49 (0)30 44310-184
www.zeitschrift-luxemburg.de
Join us on Facebook: http://www.facebook.com/zeitschriftluxemburg
Twitter: http://twitter.com/luxemburg_mag

Abonnement: Die *LuXemburg* kostenfrei.
Bestellen unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/abonnement
Förderabonnement: Jede Spende ist willkommen.

Lektorat: TEXT-ARBEIT. Lektorats- und Textbüro für Politik, Wissenschaft und Kultur; www.text-arbeit.net

Beileger: Lettre International

Grafik und Satz: Matthies & Schnegg – Ausstellungs- und Kommunikationsdesign, www.matthies-schnegg.com

Druck: DRUCKZONE GmbH & Co. KG, Cottbus,
Druck auf PEFC-zertifiziertem und säurefreiem Papier

03
19

Alex Demirović X Sarah Leonard
Verónica Gago X Étienne Balibar
Vishwas Satgar X Bini Adamczak
Jan Rehmann X Dorothee Häußermann
Ingar Solty X Jan Dieren
Rhonda Koch X Moritz Warnke
Annett Gröschner u.a.

- X Konkrete Dystopie und neue Lust am Sozialismus
- X Szenarien einer Welt von morgen
- X Frischer Wind für einen Green New Deal
- X Investitionen for Future oder schwarze Null for ever?
- X LINKE und Regierung – (k)ein heißes Eisen
- X Wendezeit Memories
- X Kollektiv fühlen lernen

DIE ZEITSCHRIFT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
ISSN 1869-0424